



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Entlohnung“ der AktivistInnen mittels policies?

*Die Behandlung von Anträgen auf SPÖ-Parteitag im Zeitverlauf der Zweiten
Republik*

verfasst von / submitted by

Katharina D. Heugl, BA BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang C. Müller

Danksagung

Ich möchte mich bei Prof. Wolfgang C. Müller herzlich bedanken für die umfassende und sorgfältige Betreuung meiner Masterarbeit und die Möglichkeit zur Mitarbeit an einem Projekt über die Parteitage österreichischer Parteien. Damit bot er mir nicht nur die Gelegenheit zu einem spannenden Thema für die vorliegende Arbeit und den Zugang zu einem umfangreichen Datenkorpus, sondern ermöglichte es mir auch, interessante Einblicke in das Innenleben der österreichischen Politik der vergangenen 70 Jahre zu gewinnen. Des weiteren möchte ich mich in diesem Zusammenhang bei Matthias Kaltenegger für die klugen Anmerkungen und aufmunternden Worte bedanken, ebenso bei Laurenz Ennser-Jedenastik für die geduldige Beantwortung meiner Fragen und bei Thomas Meyer für ein Kommentar zu Beginn, das mich bei der Operationalisierung der Fragestellung auf einen grünen Zweig brachte. Schließlich möchte ich mich auch beim Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung (VGA) und hierbei insbesondere bei Alexander Schwab für die Hilfe bei der Datensammlung bedanken.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	5
1. Einleitung und Forschungsinteresse	8
2. Forschungsstand und Begriffsdefinitionen.....	11
2.1 Rollenzuschreibungen an Mitglieder in unterschiedlichen Organisationstypen	12
2.2 Studien zu den Anreizen für eine Parteimitgliedschaft.....	14
2.2.1 Begriffsdefinition – Mitglieder und AktivistInnen	15
2.3 Studien zum Nutzen von Parteimitgliedern aus Sicht der Parteien.....	17
3. Theoretische Annahmen und Hypothesen.....	19
3.1 Überlegungen zum Verhalten innerparteilicher AkteurInnen.....	19
3.2 Kosten und Nutzen von Parteiaktivisten.....	20
3.3 Mitglieder als Ressourcenquelle – der Nutzen von Mitgliedern.....	22
3.4 Wettbewerbsposition einer Partei im Parteiensystem – die Kosten von Mitgliedern	24
3.4.1 Regierung vs. Opposition	24
3.4.2 Der Wettbewerb um Themen.....	25
3.5 Strategiewechsel nach Wahl- und Amtsverlusten.....	28
3.6 Innerparteiliche Machtverteilung.....	29
4. Operationalisierung der Hypothesen	30
4.1 „Decentralization of policy decisions“ – Abhängige Variable	30
4.1.1 Parteitage als Orte der innerparteilichen Willensbildung?	31
4.1.2 Innerparteiliche Responsivität auf SPÖ-Parteitag.....	37
4.2 Unabhängige Variablen.....	40
4.2.1 Parteienfinanzierung	40
4.2.2 Die Bedeutung von parteiunabhängigen Medien in der Parteienkommunikation	43
4.2.3 Koalitionsregierungen, Alleinregierungen und Oppositionsjahre.....	45
4.2.4 Kernthemen, periphere Themen und neue Themen	46
4.2.5 Wahl- und Amtsverluste	51
4.2.6 Parteihochburgen und KernwählerInnenschichten	53
4.3 Datenstruktur.....	61

4.4	Vorgehensweise bei der Codierung der Anträge	64
4.5	Analyseverfahren	64
5.	Ergebnisse	64
5.1	Die Anträge im Zeitverlauf – Deskriptive Darstellung der Daten	65
5.1.1	Die Anzahl der eingebrachten Anträge im Zeitverlauf	66
5.1.2	Die Behandlung der Anträge	73
5.1.3	Die antragstellenden Organisationen	77
5.1.4	Zwischenresümee.....	87
5.2	Die Behandlung der Anträge als strategische Entscheidung der Parteiführung? – Test der Hypothesen.....	90
5.2.1	Veränderungen bei der Behandlung der Anträge im Zeitverlauf 1945-2014 – Hypothesen 1 und 2 90	
5.2.2	Die Behandlung der Anträge während Koalitionsregierungen und nach Wahlniederlagen – Hypothesen 3, 5a und 5b	97
5.2.3	Die Behandlung der Anträge in Hinblick auf ihre Themen – Hypothesen 4a und 4b	101
5.2.4	Die Behandlung der Anträge in Hinblick auf die antragstellenden Organisationen – Hypothesen 6a, 6b und 7	106
5.2.5	Zwischenresümee.....	117
6.	Conclusio.....	121
	Anhang	125
	Codebuch Anträge	125
	Teilorganisationen und Referate.....	128
	Literaturverzeichnis und Quellenangaben	131
	Wahlergebnisse	144
	Im Text zitierte parteiinterne Dokumente	145
	Im Text zitierte Wortmeldungen auf Parteitag	148
	Zusammenfassung	149
	Abstract	150

Abbildungsverzeichnis

Abb. 4.1 Einkommen der Parteizentrale in Schilling, 1945-1990 (Quelle: Müller 1995, 110ff.).....	42
Abb. 4.2 Anteil der verschiedenen Finanzierungsarten am Budget der SPÖ 1945-2007 in Prozent (Quelle: Müller 1995, 110f.; Sickinger 2009, 383).....	43
Abb. 4.3 FernsehteilnehmerInnen (Bewilligungen) 1960 bis 2014, Dichte auf 100 der Bevölkerung (Quelle: Statistik Austria 2015).....	44
Abb. 4.4 Nationalratswahlergebnisse der SPÖ nach Bundesländern in absoluten Zahlen 1945-2013 .	54
Abb. 5.1 Anzahl aller bekannten Anträge im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2016 (N= 7186).....	67
Abb. 5.2 Anzahl aller bekannten Anträge, welche nicht zur Erstellung neuer Programme, der Statutenreform 1976 oder auf außerordentlichen Parteitage eingebracht wurden im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 3942), verglichen mit den Mitgliedszahlen der Partei und den SPÖ-Wahlergebnissen bei Nationalratswahlen.....	69
Abb. 5.3 Anteile der von der Antragsprüfungskommission empfohlenen Behandlungsformen nach Jahrzehnten in Prozent, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 3687)	75
Abb. 5.4 Empfehlungen der Antragsprüfungskommission, sowie die Entscheidungen der Parteitage, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 3626 (Empfehlung)/3477 (Entscheidung)).....	77
Abb. 5.5 Anzahl der eingebrachten Anträge nach Typus der antragstellenden Organisation in absoluten Zahlen, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 3973)	78
Abb. 5.6 Prozentuelle Anteile der einzelnen Organisationsarten an der Gesamtanzahl an eingebrachten Anträgen nach Jahrzehnten, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 3973).....	78
Abb. 5.7 Prozentuelle Anteile der Anträge von Bezirksorganisationen nach Bundesländern im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 1834).....	82
Abb. 5.8 Anzahl der Anträge der Teilorganisationen und Referate im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 1438).....	84
Abb. 5.9 Anteile der Anträge der Teilorganisationen und Referate im Zeitverlauf in Prozent, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 1438).....	84
Abb. 5.10 Anzahl an eingebrachten Anträgen und Anteil der Antragsannahmen nach Teilorganisationen und Referaten, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 1146).....	87

Abb. 5.11 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme eines Antrages durch die Antragsprüfungskommission bei steigender Anzahl an eingebrachten Anträgen auf den Parteitag, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 2789)	89
Abb. 5.12 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme eines Antrages im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 2789).....	92
Abb. 5.13 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme eines Antrages einer Jugendorganisation im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 464)	93
Abb. 5.14 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme bei steigender <i>effective number of parties</i> im Nationalrat, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 2789).....	94
Abb. 5.15 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme bei steigendem Stimmenanteil der Grünen-Grüne Alternative bei Nationalratswahlen, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 2789).....	95
Abb. 5.16 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme unter den jeweiligen Parteivorsitzenden, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 2789)	97
Abb. 5.17 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten zur Annahmeerempfehlung von Anträgen der SPÖ-Bezirksorganisationen gemäß den Stimmenanteilen der Bezirke am SPÖ-Gesamtergebnis bei Nationalratswahlen (links) und gemäß den Stimmenanteilen ihrer Bundesländer am SPÖ-Gesamtergebnis bei Nationalratswahlen (rechts) (SPÖ-Parteitage 1945-2014 (Modell 1; N= 1138))	107
Abb. 5.18 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten zur Annahmeerempfehlung von Anträgen der SPÖ-Landesorganisationen gemäß den Stimmenanteilen der Bundesländer am SPÖ-Gesamtergebnis bei Nationalratswahlen (SPÖ-Parteitage 1945-2014 (Modell 2; N= 307))	108
Abb. 5.19 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme von Anträgen der Landesorganisationen (SPÖ-Parteitage 1945-2014; N= 307)	110
Abb. 5.20 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme von Anträgen der Bezirksorganisationen nach Bundesländern (SPÖ-Parteitage 1945-1965; N= 322)	111
Abb. 5.21 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme von Anträgen der Bezirksorganisationen nach Bundesländern (SPÖ-Parteitage 1967-2014; N= 819)	111
Abb. 5.22 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme für die Anträge von FSG, SPÖ-Bauern, Sozialdemokratischem Wirtschaftsverband und Pensionistenverband gemäß	

ihrer „Stimmenanteile“ unter den SPÖ-WählerInnen nach sozioökonomischen Merkmalen, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 211).....	112
Abb. 5.23 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme für die Anträge des BSA und VSSTÖ gemäß dem AkademikerInnenanteil unter den SPÖ-WählerInnen, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 177).....	113
Abb. 5.24 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme der Anträge nach Teilorganisationen und Referaten mit 95%-Konfidenzintervall (SPÖ-Parteitage 1945-2014; N= 1146)	114
Abb. 5.25 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme von Anträgen der SPÖ-Jugendorganisationen, Frauenorganisationen und des Pensionistenverbands in drei Phasen (SPÖ-Parteitage 1945-2014; N= 119-705).....	116
Abb. 5.26 Anzahl der Anträge „klassischer“ Vorfeldorganisationen im Zeitverlauf (SPÖ-Parteitage 1945-2014; N= 49)	116
Abb. 6.1 Ratio Mitglieder pro eingebrachtem Antrag im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 7360).....	123

1. Einleitung und Forschungsinteresse

Moderne demokratische Regierungssysteme sind ohne Parteien kaum denkbar. Zwar erfüllen nach Kay Lawson (1980, 3) auch andere Institutionen Aufgaben wie das Aggregieren und Artikulieren von Interessen, doch verfügen Parteien durch ihre Betonung von *linkage* über ein Alleinstellungsmerkmal: „Their raison d'être is to create a substantive connection between rulers and ruled.“ Oder in den Worten von Thomas Poguntke (2000, 17): Sie erfüllen „(...) die zentrale Linkage in der Demokratie. Sie sorgen dafür, daß sich die politischen Eliten nach dem richten, was die Bürger wünschen.“ Aus funktionaler Sicht kommen ihnen somit vor allem zwei Aufgaben zu: Sie reduzieren Transaktionskosten und tragen zur Verhinderung von *collective action*-Problemen bei (vgl. Müller 2000a, 309).

Im Mai 2017 vollzog sich innerhalb der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) ein Machtwechsel, der in der Retrospektive die Züge eines Coups trug: Nachdem mit Reinhold Mitterlehner der dritte Bundesparteiobmann in weniger als zehn Jahren aufgrund mangelnder interner Durchsetzungsfähigkeit zurücktrat, ließ sich der schon lange als Nachfolger gehandelte Außenminister Sebastian Kurz rund eine Woche mit der Zusage Zeit, um dann den mächtigen Landes- und Bündeobmännern weitreichende Befugnisse bei der Neugestaltung der Parteiorganisation abzutrotzen (vgl. John 2017, o.S.). Die ÖVP wird bei der kommenden, im Zuge des Obmannwechsels vorverlegten Nationalratswahl nun aller Voraussicht nach als „Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei“ antreten. Auch wenn momentan (Ende Mai 2017) noch nicht absehbar ist, inwiefern dies nicht nur leere Ankündigungen sind, stellt es in einem Parteiensystem, das lange Zeit als Inbegriff eines „Parteienstaats“ (Müller 1995, 27) galt, dennoch einen deutlichen Bruch mit der Vergangenheit dar.

Infolge der vermutlich im Herbst stattfindenden vorgezogenen Neuwahlen trat schließlich auch die Bundessprecherin der Grünen, Eva Glawischnig, zurück. Ihre Nachfolgerin als Bundessprecherin, Ingrid Felipe, wie auch die Spitzenkandidatin für die kommende Nationalratswahl, Ulrike Lunacek, wurden am 19. Mai im Erweiterten Bundesvorstand gekürt (vgl. Die Grünen 2017, o.S.). Dem Bundeskongress Ende Juni kommt somit entgegen seiner in den Statuten definierten Rolle als „oberstes entscheidungs- und willensbildendes Gremium der Bundesorganisation/Partei“ (Die Grünen 2012, 5) nur mehr die Aufgabe der formalen Absegnung dieser Personalentscheidungen zu. Alternative Vorgehensweisen scheinen nicht zur Disposition zu stehen. Obwohl die Spitzenpositionen innerhalb der österreichischen Parteien auch in der Vergangenheit nicht unbedingt „demokratisch“ von der Parteibasis gewählt wurden (vgl. Müller et al. 1992), verdeutlicht es dennoch eine Abkehr von bisherigen Normen zum Verhältnis von Parteimitgliedern und -führung – selbst innerhalb jener Partei, die „Basisdemokratie“ als einen ihrer Grundwerte nennt (vgl. Die Grünen 2001, 8f.).

Der steirische SPÖ-Landesparteivorsitzende Michael Schickhofer fordert dagegen nach der kommenden Nationalratswahl eine bindende Urabstimmung unter allen SPÖ-Mitgliedern über ein

etwaiges Koalitionsabkommen, nachdem der Wiener Landesparteivorsitzende Michael Häupl dies schon im Falle einer Koalition mit der FPÖ angekündigt hatte (vgl. Encic 2017, o.S.). Auch dies ist ein Novum innerhalb einer Partei, die sich traditionell ähnlich einer Repräsentativdemokratie auf Delegationsmechanismen mit vielen Ebenen stützte. Die Möglichkeit zur Mitgliederbefragung besteht zwar schon seit 1993, bislang wurde sie allerdings eher selten genutzt. Die Frage einer Koalitionsbeteiligung wurde zudem erst einmal (zumindest symbolisch) den Delegierten der „Parteibasis“ überlassen – mittels Abstimmung über eine Parteitagsresolution zu Koalitionsbedingungen, vor dem Gang in die Opposition im Jahr 1966 (vgl. Müller 1999, 174).

Die zitierten Beispiele verdeutlichen, dass sich die Antwort auf die Frage, wer der innerparteiliche *Demos* sein soll und inwiefern er in die Willensbildungsprozesse einzubinden ist, in Österreich scheinbar parteiübergreifend gewandelt hat. Anders als die *linkage* zwischen WählerInnen und Gewählten unterliegt dieser Prozess innerhalb der Parteien selten detaillierten gesetzlichen Bestimmungen.¹ Was unter „Parteien“ zu verstehen ist, wird neben dem normativen Diskurs zu „innerparteilicher Demokratie“ somit vor allem von funktionalen Überlegungen geprägt. Zahlreiche AutorInnen führen die spezifischen Ausprägungen bestimmter Parteiorganisationstypen daher auf das Umfeld zurück, in welchem diese Organisationen Wahlen schlagen oder schlugen (vgl. Scarrow 2015, 15f.).

Die Massenorganisationen des beginnenden 20. Jahrhunderts sind somit gemäß Moisei Ostrogorski (1970) und Max Weber (1968) aufgrund der Notwendigkeit entstanden, bislang vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossene Bevölkerungsschichten zu mobilisieren (vgl. Scarrow 2015, 15). Nach Maurice Duverger (1954, xxvii) übernahmen bürgerliche Parteien dieses Modell der Mitgliederorganisation von den sozialistischen, bzw. sozialdemokratischen Parteien wegen seiner funktionalen Überlegenheit, während Leon Epstein (1982) aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Massenmedien in der Kommunikation mit den WählerInnen das Ende umfangreicher Mitgliederorganisationen vorhersagte (vgl. Scarrow 2015, 16). Die Transformation vieler europäischer Parteiorganisationen hin zum *catch all*-Modell ab den 1960er Jahren ist damit ebenso als Reaktion der Parteiführung auf geänderte Wettbewerbsbedingungen zurückzuführen (vgl. Kirchheimer 1966, 184f.), wie der weitgehende Bedeutungsverlust der Mitgliederorganisationen und die Hinwendung zu öffentlichen Subventionen durch die *cartel parties* des ausgehenden 20. Jahrhunderts (vgl. Katz/Mair 1995a, 15).

Der Aufbau von Mitgliederstrukturen ist somit kein Selbstzweck, sondern der Erreichung der Ziele einer Partei untergeordnet (vgl. Scarrow 2015, 17). Gleichzeitig stellt sich allerdings nicht nur die Frage, warum Parteien Mitglieder rekrutieren, sondern auch jene nach der Motivation zur Mitgliedschaft in einer Partei. Die Gründe, einer Partei beizutreten und sich innerhalb dieser zu

¹ Eine Ausnahme unter den europäischen Staaten ist hierbei Deutschland (vgl. van Biezen/Piccio 2013, 32ff.).

engagieren, umfassen ebenso selektive materielle Anreize (z.B. Patronage), wie auch kollektive politische, soziale oder psychologische Anreize (vgl. ebd., 157). Susan E. Scarrow (1994, 51f.) geht dabei davon aus, dass die Art des Anreizes ausschlaggebend dafür ist, welche Art von Mitgliedern eine Partei gewinnen kann: „Like good anglers, party organizers are probably aware that different types of lures tend to attract different types of fish.“ Der richtige „Köder“ für AktivistInnen – also für aktive Mitglieder, welche die Partei durch ihre Mitarbeit unterstützen – sollten in diesem Sinne eventuell umfangreichere Partizipationsmöglichkeiten an innerparteilichen Willensbildungsprozessen sein, während inaktive Mitglieder, welche beispielsweise der Beschönigung von Parteistatistiken dienen können, möglicherweise eher durch geringe Parteieintrittsbarrieren (z.B. niedrige Mitgliedschaftsbeiträge oder „Probemitgliedschaften“ mit reduzierten Kosten (vgl. Scarrow 2015, 30)) „gefangen“ werden.

Dieser Mechanismus wird im Folgenden in Bezug auf das Verhältnis von Parteiführung und AktivistInnen innerhalb der SPÖ analysiert: Versucht die SPÖ-Parteiführung, Mitglieder insbesondere dann mittels Anreizen zur Mitarbeit in der Partei zu bewegen, wenn diese für die Parteiorganisation zur Erreichung ihrer Ziele auch bedeutsam sind? Hierbei wird vor allem auf Anreize mittels politischen Inhalten fokussiert, d.h. auf jene Gründe, einer Partei beizutreten und sich innerhalb dieser zu engagieren, welche aus normativer Sicht am akzeptiertesten sind und welchen unter dem Stichwort „innerparteiliche Demokratie“ auch die größte Bedeutung zukommt. Einfacher ausgedrückt steht somit die Frage im Zentrum, ob die untersuchte Partei auf die politischen Forderungen der Mitglieder insbesondere dann eingeht, wenn Mitglieder für die Parteiorganisation auch nützlich sind.

Dies geschieht anhand einer Untersuchung des innerparteilichen Lebens der SPÖ im Verlauf der Zweiten Republik (konkret von 1945 bis 2014). Hierbei wurde gemäß dem Wissensstand der Autorin erstmals in diesem Umfang auf innerparteiliche Dokumente zurückgegriffen, welche bei der policy-Formulierung sozusagen das institutionalisierte „Sprachrohr“ der Mitglieder auf Bundesebene darstellen – nämlich das Einbringen von Anträgen und Resolutionen auf den Bundesparteitag. Da die SPÖ eine der mitgliederstärksten Parteien Europas ist und sich noch dazu durch eine große organisatorische Kontinuität auszeichnet, konnte so ein umfangreicher Datenkorpus erstellt werden, welcher valide Aussagen über die Beziehung zwischen Mitgliedern und Parteiführung zulassen sollte.

Im Folgenden wird nun zu Beginn eine Definition von „Mitgliedern“ und den damit verbundenen Rollenzuschreibungen unternommen. In Kapitel 3 wird diskutiert, welche Vor- und Nachteile Mitglieder oder AktivistInnen mit sich bringen. Dies zeigt, dass sich die Kosten/Nutzen-Kalküle sowohl im Zeitverlauf veränderten, als auch, dass der Nutzen von AktivistInnen unter anderem von ihrer innerparteilichen Position abhängt. Aus dieser Diskussion wurden Hypothesen abgeleitet, welche schließlich in Kapitel 5 getestet werden. Zuvor beschäftigt sich das vierte Kapitel allerdings unter anderem mit der Frage nach dem innerparteilichen Stellenwert und der Funktion von Parteitag, wie

auch ob und inwiefern eine Betrachtung der SPÖ-Parteitage Aussagen im Sinne der Forschungsfrage zulassen.

Die vorhandene Literatur zu Parteitagen legt nahe, dass diese Art des Parteigremiums einen hohen Symbolwert hat, Entscheidungen werden dort eher legitimiert als gefällt (vgl. u.a. Faucher-King 2005, 119; Müller 1996b, 290). Da das Motiv zur Parteimitgliedschaft für viele vor allem ein „politischer Bekenntnisakt“ ist und somit ebenfalls über eine starke symbolhafte Komponente verfügt (Heinrich et al. 2002, 4), scheint es unproblematisch zu sein, wenn die „Entlohnung“ der AktivistInnen im Sinne der gewählten Operationalisierung ebenso eher Symbolcharakter hat.

Der Test der Hypothesen in Kapitel 5 ergab, dass sich bei der Behandlung der Anträge auf den Parteitagen teilweise tatsächlich Muster zeigen, welche auf einen strategischen Einsatz dieses Instruments durch die Parteiführung schließen lassen. Eine zentrale Hypothese – nämlich dass der Anteil an Antragsannahmen aufgrund der zunehmenden Bedeutungslosigkeit von Parteimitgliedern bei der Parteifinanzierung und im Wahlkampf abgenommen hat – ließ sich allerdings nicht bestätigen. Die deutliche Varianz bei der Anzahl an eingebrachten Anträgen im Zeitverlauf legt zudem nahe, auch diesen Faktor näher ins Blickfeld zu nehmen. Auffallend ist hierbei, dass die Anzahl an eingebrachten Anträgen ab 1997 drastisch abnahm, während der Anteil an vollinhaltlichen Annahmen just zu diesem Zeitpunkt deutlich zunahm. Mögliche Gründe für diese Entwicklung werden in den Kapiteln 5.1.1 und 5.2.5 diskutiert.

2. Forschungsstand und Begriffsdefinitionen

Die Literatur zu Parteimitgliedern und innerparteilichen Willensbildungsprozessen ist umfangreich. Insbesondere die Anfangsphase dieses Forschungszweigs zeichnete sich durch detaillierte Studien zu einzelnen Parteien aus, wobei unter anderem aufgrund ihrer umfassenden Organisationen oftmals sozialdemokratische bzw. sozialistische Parteien im Fokus standen (vgl. Duverger 1954; McKenzie 1982; Michels 1989; neuere Studien z.B. Loxbo 2011; Seyd/Whiteley 1992 & 2002). Angestoßen durch das umfangreiche Projekt von Richard S. Katz und Peter Mair (1995b) folgten in den vergangenen beiden Jahrzehnten allerdings auch viele Studien mit stärker quantitativem Zugang, welche den Vergleich von Parteiorganisationen zwischen Parteifamilien und -systemen, wie auch über längere Zeiträume hinweg zulassen (vgl. z.B. Lehrer 2012; Rohlfing 2015; Scarrow 2015). Hierbei gerieten in der jüngeren Vergangenheit unter anderem zwei (eng miteinander verknüpfte) Fragen in den Fokus, nämlich jene nach den Gründen für einen Parteibeitritt, wie auch Erklärungen für den massiven Rückgang an Mitgliedern in vielen europäischen Parteien seit den 1980er Jahren (vgl. z.B. Katz 1990; Scarrow 1994; Scarrow/Gezgor 2010; Scarrow 2015; Van Haute/Gauja 2015).

2.1 Rollenzuschreibungen an Mitglieder in unterschiedlichen Organisationstypen

Die große normative Bedeutung von Parteimitgliedern erklärt unter anderem die eingehende Beschäftigung mit Fragen zum Mitgliederschwund vieler europäischer Parteien seit den 1980er Jahren. Ob diese Entwicklung aus normativer Sicht als bedenklich eingestuft wird, hängt zum Teil von der dahinterliegenden Demokratiekonzeption ab. Wird *accountability* im Sinne eines liberalen Demokratieverständnisses als zentraler Mechanismus von demokratischen Entscheidungsprozessen verstanden, so stellt der Mitgliederverlust kein Problem dar (vgl. Van Haute/Gauja 2015, 2). Partizipatorische Modelle von Demokratie sprechen Mitgliedern dagegen eine zentrale Rolle bei der *linkage* zwischen BürgerInnen und Regierung zu – womit ihr Verlust unter Umständen schon als Problem wahrgenommen werden muss. Dies trifft laut Katz (2013, 61) allerdings selbst für partizipatorische Modelle dann nicht zu, wenn BürgerInnen über andere Kanäle effektiver am politischen Leben teilnehmen können.

Dass Parteien überhaupt Mitglieder haben, muss dabei im historischen Kontext gesehen werden. Sie sind eine „Erfindung“ der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Massenparteien des frühen 20. Jahrhunderts und erlaubten die Partizipation bislang ausgeschlossener Bevölkerungsschichten an politischen Entscheidungsprozessen (vgl. Duverger 1954, 63). Massenparteien verdanken ihre Existenz daher Beweggründen, welche aus normativer Sicht durchaus als wünschenswert gelten können. Ihre Legitimität bezogen diese Parteien dabei vor allem aus dem Anspruch, die Interessen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, bzw. Klasse zu vertreten, weswegen Scarrow (2015, 21f.) sie auch *cleavage representation parties* nennt. Umfangreiche Mitgliederorganisationen sind dabei eine Möglichkeit, um die *linkage* der Partei zu den von ihr vertretenen Gruppen zu institutionalisieren.

Die Vertretung der Mitgliederinteressen innerhalb der Massenparteien geschieht dabei in Form einer Repräsentativdemokratie, d.h. die Mitglieder sind insofern in den Entscheidungsprozess eingebunden, als sie Delegierte wählen, welche meist auf Parteitagen Zielvorstellungen an die Parteiführung delegieren, bzw. die Parteiführung auswählen. Gleichzeitig betont Scarrow (2015, 23) hierbei allerdings das Primat der Gruppeninteressen und die damit verknüpfte Erwartung an die Mitglieder, sich diesem unterzuordnen. Den zumindest laut Statuten umfangreichen Mitbestimmungsmöglichkeiten steht somit eine Organisationskultur gegenüber, welche von den Mitgliedern vor allem Loyalität gegenüber kollektiven Zielen einfordert.

Diese Loyalität wird allerdings nicht nur von Normen getragen, sondern auch durch Regelungen wie zum Beispiel vergleichsweise strengen Prozeduren bei der Aufnahme von Mitgliedern, oder der Möglichkeit eines Parteiausschlusses bei wahrgenommenem Fehlverhalten (vgl. ebd., 23). In diesem Sinne bezweifelte Michels (1989) schon in der Anfangsphase der Massenparteien den demokratischen Gehalt der innerparteilichen Entscheidungsprozesse und auch Duverger (1954, 114) spricht den meisten Mitgliedern einerseits einen Hang zu passivem Verhalten zu und betont andererseits, dass

Bemühungen um innerparteiliche Demokratie insbesondere aufgrund des Konkurrenzdrucks durch andere (undemokratischere) Parteiorganisationen, Grenzen gesetzt sind (vgl. ebd., 134).

Nichtsdestotrotz wird das Organisationsmodell der Massenparteien mit seinen zahlreichen Mitgliedern, welche zumindest aus formaler Sicht über weitreichende Rechte verfügen, oftmals als Idealtypus einer Partei in parlamentarischen demokratischen Regierungssystemen schlechthin angesehen (vgl. Katz 2013, 60). In diesem Sinne muss schon der Wandel zu *catch all*-Parteien (vgl. Kirchheimer 1966) ab den 1960er Jahren als Niedergang wahrgenommen werden, obwohl diese Art der Parteien ebenfalls über vergleichsweise umfangreiche – allerdings vor allem inaktive – Mitgliederstöcke verfügt. Mitglieder dienen innerhalb von *catch all*-Parteien oder *political market parties* vor allem der Stimmenmaximierung (vgl. Scarrow 2015, 25). Sie nehmen daher weniger eine Rolle als EntscheidungsträgerInnen und Legitimationsressource aufgrund ihrer sozialen Herkunft ein, sondern vielmehr als freiwillige Arbeitskräfte und Fans. Sollten andere Wege zur Stimmenmaximierung erfolgreicher sein, ist ihr Verlust aus Sicht der *catch all*-Parteiführung daher kein Problem.

Gleichzeitig merkt Scarrow (2015, 25) allerdings an, dass *political market parties* im Falle von Stimmenverlusten – also wenn ihr Legitimationsnarrativ unter Druck gerät – die Rolle der Mitglieder eventuell neu bewerten und ihnen beispielsweise eine größere Rolle im innerparteilichen Entscheidungsprozess zusprechen. „Innerparteiliche Demokratie“ ist hierbei allerdings kein Wert an sich, sondern soll den Anspruch verdeutlichen, dass die Partei (trotz empfindlichen Stimmverlusten) den Willen der Bevölkerung vertritt.

Ähnliches gilt für *cartel parties*. Mitglieder sind zu Legitimationszwecken zwar notwendig, allerdings nicht in gleichem Ausmaß wie bei früheren Organisationsmodellen: „In this highly managed competition there is little room for intense partisan differences and so battalions of activists to mobilize the faithful are not required“ (Carty 2013, 19). Der Unterschied zwischen Mitgliedern und AnhängerInnen ist hierbei kaum wahrnehmbar. Der Anreiz zur Mitglied- oder AnhängerInnenschaft erfolgt mittels Mitbestimmungsmöglichkeiten bei parteiinternen Entscheidungen – wobei der *Demos* anders als bei Massenparteien allerdings nicht kollektive Akteure sind, sondern Individuen (vgl. Carty 2013, 19). Dies ermöglicht der Parteiführung, innerparteilichen Prozessen einen demokratischen Anschein zu geben, ohne dass ihr Handlungsspielraum durch potentiell weitaus einflussreichere kollektive Akteure eingeschränkt wird (vgl. Scarrow 1994, 55). In diesem Sinne zeichnet Kenneth R. Carty (2013, 20) hinsichtlich des Partizipationsgedankens ein eher düsteres Bild: „A cartel party model sees members as partisans to be manipulated in order to provide the leadership with a patina of democratic legitimacy.“

Alles in allem zeichnet sich die Parteientheorie der vergangenen 100 Jahre damit scheinbar durch Erklärungsversuche der Frage aus, warum die jeweils dargestellten Parteiorganisationstypen nicht den

(von diesen Parteientypen) formulierten normativen Erwartungen entsprechen und wie die Organisationen auf ihr Umfeld reagieren, um die von ihnen gesteckten Ziele zu erreichen.

2.2 Studien zu den Anreizen für eine Parteimitgliedschaft

Die Gründe, einer Partei beizutreten, lassen sich in instrumentelle, expressive und soziale Erklärungsansätze unterteilen (vgl. Katz 2013, 50ff.). Als instrumentelle Gründe sind dabei jene zu verstehen, bei welchen die Mitgliedschaft in einer Partei sozusagen Mittel zum Zweck ist. Katz nennt hierbei Parteimitgliedschaften zu Karrierezwecken innerhalb der Politik wie auch im Allgemeinen (d.h. Patronage), sowie eine Mitgliedschaft, um bestimmte policies umzusetzen. Eine expressive Motivation zur Mitgliedschaft ist dagegen vom Wunsch geleitet, die eigene Übereinstimmung mit den policy-Forderungen einer Partei, ihrem breiteren ideologischen Weltbild, oder auch einer sozialen Identität zu verdeutlichen (vgl. ebd., 52). Die Umsetzung der policies tritt dem gegenüber in den Hintergrund. Soziale Erklärungen sprechen Parteien dagegen einen Vereinscharakter zu – Personen treten hierbei Parteien bei, weil sie die Treffen unter Gleichgesinnten wertschätzen. Die Auseinandersetzung um politische Themen gerät dabei in den Hintergrund. Die aufgelisteten Gründe sind gemäß Katz (2013, 53) allerdings nicht isoliert voneinander zu betrachten. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die meisten Mitglieder durch eine Kombination aus mehreren Gründen zur Mitgliedschaft motiviert werden.

Studien zeigen, dass der Anteil jener Mitglieder, welche beispielsweise zum Zweck einer politischen Karriere einer Partei beitraten, eher klein ist (vgl. für die britische *Labour Party* beispielsweise Seyd und Whiteley (1992), für junge Parteimitglieder Bruter und Harrison (2009), für deutsche Parteien Heinrich et al. 2002, 4). Patronage scheint dagegen insbesondere in Österreich über weite Teile der zweiten Republik ein bestimmender Faktor für die hohen Mitgliederzahlen gewesen zu sein (vgl. Müller 1989, 343; Treib 2012, 34).

Weitaus häufiger als diese Gründe wird beispielsweise in der Postdamer Parteimitglieder-Studie allerdings der „Einsatz für Parteiziele“ als Beweggrund zum Beitritt und Verbleib in einer Partei genannt (vgl. Heinrich et al. 2002, 4). Gleichzeitig betonen die AutorInnen der Studie allerdings, dass weniger instrumentelle, als vielmehr expressive Gründe für die Mehrzahl der Parteimitglieder von Bedeutung ist: Eine Mitgliedschaft entspricht damit „(...) am ehesten einem politischen Bekenntnisakt (...). Für die Mehrheit der deutschen Mitglieder entspringt die Parteizugehörigkeit weltanschaulicher Solidarität, normativer Verpflichtung, affektiver Verbundenheit und der Präferenz politischer Ziele“ (ebd., 3). Eventuell trug die soziale Erwünschtheit dieser Antworten gegenüber selektiven oder materiellen Anreizen zum Teil zu den hohen Anteilen dieser Kategorien bei. Dies verdeutlicht aber auch, dass Fragen zur Parteimitgliedschaft kaum unter Auslassung des damit verbundenen normativen Kontexts untersucht werden können.

Gleichzeitig scheint sich der „politische Bekenntnisakt“ für viele allerdings schon im Beitritt und Verbleib innerhalb einer Partei zu erschöpfen. Duverger (1954, 114) schreibt, dass die Mehrheit der Mitglieder inaktiv bleibt. Studien zum Aktivitätsniveau der SPÖ-Mitglieder in den 1970er und 1980er Jahren weisen den Anteil an Mitgliedern, welche sich niemals innerhalb der Partei betätigten, sogar mit 69 bis 77 Prozent aus (vgl. Müller 1996b, 270). Bis zum Jahr 1993 sank dieser Anteil immerhin auf 60 Prozent, was vielleicht darauf hindeutet, dass mit den abnehmenden Patronagemöglichkeiten (vgl. Treib 2012, 34) der Anteil an policy-motivierten, aktiveren Mitgliedern innerhalb der Partei ansteigt.

Eine umfangreiche länderübergreifende Studie ergab in diesem Sinne auch, dass die Anzahl an AktivistInnen in den 1990er und 2000er Jahren in zahlreichen europäischen wie auch amerikanischen Parteien weitaus langsamer sank, als die Anzahl an Mitgliedern in diesen Parteien (vgl. Ponce/Scarrow 2016, 687). Die Potsdamer Parteimitgliederstudie weist für deutsche Parteien zu Beginn der 2000er Jahre im Durchschnitt immerhin einen Anteil von 60 Prozent an Mitgliedern auf, die zumindest einmal im Monat Zeit für Parteiarbeit aufwenden (vgl. Heinrich et al. 2002, 27). Ein Vergleich der Mitgliederaktivitäten in mehreren europäischen Staaten zeigt zudem teilweise deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Parteiensystemen: Die inaktivsten Mitglieder leben demnach in Großbritannien, nur etwas mehr als 20 Prozent der befragten britischen Mitglieder gaben an, in den vergangenen 12 Monaten innerhalb ihrer Partei Arbeit geleistet zu haben (vgl. Scarrow 2015, 104). In Frankreich, Spanien und Deutschland liegt dieser Wert dagegen bei über 60 Prozent, zu Österreich liegen bei Scarrow (2015) keine aktuellen Zahlen vor.

Bram Wauters (2010, 253) findet zudem Evidenz dafür, dass jene Mitglieder zweier belgischer Parteien, welche policies oder Idealismus als Anreiz für einen Parteibeitritt nannten, häufiger an parteiinternen Wahlen teilnehmen. Gleichzeitig verfügt „Partizipation aus Gewohnheit“ in seinem Modell allerdings auch über Erklärungskraft: Mitglieder, welche in der Vergangenheit an parteiinternen Willensbildungsprozessen teilnahmen, tun dies mit größerer Wahrscheinlichkeit auch in der Zukunft. Paul F. Whiteley und Patrick Seyd (2002, 23) konstatieren zudem dass aktive Mitglieder britischer Parteien – anders als das *law of curvilinear disparity* dies vorhersagt (vgl. May 1973) – ähnliche Positionen vertreten wie inaktive Mitglieder.

2.2.1 Begriffsdefinition – Mitglieder und AktivistInnen

Parteien sind ohne Mitglieder denkbar (vgl. Scarrow 2015, 17), in der Realität allerdings nur selten anzutreffen. Tatsächlich wird in der Literatur meist nur die niederländische Partij voor de Vrijheid (PVV) angeführt, welche außer ihrem Gründer Geert Wilders über keinerlei Mitglieder verfügt, sowie Forza Italia von Silvio Berlusconi, welche die Möglichkeit zur Mitgliedschaft ursprünglich nicht vorsah, später allerdings dennoch (wenig umfangreiche) Mitgliederstrukturen aufbaute (vgl. Young 2013, 69f.).

Auch wenn die meisten Parteien somit Mitglieder haben, existieren dennoch erhebliche Unterschiede in der Auffassung darüber, was unter diesem Begriff zu verstehen ist (vgl. Heidar 1994; Ponce/Scarrow 2016). Duverger (1954, 64) liefert hierbei eine nützliche Minimaldefinition, indem er Mitglieder als jene Personen identifiziert, welche ein Mitgliedsformular ausfüllen und bereit sind, die Partei finanziell zu unterstützen. „Mitglieder“ sind in diesem Sinne eine Erfindung der Massenparteien – frühere Organisationstypen, wie zum Beispiel Kaderparteien stützen sich schließlich auf andere Finanzierungsarten und brauchen dementsprechend keine Mitglieder (vgl. Duverger 1954, 63). Das Organisationsverständnis der Massenparteien war allerdings derart erfolgreich, dass es in weiterer Folge von den meisten Parteien Europas zumindest aus formaler Sicht übernommen wurde.

Insbesondere in den vergangenen zwei Jahrzehnten führten zahlreiche Parteien als Reaktion auf die zunehmende Volatilität der WählerInnen allerdings hybridere Formen der Mitgliedschaft ein, welche die Grenze zwischen Mitgliedern und UnterstützerInnen bewusst aufweichen (vgl. Scarrow 2015, 28). Da die untersuchte Partei gemäß ihren Statuten allerdings immer noch weitgehend dem von Duverger beschriebenen Organisationsmodell entspricht und einerseits über weite Teile des Untersuchungszeitraumes hinweg großen Wert auf den Aufbau umfangreicher formaler Mitgliederstrukturen legte (vgl. Müller 1994, 65), sowie andererseits auch die Bezahlung von Mitgliedsbeiträgen als eine der Pflichten der Mitglieder definiert, welche bei Nichterfüllung zum Parteiausschluss führen können (vgl. SPÖ 2014, 6), scheint Duvergers Definition ein sinnvoller Ausgangspunkt für weitere Überlegungen zu sein. Im Folgenden werden unter Mitgliedern also jene Personen verstanden, welche der Partei formal beigetreten sind und über die in den Statuten festgelegten Pflichten keine weiteren Minimalanforderungen hinsichtlich ihres Aktivitätsniveaus innerhalb der Partei erfüllen.

Als Untergruppe der Mitglieder definiert Duverger (1954, 110) dagegen *militants*, welche sich durch ihr Engagement für die Partei auszeichnen. Tatsächlich ist diese Gruppe im Vergleich zu den eher inaktiven Mitgliedern allerdings meistens äußerst klein (s. Kap. 2.2; vgl. Young 2013, 67). Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie innerhalb der Partei, wie auch für die weiteren theoretischen Überlegungen irrelevant sind – eher trifft Gegenteiliges zu, da sie abseits der Parteifinanzierung, welche schließlich von allen Mitgliedern getragen wird, durch ihre Arbeitskraft, wie auch eventuell durch die Legitimität, welche sie der Partei im Diskurs um (innerparteiliche) Demokratie verschaffen, einen wesentlichen Beitrag für die Partei leisten (vgl. Scarrow 2015, 19). Im Folgenden wird für diese Gruppe in Abgrenzung zu den oben definierten Mitgliedern vor allem die Bezeichnung *AktivistInnen* verwendet.

Darunter sind also jene ca. 20 bis 40 Prozent an SPÖ-Mitgliedern zu verstehen, welche sich in den von Wolfgang C. Müller (1996b, 270) zitierten Studien zur Mitarbeit innerhalb der Partei bekannten.² Gleichzeitig bleibt *AktivistInnen* in der hier gewählten Operationalisierung allerdings ein vergleichsweise abstrakter Begriff. Zwar ließen sich innerhalb der SPÖ aller Voraussicht nach über weite Teile des Untersuchungszeitraums relativ treffsicher die Vertrauenspersonen als der aktivste Teil unter den Mitgliedern definieren – Müller (1996b, 309) schreibt ihnen eine Rolle als „Rückgrat“ und „harten Kern“ in der SPÖ-Organisation zu, ohne deren ehrenamtliches Engagement das Organisationsleben nicht aufrechterhaltbar wäre. Ihre Tätigkeiten umfassen traditionell Aufgaben wie das Verteilen von Informationsbroschüren und Kassieren von Beiträgen unter den Mitgliedern ihrer Häuserorganisationen,³ wie auch das Anwerben von neuen Mitgliedern (vgl. Müller 1996b, 309). Gleichzeitig beklagte ein Vertreter der Partei allerdings schon in den 1950er Jahren die Inaktivität mancher Vertrauenspersonen und Studien zum Aktivitätsniveau der Vertrauenspersonen in den 1980er Jahren belegen, dass bei weitem nicht alle unter ihnen innerparteilich aktiv sind (vgl. ebd., 310f.).

In diesem Sinne wurde hier eine quasi selbsterklärende Begriffsdefinition gewählt, nämlich dass AktivistInnen innerparteilich aktive Mitglieder sind. Die im Folgenden untersuchten Aktivitäten umfassen hierbei die Einbringung von policy-Forderungen in Form der Parteitageanträge, wie auch die Abstimmung über diese. Da sowohl die Anträge auf den Parteitage von Organisationen (Landes-, Bezirks- oder Teilorganisationen, wie auch den Referaten der Partei) eingebracht werden, als auch die Delegierten der Parteitage von diesen Organisationen delegiert werden (vgl. SPÖ 2014, 15f.), beinhaltet der Begriff *AktivistInnen* eine stärker kollektive Komponente, als er es auf den ersten Blick eventuell vermuten lässt.⁴ Gemäß Florence Faucher (2015, 422) hat das Verständnis von kollektiven vs. individuellen AkteurInnen als innerparteilicher *Demos* durchaus Auswirkungen auf die Parteiorganisationen: Sie führt den Mitgliederverlust der vergangenen Jahrzehnte unter anderem auf die zunehmende Orientierung der Parteiorganisationen auf nutzenmaximierende Individuen anstelle von kollektiven Akteuren zurück.

2.3 Studien zum Nutzen von Parteimitgliedern aus Sicht der Parteien

Duverger (1954, 63ff.) erklärt den Siegeszug der Massenparteien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der funktionalen Überlegenheit umfangreicher Mitgliederstrukturen gegenüber anderen Organisationsformen. Der Erfolg moderner Massenmedien in der politischen Kommunikation

² Laut Statuten besteht inzwischen auch für Nichtmitglieder die Möglichkeit, an Themen- und Projektinitiativen teilzunehmen (vgl. SPÖ 2014, 13). D.h. AktivistInnen müssen damit nicht unbedingt eine Untergruppe der Mitglieder sein. Im hier erhobenen Datensatz ist die Partizipation an innerparteilichen Entscheidungsprozessen mittels Parteitageanträgen von Themeninitiativen allerdings die Ausnahme.

³ Seit den 1990er Jahren wurde dieses Modell allerdings zunehmend von einer Kassierung per Erlagschein abgelöst (vgl. Müller 1996b, 230).

⁴ Aufgrund der individuellen Konnotation dieses Begriffs wirkt er wie eine Erfindung des ausgehenden neoliberalen 20. Jahrhunderts. Tatsächlich wurde er allerdings auch schon auf den Parteitage der KPÖ in den 1940er Jahren verwendet (vgl. z.B. Altmann KPÖ PT 1948, 189f.).

– insbesondere das Fernsehen – änderte dies allerdings und Mitglieder verloren für die Parteien somit an strategischer Bedeutung (vgl. Epstein 1982).

In einem vielbeachteten Artikel stellte Katz (1990) als Erster in der moderneren Parteienforschung detaillierte Kosten-Nutzen-Kalküle zu Parteimitgliedern auf (vgl. Müller 1997b, 171). Während er aufseiten des gesunkenen Nutzens neben der geringeren Bedeutung von Mitgliedern bei der Kommunikation mit den WählerInnen die zunehmende Finanzierung der Parteien durch den Staat nennt, stiegen die durch Mitglieder verursachten Kosten insbesondere aus zwei Gründen: „(...) members have become more of a nuisance, less willing to shout their approval of elite policies and more prone to make electorally costly demands“ (Katz 1990, 145). Mit der zunehmenden Volatilität der WählerInnen steigt für die Parteien die Notwendigkeit, strategisch auf Veränderungen des WählerInnenmarkts zu reagieren. Es reicht also nicht mehr aus, nur die eigenen AnhängerInnen zu mobilisieren und damit ist es weniger attraktiv, Ressourcen in die Aufrechterhaltung und Vergrößerung der Mitgliederstrukturen investieren. Dies manifestiert sich in sinkenden Mitgliederzahlen. Da Parteien hiermit auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren, welche höchstens indirekt in ihrem Einflussbereich liegen, argumentiert Katz (2013, 49), dass Parteien den Mitgliederschwund mittels einer verstärkten Einbindung der Mitglieder in innerparteiliche Willensbildungsprozesse nicht stoppen können.

Scarrow (1994) zeichnet dem gegenüber ein differenzierteres Bild. Sie zählt einerseits ein breiteres Spektrum an möglichen Vorteilen von Mitgliedern auf und argumentiert andererseits, dass die Art des Vorteils hierbei ausschlaggebend für die Anreizstrukturen ist, welche eine Partei möglicherweise schafft, um Mitglieder zu rekrutieren (vgl. Scarrow 1994, 51f.). Sollte eine Partei Mitglieder beispielsweise vor allem zur Verbesserung der Statistik wertschätzen, so genügt es eventuell, Beitrittsbarrieren (z.B. in Form von Mitgliedsbeiträgen) möglichst niedrig zu halten, oder materielle Anreize (z.B. Patronage) zu forcieren. Schreibt eine Partei dagegen der Rolle der Mitglieder als KommunikatorInnen mit den WählerInnen eine große Bedeutung zu, so sollte sie dagegen politische Anreize schaffen, zum Beispiel in Form von Mitspracherechten bei personellen oder thematischen Entscheidungen. Damit misst Scarrow (1994, 51) den Entscheidungen von Parteistrategen eine größere Bedeutung bei, als Katz.

Eine Analyse der *policy responsiveness* von Parteien aus elf westeuropäischen Staaten zeigt hierbei, dass Parteien manche Funktionen der Mitglieder bei der Stimmenmaximierung tatsächlich zunehmend durch staatliche Parteienfinanzierung ersetzen (vgl. Rohlfing 2015, 24). Mitglieder mittels policies an die Partei zu binden, erscheint zunehmend zu kostspielig: „Keeping actual members in the party and gaining new ones does not seem worth the price, because party members constrain the party leadership and ideological flexibility is needed for the collection of votes in party competition“ (ebd., 25).

Dies bedeutet allerdings nicht, dass Parteien nicht versuchen würden, mittels Organisationsänderungen ihre Attraktivität gegenüber potentiellen Mitgliedern zu erhöhen. So berichten Paul F. Whiteley und Patrick Seyd (2002, 17) beispielsweise, dass sowohl *Labour* als auch *Conservatives* ab den 1990er Jahren in Großbritannien versuchten, ihre Mitgliederstrukturen zu vergrößern, indem sie die Möglichkeiten von individuellen Parteimitgliedern zur innerparteilichen Partizipation stärken. Neben der vergleichsweise geringen öffentlichen Parteienförderung in Großbritannien führen sie dies auf eine gestiegene Salienz des Themas „innerparteiliche Demokratie“ und parteiinterne Überlegungen zur Legitimität, welche Mitglieder den Parteien verschaffen, zurück. Ebenso von Bedeutung dürfte allerdings sein, dass in den 1990er Jahren Studien veröffentlicht wurden, welche zeigten, dass AktivistInnen auf lokaler Ebene durchaus auch in Zeiten moderner Massenkommunikation noch einen Effekt auf den Wahlerfolg von Parteien haben können (vgl. Whiteley/Seyd 2002, 17).

Für *Labour* war diese Strategie unter Tony Blair in den späten 1990er Jahren zumindest kurzfristig erfolgreich. Die Anzahl an individuellen Mitgliedern stieg deutlich an, so dass die Partei zwischen 1994 und 1997 hierbei ein Plus von rund 40 Prozent verzeichnete (vgl. ebd., 120). Nach 1997 sank die Zahl der Mitglieder allerdings wieder, zudem konstatieren Whiteley und Seyd (2002, 121), dass das Aktivitätsniveau der Mitglieder nicht anstieg. Sie führen dies im Sinne von Scarrow (1994) unter anderen auf die Mobilisierungsstrategie zurück: Die Partei setzte unter Blair vor allem auf Mobilisierungskampagnen mittels Medien, während der Kontakt neuer Mitglieder mit lokalen FunktionärInnen abnahm (vgl. Whiteley/Seyd 2002, 146). Damit sind aus ihrer Sicht Versuche, innerparteiliches Leben mittels Plebisziten zu stärken, zum Scheitern verurteilt: „Simply giving members the occasional vote, in which they are invited to pass judgment on an issue that has already been effectively decided, is not going to promote widespread grass roots involvement“ (ebd., 147).

3. Theoretische Annahmen und Hypothesen

3.1 Überlegungen zum Verhalten innerparteilicher AkteurInnen

Gemäß gängigen rational choice-Annahmen wird das Verhalten von Parteien im Folgenden als Versuch der Nutzenmaximierung verschiedener Akteure interpretiert. Ihr Handeln dient somit primär dem Erreichen von Zielen, die parteiintern als bedeutsam definiert wurden. Parteien sind hierbei keineswegs als einheitliche Akteure zu verstehen (vgl. Panebianco 1988; Strøm 1990). In den Worten von Gary Miller und Norman Schofield (2003, 259) sind sie vielmehr „(...) coalitions of party activists and candidates, with differing goals.“ Damit ist das Verhalten von Parteien wesentlich von ihren Versuchen geprägt, die unterschiedlichen Ziele der Mitglieder vereinbar zu machen, wie beispielsweise Spoon (2011, 31) anmerkt.

Die Ziele und Präferenzen der einzelnen ParteiakteurInnen lassen sich dabei nach Kaare Strøm (1990) und Strøm und Wolfgang C. Müller (1999) durch deren Positionen innerhalb der Partei erklären: Da

diese Positionen innerhalb einer Partei verschieden „entlohnt“ werden, erfüllen Personen mit jeweils unterschiedlichen Definitionen dieses Eigennutzens die Aufgaben der jeweiligen Funktionsebenen.⁵ Oder in anderen Worten: Die Autoren definieren die Präferenzen der AkteurInnen auf den einzelnen Organisationsebenen durch die unterschiedlichen Anreize, welche mit den Funktionen dieser Ebenen verbunden sind.

Strøm und Müller (1999, 14ff.) schlüsseln die Ziele einer Partei in diesem Sinne in *office*, *policy* und *votes* auf, wobei Ersteres vor allem von der Parteiführung angestrebt wird, da es für sie mit persönlichen Vorteilen verbunden ist. AktivistInnen profitieren dagegen in geringerem Ausmaß persönlich von der Erlangung von Regierungsämtern durch die Parteiführung.⁶ Für sie sollten *policies* – also ein kollektives Gut – daher wesentlicher Beweggrund sein, um sich innerhalb einer Partei zu betätigen (vgl. Strøm/Müller 1999, 15). *Votes* haben dagegen keinen Selbstzweck. Der Gewinn von WählerInnenstimmen ist vielmehr als Instrument zur Erreichung der beiden erstgenannten Ziele zu verstehen.

Idealerweise gelingt es der Parteiführung, durch die Maximierung von WählerInnenstimmen öffentliche Ämter zu erlangen, welche die Umsetzung bestimmter Politikziele ermöglichen. Tatsächlich befinden sich Parteien insbesondere in politischen Systemen, in welchen Koalitionsregierungen üblich sind, meist in einer weniger vorteilhaften Position (vgl. Strøm 1990, 572). Sie sind daher dazu gezwungen, Kompromisse auf Kosten eines Ziels zu Gunsten eines anderen einzugehen. AktivistInnen und Parteiführung haben dabei unter Umständen divergierende Ziele. Wie im Folgenden näher ausgeführt wird, ist es aus Sicht der Parteiführung dennoch nicht rational, die Präferenzen der Mitglieder zu ignorieren.

3.2 Kosten und Nutzen von ParteiaktivistInnen

Parteiorganisationen haben nach Strøm (1990, 575) drei Aufgaben zu erfüllen: Sie sollen erstens Informationen über die Wählerschaft und ihre Präferenzen liefern, zweitens die ParteianhängerInnen in Wahlkampfzeiten mobilisieren und drittens dafür sorgen, dass die innerhalb der Partei formulierten *policy*-Ziele in jenen Institutionen verwirklicht werden, in welchen VertreterInnen der Partei gewählt wurden.

Um diese drei Funktionen wahrnehmen zu können, benötigen Parteien im Regelfall Kapital und Arbeitskräfte. Beides kann von den Parteimitgliedern zur Verfügung gestellt werden, wobei dies

⁵ Diese Annahme findet sich auch schon bei Mays (1973) *law of curvilinear disparity*, wobei May anders als Strøm (1990) und Strøm und Müller (1999) von Varianzen in der Radikalität der *policy*-Positionen der AkteurInnen ausgeht.

⁶ Unbeachtet bleiben hier Patronagemöglichkeiten. Auch wenn Patronage ein wesentlicher Motivationsgrund für eine Mitgliedschaft in der hier untersuchten Partei ist oder zumindest über lange Zeiträume hinweg war (vgl. Müller 1994, 65), ist trotzdem davon auszugehen, dass sich zumindest ein Teil der Mitglieder durch *policies* zur Mitarbeit motivieren lässt und die möglicherweise zur Verteilung vorhandenen Güter bei einer Regierungsbeteiligung auch unter der Anzahl der Parteimitglieder liegen.

hinsichtlich des Kapitals vor allem über Mitgliedsbeiträge geschieht (vgl. Katz 1990). Die Bedeutung dieser Art des Parteieinkommens variiert allerdings von Parteiensystem zu Parteiensystem, je nach vorhandenem Ausmaß an öffentlicher Parteienfinanzierung (vgl. u.a. Meyer 2010, 10).

Strøm (1990, 575) betont in diesem Zusammenhang weiters, dass Parteimitglieder für die Parteiorganisation im Wesentlichen „cheap labor“ bedeuten, also (im monetären Sinne) unentgeltlich bei Wahlkämpfen eingesetzt werden können, aber auch zwischen den Wahlen als Sprachrohr und Ohr der Partei gegenüber der Gesellschaft dienen (vgl. Meyer 2010, 165). Zusätzlich können die Mitglieder einer Partei auch als ihr Rekrutierungspool für Kandidaten betrachtet werden (vgl. Scarrow 1994, 51) und sollten hinsichtlich des schon erwähnten Legitimationsgedankens die Verwurzelung der Partei innerhalb der Gesellschaft verdeutlichen (vgl. Scarrow 2015, 19).

Dennoch bringen Mitglieder auch Nachteile mit sich, beispielsweise in Form von Kosten, die durch ihre Rekrutierung und Organisation verursacht werden (vgl. Scarrow 1994, 46). Schwerer wiegt allerdings, dass sich die ideologische Ausrichtung der Mitglieder negativ auf die Möglichkeiten der Stimmenmaximierung einer Partei auswirken könnte, da die AktivistInnen eventuell radikalere ideologische Positionen vertreten, als die Wählerschaft (vgl. ebd., 45). Hinzu kommt, dass die policy-Positionen der Mitglieder keineswegs homogen sind, d.h. es stellt sich die Frage, welchem innerparteilichen *Demos* gefolgt werden soll (vgl. Scarrow 2015, 211) und welche Konsequenzen dies auf das parteiinterne Machtgefüge, wie auch die WählerInnenallianzen der Partei hat. Da Parteien allerdings selten (vollkommen) auf Mitglieder verzichten wollen und auch niemand zur Mitgliedschaft gezwungen werden kann (vgl. Bukow 2013, 54), bzw. die Gefahr besteht, dass Mitglieder arbeitsintensiven Tätigkeiten innerhalb der Partei aus dem Weg gehen, muss die Partei Anreize schaffen, um derartiges „shirking“ zu verhindern (vgl. Strøm 1990, 576).

Eine wenig kapitalintensive Art des Anreizes für AktivistInnen sind dabei Mitspracherechte bei innerparteilichen Entscheidungen (vgl. Strøm und Müller 1999, 16). Strøm und Müller zählen dabei drei Strategien zur Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten für „einfache“ Mitglieder auf: 1. eine Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen, 2. Rekrutierungskanäle, welche nur für die Parteimitglieder offen stehen und 3. die persönliche Verantwortlichkeit der Parteiführung gegenüber den einfachen Mitgliedern und AktivistInnen.

- 1.) Unter einer „decentralization of policy decisions“ (oder auch „intraparty democracy“) verstehen Strøm und Müller (1999, 17) Maßnahmen, wie zum Beispiel den Transfer von Entscheidungskompetenzen von der Parteioberführung oder Parlamentspartei zu Gremien, welche, wie beispielsweise Parteitage, für die Mitglieder (oder zumindest für Teile von ihnen) offen stehen. Diese Möglichkeit der Mitbestimmung ist laut Strøm und Müller besonders attraktiv für AktivistInnen, welche die Erreichung bestimmter *policy*-Ziele als wesentliche Motivation zur Teilnahme an der (ansonsten meist unbezahlten) parteiinternen Arbeit ansehen.

Gleichzeitig ist diese Maßnahme allerdings mit entsprechend hohen Kosten für die Partei verbunden, da die Verfolgung der *policy*-Ziele der AktivistInnen eventuell zu einem Verlust an WählerInnenstimmen führt. Je dezentraler die innerparteilichen Entscheidungsstrukturen sind, desto eher vertritt die Partei somit nach Strøm und Müller *policy*-Ziele, die sich negativ auf die *office* und *votes*-Ziele der Partei auswirken.

- 2.) Rekrutiert eine Partei ihre Elite nur aus den Reihen ihrer AktivistInnen oder einfachen Mitglieder, so mindert dies nach Strøm und Müller (1999, 17) die Wahrscheinlichkeit, dass reine *office-seeker* in Führungspositionen gelangen. Dies könnte aufgrund von unattraktiven KandidatInnen ebenfalls zu Einbußen bei den WählerInnenstimmen führen.
- 3.) Muss die Parteiführung dagegen ihre Abwahl durch die einfachen Mitglieder, bzw. AktivistInnen fürchten, so erwarten Strøm und Müller (1999, 17) ebenso eine erhöhte *policy*-Orientierung der Partei, wie auch einen Fokus der Parteiführung auf kurzfristigere Ziele zu Lasten längerfristiger Entscheidungen.

Die genannten Anreizstrategien bringen die Partei somit vor allem ihren *policy*-Zielen näher. Allein schon um ihr Überleben zu sichern, ist sie allerdings ebenso gezwungen, *votes*-Ziele zu verfolgen. Unter anderem aufgrund persönlicher Ambitionen der Parteiführung kommt *office* allerdings ebenso eine wichtige Bedeutung zu. In diesem Sinne folgern Strøm und Müller (1999, 12) in Hinblick auf die Entscheidungen der Parteispitze: „The question is what sorts of trade-offs they make between these goods and under what circumstances.“ Im Folgenden wird nun diskutiert, welche Umstände hierbei zu welchen Kompromissen zwischen diesen Zielen führen könnten. Plausibel erscheinen beispielsweise die folgenden Faktoren:

3.3 Mitglieder als Ressourcenquelle – der Nutzen von Mitgliedern

Parteiorganisationen sind nicht immer im gleichen Ausmaß von den Ressourcen und Leistungen abhängig, welche ihre Mitglieder zur Verfügung stellen. Wie sich gemäß der Theorie der Ressourcenabhängigkeit von Jeffrey Pfeffer und Gerald R. Salancik (1978; Beyer 2015, 553ff.) folgern lässt, hat die Art und Weise, wie und in welchem Ausmaß sich Parteien Zugang zu bestimmten Ressourcen verschaffen, wesentliche Auswirkungen auf die Ausgestaltung ihrer Organisationen. Parteien, welche in hohem Ausmaß von den Leistungen ihrer Mitglieder abhängig sind, haben dementsprechend ein größeres Interesse daran, ihre Mitglieder zu „entlohn“, um die Bereitstellung dieser Leistungen nicht zu gefährden. Wie schon erwähnt, lassen sich diese in monetäre Leistungen (d.h. v.a. Mitgliedsbeiträge) einerseits, wie auch unentgeltlich erbrachte Arbeitsleistungen andererseits unterteilen. Zu Beginn steht hier Ersteres im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Für die untersuchte Partei sind insbesondere die folgenden Einnahmequellen relevant: Mitgliedsbeiträge und Spenden aus privater Hand einerseits, sowie Gelder aus öffentlicher Hand andererseits (vgl. Müller 1995, 110). Während ersteres für die klassischen Massenparteien gemäß Duverger (1954, 63) die zentrale Einnahmequelle darstellt, zeichnet sich die idealtypische

Kartellpartei nach Katz und Maier (1995a, 18) beispielsweise durch ihre weitgehende Abhängigkeit von staatlichen Mitteln, sowie einer damit einhergehenden Bedeutungslosigkeit der Parteimitglieder aus. Eliten- oder Kaderparteien, finanzieren sich dagegen größtenteils über Spenden einzelner finanzkräftiger Personen oder Organisationen.

Während sich Parteien in Westeuropa bis in die 1960er Jahre vor allem über Mitgliedsbeiträge und Spenden finanzierten, änderte sich dies in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend (vgl. Meyer 2010, 171). Die Haupteinnahmequelle der meisten etablierten europäischen Parteien sind nun öffentliche Gelder, die in ihrer Höhe oftmals an die erreichten Stimmenanteile der Parteien gekoppelt sind. Die Maximierung von WählerInnenstimmen gewinnt durch die öffentliche Parteienfinanzierung somit zusätzlich an Bedeutung, da hiermit nicht nur die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung verbunden ist, sondern auch konkrete Wettbewerbsvorteile für die Parteiorganisation und damit für zukünftige Wahlkämpfe einhergehen. In diesem Sinne sind nicht mehr die Präferenzen der Mitglieder ausschlaggebender Faktor zur Erklärung des Verhaltens von Parteien, sondern Überlegungen zur Maximierung der WählerInnenstimmen (vgl. Meyer 2010, 171).

Je bedeutsamer Mitglieder dagegen für die Finanzierung der Partei sind, desto eher ist zu erwarten, dass sich eine Partei nach den Präferenzen ihrer Mitglieder richtet – schließlich besteht ansonsten die Gefahr, dass diese „mit den Füßen wählen“ (McKenzie 1982, 197; Übers. K.H.) und durch ihren Parteiaustritt ein Loch im Budget der Partei hinterlassen. Da die Implementierung bestimmter *policies* gemäß der obigen Annahmen ein wesentlicher Motivationsgrund für Mitglieder sein sollte, überhaupt erst einer Partei beizutreten und in ihr zu verbleiben (vgl. Strøm 1990), erscheint es plausibel, dass Parteien, welche auf die Beiträge ihrer Mitglieder angewiesen sind, diese „entlohn“ indem sie deren *policy*-Positionen berücksichtigen und sich bei der Positionierung der Partei gegenüber ihrer Konkurrenz an den Mitgliedern orientieren.

H1: Je bedeutsamer Mitgliedsbeiträge für das Budget einer Partei sind, desto responsiver ist die Partei gegenüber ihren AktivistInnen, je bedeutsamer dagegen die öffentliche Parteienfinanzierung für das Budget einer Partei ist, desto weniger responsiv ist die Partei gegenüber ihren AktivistInnen.

Mitglieder sind für Parteien allerdings nicht nur aus finanziellen Gründen potentiell von großer Bedeutung, sondern auch aufgrund der von ihnen erbrachten Arbeitsleistungen für die Partei. Dies können einerseits ehrenamtliche Tätigkeiten innerhalb der Partei sein – beispielsweise „klassische“ Funktionärsposten wie jene des Parteikassiers – andererseits nehmen Mitglieder allerdings auch wichtige Aufgaben als Bindeglied zwischen Partei und Gesellschaft ein (vgl. Meyer 2010, 165).

Im Folgenden liegt das Augenmerk insbesondere auf der Funktion der Mitglieder als Bindeglieder zwischen Partei und Gesellschaft. Hierbei nehmen sie eventuell sowohl als InformantInnen der Parteispitze über Anliegen der WählerInnen eine bedeutsame Rolle ein, als auch als Sprachrohr der Partei innerhalb der Gesellschaft. Gemäß der von Strøm (1990, 575) formulierten Funktionen von

Parteioorganisationen sind die Mitglieder somit potentiell sowohl im längerfristigen Willensbildungs- und Politikformulierungsprozess einer Partei wichtig, als auch bei der kurzfristigen Mobilisierung der ParteianhängerInnen vor Wahlen.

Auch diese Informationsfunktionen haben sich in den letzten Jahrzehnten allerdings grundlegend verändert. Während sich die klassischen Massenparteien zur Informationsverbreitung weitgehend auf ihre Mitglieder wie auch parteieigene Medien stützten, haben diese Kanäle ihre Bedeutung inzwischen weitgehend verloren (vgl. u.a. Plasser/Ullrich 2004a, 39ff.). An ihre Stelle ist unter dem Stichwort der „Mediatisierung“ ein System getreten, welches bei der Politikvermittlung weitgehend auf parteiunabhängige Medien angewiesen ist (vgl. Sarcinelli 1998, 678f.). Der Nutzen von Mitgliedern für die Parteiorganisation sollte durch diesen Wandel der Wahlkampfkommunikation somit gesunken sein. Damit liegt die Annahme nahe, dass sich die Existenz von außerparteilichen Kommunikationskanälen zur Erreichung von potentiellen WählerInnen negativ auf die innerparteiliche Responsivität auswirkt.

H2: Je größer die Bedeutung parteiunabhängiger Medien im Wahlkampf ist, desto weniger responsiv sind Parteien gegenüber ihren Mitgliedern.

3.4 Wettbewerbsposition einer Partei im Parteiensystem – die Kosten von Mitgliedern

Während im vorangegangenen Abschnitt mit den Überlegungen zu den Ressourcen von Parteien Erklärungen zur innerparteilichen Responsivität geliefert wurden, welche ein vergleichsweise stabiles Verhalten der Parteien über die Jahre hinweg erwarten lassen, liegt das Augenmerk nun auf Faktoren, welche eine veränderte Responsivität der Parteien gegenüber ihren AktivistInnen unter Umständen innerhalb von sehr kurzen Zeiträumen (d.h. von einer Legislaturperiode zur nächsten) erklären würden.

Hierbei steht die Position einer Partei innerhalb eines Parteiensystems im Zentrum der Aufmerksamkeit. Anders als im vorigen Abschnitt liegt das Augenmerk damit nicht auf dem potentiellen Nutzen der Mitglieder für die Organisation, sondern vielmehr auf den von ihnen unter Umständen verursachten Kosten. Darunter sind im Folgenden allerdings nicht jene Ressourcen zu verstehen, welche zum Aufbau und Erhalt von Mitgliederorganisationen aufgewendet werden müssen, wie sie beispielsweise Scarrow (1994, 46) erwähnt, sondern vielmehr jene Einbußen, welche eine Partei eventuell durch die *policy*-Präferenzen ihrer AktivistInnen bei ihren *votes*- und *office*-Zielen hinnehmen muss.

3.4.1 Regierung vs. Opposition

Das anschaulichste Beispiel für Kompromisse, welche Parteien hinsichtlich ihrer Ziele unter Umständen eingehen müssen, ist vermutlich jenes der Koalitionsregierungen (vgl. Strøm und Müller 1999, 9). Während *office*- und *policy*-Ziele für Parteien in Alleinregierungen mit größerer

Wahrscheinlichkeit kompatibel sind und ein entsprechendes Dilemma für Oppositionsparteien gar nicht erst auftritt, sind Koalitionsparteien meist gezwungen, Abstriche bei ihren *policy*-Zielen zu machen, um eine Koalition mit einem Partner, dessen *policy*-Ziele sich aller Voraussicht nach nicht oder nur teilweise mit jenen der eigenen Partei decken, erst zu ermöglichen. Durch derartige Kompromisse zugunsten von *office* und zulasten von *policy*-Zielen gerät die Parteiführung unter Umständen in Konflikt mit ihren *policy*-motivierten AktivistInnen. Die Koalitionsfähigkeit einer Partei hängt somit nicht zuletzt vom Einfluss der AktivistInnen auf innerparteiliche Entscheidungen ab, wie Bäck (2008) beispielsweise auf schwedischer Lokalebene und Helboe Pedersen (2010) für dänische Parteien empirisch nachweisen konnten.

Während bei Bäck (2008) und Helboe Pedersen (2010) somit die Koalitionsfähigkeit einer Partei als abhängige Variable firmiert und die innerparteiliche Machtverteilung als unabhängige Variable, steht im Folgenden allerdings die innerparteiliche Responsivität als abhängige Variable im Zentrum der Aufmerksamkeit. Hierbei ist anzunehmen, dass die Parteiführung insbesondere dann den Einfluss der AktivistInnen gering zu halten versuchen wird, wenn diese potentiell großen Schaden hinsichtlich der *office*-Ziele anrichten können – also wenn eine Koalitionsregierung nach der kommenden Wahl als wahrscheinlich gilt oder gegenwärtige Koalitionen gesprengt werden könnten. Im Umkehrschluss ist dementsprechend anzunehmen, dass sich Parteien eine größere Responsivität gegenüber ihren AktivistInnen „leisten“ können, wenn sie sich in Opposition befinden und diese Position innerhalb des Parteiensystems voraussichtlich auch nach der kommenden Wahl nicht verlassen können. Gleiches gilt –wenn auch eventuell in geringerem Ausmaß – für Parteien, welche alleine die Regierung stellen.

H3: Befindet sich eine Partei in einer Koalitionsregierung, so ist sie weniger responsiv gegenüber ihren AktivistInnen, als wenn sie alleine die Regierung stellt oder sich in Opposition befindet.

3.4.2 Der Wettbewerb um Themen

Trifft die Annahme der Salienztheorie zu, dass Parteien nicht (nur) über unterschiedliche Positionierungen zu ein und demselben Thema miteinander in den Wettbewerb treten, sondern (auch) über Themenbetonungen (vgl. Stokes 1963; Carmines/Stimson 1993; Green-Pedersen 2007), so besteht für die Parteien eine klare Themenhierarchie zwischen „eigenen“ Themen, bei welchen eine Partei über die Reputation einer hohen Problemlösungskompetenz verfügt und anderen Themen, welche dieser Partei keine WählerInnen bringen (vgl. Budge/Farlie 1983a), oder im Falle von „negative issue ownership“ – also der Reputation, ein Thema besonders schlecht zu behandeln – eventuell sogar Stimmen kosten (Wagner/Meyer 2015). Damit ist es eine zentrale Aufgabe der Parteien, für sie vorteilhafte – also stimmenmaximierende – Themen auf die politische Tagesordnung zu setzen, ihre Gegner zu Stellungnahmen zu diesen zu zwingen und potenziell „schädliche“ – also andere Parteien begünstigende – Themen möglichst unbeachtet zu lassen (vgl. Green-Pedersen 2007, 609).

Gemäß George Rabinowitz und Stuart E. MacDonalds (1989, 118) *directional theory of issue voting* verfügen diese Kernthemen, bei welchen die Parteien klare Positionen⁷ einnehmen und die aus Sicht der WählerInnen über eine hohe Salienz verfügen, über eine hohe „Intensität“. Je intensiver ein Thema in diesem Sinne ist, desto mehr Zustimmung kann eine Partei einerseits von jenen WählerInnen generieren, deren Präferenzen in die gleiche Richtung gehen, und desto mehr Ablehnung schlägt der betreffenden Partei von jenen WählerInnen entgegen, welche diese Präferenzen nicht teilen (vgl. Rabinowitz/MacDonald 1989, 98). Für Parteien ist es somit rational, bei für die WählerInnen salienten Themen vergleichsweise deutliche und damit extreme Positionen einzunehmen. Gleichzeitig betonen Rabinowitz und MacDonald (1989, 108) allerdings, dass sie hierbei nicht die so genannte *region of acceptability* verlassen sollten – also nicht zu extreme Positionen einnehmen sollten, da dies wiederum zu einem Verlust an WählerInnenstimmen führt.

Damit steht bei den Kernthemen, bzw. intensiven Themen einer Partei sozusagen viel auf dem Spiel: Eine „richtige“ Positionierung der Partei ist hierbei von größerer Bedeutung als bei peripheren Themen. Sofern die Annahme stimmt, dass Parteien ihre AktivistInnen durch *policy*-Responsivität „entlohn“⁸, so ist dies bei Kernthemen oder intensiven Themen vermutlich hinsichtlich potentieller WählerInnenstimmen kostspieliger, als bei anderen Themen. Dies könnte noch dadurch verschärft werden, dass eben diese Kernthemen wesentlicher Motivationsgrund für AktivistInnen sind, sich überhaupt erst innerhalb einer Partei zu betätigen, womit sie hierbei eventuell in vermehrtem Ausmaß Positionen einnehmen, die jenseits der *region of acceptability* der WählerInnen liegen.

H4a: Parteien sind bei ihren Kernthemen weniger responsiv gegenüber den AktivistInnen, als bei Themen, die zur Maximierung von WählerInnenstimmen weniger bedeutsam sind.

Der Parteienwettbewerb um Themen ist keineswegs statisch. Parteien können eine Reputation als kompetente Problemlöser nicht nur innerhalb eines bestimmten, begrenzten Themenspektrums gewinnen oder verlieren, sondern das Themenspektrum unter Umständen auch durch neue saliente Themen erweitern. Während die Anzahl an potentiellen Themen hierbei beinahe unbegrenzt ist, schaffen es aufgrund der begrenzten öffentlichen Aufmerksamkeit allerdings nur sehr wenige Themen tatsächlich, dauerhaft wichtige Bestandteile der Themenlandschaft zu bleiben (vgl. Carmines/Stimson 1993, 152). Warum dies gewissen Themen gelingt und anderen nicht, steht im Folgenden nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit. Von Bedeutung ist allerdings, dass mit Edward G. Carmines und James

⁷ Um ihre Theorie begrifflich eindeutig von der *spatial theory* nach Anthony Downs (1957) abzugrenzen, vermeiden Rabinowitz und MacDonald (1989, 118) die Verwendung des Wortes „Position“ und beziehen sich stattdessen auf eine „certainty of directional preference“. Der einfacheren Lesbarkeit halber unterbleibt dies hier allerdings. Die Position, auf die hier verwiesen wird, ist gemäß Rabinowitz und MacDonald (1989) allerdings weniger eindeutig definierbar, als dies beispielsweise Downs (1957) suggeriert. Sie sollte im Sinne der Autoren eher als Vektor einer mehr oder weniger deutlichen Präferenz anstelle eines eindeutig definierbaren Punktes verstanden werden.

A. Stimson (1993, 154) davon ausgegangen werden kann, dass strategisches Verhalten von PolitikerInnen (bzw. Parteien) hierbei eine wesentliche Rolle spielt.

Die Annahmen zu Hypothese 4a erscheinen nur bei etablierten Themen plausibel. Die Kernthemen einer Partei können per definitionem keine genuin neuen Themen sein – die dazugehörige Reputation einer hohen Problemlösungskompetenz müssen sich die Parteien in den Worten von John R. Petrocik (1996, 826) schließlich durch eine „(...) history of attention, initiative and innovation towards these problems (...)“ erarbeiten. Gemäß Hypothese 4a müssten Parteien somit responsiver gegenüber den Präferenzen ihrer AktivistInnen sein, wenn diese Forderungen zu Themen stellen, die vorher nicht auf der politischen Tagesordnung standen – schließlich handelt es sich dabei zwangsläufig um Forderungen zu (noch) peripheren Themen.

Da eine erhöhte Aufmerksamkeit für ein neues Thema gegebenenfalls mit einer geringeren Aufmerksamkeit gegenüber alten Themen verbunden ist, stehen hinsichtlich ihrer Wahlerfolge bislang erfolgreichen Parteien⁸ nach Carmines und Stimson (1993, 154) zwei Möglichkeiten offen, um sich gegenüber neuen Themen im politischen Wettbewerb strategisch zu verhalten: Entweder sie betonen weiterhin ihre alten, für sie vorteilhaften Themen, oder sie versuchen, die neuen Themen als logische Weiterentwicklungen der alten Themenagenden zu präsentieren – „in both cases, the idea is to fight current political battles within the framework of old ones.“ Damit sollten hinsichtlich ihrer Wahlergebnisse erfolgreiche Parteien bei genuin neuen Themen – also neuen Themen, die sich nicht „natürlich“ in den Rahmen existierender dominanter *cleavages* einfügen – anders als bei alten peripheren Themen, weniger responsiv gegenüber den Präferenzen ihrer AktivistInnen sein.

Dies erscheint insbesondere deshalb plausibel, weil eine Reaktion der Partei auf die Präferenzen ihrer AktivistInnen zu diesen neuen Themen die Salienz dieser Themen beinahe automatisch erhöht: Die Partei gesteht somit ein, dass es sich hierbei um bedeutsame Probleme handelt, die einer Lösung bedürfen. Um dies zu verhindern, ist die Verweigerung einer Positionierung zu einem bestimmten Problem nach Bonnie M. Meguid (2008, 28) durchaus eine viable Strategie.

Bei der Stimmenmaximierung ohnehin erfolgreiche Parteien haben allerdings nicht nur wenig Anreiz, sich derart als „issue entrepreneurs“ (de Vries/Hobolt 2012, 246) zu betätigen, sondern laufen auch in Gefahr, durch neu entstandene saliente Themen ihre alten, erfolgreichen WählerInnenallianzen zu sprengen (vgl. Carmines/Stimson 1993, 154), und somit gegebenenfalls sogar den Erfolg neuer, der

⁸ Carmines und Stimson (1993) formulierten ihre Theorie der Evolution politischer Themen in Hinblick auf das US-amerikanische Zweiparteiensystem, das eine einfachere Bestimmung von Wahlgebern und -verlierern ermöglicht. Auch wenn Stimmenmaximierung und Regierungsbeteiligung im hier untersuchten Mehrparteiensystem weniger eindeutig korrelieren, lässt sich die untersuchte Partei seit dem Jahr 1970 trotzdem problemlos als erfolgreichste – d.h. stimmenstärkste und abgesehen von den Jahren 2000-2007 die Regierung anführende – Partei definieren. Gemäß Catherine E. De Vries und Sara B. Hobolts (2012, 248) Einteilung der Parteien in *mainstream government parties*, *mainstream opposition parties* und *challenger parties* kann die untersuchte Partei somit seit 1970 in 39 der letzten 46 Jahre als *mainstream government party* bezeichnet werden, in den restlichen sieben Jahren dagegen als *mainstream opposition party*.

Lösung des entsprechenden Problems verschriebener Mitbewerber – beispielsweise in Form so genannter *niche parties* – zu begünstigen (vgl. Meguid 2005, 2008).

H4b: Parteien sind bei genuin neuen Themen – also bei neuen Themen, die sich nicht in bestehende dominante *cleavages* einfügen lassen – gegenüber ihren AktivistInnen weniger responsiv, als bei alten, für die Stimmenmaximierung peripheren Themen.

3.5 Strategiewechsel nach Wahl- und Amtsverlusten

Wird davon ausgegangen, dass es sich bei einer veränderten Responsivität der Partei gegenüber ihren AktivistInnen um einen Strategiewechsel der Parteiführung handelt, so gilt folgende Aussage von Robert Harmel und Kenneth Janda (1994, 261): „(...) party change does not ‘just happen’.“ Vielmehr ändern Parteien ihr Verhalten aufgrund von Personalwechseln an der Parteispitze, einem Wechsel der dominanten Faktion innerhalb der Partei, und/oder aufgrund von parteiexternen Veränderungen (vgl. Harmel/Janda 1994, 262). Da die beiden erstgenannten Faktoren eventuell ebenfalls das Ergebnis parteiexterner Veränderungen sind, finden sie hier keine weitere Beachtung. Während außerparteiliche Veränderungen zur Erklärung des Verhaltens von Parteien über längere Zeiträume hinweg auch schon für die Hypothesen 1 und 2 ausschlaggebend waren, steht nun allerdings eine besonders drastische Variante dieser Veränderungen im Fokus: der externe „Schock“, den Harmel und Janda (1994, 267) folgendermaßen definieren:

„What we mean by an ‘external shock’ is an external stimulus so directly related to performance considerations on a party’s ‘primary goal’ that it causes the party’s decision makers (perhaps through pressure by others within the party) to undertake a fundamental reevaluation of the party’s effectiveness on that goal dimension (...). Given the extent of internal disruption caused by the shock, abrupt, broad and dramatic changes may result.”

Anders als bei den Hypothesen 1 und 2 sollte die Parteiführung ihr Verhalten gegenüber den AktivistInnen aufgrund eines solchen „Schocks“ also innerhalb vergleichsweise kurzer Zeiträume ändern. In Analogie zu Strøm (1990) definieren Harmel und Janda (1994, 269) hierbei *policy*, *office* und *votes* als mögliche Primärziele einer Partei, zudem auch *intraparty democracy*. Gemäß der weiter oben diskutierten Überlegungen erscheint es plausibel, dass die Führung der untersuchten Partei entweder *office* oder *votes* als das für sie bedeutsamste Ziel definiert. Empfindliche Verluste in diesen beiden Bereichen könnten also zu einem Strategiewechsel der Partei führen – d.h. eine vormals hohe Responsivität gegenüber den Präferenzen der AktivistInnen könnte nach Wahl- oder Amtsverlusten durch eine Phase geringerer Responsivität abgelöst werden und umgekehrt.⁹

⁹ Ähnlich argumentieren auch Budge (1994, 454) und Budge et al. (2010) mit ihrer *integrated dynamic theory* zum Positionswechsel von Parteien.

Wird mit Scarrow (2015, 25) ein stärkerer Fokus auf die Bedeutung von Legitimationsnarrativen für die Parteien gelegt, so erscheint es allerdings plausibel, dass sich die untersuchte Partei im Falle von Stimm- oder Amtsverlusten vor allem auf ihre Mitglieder zubewegt. *Catch-all parties* wie die untersuchte Partei beziehen ihre Legitimität vor allem aus ihrem Erfolg auf dem WählerInnenmarkt – sind sie hierbei nicht erfolgreich, so finden sie in der Betonung von „innerparteilicher Demokratie“ eventuell eine alternative Quelle der Existenzlegitimation. Die Einbindung der Mitglieder in innerparteiliche Entscheidungsprozesse hat hierbei somit instrumentellen Charakter, d.h. sie ist für die Partei kein Wert an sich, sondern eine strategische Entscheidung, welche den Erfolg der Partei auf dem WählerInnenmarkt erhöhen sollte (vgl. Scarrow 2015, 25).

H5a: Nach empfindlichen Stimmenverlusten ist die Partei responsiver gegenüber ihren Mitgliedern.

H5b: Nach einem Amtsverlust ist die Partei responsiver gegenüber ihren Mitgliedern.

3.6 Innerparteiliche Machtverteilung

Es liegt nahe, dass die Responsivität der Parteien gegenüber den Forderungen ihrer AktivistInnen nicht nur in Hinblick auf die Themenbereiche der gestellten Forderungen variiert, sondern auch von der Position des Urhebers/der Urheberin der Forderungen innerhalb der Partei abhängt.

Während die bisherigen Hypothesen undifferenziert eine Zweiteilung in Parteiführung und AktivistInnen voraussetzen und diese Dichotomie grundsätzlich auch weiterhin beibehalten wird, steht nun also der Gedanke im Vordergrund, dass die AktivistInnen einer derart umfangreichen Organisation, wie die hier untersuchte Partei sie hat, für die Erreichung der Ziele der Parteiführung nicht allesamt gleich viel „wert“ sind. Aufgrund der spezifischen Gliederung der Parteioorganisation in einerseits territoriale Bezirksorganisationen und andererseits in Vorfeld- und Teilorganisationen hängt das Ausmaß, in welchem ein Aktivist oder eine Aktivistin zur Stimmenmaximierung der Partei beiträgt, vermutlich wesentlich davon ab, in welcher Teil- oder Bezirksorganisation sich der oder die betreffende AktivistIn engagiert. Aus Sicht der Parteiführung ist es somit rational, die Forderungen jener innerparteilichen Organisationen, welche in größerem Ausmaß zur Stimmenmaximierung beitragen, vermehrt bei der policy-Formulierung zu berücksichtigen.

Der tatsächliche Beitrag einer bestimmten Organisation zum Gewinn von angebbaren Stimmenanteilen ist natürlich insbesondere in Zeiten, in denen die Mobilisierung der WählerInnen zunehmend über die Medien erfolgt, kaum zu messen. Dennoch erscheint ein Rückschluss von den Kerngebieten und KernwählerInnenschichten einer Partei auf die Bedeutung der in diesen Bereichen tätigen Organisationen plausibel.

H6a: Eine Partei ist responsiver gegenüber Forderungen aus Bezirken und Bundesländern, in welchen sie bei Wahlen hohe Stimmenanteile erwarten kann.

H6b: Eine Partei ist responsiver gegenüber den Forderungen jener Teil- und Vorfeldorganisationen, welche die KernwählerInnen der Partei vertreten.

Die bisherigen Hypothesen gingen allesamt von einer strategischen Vorgehensweise der Parteiführung mit dem Ziel der Stimmenmaximierung aus. Damit wurden der innerparteilichen Machtverteilung inhärente Eigendynamiken, welche einem strategischen Handeln der Parteiführung eventuell entgegen stehen, weitgehend ignoriert, bzw. dienen sie als Nullhypothese. Es ist allerdings davon auszugehen, dass derartige, der Stimmenmaximierung gegebenenfalls entgegenstehende Eigendynamiken ein wesentlicher Bestandteil des Verhaltens von Parteien sind – und laut Kitschelt (1994, 244ff.) trifft dies auf die hier untersuchte Partei sogar im besonderen Ausmaß zu.

Ausgehend von der Annahme, dass Parteien grundsätzlich konservative – das heißt, Veränderungen scheuende – Organisationen sind (vgl. Harmel/Janda 1994, 264) und Veränderungen unter anderem durch einen generativen Wandel stattfinden, erscheint es plausibel, dass Parteien gegenüber ihren Nachwuchsorganisationen weniger responsiv sind, als gegenüber anderen Teilorganisationen. Hinzu kommt, dass sich junge Parteimitglieder hinsichtlich ihrer Werte, Vorstellungen und Ziele eventuell noch in einer Orientierungsphase ihres Lebens befinden, wodurch sie ihrer ideologischen Positionierung eventuell größere Bedeutung zuschreiben, als ältere Personen:

„What for others would be a ‘regular’ collective incentive, could be transformed into a crucial element of moral identification for a young adult defining his belief system.“ (Bruter/Harrison 2009, 21)

Gemäß Bruter und Harrison (2009, 21) würde dies erklären, warum Nachwuchsorganisationen oftmals radikalere Ansichten vertreten, als ihre Mutterparteien. In diesem Sinne wird die folgende Hypothese aufgestellt:

H7: Parteien sind weniger responsiv gegenüber ihren Nachwuchsorganisationen, als gegenüber anderen Teil- und Vorfeldorganisationen.

4. Operationalisierung der Hypothesen

4.1 „Decentralization of policy decisions“ – Abhängige Variable

Entsprechend der Forschungsfrage wird untersucht, ob die Parteiführung der SPÖ die parteiinterne Willensbildung strategisch einsetzt, bzw. einsetzen kann, oder ob von einem Organisationsmodell ausgegangen werden muss, welches der Parteispitze beispielsweise weniger Handlungsspielraum zugesteht. Wie weiter oben ausgeführt, steht hierbei insbesondere das Instrument der „decentralization

of policy decisions” (Strøm und Müller 1999, 17) im Zentrum der Aufmerksamkeit. In diesem Sinne sollte die Parteiführung versuchen, ihre AktivistInnen durch Mitbestimmungsmöglichkeiten bei *policy*-Entscheidungen zu „entlohn“, um sich deren loyale Mitarbeit innerhalb der Parteiorganisation zu sichern.

Die parteiinternen Willensbildungsprozesse sind bei *policy*-Entscheidungen anders als beispielsweise bei personellen Entscheidungen oftmals nur in groben Zügen formalisiert, bzw. in den Parteistatuten festgelegt (bzgl. Wahlprogrammen vgl. Dolezal et al. 2012, 880) und es besteht aus Sicht der Parteiführung zwecks einer einheitlichen Außenkommunikation der Partei durchaus das Interesse, diese Willensbildungsprozesse im Verborgenen stattfinden zu lassen (vgl. u.a. Dittberner 1969, 45). Innerparteiliche Entscheidungsstrukturen auf eine Art und Weise zu untersuchen, welche insbesondere einen Vergleich über längere Zeiträume hinweg ermöglicht, ist nicht zuletzt deshalb kein einfaches Unterfangen.

Hierbei erscheinen vor allem zwei Vorgehensweisen sinnvoll: Erstens können beispielsweise durch eine Analyse der Statuten oder anderer parteiinterner Dokumente die formal verbrieften Rechte und Kompetenzen der AktivistInnen näher betrachtet werden (vgl. u.a. Berge et al. 2013). Dies gestattet Aussagen über die Möglichkeiten der verschiedenen ParteiakteurInnen, am innerparteilichen Willensbildungsprozess teilzunehmen. Während diese Vorgehensweise durch ihre einfache Durchführbarkeit besticht und auch Rückschlüsse auf das normative Organisationsleitbild einer Partei zulässt, bleibt hierbei allerdings die Frage offen, wie diese formalen Regelungen tatsächlich angewendet werden. Zweitens erscheint daher ein Blick auf die tatsächliche Responsivität einer Partei gegenüber ihren Mitgliedern nützlich, wobei Responsivität, oder „responsiveness“ in Anlehnung an Müller und Strøm (1999, 306) als der Grad zu verstehen ist, bis zu welchem die Parteiführung auf die Forderungen der Parteimitglieder eingeht und sie gegebenenfalls bei der *policy*-Formulierung der Partei berücksichtigt. Hierbei stellt allerdings die Datenlage zu den Positionen und Präferenzen der Mitglieder meist eine empfindliche Einschränkung dar.

Im Folgenden wurde die zweite Vorgehensweise gewählt, wobei auf Dokumente und Aufzeichnungen des einzigen Gremiums auf Bundesebene zurückgegriffen wurde, welches die Mitbestimmung von „einfachen“ Mitgliedern am parteiinternen Willensbildungsprozess aus formaler Sicht innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums überhaupt vorsah. Dies sind die Bundesparteitage der untersuchten Partei. Ein Vorteil dieser Vorgehensweise ist neben der Verfügbarkeit der Daten dabei die Kontinuität dieser Veranstaltungen. Die Parteitage der SPÖ finden seit 1945 im ein- bis Zweijahresrhythmus statt, wobei sich ihr formaler Aufbau in diesem Zeitraum bemerkenswert wenig änderte.

4.1.1 Parteitage als Orte der innerparteilichen Willensbildung?

In den Statuten der SPÖ (2014, 14) als „höchstes willensbildendes Organ“ bezeichnet, stellen diese Versammlungen einen Kristallisationspunkt in der Beziehung zwischen Parteispitze und AktivistInnen

dar. Im Folgenden steht nun vorerst aus theoretischer Sicht die Frage im Zentrum, ob Parteitage als Orte innerparteilicher Willensbildung begriffen werden können und welche Rolle „einfache“ Parteimitglieder hierbei einnehmen.

Die Literatur zu Parteitag ist bei weitem nicht so umfangreich, wie jene zu anderen Aspekten der Parteienforschung. Insbesondere aktuelle Studien sind hierzu kaum vorhanden,¹⁰ obwohl anscheinend keine Partei auf die Durchführung derartiger Rituale verzichten will – seien es nun Massen- oder *catch all*-Parteien, Kartellparteien oder links-libertäre Parteien in Demokratien, wie auch staatssozialistische Parteien in autoritären Regierungssystemen. Die Parteitage aller dieser Parteitypen eint dabei der Anspruch, Zentrum der parteiinternen Willensbildung zu sein und somit die Meinung der Parteimitglieder widerzuspiegeln.

Sozialistische oder sozialdemokratische Parteien prägten diese Vorstellungen wesentlich mit. Während die britischen *Liberals* und *Conservatives* Ende des 19. Jahrhunderts beispielsweise Parteikonferenzen abhielten, welche eher wenig erfolgreich versuchten, die AnhängerInnen der Parteien zu organisieren, schuf die *Labour Party* ab 1900 zumindest in ihren Ansprüchen eine Institution innerparteilicher Demokratie, indem sie Parteitage erstmals als Orte der Deliberation unter den Delegierten organisierte (vgl. Faucher-King 2005, 15). Dieses Modell einer innerparteilichen Repräsentativdemokratie verfügte scheinbar über einen derart hohen normativen Gehalt, dass es nicht nur von linken Parteien zum Organisationsleitbild erhoben wurde. Parteiinterne Willensbildung geschieht dabei zumindest dem Anspruch gemäß mittels Delegation von den Mitgliedern zu den Parteitagsdelegierten, die ausgestattet mit dem Mandat der delegierenden Organisation auf den Parteitagen Sach- und Personalentscheidungen treffen (vgl. Scarrow 2015, 23).

Wie ein Blick in die Literatur zu Parteitag, wie auch die vorhandenen Materialien von den Parteitagen der SPÖ nahelegen, übernahmen die meisten Parteien hierbei allerdings vor allem formale Aspekte der Parteitagsinszenierung von diesem Organisationsmodell, während der demokratische Gehalt dieser Veranstaltungen angezweifelt werden kann.

Die Tagesordnungen der Parteitage ähneln sich dabei in erstaunlichem Ausmaß – meist stehen Wahlen der Parteiführung, wie auch deren Reden im Vordergrund, zudem erfolgt die „Willensbildung“ mittels Abstimmungen und Diskussionen über Anträge, die von Delegierten, wie auch der Parteileitung eingebracht werden (vgl. u.a. Dittberner 1969; Kaack 1971; Minkin 1980). Diese Vorgehensweise lebt insbesondere durch ihren rituellen Charakter, wie Lewis Minkin (1980, 209) hinsichtlich der Parteikonferenzen der britischen Labour Party hervorhebt:

„Loyalty and unity were enhanced by the symbolism and ritual of the proceedings – the ceremonial opening, the Chairman’s address, the silent tribute to past comrades, the fraternal

¹⁰ Eine Ausnahme ist hierbei Faucher-King (2005) zu den Parteitagen britischer Parteien.

addresses, the Leader's speech, occasional telegrams of goodwill from allies abroad, and finally the votes of thanks and the singing of Auld Lang Syne and the Red Flag."

Heino Kaack (1971, 520) unterscheidet insgesamt fünf relevante Funktionen von Parteitage: Personelle Entscheidungsfindung, sachliche Entscheidungsfindung, Planung, Wahlwerbung und (innerparteiliche) Integration. Die ersten drei aufgezählten Funktionen dienen hierbei der meist in den Statuten (im Fall deutscher Parteien allerdings auch im Parteiengesetz) festgeschriebenen parteiinternen Willensbildung, wobei Kaack (1971, 527f.) unter „Planung“ das Einfließen von Themenpräferenzen und -vorschlägen (meist via Anträgen) in die Parteiprogramme versteht. Eindeutiger könnte diese Funktion daher auch als „Programmfunktion“ bezeichnet werden (vgl. Kaack 1971, 528). Die beiden letztgenannten Funktionen werden dagegen üblicherweise nicht in den Statuten erwähnt. Da sie eine entscheidende Rolle für die Wettbewerbsposition einer Partei gegenüber ihren Konkurrentinnen spielen, sind sie für die stimmenmaximierende Parteispitze allerdings von umso größerer Bedeutung.

Der demokratische Gehalt von Parteitage westeuropäischer Parteien wird von den meisten AutorInnen als eher gering eingestuft (vgl. u.a. von Beyme 2000; Dittberner 1969; Müller 2002). Klaus von Beyme (2000, 147; H.i.O.) konstatiert gar, „die *Parteitage* als der institutionelle Sitz der innerparteilichen Volkssouveränität haben vielfach die Funktion des bloßen *Akkklamationsorgans*.“ Hierbei kollidieren Ansprüche innerparteilicher Willensbildung insbesondere mit Versuchen, das Bild parteiinterner Geschlossenheit nach außen zu transportieren, was nach Marion Müller (2002, 149) zu einem „strukturellen Funktionsdilemma“ der Parteitage führe. Dies ist ein Prozess, der sich im Rahmen der „Erosion affektiver Parteibindungen“ (Plasser/Ullrich 2004b, 381) und einer gestiegenen Bedeutung der Medien als Transmissionsriemen zwischen WählerInnen und Parteien in den vergangenen Jahren vermutlich noch weiter intensiviert hat, wie beispielsweise Elmar Wiesendahl (2013, 30) nahelegt:

„In Parteien wird der Mitgliedereinfluss über medienzentrierte Parteitage ausgegrenzt, auf denen den Vertretern der Party in Public Office claquehaft gehuldigt wird und sie bei Abstimmungen, der geschlossenen medialen Außenwirkung halber, mit Quoten weit über 90 Prozent rechnen können.“

Zu ähnlichen Schlüssen kam Jürgen Dittberner (1969) allerdings auch schon Ende der 1960er Jahre, als er die Parteitage der deutschen CDU und SPD in der „Hochblüte“ mitgliederstarker *catch all*-Parteien auf ihre Willensbildungs-, Repräsentations- und Werbefunktion hin untersuchte. Die erhöhte Medienaufmerksamkeit für Parteitage erklärt er dabei damit, dass Parteitage für Mitglieder wie auch Öffentlichkeit „ein Symbol für die Partei schlechthin“ seien, auf der sich die gesamte „Parteiprominenz“ versammelt befände und sich zudem die „Stimmung der Gesamtpartei“ manifestiere (Dittberner 1969, 43f.). Dittberner (1969, 46) betont zwar, dass die Werbung der Parteien

schließlich auch „(...) im freien Dialog zwischen Führern und Geführten konzipiert (...)“ sein könnte, konstatiert allerdings ebenso, dass dies in Deutschland meist nicht der Fall sei. Uneinigkeit würde den Parteien von Seiten der Medien vielmehr als Schwäche ausgelegt, wie auch von Beyme (2000, 148), Kaack (1971, 529) und Müller (2002, 167) betonen.

Das Ausmaß an Möglichkeiten zur demokratischen Willensbildung¹¹ auf Parteitag variiert nach Dittberner (1969, 258) allerdings: Vor Wahlen sei sie erwartungsgemäß eher gering, Beschlüsse zu langfristigen Entscheidungen würden dagegen zu mehr Dialog auf Parteitagen führen. Aufgrund der erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit wirke sich die Existenz charismatischer Parteiführer dagegen ebenfalls negativ auf den demokratischen Willensbildungsprozess der Parteitage aus.

Die Personen- und Elitenzentriertheit der Medien sollte also insbesondere auf die von Kaack (1971, 520) formulierte Funktion der personellen Entscheidungen negative Auswirkungen haben. Tatsächlich berichten weder Dittberner (1969), noch Kaack (1971), Minkin (1980) oder Müller (2002) von Kampfabstimmungen um den Posten des/der Parteivorsitzenden. Hierbei würde faktisch das Prinzip der Kooptation vorherrschen, wie Kaack (1971, 526) anmerkt. Umkämpfter sind eher die Posten von StellvertreterInnen oder anderen Vorstandsmitgliedern. Der Einfluss der Mitglieder auf die KandidatInnenselektion und Wahl der Parteiführung ist im Rahmen der Parteitage weitgehend „professionalisierter“ Parteien also nur eingeschränkt möglich, selbst wenn sie laut Statuten die Orte der Entscheidungsfindung hierüber sein sollten.

Zusätzlich zu den oben genannten Anreizen für die Parteispitze, den Willensbildungsprozess auf Parteitagen eher zu unterbinden oder zu dominieren, sprechen allerdings auch gewisse Sachzwänge gegen eine ausgeprägte Rolle der Parteitage bei parteiinternen Entscheidungen. Parteitage finden schließlich nur periodisch statt, was ad hoc-Entscheidungsfindungen unmöglich macht und ständig beratende Gremien begünstigt (vgl. Dittberner 1969, 39). In diesem Sinne betont Kaack (1971, 527), dass Anträge – die schließlich das institutionalisierte Instrument der Delegierten sind, um an parteiinternen Sachentscheidungen teilzunehmen – vor allem die Rolle von Appellen, oder Leitlinien zur Behandlung von innen- oder außenpolitischen Problemen einnehmen und damit eher als Basis zur Formulierung von Grundsatzentscheidungen dienen, als konkrete Sachentscheidungen zu beeinflussen. Zudem müssen die Parteitage zwangsläufig von der Parteispitze organisiert werden, womit diese auch die Tagesordnungen festlegen (vgl. von Beyme 2000, 148). Wie Müller (2002, 168) betont, ist diese

¹¹Dittberner (1969, 38) definiert „demokratische Willensbildung“ dabei anhand der Möglichkeiten der Delegierten, Einfluss auf die Parteitagskommunikation zu nehmen – es stehen insbesondere die Fragen im Zentrum, ob für alle Delegierten das gleiche Rede- und Stimmrecht besteht und „(...) inwieweit durch die Parteitage eine Tendenz zur Identität von Führern und Mitgliedern gefördert wird.“

Gestaltungs- und Organisationskompetenz insbesondere in Zeiten mediatisierter Politik eine nicht zu unterschätzende Machtfrage.¹²

Auch wenn alle bisher zitierten AutorInnen die Orientierung der Parteitagskommunikation nach außen betonen – Müller (2002, 163) nennt JournalistInnen gar die „Primäradressaten“ der Parteitagsinszenierungen –, nehmen Parteitage allerdings auch eine wichtige Rolle bei der Kommunikation nach innen ein. Sie haben damit eine bedeutsame Integrationsfunktion, wie Minkins (1980) Zitat zu Beginn dieses Abschnitts nahelegt und auch Faucher-King (2005, 22) betont die Rolle der Parteitage bei der Bestätigung einer kollektiven Identität. Zwar merken Ulrich Lohmar (1963) und Hans Schuster (1957) an, dass diese Art der Integration nicht über die Rolle der Parteien als Orte demokratischer innerparteilicher Willensbildung stattfindet (vgl. Dittberner 1969, 43), doch unterstreicht Dittberner (1969, 229) hierbei auch die Bedeutung des Selbstbildes der Delegierten.

Es ist anzunehmen, dass sich dieses Selbstbild über die Jahrzehnte durchaus gewandelt hat, weswegen Poguntke (2000, 196) den demokratischen Gehalt der Parteitage beispielsweise weniger pessimistisch beurteilt, als die oben zitierten AutorInnen: Nicht zuletzt aufgrund eines gestiegenen Bildungsniveaus der Mitglieder muss sich die Parteispitze nun in stärkerem Ausmaß gegenüber den Delegierten legitimieren. In diesem Sinne berichtet Faucher-King (2005, 415), dass die Inszenierung von britischen Parteitagen als lebendige innerparteiliche Demokratien ab den 1990er Jahren an Bedeutung gewann, wobei sich der Fokus von Kollektiven zunehmend auf Individuen als zentralen AkteurInnen dieser Inszenierung verlagerte.

Zu ähnlichen Schlüssen gelangen auch Scarrow et al. (2000, 133), wobei sie betonen, dass Parteien einerseits sowohl außer- wie auch innerparteilich zunehmend mit Forderungen nach „basisdemokratischen“ Entscheidungsstrukturen konfrontiert werden, die Parteiführung allerdings andererseits auch in gestiegenem Ausmaß unter Druck steht, möglichst frei handeln zu können, um strategisch auf volatile WählerInnenmärkte zu reagieren. Sie gehen daher davon aus, dass die Parteispitze versucht, (eher symbolische) Mitbestimmungsrechte der einfachen Mitglieder zu stärken, um damit gleichzeitig den für sie weitaus „gefährlicheren“ Einfluss der FunktionärInnen zurückzudrängen.

Dieser Prozess scheint auf Parteitagen hinsichtlich der zu treffenden Sachentscheidungen weniger formalisiert zu sein, als beispielsweise bei der (Schein-) Wahl der Parteiführung. Zwar können die Delegierten Anträge betreffend Sachentscheidungen stellen, doch ist deren Umsetzung meist nicht in den Statuten geregelt, bzw. wird eine mangelhafte Umsetzung aus formaler Sicht vermutlich oftmals

¹²Die Bedeutung dieser Kompetenzen zur Beeinflussung des innerparteilichen Willensbildungsprozesses betonen allerdings auch schon Kaack (1971, 521) und Minkin (1980, 66ff.) bei der Analyse von SPD- und CDU- (Kaack), bzw. Labour-Parteitagen (Minkin) der 1950er und 1960er Jahre.

nicht sanktioniert. In diesem Sinne geht aus den Statuten beispielsweise auch selten hervor, wie Grundsatz- oder Wahlprogramme der Parteien entstehen. Die Parteitage sind hierbei formell höchstens in die Absegnung des fertigen Programms involviert, nicht aber in ihren Entstehungsprozess (vgl. Scarrow et al. 2000, 144; zu österr. Parteien: vgl. Dolezal et al. 2012, 880). Nach Scarrow et al. (2000, 146) bedeutet dies allerdings nicht, dass die Parteispitze bei der Festlegung der *policy*-Ziele und der Positionierung der Partei freie Hand hätte:

„For the most part, an electoral party leadership will be able to use the opportunity provided by an election programme to emphasize certain policies which will appeal to the party’s voters and de-emphasize policies which might prove electorally damaging.”

Auch wenn sich der Weg der Anträge in die Zielformulierungen der Partei nicht anhand der Statuten nachvollziehen lässt, ist dennoch nicht anzunehmen, dass diese Anträge hierbei völlig unberücksichtigt bleiben. Aus Sicht der Parteispitze scheint es zumindest rational, Wünsche der AktivistInnen nach einer stärkeren Basisbeteiligung durch das Instrument des Antragstellens zu kanalisieren. Zudem ist diese Form der Mitgliederbeteiligung auch die institutionalisierte Möglichkeit der Parteispitze, Informationen über die Themenpräferenzen und -positionen ihrer Mitglieder zu erhalten. Dies bedeutet nicht unbedingt, dass die Konflikte um diese Anträge öffentlich stattfinden müssen, oder dass die Parteileitung hierbei nicht regulierend eingreift.

Die Kosten einer Beteiligung der einfachen Delegierten am Willensbildungsprozess sind hierbei für die Parteileitung vermutlich vergleichsweise gering: Dieser Tagesordnungspunkt ist für JournalistInnen nach Müller (2002, 158) aufgrund der fehlenden Personalisierung oder Elitenzentrierung weniger interessant, als die parteiinternen Wahlen zu den Führungspositionen. Hinzu kommt, dass die Umsetzung von Parteitagsbeschlüssen nicht zwangsläufig bindend ist – insbesondere Anträge, die eine Forcierung bestimmter Themen durch die Parlamentsfraktion vorsehen, können dabei von der Parteispitze unter Umständen unbemerkt auf die lange Bank geschoben werden.¹³ Gerade aufgrund der fehlenden Formalisierung besteht für die Parteiführung somit eventuell weniger Anreiz, die Parteitagsdelegierten schon a priori an der Ausübung ihrer Mitbestimmungsrechte – also dem Stellen von (durch die Parteiführung unveränderten) Anträgen an die Parteitage – zu hindern.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der meist in den Statuten festgeschriebene Anspruch der Parteitage als Orte der innerparteilichen Willensbildung gemäß der vorhandenen Literatur nur in eingeschränktem Ausmaß zutrifft. Insbesondere die Personalentscheidungen zu den Spitzenpositionen stehen zwecks einer günstigen Außendarstellung der Partei meist schon vor den Parteitagen fest. Der Einfluss von Parteitagen auf ad hoc-Sachentscheidungen ist dagegen aufgrund von Sachzwängen kaum möglich. Grundsatzentscheidungen um politische Leitlinien könnten dagegen durchaus von den

¹³ SPÖ-intern wird diese Praxis oftmals als „Begräbnis erster Klasse“ bezeichnet (s. Abschnitt *Die Behandlung der Anträge auf SPÖ-Parteitage*).

Delegierten im Rahmen der Parteitage entschieden werden. Mehrere AutorInnen legen nahe, dass das Selbstverständnis der Delegierten hierbei ein bedeutsamer Faktor bei der Ausgestaltung der parteiinternen Machtverhältnisse ist.

4.1.2 Innerparteiliche Responsivität auf SPÖ-Parteitag

Die „Responsivität“ von Parteien wird meist durch einen Vergleich der policy-Positionen der Partei mit jenen der WählerInnen oder ParteianhängerInnen operationalisiert (vgl. u.a. Adams et al. 2004; Ezrow et al. 2010; Spoon/Klüver 2014). Systematische Erhebungen von Mitgliederpositionen, wie sie in Deutschland zum Beispiel das Potsdamer Parteimitglieder-Projekt (vgl. Heinrich et al. 2002) durchführte, existieren für Österreich leider nicht. Ein Rückgriff auf Umfragedaten von WählerInnenstudien, in denen die RespondentInnen unter anderem nach ihrer Nähe zu einer bestimmten Partei gefragt wurden, ist dagegen mit dem Problem zu geringer Fallzahlen verbunden – außerdem lassen diese Daten keinen Vergleich über längere Zeiträume hinweg zu. Aus diesem Grund wird hier ein anderer Weg gewählt und auf das Instrument des Stellens von Anträgen auf den Parteitag zurückgegriffen.

Diese Vorgehensweise eignet sich hervorragend für die Beantwortung der Frage, ob Parteien ihre AktivistInnen mittels policies „entlohn“, da so die Behandlung der Anträge auf den Parteitag direkt als abhängige Variable operationalisiert werden kann. Dies mag auf den ersten Blick eventuell wenig plausibel erscheinen, da die Beschlussfassung über die Behandlung der Anträge theoretisch eine autonome Entscheidung der Delegierten ist. Tatsächlich besteht innerhalb der SPÖ allerdings die Praxis, dass eine Antragsprüfungskommission Empfehlungen über die Behandlung der Anträge ausspricht (vgl. SPÖ 2014, 16), welcher die Delegierten meist folgen. Die Antragsprüfungskommission (bzw. seit 1991 Antragskommission) wird dabei von Mitgliedern des Bundesparteiorgans, der Landesorganisationen, sowie von VertreterInnen der Bezirks- und Teilorganisationen, wie auch den Referaten der Partei besetzt (vgl. ebd., 16f.). Es ist also anzunehmen, dass sich in den Empfehlungen der Antragsprüfungskommission der Wille der Parteiführung manifestiert.

Kampfabstimmungen über die Anträge finden nur sehr selten statt, auch wenn unter Umständen ausführlich über diese Anträge diskutiert wird. Hinzu kommt, dass die Delegierten „positiv“ über die Empfehlung der Antragsprüfungskommission abstimmen (vgl. Müller 1995, 93ff.; SPÖ GO 1955, 1963-1974), nicht aber über den Antrag selbst – bzw. erst nachdem über die Empfehlung der Antragsprüfungskommission abgestimmt wurde. Diese Vorgehensweise könnte insbesondere bei Delegierten, die mit dieser Praxis (noch) wenig vertraut sind, Verwirrung stiften. Selbst beim Lesen der Redeprotokolle ist oft nicht auf den ersten Blick ersichtlich, ob es sich bei der Annahme eines Antrages durch die Mehrheit der Delegierten um jenen der Antragsprüfungskommission auf Ablehnung, oder um den tatsächlichen Antrag handelt – ein Umstand der anscheinend insbesondere dann häufig auftritt, wenn ein Gegenantrag zum Antrag der Antragsprüfungskommission unter den

Parteitage delegierten hohe Zustimmungswerte erhält. Des Weiteren ist ein Abweichen von der Empfehlung der Antragsprüfungskommission zeitaufwendig – schließlich müssen so zumindest zwei Abstimmungen anstelle von einer durchgeführt werden – was bei diesem im Parteitageablauf meist eher spät angesiedelten Tagesordnungspunkt durchaus ein Hinderungsgrund sein kann. Alles in allem drängt sich der Eindruck auf, dass die Dominanz der Parteiführung auf den Parteitagen nicht nur von der Geschäftsordnung der Parteitage begünstigt wird, sondern die ohnehin nicht allzu umfangreichen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Delegierten auch noch durch eine geschickte Orchestrierung durch den Parteitagevorsitz, bzw. den Sprecher/die Sprecherin der Antragsprüfungskommission weiter unterlaufen wird, um das von der Parteiführung gewünschte Ergebnis zu erzielen.

In Einklang mit der weiter oben diskutierten Literatur zu Parteitagen scheint sich hierbei die Annahme zu bestätigen, dass die Willensbildung auf den Parteitagen der SPÖ im Wesentlichen einer gelenkten innerparteilichen Demokratie entspricht – oder weniger optimistisch formuliert einer Oligarchie (vgl. Cassinelli 1953, 778): Die Parteiführung übt wesentlichen Einfluss auf die dort stattfindende Willensbildung und Entscheidungsfindung aus, die Delegierten können den von der Partei vorgegebenen Kurs kaum ändern. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Parteiführung eine innerparteiliche Diktatur etablieren kann (Müller et al. 1992, 119). Im Sinne der weiter oben zitierten Beobachtung von Scarrow et al. (2000, 146) wird die Parteiführung vermutlich versuchen, mittels der Prozedur der Abstimmung über Anträge jene Ziele der AktivistInnen zu betonen, welche auch bei der Wählerschaft Zuspruch finden und als schädlich betrachtete Forderungen abzuschwächen. Damit scheint es auch, als müsste die Umsetzung der auf den Parteitagen angenommenen Anträge nicht unbedingt überprüft werden. Würde die Parteiführung die beschlossenen Anträge vollkommen ignorieren, käme es mit Sicherheit zu Protesten unter den AktivistInnen und die Parteiorganisation wäre vermutlich mit Sanktionen wie Parteiaustritten oder Arbeitsverweigerungen konfrontiert. Die Empfehlung der Antragsprüfungskommission auf Behandlung der Anträge scheint sich damit zur Beantwortung der Forschungsfrage gut als abhängige Variable zu eignen.

Die Behandlung von Anträgen auf SPÖ-Parteitag

Bei der Codierung der SPÖ-Parteitageanträge wurden insgesamt acht Behandlungsformen gezählt. Da drei dieser Behandlungsformen nur sehr selten vorkommen und daher für den Erkenntnisgewinn nicht weiter relevant erscheinen, wurden sie bei der Bildung der abhängigen Variable nicht weiter berücksichtigt (es sind dies die Behandlungsformen „Kenntnisnahme“, „Antrag zurückgezogen“ und „Vertagung der Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt“).

Die häufigsten Behandlungsformen der Anträge auf SPÖ-Parteitag sind die folgenden: 1.) Annahme, 2.) Zuweisung des Antrages an ein bestimmtes Gremium, 3.) Miterledigung eines Antrages mit einem anderen Antrag, und 4.) die Ablehnung eines Antrages, wobei Heinz Fischer (SPÖ PT 1976, 154) die

verschiedenen Behandlungstypen in seiner Funktion als langjähriger Sprecher der Antragsprüfungskommission folgendermaßen interpretierte:

„1. Annahme eines Antrages, wenn der gesamte Inhalt ohne irgendeine Änderung zu akzeptieren und unmittelbar zu verwirklichen ist; 2. Zuweisung eines Antrages, wenn die Kommission der Meinung war, daß sich der Parteitag inhaltlich mit einem Antrag identifizieren kann, ihn im Prinzip also begrüßt, aber einzelne Formulierungen noch einer Vorberatung im Parteivorstand oder in einem anderen Gremium bedürfen; 3. Ablehnung eines Antrages, wenn die Varianten 1 und 2 nicht in Frage kommen, und schließlich gibt es 4. bei einigen Anträgen noch die Kenntnisaufnahme durch Mitentscheidung bei einem anderen Antrag.“

In der Praxis lässt sich beobachten, dass Anträge auf SPÖ-Parteitag nur äußerst selten abgelehnt werden. Gemäß dem vorherrschenden konsensorientierten Organisationsverständnis der Partei (vgl. Müller 1996b, 295), scheint es eher Strategie der Antragsprüfungskommission zu sein, Konflikte um kontroverse Anträge durch die Zuweisung dieser Anträge zuzudecken, oder zumindest vom (meist) öffentlichen Parteitag in ein nichtöffentliches Gremium zu verlegen, anstelle sie tatsächlich abzulehnen. In diesem Kontext ist auch die Bemerkung zu verstehen, dass es sich bei der Zuweisung eines Antrags um ein „Begräbnis erster Klasse“ handele (u.a. Maurer/Moser 1988, 431) – oder in den Worten eines Parteitagsdelegierten des VSSTÖ:

„Es gibt für Anträge Begräbnisse verschiedener Klasse. Das Begräbnis I. Klasse ist die Annahme, ohne daß dann etwas geschieht. Ein Begräbnis II. Klasse ist die Erklärung, der Antrag sei in einem weitergehenden enthalten. (...) Es steht dem Parteitag frei, Anträge abzulehnen, und ich glaube, man sollte daher offen zum Begräbnis III. Klasse schreiten und dies tun.“ (Lehmann SPÖ PT 1968, 206)

Diese Kritik, die der Parteivorsitzende Kreisky (SPÖ PT 1968, 207) als „(...) eine Beleidigung des Parteitags und der Partei (...)“ bezeichnete, hat über die Jahrzehnte scheinbar nicht an Gültigkeit verloren – zumindest sah sich der Sprecher der Antragskommission noch im Jahr 2006 bezüglich der an den Bundesparteivorstand zuzuweisenden Anträge zur folgenden Bemerkung veranlasst:

„Das ist aber eine Zuweisung einer der neueren Art, nämlich sie sollen dort [im Bundesparteivorstand; K.H.] wirklich behandelt werden. Bisher war es immer so, dass die Zuweisungen aus einem Gefühl der, wie soll man sagen, der Konfliktscheue manchmal entstanden sind, weil man sich Abstimmungen ersparen wollte.“ (Cap SPÖ PT 2006, 29)¹⁴

¹⁴ Bemerkenswerterweise wurden auf diesem Parteitag – wohl aufgrund der kurz darauf stattfindenden Nationalratswahl – sämtliche Anträge auf Empfehlung der Antragskommission an den Parteivorstand zugewiesen, unter anderem auch ein Antrag der SJ auf Ablehnung einer Großen Koalition nach der Wahl (die seit dieser Wahl bekanntlich wieder die Bundesregierung bildet).

In diesem Sinne würde es zu kurz greifen, nur die Anzahl der abgelehnten Anträge im Vergleich zu den anderen Anträgen zu erheben. Vielmehr erscheint es sinnvoll, die einzelnen Behandlungstypen gemäß der zitierten Äußerung von Fischer (SPÖ PT 1976, 154) auf einer Skala von 1-Ablehnung bis 4-Annahme zu klassifizieren. Zwar bedeutet dies, dass auch jene Anträge, denen gemäß Silvio Lehmann (SPÖ PT 1968, 206) ein „Begräbnis I. Klasse“ in Form einer Annahme ohne weitere Umsetzung zuteil wurde, als Anträge klassifiziert wurden, welche von der Partei vollauf unterstützt werden, doch ist eine flächendeckende Überprüfung der Umsetzung der angenommenen Anträge – wie schon weiter oben ausgeführt – im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich. Es ist allerdings anzunehmen, dass die von Lehmann als „Begräbnis I. Klasse“ titulierte Behandlung von Anträgen im Vergleich zum „Begräbnis II. Klasse“ seltener stattfindet, da sie risikoreicher ist: AktivistInnen können so schließlich durch den Parteitagebeschluss legitimiert auf eine Umsetzung pochen, zudem wäre der Partei bei kontroversen Themen in diesem Fall auch eine erhöhte Medienaufmerksamkeit garantiert.¹⁵

Erste Tests ergaben allerdings leider, dass die Häufigkeitsverteilungen mancher unabhängigen Variablen die Berechnung von Modellen mit vier Ausprägungen der abhängigen Variable nicht möglich macht. Aus diesem Grund wurden die Ausprägungen zu zwei Kategorien zusammengefasst, nämlich zu „Annahme“ vs. „Nichtannahme“, wobei erste Kategorie alle Empfehlungen der Antragsprüfungskommission zur vollinhaltlichen Annahme beinhaltet, zweitens dagegen jene Anträge, welche zur Zuweisung, Miterledigung, veränderten Annahme oder Ablehnung empfohlen wurden.

4.2 Unabhängige Variablen

Gemäß den aufgestellten Hypothesen sollten bei der abhängigen Variable sowohl Tendenzen über längere Zeiträume hinweg, als auch kurzfristige Veränderungen und eine variierende Responsivität innerhalb der Parteitage selbst feststellbar sein. Zu Beginn stehen nun jene Faktoren im Fokus, welche langfristige Veränderungen der innerparteilichen Responsivität gegenüber den Forderungen der AktivistInnen erwarten lassen.

4.2.1 Parteienfinanzierung

Die Bedeutung von Kapital anstelle von Arbeitskräften zur Mobilisierung von WählerInnenstimmen hat innerhalb der Zweiten Republik deutlich zugenommen (vgl. Müller 1996b, 232). In einem früheren Abschnitt wurden drei relevante Arten der Parteienfinanzierung genannt: Die Finanzierung über Mitgliedsbeiträge, über Großspenden und über öffentliche Gelder. Während Mitgliedsbeiträge und

¹⁵ Vgl. dazu das Hinwegsetzen des burgenländischen Landeshauptmannes Niessl über einen Parteitagebeschluss zur Koalitionsunfähigkeit der FPÖ im Jahr 2014 und das damit verbundene Medienecho, aber auch z.B. ein Antrag der Antragsprüfungskommission auf Zuweisung einer Resolution der SJ an eine ExpertInnenkommission unter Verweis auf eine drohende negative Berichterstattung bei dessen Annahme: „Wir wollen nicht haben, dass man uns verleumden kann und in die Ecke drängen kann und das haben wir schon genau diskutiert in der Kommission. Das würde manchen so passen, der Titel „SP-Bundesparteitag beschließt Einrichtung von Fixerstuben“ oder so ähnlich. Das muss man anders machen. Gerade wenn man etwas tun will, wenn man etwas Vernünftiges, was wissenschaftlich abgesichert ist, tun will, muss man das, glaube ich, so angehen, dass man es bestimmten Kräften nicht allzu leicht macht.“ (Fischer SPÖ PT 2000, 50f.)

Großspenden seit Beginn der Zweiten Republik wesentliche Einnahmequellen der SPÖ sind, gewann die öffentliche Parteienfinanzierung erst ab den 1970er Jahren an Bedeutung. Die Finanzierung der Wahlkämpfe durch Eigenmittel blieb allerdings dennoch bis in die 1990er Jahre dominante Finanzierungsart – erst 1993 erreichte die öffentliche Parteienfinanzierung das Niveau der Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge und Großspenden (vgl. ebd., 238).

Im Fall der SPÖ stammen die Großspenden meist von der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen¹⁶ (FSG) oder anderen, der Partei nahestehenden Organisationen (vgl. Müller 1996b, 202). Detaillierte Angaben über die Höhe dieser Spenden sind leider kaum öffentlich zugänglich. Hubert Sickinger (2009, 176) geht allerdings davon aus, dass die Unterstützung der Partei durch die FSG zumindest bis in die 1980er Jahre beträchtlich war. Es greift allerdings zu kurz, die Rolle der Gewerkschaftsfraktion im innerparteilichen Machtgefüge der SPÖ auf deren Spenden an die Partei zu reduzieren. Personelle Verflechtungen zwischen Partei und Gewerkschaft sind hierbei vermutlich von weitaus größerer Bedeutung (vgl. Sickinger 2009, 181).

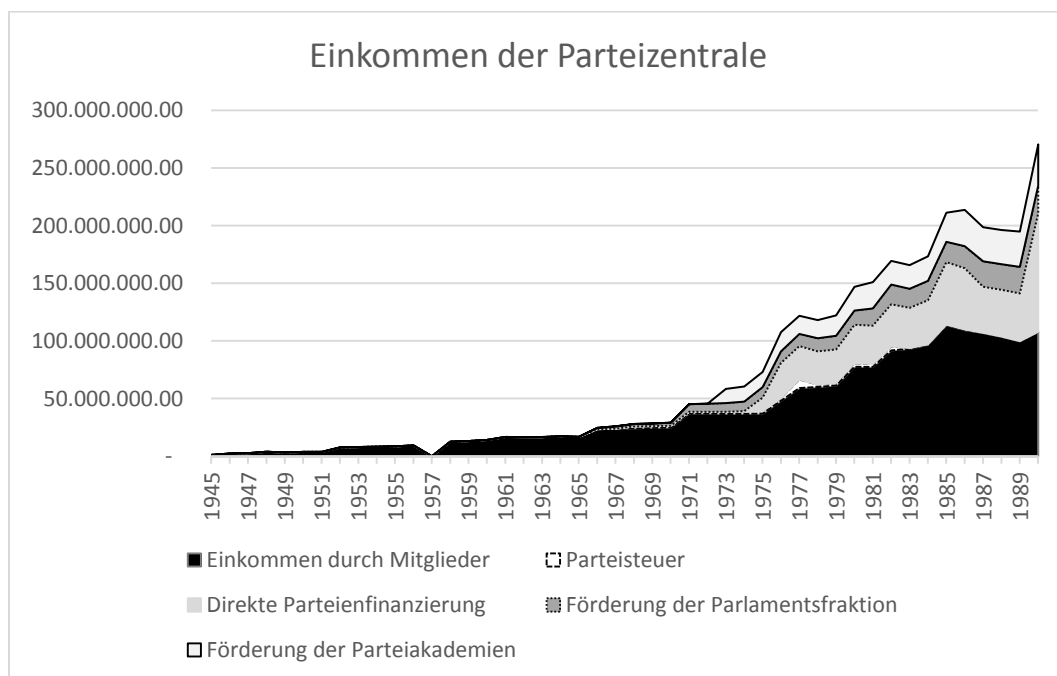
Die Finanzierung der Partei durch ihre Mitglieder erfolgt einerseits über die Einhebung von Mitgliedsbeiträgen, deren Nichtbezahlung mit dem Parteiausschluss sanktioniert werden kann, sowie andererseits über Wahlfondsbeiträge (vgl. Müller 1996b, 228ff.). Die Spenden für den Wahlfonds erfolgen dabei freiwillig von Seiten der Mitglieder. Die Landesparteorganisationen sind allerdings verpflichtet, die Differenz auszugleichen, sofern der von der Bundespartei für sie festgesetzte Wahlfondsbeitrag unter den tatsächlichen Spenden verbleibt (vgl. ebd., 230). Die Höhe des Wahlfondsbeitrags richtet sich dabei nach der Mitgliederstärke der Landesorganisation.

Bis in die 1980er Jahre stiegen die Einnahmen der SPÖ durch ihre Mitglieder. Nachdem der Mitgliederstand im Jahr 1979 mit rund 720.000 Mitgliedern seinen Höhepunkt erreicht hatte, erfolgte allerdings ein Niedergang, der sich in den 13 Jahren bis 1992 zu einem Mitgliederverlust von 22 Prozent gegenüber dem Jahr 1979 summierte (vgl. Müller 1996b, 302). Insbesondere nachdem die Partei 1987 eine Koalition mit der ÖVP einging, erfolgte ein gravierender Einbruch bei den Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Laut Sickinger (2009, 460) ist dies allerdings „(...) nicht auf eine geringere ‘Wertschätzung’ der Parteibasis durch die Parteieliten zurückzuführen, sondern v.a. auf politische Skandale und teilweise erhebliche (inhaltliche und ‘stilistische’) Unzufriedenheit der ‘Basis’ (...) mit der Koalitionspolitik.“ Die These, dass Parteimitglieder möglicherweise „mit den Füßen wählen“ (McKenzie 1982, 197; Übers. K.H.) – oder es den Parteien unter Umständen nicht gelingt, Mitglieder in dem Ausmaß dazuzugewinnen, in welchem das Elektorat wächst (vgl. Mair 1994, 4) scheint also durchaus auf die SPÖ zuzutreffen.

¹⁶ Die Namen zahlreicher Teilorganisationen und Referate änderten sich innerhalb des Untersuchungszeitraumes. Der einfacheren Lesbarkeit halber wird im Folgenden jeweils die aktuelle Bezeichnung oder Abkürzung verwendet, sofern die betreffende Organisation für den gesamten Zeitraum gemeint ist. Eine Liste aller Namen und Kürzel befindet sich im Anhang.

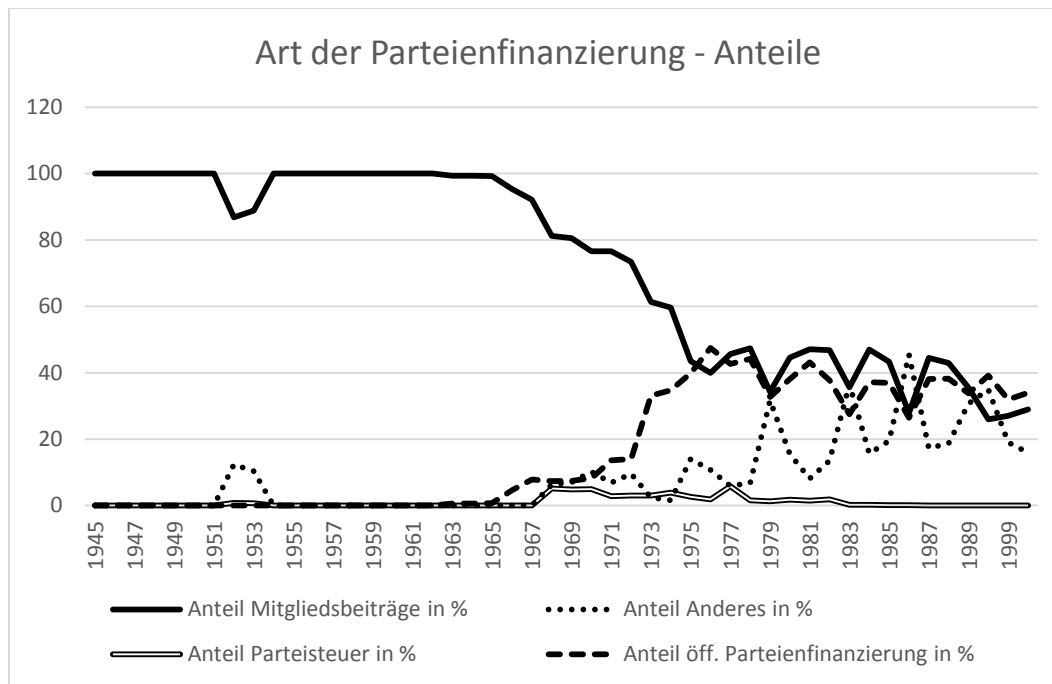
Obwohl die Mitgliederanzahl der SPÖ und somit ihre Einnahmen bis ins Jahr 1979 zunahmen, war die Parteiorganisation aufgrund der kontinuierlich steigenden Wahlkampfkosten allerdings schon ab den 1950er Jahren immer wieder in finanziellen Nöten (vgl. Müller 1996b, 233). Einem ÖVP-Vorschlag zur Einführung einer öffentlicher Parteienfinanzierung wollte die SPÖ-Führung – abseits einer vergleichsweise marginalen Förderung der Parlamentsklubs ab dem Jahr 1963 – aufgrund ihres Selbstverständnisses als Massen- bzw. Mitgliederpartei, wie auch aufgrund von wahltaktischen Überlegungen vorerst nicht zustimmen. Da die finanziellen Probleme der Parteien allerdings nicht kleiner wurden, einigten sich die drei im Nationalrat vertretenen Parteien unter Führung der alleine regierenden SPÖ 1972 allerdings dennoch auf die Einführung einer Förderung für die Bildungseinrichtungen der Parteien (die so genannten Parteiakademien), sowie 1975 auf die Einführung einer direkten finanziellen Förderung der Parteiorganisationen, die über die Jahre schrittweise erhöht wurde (vgl. ebd., 237). Hinzu kommt ein ab dem Jahr 1960 geschaffenes „ergiebiges Finanzierungssystem“ auf Ebene der Bundesländer, das gemäß Müller (1996b, 202) vermutlich die Position der Landesparteiorganisationen gegenüber der Bundespartei stärkte – immerhin waren die Förderungen der Bundesländer an die Landesparteien im Zeitraum von 1979 bis 1992 zwei- bis dreimal so hoch wie jene des Bundes an die Bundesparteien. Veränderungen dieser Art sollten sich eventuell in Hinblick auf die Hypothese 6a bemerkbar machen.¹⁷

Abb. 4.1 Einkommen der Parteizentrale in Schilling, 1945-1990 (Quelle: Müller 1995, 110ff.)



¹⁷ Genaue Zahlen zur Höhe der Landesförderungen existieren allerdings leider erst ab dem Jahr 1979 (vgl. Sickinger 2009, 288).

Abb. 4.2 Anteil der verschiedenen Finanzierungsarten am Budget der SPÖ 1945-2007 in Prozent
(Quelle: Müller 1995, 110f.; Sickinger 2009, 383)



Gemäß H1 sollte die Responsivität der SPÖ-Parteiführung gegenüber ihren AktivistInnen ab den 1970er Jahren daher kontinuierlich abnehmen und ihren Tiefpunkt zu Beginn der 1990er Jahre erreichen.

4.2.2 Die Bedeutung von parteiunabhängigen Medien in der Parteienkommunikation

H2 zielt auf die Rolle der AktivistInnen als „Ohr“ und insbesondere als Sprachrohr der Partei im Dialog mit ihren potenziellen WählerInnen ab. Je größer die Bedeutung der AktivistInnen im Kommunikationsprozess mit den WählerInnen ist, desto größer sollte demgemäß der Anreiz für die Parteiführung sein, die Mitglieder durch parteiinterne Mitspracherechte zur Mitarbeit zu motivieren.

Da diese Art der Parteikommunikation, welche durch persönliche Kontakte erfolgt, schwer zu messen ist, wird die These hier allerdings umgekehrt: Je größer die Bedeutung von anderen Kommunikationskanälen ist, desto weniger Nutzen haben die AktivistInnen für die Parteiführung und desto weniger wahrscheinlich sind umfangreiche Mitspracherechte der AktivistInnen im innerparteilichen Machtgefüge. Diese „anderen Kommunikationskanäle“ sind hierbei vor allem die (meist parteiunabhängigen) Medien, deren Bedeutung in den vergangenen Jahrzehnten derart zunahm, dass Sarcinelli und Tenscher (2003, 11; H.i.O.) sogar vom „(...) Wandel von der *Parteiendemokratie* zur *Mediendemokratie* (...)“ sprechen.

Die politische Kommunikation der beiden Großparteien war in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1945 einerseits geprägt durch vergleichsweise immobile WählerInnenschichten oder Lager, deren Angehörige es bei Wahlkämpfen weniger zu gewinnen, als vielmehr zu mobilisieren galt, und andererseits durch ein Kommunikationssystem, das weitgehend auf parteieigenen Medien basierte, wie

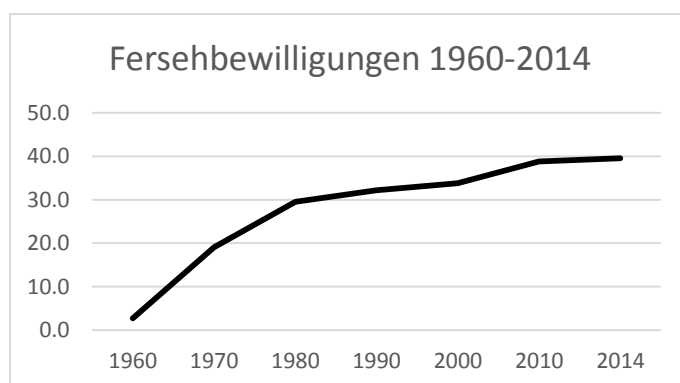
auch aufgrund der durchgeführten Hausbesuche, Verteilaktionen und Kundgebungen vergleichsweise personalintensiv war (vgl. Plasser/Ulam 2004b, 403). Der Nutzen von ParteiaktivistInnen zur Stimmenmaximierung sollte in dieser Phase dementsprechend von großer Bedeutung sein.

Der Nationalratswahlkampf 1970 stellte in dieser Hinsicht gemäß Fritz Plasser und Peter A. Ulam (2004b, 404; H.i.O.) dagegen einen Wendepunkt dar, der „(...) den *Übergang* von parteizentrierten zu medienzentrierten Wahlkampagnen“ markierte. Dieser Entwicklung war eine „Nachrichten-Explosion“ in den Jahren nach dem Rundfunk-Volksbegehren 1964 und dem daraus resultierenden Rundfunkgesetz von 1967 vorausgegangen (Plasser/Ulam 2004a, 55): Die Sendezeiten für Politik und Information stiegen durchschnittlich um 30 Prozent, der Anteil an politischen Informationsprogrammen im ORF verdoppelte sich 1967-68 sogar (vgl. Rest 1988, 282). Der Nationalratswahlkampf 1970 ging daher als der erste Fernsehwahlkampf Österreichs in die Geschichte ein (vgl. Plasser/Ulam 2004a, 55). Da die Zahl der WechselwählerInnen ab diesem Zeitpunkt zudem zunahm, änderten die Parteien auch ihre Kommunikationsstrategien (vgl. Plasser/Ulam 2004b, 405).

Der damit verbundene Professionalisierungsschub war vor allem von der SPÖ ausgegangen (Plasser/Ulam 2004b, 404), was eventuell auf einen Wandel in der Beziehung zwischen AktivistInnen und Parteiführung innerhalb der Partei zu diesem Zeitpunkt schließen lässt – zumindest konstatieren Plasser und Ulam (2004b, 406), dass „mitglieder- und delegierten-bezogene Parteiveranstaltungen“ wie zum Beispiel Parteitage zu diesem Zeitpunkt schrittweise zu „medien- und kameraorientierten Inszenierungen“ wurden. Ob dies tatsächlich mit einem Verlust an Mitspracherechten für die AktivistInnen verbunden war, wird im Folgenden getestet.

Der relative Bedeutungsverlust von AktivistInnen wird indirekt durch die Zunahme an FernsehteilnehmerInnen operationalisiert. Hierbei stieg die Anzahl der bewilligten Fernsehgeräte zwischen 1960 und 1980 rasant an.

Abb. 4.3 FernsehteilnehmerInnen (Bewilligungen) 1960 bis 2014, Dichte auf 100 der Bevölkerung (Quelle: Statistik Austria 2015)



Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sowohl hinsichtlich Hypothese 1 als auch Hypothese 2 Veränderungen im Verhalten der Partei gegenüber ihren AktivistInnen ab den 1970er Jahren zu

erwarten sind, wobei der Professionalisierungsschub der Parteikommunikation und die damit verbundenen organisatorischen Veränderungen innerhalb der SPÖ gemäß Plasser und Ullrich (2004b, 404) schon in den Jahren vor dem Wahlkampf 1970 stattfanden. Der Einfluss der öffentlichen Parteienfinanzierung sollte dagegen frühestens ab 1973 bzw. 1975 bemerkbar werden.

4.2.3 Koalitionsregierungen, Alleinregierungen und Oppositionsjahre

Während das Selbstverständnis der SPÖ in manchen Aspekten über weite Teile der Zweiten Republik noch von ihrer Rolle als Oppositionspartei während der Ersten Republik geprägt war (vgl. Müller 1996b, 295), stellte eine Regierung ohne SPÖ-Beteiligung seit 1945 bislang allerdings eher die Ausnahme dar. Müller (1996b, 206) konstatiert daher: „Faßt man die Entwicklung pointiert zusammen, so ist die österreichische Sozialdemokratie von einer System-Alternative zu Verteidigerin des Status quo geworden.“ Gemäß Hypothese 3 sollte die Partei in Zeiten von Koalitionsregierungen weniger responsiv gegenüber ihren AktivistInnen sein, als in Perioden der Alleinregierung, oder in Opposition. Die Regierungen der Zweiten Republik lassen sich in die folgenden Phasen einteilen:

Große Koalition unter ÖVP-Führung:

Nachdem die KPÖ 1947 aus der Konzentrationsregierung der unmittelbaren Nachkriegszeit ausschied, wurde Österreich bis 1966 von einer Koalition aus ÖVP und SPÖ unter Führung der ÖVP regiert. Die SPÖ nahm somit die Rolle des kleineren Partners in der Regierung ein, womit die ÖVP einerseits den Bundeskanzler stellte und andererseits zumindest bis 1959 über einen Minister mehr verfügte als die SPÖ. Unter anderem aufgrund ihrer Geschichte als Oppositionspartei der ersten Republik – ab 1934 sogar als illegale Partei – aber auch, da sie anders als die ÖVP in der Beamtenschaft noch kaum über SympathisantInnen verfügte, herrschte innerhalb der SPÖ zu diesem Zeitpunkt trotz der Regierungsbeteiligung immer noch das Gefühl vor, politische „out-group“ zu sein (vgl. Müller 1996b, 205). Dies änderte sich im Laufe der Jahre der ersten großen Koalition allerdings langsam.

Opposition:

1966 wurde die Koalitionsregierung von einer ÖVP-Alleinregierung abgelöst, die SPÖ befand sich somit erstmals in der Zweiten Republik in Opposition. Aufgrund der Beteiligung der FSG an der Sozialpartnerschaft, die sich „am Zenit ihres Einflusses“ (Müller 1996b, 205) befand, aber auch, da sie zu diesem Zeitpunkt in allen Landesregierungen vertreten war, bedeutete dies allerdings keinen völligen Einflussverlust für die Partei.

Alleinregierungen:

1970 gelang es der SPÖ dagegen, erstmals alleine die Regierung zu stellen – allerdings noch in Form einer Minderheitsregierung unter Duldung der FPÖ. Dies änderte sich nach der Nationalratswahl im darauffolgenden Jahr: Die SPÖ erreichte 1971, wie auch 1975 und 1979 die absolute Mehrheit und

stellte somit unter der Führung von Bundeskanzler Bruno Kreisky über ein Jahrzehnt lang alleine die Regierung (vgl. Müller 1996b, 205).

Koalition mit der FPÖ:

Bei den Nationalratswahlen 1983 verlor die SPÖ die absolute Mehrheit, blieb allerdings stimmenstärkste Partei und bildete unter Fred Sinowatz eine Koalitionsregierung mit der FPÖ. Nachdem es 1986 innerhalb dieser Partei zu einem Führungswechsel vom bisherigen Vizekanzler Norbert Steger zu Jörg Haider kam, kündigte die SPÖ die Koalition allerdings auf (vgl. Gehmacher et al. 1988, 105).

Große Koalition unter Führung der SPÖ:

Von 1987 bis 2000 folgte daraufhin eine Phase der großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, diesmal allerdings unter Führung der SPÖ. Spätestens zu diesem Zeitpunkt erfolgte die Konsolidierung der Partei im Staatsapparat (vgl. Müller 1996b, 205): Seit über zwanzig Jahren befand sich die SPÖ nun als stimmenstärkste Partei in der Regierung.

Erneute Opposition:

Die Phase der Regierungsbeteiligung als stimmenstärkste Partei wurde von 2000 bis 2007 durch zwei Koalitionsregierungen von ÖVP und FPÖ bzw. BZÖ unterbrochen (vgl. Steininger 2007, 163ff.). Insbesondere da die SPÖ in die Opposition wechseln musste, obwohl sie bei der Nationalratswahl 1999 wieder die meisten Stimmen erhalten hatte, allerdings mit der Koalitionsbildung scheiterte, aber auch, da sich die Partei nun seit dreißig Jahren durchgehend in der Regierung befunden hatte, stellte dies ein einschneidendes Erlebnis für die ParteiakteurInnen dar.

Erneute große Koalition:

Seit 2007 wird Österreich wieder von den beiden (ehemaligen) Großparteien regiert, wobei die SPÖ als stimmenstärkste Partei die Bundeskanzler (Alfred Gusenbauer, Werner Faymann und seit Mai 2016 Christian Kern) stellte, bzw. stellt.

Im Sinne von H3 sollte die Partei also in den Jahren 1945 bis 1966, 1983 bis 2000 und seit 2007 weniger responsiv gegenüber ihren AktivistInnen sein, als in den übrigen Gesetzgebungsperioden.

4.2.4 Kernthemen, periphere Themen und neue Themen

Die bisher besprochenen unabhängigen Variablen sagen nur Unterschiede in der Behandlung der Anträge eines Parteitages gegenüber der Behandlung der Anträge anderer Parteitage voraus. In diesem wie im übernächsten Unterkapitel folgen nun jene Variablen, welche Unterschiede in der Behandlung einzelner Anträge innerhalb eines Parteitages erklären sollten.

Kernthemen und periphere Themen

Um H4a und H4b testen zu können, müssen die Kernthemen der SPÖ definiert werden. Darunter sind jene Themen zu verstehen, die von der Partei „besessen“ werden, wobei Petrocik (1996, 826) *issue ownership* folgendermaßen definiert:

„The theory of issue ownership finds a campaign effect when a candidate successfully frames the vote choice as a decision to be made in terms of problems facing the country that he is better able to ‘handle’ than his opponent.“

Die Reputation, ein Problem besser lösen zu können, als die Konkurrenz ist dabei nach Petrocik (1996, 826) „(...) produced by a history of attention, initiative, and innovation toward these problems, which leads voters to believe that one of the parties (...) is more sincere and committed to doing something about them.“ Petrocik geht dabei davon aus, dass die Themenprioritäten der WählerInnen weitaus schneller wechseln, als ihre *policy*-Positionen. Auch wenn er diese Thesen in Hinblick auf das US-amerikanische Zweiparteiensystem aufstellte, sind sie grundsätzlich ebenso auf Europas Mehrparteiensysteme anwendbar – obwohl die fehlende Kompetenz einer Partei hinsichtlich eines bestimmten Themas hier verständlicherweise nicht automatisch zum *issue ownership* einer anderen Partei führt.

Petrocik (1996, 831ff.) misst *issue ownership* einerseits anhand von Umfragen, bei denen Personen danach gefragt wurden, welche Partei ein Problem besser lösen könnte. Andererseits definierte er mittels einer Inhaltsanalyse, welche Themen von den KandidatInnen (US-amerikanischer Präsidentschaftswahlen) selbst am meisten betont wurden. Erstere Vorgehensweise ist dabei die weitaus gebräuchlichere, wie Stefaan Walgrave et al. (2015, 781ff.) bei einem Vergleich von 35 Studien zu *issue ownership* seit dem Jahr 1983 feststellen. Dies erscheint plausibel, da ein Rückgriff auf die Kommunikation der Parteien zur Messung ihres *issue ownerships* unter der Annahme, dass diese die Kompetenzzuschreibungen der WählerInnen widerspiegeln – wie dies beispielsweise Budge und Farlie (1983b, 24f.) tun – einen Zirkelschluss ergeben: *Issue ownership* wird damit durch die Salienz der Themen erklärt, die Salienz dagegen durch *issue ownership* (vgl. Dolezal et al. 2014, 62). Wählerumfragen zur Kompetenz von Parteien bei bestimmten Themen bergen dagegen die Gefahr, dass die Kompetenzzuschreibungen der RespondentInnen eventuell von deren Parteipräferenzen beeinflusst werden (vgl. u.a. Walgrave et al. 2015, 787).

Walgrave et al. (2015, 780) unterscheiden zudem zwischen einer assoziativen und einer Kompetenzdimension von *issue ownership*, wobei die Kompetenzdimension Petrociks (1996, 826) Definition von *issue ownership* entspricht. Unter der assoziativen Dimension verstehen Walgrave et al. (2015, 780) dagegen „(...) the spontaneous identification between some parties and some issues, regardless of competence.“ Beide Dimensionen werden in Studien und Umfragen mitunter vermischt –

allerdings auch von den WählerInnen selbst, wie Markus Wagner und Eva Zeglovits (2014) mithilfe kognitiver Interviews herausfanden.

Eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Dimensionen von *issue ownership* scheint im Folgenden nicht notwendig zu sein. Von Bedeutung ist hierbei vielmehr, dass die untersuchte Partei bevorzugt über die von ihr „besessenen“ Themen in den Wettbewerb mit anderen Parteien tritt. Um *issue ownership* der SPÖ zu messen, wird hier auf die Ergebnisse bestehender Studien zurückgegriffen. Da der Wettbewerb um Themen und insbesondere das Konzept des *issue ownership* erst vermehrt ab den 1980ern wissenschaftliche Beachtung fand, existieren für den Zeitraum davor leider kaum Umfragedaten zur wahrgenommenen Kompetenz von Parteien. Gleichzeitig hat die Bedeutung des Themenwettbewerbs in Österreich allerdings erst ab jenem Zeitpunkt zugenommen, als die Partei- und Vorfeldorganisationen als „Sozialisationsagenturen“ an Bedeutung verloren – also spätestens ab den 1980er Jahren (Müller 2000b, 46). Sylvia Kritzinger et al. (2013, 98) bezeichnen das Jahr 1986 in diesem Zusammenhang als den „starting point of issue voting“. In diesem Sinne erscheint es plausibel, dass H4a und H4b eventuell ohnehin erst ab diesem Zeitpunkt an Erklärungskraft gewinnen.¹⁸

Anhand der Antworten auf die Frage, welche Partei sich eher für die Lösung eines bestimmten Problems einsetzt, bzw. hierbei am kompetentesten ist, lässt sich dabei folgendes Kompetenzprofil erstellen:

¹⁸ Da die für das Jahr 1989 von Meyer und Müller (2013, 493) beobachteten Kompetenzbereiche der SPÖ allerdings durchaus dem Themenprofil einer sozialdemokratischen Partei entsprechen und es sich hierbei über die gesamte Zweite Republik hinweg um eines der bedeutsamsten, den Parteienwettbewerb strukturierenden *cleavages* handelt (vgl. Plasser/Ullrich 2008), wie auch die SPÖ jene Partei ist, die sich ihre „(...) programmatische Identität in der Zweiten Republik am stärksten bewahrt hat“ (Müller et al. 1995, 143), kann davon ausgegangen werden, dass die Themenkompetenzen der Partei nach 1989 eventuell auch für den Zeitraum davor gelten.

Tab. 4.1: Themenkompetenzen der SPÖ nach Umfragen, 1980-2013

Jahr	1980-1983	1986	1989	1994	1998/1999
Thema	Arbeitspl. schaffen	Pensionen (2)	Pensionen sichern (4)	Pensionen sichern (4)	Pensionen sichern (3&4)
	Arbeitspl. sichern	Arbeitspl. sichern (1&2)	Arbeitsplätze sichern (4)	Arbeitsplätze sichern (3&4)	Arbeitsplätze sichern (3&4)
	Steuern (1981)	praxisnahe Bildung (1)	ausgeglichenes Budget (4)	Bildungssys. verbessern (4)	Recht und Ordnung (4)
			Immigration (4)	ausgeglichenes Budget (4)	Ausbildungsplätze für Jugendl. schaffen (3)
			Recht und Ordnung (4)	Recht und Ordnung (4)	gute Gesundheitsversorgung für alle (3)
			Steuern senken (4)	Steuern senken (4)	das soziale Netz sichern (3)
					Förderung der Familien (3)
					Aufrechterhaltung d. österr. Neutralität (3)
					Waffenbesitz beschränken (3)
					große Steuerreform durchführen (3)
					Karenzgeld für alle Mütter (3)
					Österr. Interessen ggü. NATO sichern (3)
N					
Jahr	1814 (2)	500-1500 (4)	500-1500 (4)	500-1500 (4)	1000 (3)/500-1500 (4)
Thema	2004		2008	2013	
	Pensionen sichern (4)	Wohlfahrtsstaat	Wohlfahrtsstaat	Wohlfahrtsstaat	
	Arbeitsplätze sichern (4)	Arbeitslosigkeit bekämpfen	Wirtschaft	Bildung und Kultur	
	Bildungssys. verbessern (4)		Armee	Regierungsbildung	
	Steuern senken, faires Sys. (4)				
N	500-1500 (4)	638	2918		

Quelle 1980-1983: Plasser/Ullram (1984, 21f.)

(1) Quelle 1986: Fessel- + GfK Institut (1986, 887)

(2) Quelle 1986: Palme (2000, 246)

(3) Quelle 1998/1999: Palme (2000, 254)

(4) Quelle 1989-2004: Meyer/Müller (2013, 493)

Quelle 2008: Kritzinger et al. (2013, 103)

Quelle 2013: Kritzinger et al. (2014b)

Generell ist bei den Kompetenzzuschreibungen und Wahlmotiven eine klare Unterscheidung in „alte“ und „neue“ Themenbereiche festzustellen: So ließen sich die Entscheidungen der WählerInnen für eine der beiden Großparteien 2008 beispielsweise sehr gut anhand „alter“ Themen wie Wirtschaft und Wohlfahrtsstaat erklären, während die „neuen“ Themen Immigration, Europa und Umwelt hierbei nicht signifikant waren (vgl. Kritzinger et al. 2013, 109). In umgekehrter Weise wurden die Parteien FPÖ und Grüne aufgrund ihrer Positionen oder Betonungen hinsichtlich neuer Themen gewählt – die Themenbereiche Wirtschaft und Wohlfahrtsstaat erklären die Wahlentscheidung für diese Parteien nicht.

Um eine Analyse der Antragsthemen dennoch für alle Parteitage zu ermöglichen, wurden auch „intuitive“ Themenvariablen für den gesamten Zeitraum erstellt, bei denen die Definition der Themenkompetenzen der SPÖ gemäß ihrer Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Parteienfamilie erfolgte (vgl. ähnl. Budge 2015, 769). Hierbei wurden die folgenden Themenbereiche als sozialdemokratische Kernthemen definiert: Wirtschaft und Wohlfahrtsstaat, Frauenrechte, bzw. Gleichberechtigung, Bildung und Antifaschismus.

Neue Themen

Das Themenspektrum des österreichischen Parteienwettbewerbs seit Beginn der Zweiten Republik war bislang keineswegs statisch, sondern zeichnete sich vielmehr durch Phasen aus, in denen bestimmte Themenbereiche den Wettbewerb dominierten. So stand der vornehmlich zwischen SPÖ und ÖVP stattfindende Themenwettbewerb in den 1950er Jahren beispielsweise im Zeichen des Wiederaufbaus und der demokratischen Konsolidierung, im darauffolgenden Jahrzehnt dominierten dagegen die Themen Wirtschaft und Wohlfahrtsstaat (vgl. Plasser/Ullrich 2002). In den 1970er Jahren erfuhr der österreichische Parteienwettbewerb eine thematische Verbreiterung – zudem gelangten nun unter anderem Umweltschutz, Bürokratie und Steuerlast auf die politische Tagesordnung (vgl. Kritzinger et al. 2013, 98).

Eine Analyse der Wahlprogramme österreichischer Parteien im Zeitraum von 1949 bis 1994, bei denen Müller et al. (1995, 132f.) die Themenanteile der Wahlprogramme mit der Mandatsanzahl der betreffenden Parteien gewichteten, ergab hierbei für die Zeiträume 1966-1983 und 1986-1994 die folgenden „neuen“ Themen – also Themen, die sich zuvor noch nicht in relevantem Ausmaß in den Wahlprogrammen fanden:

Tab. 4.2: „Neue“ Themen im politischen Wettbewerb 1966-1983 und 1983-1994 nach Müller et al. (1995, 132f.)

1966-1983	1983-1994
Umweltschutz	Autorität der Regierung
Recht und Ordnung	Regierungskorruption
Regierungsarbeit	traditionelle Moral (positiv)
Regulierung	Minderheiten

Des weiteren wurde auch anhand der in den Anträgen codierten Themen eine Variable mit „neuen“ und „alten“ Themen erstellt. Hierbei wurden jeweils jene Themen innerhalb eines Jahrzehnts als „neu“ codiert, in dem sie erstmals auftraten, sofern dies nach 1955 (also nicht innerhalb des ersten untersuchten Jahrzehnts) geschah. Gemäß der Hypothese 4b sollte die SPÖ bei Anträgen zu diesen Themen in den jeweiligen Zeiträumen daher weniger responsiv sein als bei „alten“, für die Partei peripheren Themen.

4.2.5 Wahl- und Amtsverluste

H5a und H5b sagen einen Effekt auf das Verhalten der Parteiführung gegenüber ihren AktivistInnen voraus, wenn die Partei bei Wahlen entweder mit empfindlichen Wahlverlusten oder einem Gang in die Opposition konfrontiert ist. Während sich die Amtsverluste der SPÖ auf Bundesebene seit 1945 einfach bestimmen lassen, ist dies hinsichtlich der Wahlverluste gemäß Harmel und Janda (1994, 269) allerdings schwieriger, denn: „What constitutes a 'failure' would, of course, be in the eye of the beholder.“ Die beste Möglichkeit, um die Wahrnehmung von Wahlergebnissen zu operationalisieren wäre nach Janda et al. (1995, 183) demgemäß eine Befragung der AktivistInnen, was allerdings für die folgende Untersuchung aufgrund des langen Untersuchungszeitraumes keine Option ist und auch von Janda et al. (1995) nicht durchgeführt wurde.¹⁹ Anstelle dessen entwickelten Janda et al. (1995, 183) einen Leitfaden, welcher eine Klassifikation von Wahlniederlagen und -siegen anhand der Wahlergebnisse, wie auch der vorhandenen Literatur über die Wahlen ermöglicht. Wahlniederlagen können dabei entweder „calamitous elections“ sein, also vernichtende Niederlagen, oder einfach nur enttäuschende Wahlen, bei denen das Ergebnis hinter den Erwartungen zurückbleibt (vgl. Janda et al. 1995, 183). Ausschlaggebend für die Bewertung als *calamitous election* ist dabei nicht nur der Stimm- oder Mandatsverlust der Partei, sondern eventuell auch die Performance des politischen Gegners, d.h. ob direkt rivalisierende Parteien möglicherweise besonders viele Stimmen gewinnen konnten. Aus Sicht der AktivistInnen ist dabei nach Janda et al. ausschlaggebend, ob das Wahlergebnis als eine Ablehnung des Parteiprogramms oder der Performance der Partei durch die WählerInnen wahrgenommen wird.

Müller (1997a, 297) klassifiziert im Zeitraum von 1945-1970 drei Wahlen als Niederlagen für die Partei, wobei die Nationalratswahl des Jahres 1966 nach dem Schema von Janda et al. (1995, 183) eine *calamitous election* war, die Ergebnisse der Jahre 1956 und 1962 dagegen „nur“ enttäuschend. Bei den Nationalratswahlen der Jahre 1970, 1971, 1975 und 1979 verzeichnete die SPÖ dagegen kontinuierlich Stimmenzuwächse und erreichte 1971, 1975 und 1979 sogar die absolute Mehrheit (vgl. BMI 1970, 51; BMI 1971, 40; BMI 1975, 42; BMI 1979, 42). 1983 verlor die Partei erstmals wieder an Stimmen, weswegen sie als immer noch stimmenstärkste Partei nun einen Koalitionspartner

¹⁹ Eine weitere sinnvolle und durchführbare Möglichkeit zur Bewertung der Wahlergebnisse aus Sicht der Parteimitglieder wäre hier natürlich eine eingehende Analyse der Kommentare der RednerInnen auf den Parteitage nach der Wahl. Unter Verweis auf den langen Untersuchungszeitraum und die ausführliche Literatur zu den Nationalratswahlen in Österreich, unterbleibt dies allerdings ebenso.

benötigte (vgl. BMI 1984, 47). Gleichzeitig gewann ihre Hauptkonkurrentin – die ÖVP – Stimmen dazu. In diesem Sinne kann das in der Retrospektive vergleichsweise gute Wahlergebnis für die bis dahin erfolgsverwöhnte SPÖ vermutlich als enttäuschend definiert werden.

Ebenso wenig erfreulich dürfte für die Partei das Ergebnis der Nationalratswahl 1986 gewesen sein, bei der die SPÖ zwar einen knappen Vorsprung gegenüber der ÖVP erzielen konnte, allerdings trotzdem an Stimmen verlor (vgl. BMI 1987, 47). Gleichzeitig geriet die Partei allerdings gemäß Plasser und Ulram (1988, 81) bei mehreren regionalen und landesweiten Wahlen schon vor der Nationalratswahl u.a. aufgrund der Verstaatlichtenkrise 1985/86 in eine Defensivposition, weswegen fraglich ist, inwiefern das unerfreuliche Wahlergebnis 1986 noch eine Überraschung war. Die Nationalratswahl 1990 stellte dagegen laut Müller (1996a, 411) vor allem für die ÖVP ein Desaster dar, während bei der Wahl 1994 beide Parteien verloren, die SPÖ allerdings in größerem Ausmaß. 1995 erfolgte schließlich eine überraschende Trendwende – die SPÖ konnte zum ersten Mal seit der Nationalratswahl 1979 leicht dazugewinnen und ging als Siegerin aus der Wahl hervor (vgl. ebd., 413f.).

1999 wurde die SPÖ zwar abermals stimmenstärkste Partei, verlor allerdings gegenüber ihrem Ergebnis von 1995 mit rund fünf Prozentpunkten deutlich mehr als die ÖVP (-1,38%), während die FPÖ sogar über fünf Prozent hinzugewann (vgl. BMI 2002, 16). Inwiefern die Enttäuschung über das eigene Wahlergebnis bei den zentralen AkteurInnen innerhalb der SPÖ durch Schadenfreude über die Stimmengleichheit der ÖVP mit der FPÖ bei dieser Wahl abgemildert wurde, lässt sich nur schwer beurteilen. Es ist allerdings anzunehmen, dass dieses Wahlergebnis SPÖ-intern auch abseits der darauffolgenden überraschenden Koalitionsbildung der zweit- und drittplatzierten Partei mit Besorgnis aufgenommen wurde.

Eine Klassifikation der Wahlen von 2002, 2006 und 2008 unterbleibt dagegen, da die Parteitage dieser Jahre jeweils kurz vor der Wahl abgehalten wurden und die ersten Parteitage nach den Wahlen somit erst rund zwei Jahre später stattfanden. Auch wenn die Wahlergebnisse dieser Jahre sicherlich einen Einfluss auf das Verhalten der Parteiführung und -aktivistInnen hatte, erscheint es wenig sinnvoll, sie im Sinne der aufgestellten Hypothese hier in Betracht zu ziehen. Die Nationalratswahl des Jahres 2013 fand dagegen nur rund ein Jahr vor dem Parteitag 2014 statt, weswegen sie in die Analyse miteinbezogen wird. Mit dem schwächsten Ergebnis seit Beginn der Zweiten Republik kann diese Wahl für die SPÖ (wie auch die ÖVP) dabei als „schwere Niederlage“ bezeichnet werden (Kritzinger et al. 2014a, 235).

Hinsichtlich der Amtsverluste wird neben dem Gang in die Opposition zudem auch der Verlust der absoluten Mehrheit nach 13 Jahren Alleinregierung und die damit verbundene Notwendigkeit eines Koalitionspartners im Jahr 1983 mit einbezogen.

Damit sollten im Sinne der Hypothesen 5a und 5b in den folgenden Jahren Effekte zu beobachten sein:

Tab. 4.3: Amtsverluste und empfindliche Stimmenverluste der SPÖ bei Nationalratswahlen der Zweiten Republik (1945-2013)

	Hyp. 5a	Hyp. 5b
	empfindliche Stimmenverluste	Amtsverluste
Jahr	1956	1966
	1962	1983 (Koalition)
	1966	1999
	1983	
	1986	
	1994	
	1999	
	2013	

4.2.6 Parteihochburgen und KernwählerInnen-schichten

Um H6a und H6b zu testen, müssen die WählerInnenhochburgen und KernwählerInnen-schichten der SPÖ definiert werden. Der Organisationsaufbau der SPÖ erfolgt grundsätzlich territorial, d.h. die kleinste Organisationseinheit ist die Häuserorganisation (vgl. Müller 1996b, 243). Abseits dieses Wohnsitzprinzips existieren allerdings auch thematische Vorfelddorganisationen und Referate, die auf den Bundesparteitage ein Antragsrecht besitzen. Seit 1991 besteht zudem die Möglichkeit, „themenbezogene Initiativen“ innerhalb der Parteiorganisation zu gründen (vgl. ebd., 244). Vorerst stehen hier nun die territorialen Organisationen der Partei im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Parteihochburgen

Die Organisationsstruktur der SPÖ entspricht hierbei der föderalen Staatsstruktur Österreichs, d.h. die Partei verfügt über Organisationseinheiten auf mindestens vier Ebenen. Diese sind: 1.) die lokale Ebene bzw. Gemeindeebene, welche in den Orts- oder Städteorganisationen, in größeren Städten aber auch in den Sektionen ihre Entsprechung findet, 2.) die Bezirksebene, welche sich an den politischen Bezirken Österreichs orientiert, 3.) die Landesebene, welche in den Landesparteiorganisationen widerspiegelt wird und schließlich 4.) die Bundesebene (vgl. ebd., 248). Diese Art des Aufbaus veränderte sich trotz mehrerer Organisationsreformen seit 1945 nur unwesentlich.

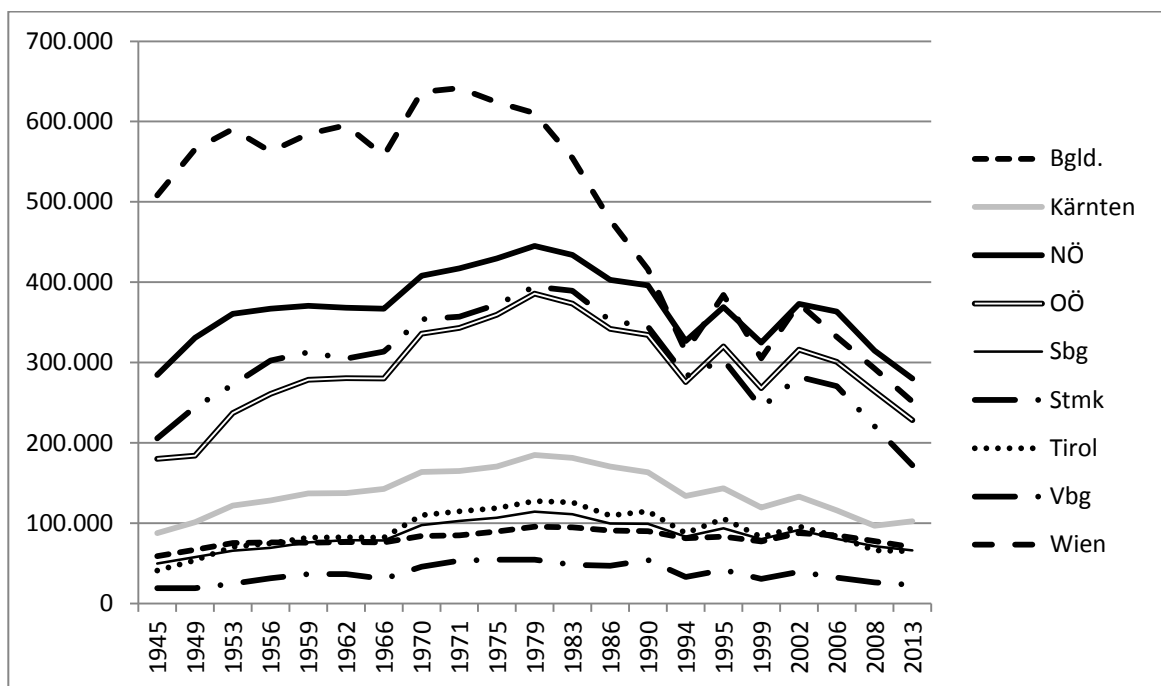
Da zu den Bundesparteitage neben den Vorfeld- und Teilorganisationen die Bezirks- und Landesorganisationen ein Delegationsrecht besitzen – nicht aber die Sektionen oder Ortsorganisationen –, werden im Folgenden die Landes- und Bezirksebenen berücksichtigt, um die hinsichtlich der WählerInnenstimmen „starken“ territorialen Organisationen von den „schwachen“ zu unterscheiden.

Die Ergebnisse der Nationalratswahlen zeichnen hierbei ein relativ deutliches Bild. Zumindest bis zum Jahr 2000 konnte Österreich eindeutig in „rote“ und „schwarze“ Gebiete unterteilt werden, wobei die SPÖ vor allem in Ost- und Südösterreich hohe Stimmenanteile verzeichnete, die ÖVP dagegen in Westösterreich. In den Bundesländern Wien, Burgenland und Kärnten (mit Ausnahme von 2008)

konnte die SPÖ dabei von 1945 bis 2013 immer Stimmenanteile über ihrem gesamtösterreichischen Ergebnis erzielen. In der Steiermark war dies in den 1950ern, 1966 und von 1979 bis 2008 ebenso der Fall, in Niederösterreich und Oberösterreich seit 1999 bzw. 1995 und 2002 (vgl. BMI 1953-2008).

Insofern können also Wien, Burgenland und Kärnten als „Kernländer“ der SPÖ bezeichnet werden. Betrachtet man allerdings nicht die relativen Stimmenanteile, sondern die absolute Stimmenanzahl, so ergibt dies deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern gemäß ihrer EinwohnerInnenstärke: bei der Nationalratswahl 1945 konnte die SPÖ beispielsweise in Wien rund 500.000 Stimmen erzielen, im Burgenland – wo sie immerhin rund 45 Prozent der Stimmen erhielt – dagegen etwas weniger als 60.000 (vgl. BMI 1946, 18/78). Zwar hat die Stimmenanzahl der SPÖ in Wien verglichen mit anderen Bundesländern seit den 1980er Jahren überproportional stark abgenommen, doch erscheint eine Beurteilung der Bundesländer anhand der absoluten Stimmenanteile dennoch sinnvoll – nicht zuletzt, da so einwohnerInnenstarke Bundesländer mit zwar in absoluten Zahlen hohen Stimmenanteilen für die SPÖ, in relativen Zahlen aber unterdurchschnittlichen Ergebnissen, ebenso berücksichtigt werden.

Abb. 4.4 Nationalratswahlergebnisse der SPÖ nach Bundesländern in absoluten Zahlen 1945-2013



Aus diesem Grund erfolgt die Operationalisierung der Bundesländervariable für H6a anhand des prozentuellen Anteils der Bundesländer am Gesamtergebnis der SPÖ in absoluten Zahlen bei einer Nationalratswahl. Analog dazu wird auch der Stimmenanteil der einzelnen Bezirke errechnet (deren graphische oder tabellarische Darstellung unterbleibt hier allerdings aufgrund der hohen Anzahl).

KernwählerInnenschichten der SPÖ und ihre Organisationen

Die Teil- und Vorfeldorganisationen der SPÖ gliedern sich einerseits in so genannte Referate der Partei und andererseits in sozialistische (seit 1991 sozialdemokratische) Organisationen, oder

Fraktionen formell überparteilicher, aber traditionell SPÖ-dominierten Organisationen (vgl. Müller 1996b, 314). Die Unterscheidung von Referaten und Organisationen erfolgt dabei anscheinend eher aufgrund von organisatorischen Gesichtspunkten und weniger in Hinblick auf die vertretenen Interessen – so sind die Jugendorganisationen (Sozialistische Jugend (SJ) und Junge Generation (JG)) der Partei beispielsweise als Referate angegliedert, der Pensionistenverband (PVÖ) dagegen als sozialistische/sozialdemokratische Organisation. Referate wie auch Teilorganisationen sind dabei auf den Bundesparteitage antragsberechtigt. Ihre jeweilige parteiinterne Durchsetzungskraft hängt vermutlich vor allem von der Art ihrer „Klientel“ ab. Im Folgenden werden die Teil- und Vorfeldorganisationen der SPÖ und ihre Bedeutung zur WählerInnenmobilisierung daher nicht anhand dieses organisatorischen Kriteriums diskutiert, sondern anhand der jeweiligen Interessensgruppe, die sie vertritt. In diesem Sinne lassen sich die Organisationen und Referate sinnvoll in drei Gruppierungen unterteilen: 1. in Interessenvertretungen gemäß sozioökonomischen Gesichtspunkten, 2. die Vertretung nach demographischen Gesichtspunkten und 3. die Vertretung bestimmter KonsumentInneninteressen.

1. Vertretung nach sozioökonomischen Gesichtspunkten

Unter dieser Bezeichnung firmieren hier alle auf den Bundesparteitage antragsberechtigten Berufsvertretungen – also die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB (FSG), der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband (SWV), die SPÖ-Bauern, der Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA) wie auch der Pensionistenverband und der Verband Sozialistischer Student_innen (VSSTÖ).²⁰

Insbesondere in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik strukturierte sich der Parteienwettbewerb in Österreich anhand dreier *cleavages*, wobei die ersten beiden *cleavages* von den Großparteien dominiert wurden, der dritte dagegen vor allem innerhalb der FPÖ stattfand. Diese sind: 1.) ein religiöses, katholisches Milieu gegenüber einem laizistischen Milieu, 2.) BefürworterInnen eines weitgehend freien Marktes vs. stärker wohlfahrtsstaatlich orientierten Gruppierungen, und 3.) – allerdings in geringerem Ausmaß, als die beiden erstgenannten *cleavages* – eine deutschnationale Ausrichtung gegenüber einem stärkeren Österreich-Patriotismus (vgl. Plasser/Ullrich 2008, 55). Damit verbunden zeichnete sich ein Stadt-Land-Gegensatz in der österreichischen Politik ab, wobei die städtischen, industriellen Gebiete Österreichs eher dem laizistischen, einen starken Wohlfahrtsstaat befürwortenden Milieu zuzurechnen sind, die ländlichen Gebiete dagegen religiös geprägt waren und wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen kritischer gegenüber standen. Diese beiden Milieus, die zumindest bis in die 1960er Jahre als außerordentlich stabile Lager bezeichnet werden können, verfügten zudem über eigene Subkulturen mit starken emotionalen und organisatorischen Bindungen (vgl.

²⁰ Die Namen mancher Teilorganisationen und Referate änderten sich im Zeitverlauf mehrmals. Zur besseren Übersichtlichkeit wird im Folgenden immer die aktuelle Bezeichnung verwendet, sofern die Organisation im gesamten Zeitraum gemeint ist. Eine Liste aller Bezeichnungen und Abkürzungen der antragsberechtigten Teilorganisationen und Referate im Zeitverlauf befindet sich im Anhang.

Plasser/Ullrich 2008, 55). Die Volatilität unter den WählerInnen war zu diesem Zeitpunkt im internationalen Vergleich äußerst gering.

Die zentralen Determinanten zur Erklärung des Wahlverhaltens der österreichischen Bevölkerung sind damit die Religions- wie auch die Klassenzugehörigkeit. Anders als in anderen Ländern scheint sich dies in Österreich auch in den letzten beiden Jahrzehnten nicht geändert zu haben – auch wenn beispielsweise der Anteil an praktizierenden ChristInnen in diesem Zeitraum abgenommen hat (vgl. Kritzinger et al. 2013, 76).

Während gemäß der laizistischen Ausrichtung der Partei und WählerInnenschaft religiöse Organisationen SPÖ-intern auch nach eigenen Angaben eher ein Schattendasein fristen (vgl. ACUS o.J., o.S.), stellt „Klasse“ für die Partei eine umso bedeutendere Determinante für die innerparteiliche Organisation dar. Hierbei sind Industriearbeiter als traditionelle KernwählerInnenschaft der SPÖ zu definieren – in der Ersten Republik trug die Partei die Bezeichnung „Arbeiter“ schließlich sogar in ihrem Namen. Dass nach 1945 darauf verzichtet wurde, kann als Versuch gewertet werden, die Gruppe der potentiellen Adressaten der Partei auszuweiten – wobei die Arbeiterschaft allerdings insbesondere in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik immer noch als die KernwählerInnengruppe der Partei wahrgenommen wurde (vgl. Müller 1996b, 245).

Tab. 4.4: Anteile bestimmter Beschäftigungsgruppen unter den SPÖ-WählerInnen in Prozent (1955-2013)

	1955	1978	1985	1995	2002	2006	2013
Selbstständige	4	3	2	2	12.01	14	4.79
Angestellte/BeamtenInnen	16	20	23	27	26.85	24.3	35.58
ArbeiterInnen	39	34	28	24	29.68	31.5	12.04
LandwirtInnen	5	2	1	1	0.70	1.71	1.24
Hausfrauen	24	17	16	12	15.55	14.4	2.83
PensionistInnen	12	25	30	31	15.09	14	43.54
Summe	100	101	100	97	99.88	99.91	100.02

Quelle 1955-1985: Plasser (1988, 60); 1995: Plasser et al. (1996, 178); 2002: Plasser et al. (2003, 118); 2006: Plasser et al. (2007, 160); 2013: Kritzinger et al. (2014a)

In diesem Sinne definieren Plasser und Ullrich (2008, 64) die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft neben der religiösen (nicht-) Zugehörigkeit als einen über Jahrzehnte hinweg zentralen Faktor zur Erklärung des Wahlverhaltens in Österreich. Somit kann die Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) als die vermutlich wichtigste Teilorganisation der SPÖ hinsichtlich der Vertretung ihrer KernwählerInnen definiert werden. Dennoch verlor die FSG ab den späten 1960er Jahren für die Partei hinsichtlich ihrer Fähigkeiten zur WählerInnenmobilisierung vermutlich an Bedeutung, da die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder seit diesem Zeitpunkt kontinuierlich abnimmt (vgl. Kritzinger et al. 2013, 81), aber auch aufgrund von Veränderungen auf den WählerInnenmärkten und nicht zuletzt aufgrund von politischen Skandalen, die ÖGB und Arbeiterkammer erschütterten (vgl. Müller et al. 2004, 171). In diesem Sinne bezeichnete Herbert Kitschelt (1994, 246) die

Gewerkschaft und ihre im internationalen Vergleich außerordentlich enge Verflechtung mit der Partei als den „most important constraint on leadership autonomy“ innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie.

Der Anteil an ArbeiterInnen an der österreichischen Gesamtbevölkerung nahm hierbei insgesamt ab, so dass sich die SPÖ spätestens seit den 1960er Jahren aus strategischen Gründen zu einer Öffnung der Partei gezwungen sah (vgl. Müller et al. 2004, 150). Gleichzeitig erfolgte nach der Neuausrichtung der FPÖ im Jahr 1986 ein „blue collar realignment“, womit die SPÖ einen wesentlichen Teil der wählenden ArbeiterInnen an die FPÖ verlor (Plasser/Ullrich 2008, 65).

Der Anteil der Angestellten unter den SPÖ-WählerInnen stieg allerdings schon vor 1986 sukzessive an – was laut Matthias Micus (2011, 32) ein wesentlicher Bestandteil des „Erfolgsfundaments“ der Partei in den 1970er Jahren war: Die nach ihrem Urheber benannte „Kreisky-Koalition“ aus „traditioneller Arbeiterschaft, Neubürgertum und kritischer Jugend“ – Plasser (1988, 64) nennt zudem „Proponenten der intellektuellen und künstlerischen Elite Österreichs“ als Teil dieser Koalition – verhalf der Partei in diesem Jahrzehnt zu Wahlergebnissen jenseits der 50-Prozent-Marke. Dies manifestiert sich in der weiter oben dargestellten Tabelle: Während der Anteil an ArbeiterInnen unter den WählerInnen seit 1955 sank, stieg jener der Angestellten und liegt seit 1995 über dem der SPÖ-wählenden ArbeiterInnen. Dementsprechend sollte die Partei in den 1970er Jahren eventuell responsiver gegenüber den Anträgen von Organisationen, wie dem BSA oder der VSSTÖ²¹ geworden sein, während das „WählerInnenstimmengewicht“ beispielsweise der SPÖ-Bauern gleich niedrig geblieben sein sollte.

Während die Bedeutung der FSG für die SPÖ zur Stimmenmobilisierung immer noch hoch ist – auch 2008 lag der Anteil der SPÖ-WählerInnen unter den Gewerkschaftsmitgliedern noch weit über jenem der gesamten WählerInnenschaft, wobei die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder allerdings insgesamt abnahm (vgl. Kritzingen et al. 2013, 87) – konstatierte Plasser (1988, 55) in den 1980er Jahren, dass „aus einer ‘politisierten Sozialstruktur’, in der in erster Linie die jeweiligen Klassen-, Schicht- bzw. Milieuzugehörigkeit das Wahlverhalten determinierte, (...) mittlerweile ein differenziertes Netzwerk heterogener – vielfach nur mehr intermediär erfahrbarer – Bezugs- und Statusgruppen geworden“ ist.

Sollte die Parteiführung durch das Instrument des Antragstellens strategisch auf diese gesellschaftlichen Entwicklungen reagieren, so scheint es daher plausibel, dass die Liste der Urheberorganisationen erfolgreicher Anträge ab den 1970er Jahren heterogener geworden ist. Insbesondere da ab den 1980er Jahren die Volatilität auf dem österreichischen WählerInnenmarkt gestiegen ist (vgl. Plasser/Ullrich 2008, 75) und das „Wildern“ im gegnerischen Lager somit eventuell attraktiver wurde, könnten vermehrt Anträge von Organisationen angenommen worden sein, die wie

²¹ Gleichzeitig ist allerdings anzumerken, dass der Anteil der AkademikerInnen unter den SPÖ-WählerInnen immer schon unter jenem der ÖVP lag und nach wie vor liegt (vgl. Gehmacher/Haerpfer 1989, 147; Kritzingen et al. 2013, 77).

zum Beispiel der Freie Wirtschaftsverband im sozialistischen/sozialdemokratischen Organisationsgefüge traditionell eher eine Außenseiterrolle einnahmen.

Um H6b hinsichtlich jener Organisationen zu testen, welche ihre Mitglieder aufgrund von sozioökonomischen Interessen vertreten, werden die Anträge dieser Organisationen gemäß der in Tabelle 4.4 dargestellten WählerInnenanteile gewichtet.

2. Vertretung gemäß demographischer Gesichtspunkte

Hierunter sind jene Organisationen und Referate zu verstehen, die bestimmte Bevölkerungsschichten aufgrund ihres Geschlechts oder Alters vertreten. Dies ist der Bundesfrauenvorstand bzw. die SPÖ-Frauen und die Landesfrauenvorstände, die Jugendorganisationen Sozialistische Jugend (SJ) und Junge Generation (JG), der Pensionistenverband (PVÖ)²² und die Kinderfreunde. Des Weiteren werden hier auch die Aktion Kritische SchülerInnen (AKS) und der VSSTÖ berücksichtigt, da diese Organisationen ebenfalls eine Funktion als Nachwuchsorganisationen der Partei einnehmen und ihre Mitglieder ähnlich dem Pensionistenverband auch bis zu einem gewissen Grad aufgrund ihres Alters vertreten.

Ein Rückschluss von diesen Merkmalen auf das Wahlverhalten ist schwieriger als hinsichtlich der oben behandelten Faktoren, da sowohl Alter als auch Geschlecht über weite Teile des Untersuchungszeitraumes scheinbar keine zentralen Determinanten für die Entscheidungsfindung österreichischer WählerInnen waren. Hinzu kommt, dass die Datenlage zum Wahlverhalten der ÖsterreicherInnen nach Geschlecht vor 1970 schlecht ist (vgl. Hofinger/Ogris 1996, 216).

Christoph Hofinger und Günther Ogris (1996, 216) gehen allerdings davon aus, dass die österreichischen Frauen vor den 1970er Jahren – wie schon in der Ersten Republik – mit etwas größerer Wahrscheinlichkeit konservativ wählten als die männliche Bevölkerung Österreichs. Um 1975 änderte sich dies allerdings zugunsten der SPÖ – nicht zuletzt aufgrund des Eintretens der Partei für Gesetzesänderungen zur Stärkung von Frauenrechten. Der Anteil der SPÖ-Wählerinnen stieg somit über jenen der SPÖ-Wähler (vgl. ebd., 216).

Gegen Ende der 1970er Jahre bis Mitte der 1980er entsprachen die WählerInnenanteile von SPÖ und ÖVP hinsichtlich ihres Geschlechts ungefähr jenem in der Gesamtbevölkerung, die Geschlechtszugehörigkeit schien somit keine hinreichende Erklärung mehr für das Wahlverhalten der ÖsterreicherInnen zu bieten (vgl. Hofinger/Ogris 1996, 217). Dies änderte sich im Jahr 1986 mit dem Richtungswechsel der FPÖ, wie auch durch die Wahlerfolge der Grünen und (temporär) des Liberalen Forums (LIF): Erstere konnten insbesondere (junge) Männer für sich gewinnen, Grüne und LIF dagegen vor allem Frauen.

²² Da mit der Pensionierung auch eine spezifische Erwerbssituation einhergeht, wurde der Pensionistenverband allerdings auch schon in Abschnitt 1.) bei der Gewichtung nach sozioökonomischen Merkmalen berücksichtigt.

Der Anteil der Frauen unter den SPÖ-WählerInnen veränderte sich in diesem Zeitraum allerdings kaum, er lag zwischen 1979 und 1995 immer bei 54 bis 56 Prozent (vgl. Hofinger/Ogris 1996, 218). Damit bestand ein leichter Frauenüberhang innerhalb der SPÖ-Wählerschaft, den Hofinger und Ogris (1996, 227) allerdings eher auf die Faktoren Alter und Bildung zurückführen, da der Anteil an Frauen unter den älteren, bildungsferneren – und damit SPÖ-affineren – WählerInnenschichten höher ist, als in anderen soziodemographischen Gruppen. Wird der Effekt dieser Variablen auf die Wahlentscheidung kontrolliert, so besteht für Frauen zwischen 1983 und 1995 sogar eine etwas geringere Wahrscheinlichkeit zur Präferenz der SPÖ. Auswertungen von Kritzinger et al. (2013, 46) für den Zeitraum von 1986 bis 2006 ergaben ebenfalls nicht immer signifikante Effekte der Variable „Geschlecht“ auf das Wahlverhalten. Diese Entwicklung setzte sich auch bei der Nationalratswahl 2008 fort, so dass die AutorInnen vom Verschwinden eines geschlechterspezifischen Wahlverhaltens auf den österreichischen WählerInnenmärkten ausgehen (vgl. Kritzinger et al. 2013, 48).

Vorhersagen dazu, wann die parteiinterne Durchsetzungskraft der SPÖ-Frauen hinsichtlich ihres Stimmenpotentials besonders hoch oder niedrig sein sollte, sind daher schwierig. Der Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung Österreichs lag in der gesamten Zweiten Republik bisher etwas über der Hälfte, wobei dieser Anteil beispielsweise 1951 kriegsbedingt noch bei 54 Prozent lag, 2014 dagegen bei 51 Prozent (vgl. Stockinger/Schestak 2015, 13). Die Vertretung von frauenspezifischen Themen wäre aus dieser Perspektive die ganze Zweite Republik hindurch lohnend gewesen. Thesen dazu, wann und unter welchen Umständen derartige Themen über Salienz verfügen und die Frauenorganisationen der Partei sowohl innerparteilich, als auch von den Wählerinnen als legitime Interessenvertretung der weiblichen Bevölkerung wahrgenommen wurde, würden allerdings den Rahmen dieser Arbeit sprengen – nicht zuletzt, da sich auch die vom Bundesfrauenvorstand vertretenen Interessen analog zu gesellschaftlichen Entwicklungen maßgeblich wandelten: Während 1946 beispielsweise die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung ein zentrales Anliegen des Frauenzentalkomitees und der Landesfrauenkomitees war, standen später Themen wie die Eingliederung der Frauen in die Berufswelt oder die Fristenlösung auf der Agenda. Zudem führen Johanna Dohnal und Irmtraut Karlsson (1988, 140) die vergleichsweise geringe innerparteiliche Durchsetzungskraft des Frauenzentalkomitees in der unmittelbaren Nachkriegszeit neben der immer noch vorherrschenden konservativen bis faschistischen Frauenbilder auch auf den Umstand zurück, dass die Organisation der Frauen zu diesem Zeitpunkt noch im Aufbau begriffen war, da größtenteils nicht auf Strukturen aus der Zeit vor 1934 zurückgegriffen werden konnte. In diesem Sinne werden zu den Anträgen der Frauenorganisationen keine Erwartungen formuliert, die Wahrscheinlichkeit der Empfehlung zur Annahme dieser Anträge durch die Antragsprüfungskommission wird allerdings getestet.

Generationenspezifische Unterschiede im Wahlverhalten spielten dagegen vor den 1980er Jahren in Österreich keine Rolle (vgl. Haerpfer/Gehmacher 1984 zit. n. Kritzinger et al. 2013, 43). Dies änderte

sich erst mit der Neuausrichtung der FPÖ und dem Eintritt neuer Parteien in den österreichischen WählerInnenmarkt. Während diese Parteien insbesondere bei den jungen WählerInnen Erfolge verbuchen konnten, altert die WählerInnenschaft der beiden (ehemaligen) Großparteien zunehmend (vgl. Kritzinger et al. 2013, 44f.). In diesem Sinne konnte die SPÖ beispielsweise bei der Nationalratswahl 2008 mit rund 45 Prozent der WählerInnenstimmen unter den über-70-Jährigen das beste Ergebnis erzielen, gefolgt von 41 Prozent bei den 60- bis 69-Jährigen, während die Partei in der Alterskohorte der 16- bis 29-Jährigen nur 29 Prozent der Stimmen für sich gewann (vgl. ebd., 49). Micus (2011, 33) schließt daher, dass sich die Partei „(...) sozialstrukturell und vor allem generationell [verengt, K.H.]; übrig bleiben vorwiegend die alternden Kreisky-Wähler, die sich vor vierzig Jahren überzeugen ließen, 'ein Stück des Weges' mit der SPÖ zu gehen, und die seither auf diesem Weg geblieben sind.“

In diesem Sinne ist anzunehmen, dass das innerparteiliche Gewicht des Pensionistenverbands in den vergangenen 30 Jahren zugenommen hat, d.h. dass die Wahrscheinlichkeit erfolgreicher Anträge von dieser Organisation gestiegen ist. Der Anteil an angenommenen Anträgen der Jugendorganisationen sollte ab den 1980er Jahren dagegen gegenüber den 1970er Jahren abnehmen – auch vor dem Hintergrund einer alternden Gesamtbevölkerung.

Im Sinne der dargelegten Gründe unterbleibt für die Anträge der hier erwähnten Organisationen abseits des Pensionistenverbands eine Gewichtung gemäß ihres Stimmenpotentials, wie dies für die weiter oben beschriebenen Organisationen erfolgte.

3. Vertretung bestimmter KonsumentInneninteressen – klassische Vorfeldorganisationen

Unter dieser Bezeichnung firmieren hier jene Organisationen, deren Zugehörigkeit zur Partei erst durch die ehemals ausgeprägte Lagerkultur der österreichischen Parteienlandschaft erklärbar wird. Dies sind beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur (ASKÖ), die Naturfreunde, der Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreichs (ARBÖ), die Mietervereinigung u.v.m. Diese Organisationen haben nach Joseph J. Houska (1985, 15) eine offensive und eine defensive Funktion: Offensiv, da sie die Reichweite der Partei vergrößern sollen, defensiv, um das eigene Lager von politisch Indifferenten oder andersdenkenden Personen abzukapseln.

Das defensive Ziel der Bildung einer Gegengesellschaft spielte in der Zweiten Republik dabei kaum mehr eine Rolle; stattdessen stand insbesondere für die Vorfeldorganisationen selbst – aber auch für die Partei – die Vergrößerung der Reichweite im Fokus (vgl. Weidenholzer 1988). Um dieses Ziel zu erreichen, entfernten sich viele Vorfeldorganisationen im Laufe der Jahre von der Partei, manche gaben die formale Bindung zur SPÖ – und damit ihr Delegationsrecht auf den Parteitag – sogar zur Gänze auf (vgl. Müller 1996b, 313).

Von Seiten der Partei wurde die Depolitisierung, bzw. Entideologisierung der Vorfeldorganisationen schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit kritisiert und Fragen nach dem Verhältnis von Kosten und Nutzen dieser Organisationen für die Partei gestellt (vgl. Müller 1996b, 313). Gleichzeitig verloren die Organisationen allerdings auch aufgrund der zunehmenden Rolle der Medien im Wahlkampf für die Partei vermutlich als Sprachrohr zur Bevölkerung an Bedeutung. Es erscheint daher plausibel, dass sowohl die Gesamtanzahl der von diesen Organisationen gestellten Anträge, als auch die Anzahl der tatsächlich angenommenen Anträge – eventuell auf ohnehin schon niedrigem Niveau – über die Jahre abnahm.

4.3 Datenstruktur

Der verwendete Datensatz basiert auf einem Datensatz, welcher im Rahmen eines Projekts zu den Parteitage österreichischer Parteien am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien erstellt wurde (Codebuch vgl. Müller/Kaltenegger 2017). Um die innerparteiliche Willensbildung auf SPÖ-Parteitage möglichst treffgenau abzubilden, wurde versucht, eine möglichst große Anzahl an behandelten Anträgen in die Analyse miteinzubeziehen. Der erstellte Datensatz umfasst daher über 4000 Anträge aus den Jahren 1945 bis 2014, allerdings war aufgrund von geringfügigen Datenlücken leider keine Vollerhebung möglich.

Grundsätzlich wurden die Anträge in jener Form codiert, in der sie laut Antragstext im Wortlaut vorlagen. Dies war allerdings für die Anträge der Parteitage von 1982 (ordentlicher Parteitag) und 2010 nicht möglich. Um diese Anträge nicht unberücksichtigt zu lassen, wurden sie gemäß ihrer Erwähnung in den Redeprotokollen unter dem Tagesordnungspunkt „Behandlung der Anträge“ in die Analyse miteinbezogen. Unberücksichtigt bleiben die Anträge der außerordentlichen Parteitage von 1966, 1975, 1982, von zwei außerordentlichen Parteitag des Jahres 1983, sowie der Parteitage von 2008 und 2012, da zum gegenwärtigen Zeitpunkt entweder keine Protokolle zu diesen Parteitag vorliegen, oder die notwendigen Informationen zu den Anträgen aus den Redeprotokollen nicht ableitbar sind.

Wie in Tabelle 4.5 dargestellt, liegen zudem nicht für alle Parteitage Informationen über die Empfehlung der Antragsprüfungskommission, wie auch die Entscheidung des Parteitages zur Behandlung der Anträge vor. Abseits der Jahre 1958, 1976, 1978 und 1981 ist dies auf Protokolle zurückzuführen, die eindeutige Rückschlüsse auf einzelne Anträge (und insbesondere deren UrheberInnen) nicht zulassen.

Tab. 4.5: Übersicht über die Datenlage zu den Anträgen der SPÖ-Parteitage der Jahre 1945-2016

PT Jahr	Redeprot.	Antragstext	Antragsthema	Anzahl Empf.	Anzahl Entsch.	Analyse	Anzahl insg.
1945	ja	nein	ja	37	39	ja	39
1946	ja	ja	ja	38	40	ja	43
1947	ja	ja	ja	1	86	ja	86
1948	ja	teilweise	ja	53	92	ja	94
1949	ja	teilweise	teilweise	11	110	ja	117
1950	ja	teilweise	ja	1	72	ja	79
1951	ja	ja	ja	86	86	ja	88
1952	ja	ja	ja	100	100	ja	107
1953	ja	ja	ja	74	74	ja	112
1954	ja	ja	ja	36	36	ja	41
1955	ja	ja	ja	50	50	ja	56
1956	ja	ja	ja	69	69	ja	79
1957	ja	ja	ja	25	25	ja	39
1958	ja	ja	ja	0	0	ja	1073
1959	ja	ja	ja	24	24	ja	29
1961	ja	ja	ja	69	69	ja	73
1963	ja	ja	ja	68	68	ja	69
1965	ja	ja	ja	34	34	ja	47
1966	ja	ja	ja	0	2	nein	2
1967	ja	ja	ja	75	98	ja	107
1968	ja	ja	ja	30	30	ja	40
1970	ja	ja	ja	34	36	ja	41
1972	ja	ja	ja	115	115	ja	125
1974	ja	ja	ja	72	76	ja	91
1975	ja	ja	ja	14	0	nein	14
1976	ja	ja	ja	227	222	ja ¹	640
1978	ja	nein	teilweise ²	57 ²	57 ²	nein	1130 ²
1979	ja	nein	teilweise	146	136	ja	146
1981	ja	nein	teilweise	153	146	teilweise	455
1982	ja	nein	teilweise	132	120	ja	137
1982 ³	nein	nein	nein	-	-	nein	-
1983 ³	nein	nein	nein	-	-	nein	-
1983 ³	nein	nein	nein	-	-	nein	-
1983	ja	nein	teilweise	190	168	ja	191
1985	ja	nein	teilweise	173	140	ja	227
1987	ja	ja	ja	272	269	ja	289
1988 ³	ja	nein	nein	0	0	nein	0
1989	ja	ja	ja	175	172	ja	203
1991	ja	ja	ja	217	7	ja	267
1993	ja	ja	ja	220	219	ja	236
1995	ja	ja	ja	185	185	ja	236
1997	ja	ja	ja	18	18	ja	56
1998	ja	ja	ja	32	31	ja	33
2000	ja	ja	ja	64	64	ja	72

2002	ja	ja	ja	24	24	ja	26
2004	ja	ja	ja	75	75	ja	80
2006	ja	ja	ja	27	27	ja	28
2008	ja	nein	nein	-	-	nein ⁴	-
2010	ja	nein	teilweise	25	24	ja	51
2012	nein	nein	nein	-	-	nein	-
2014	nein	ja	ja	170	1	ja	179
2016 ³	nein	nein	nein	0	0	nein	0
Summe				3626	3479		7186

¹Berücksichtigt wurden nur jene Anträge, für welche Informationen zur Behandlung auf dem Parteitag vorliegen.

²Thema, Empfehlung und Entscheidung liegen für die 57 Organisationsanträge vor, nicht aber für die 1135 Anträge zum Programmmentwurf (diese wurden teilweise im Parteiprogrammentwurf berücksichtigt, allerdings nicht gesondert auf dem Parteitag abgestimmt)

³Außerordentlicher Parteitag; entweder liegen keine Daten zu den Anträgen vor, oder es wurden keine Anträge gestellt.

⁴Die Anträge dieses Parteitages wurden nicht berücksichtigt, da neben den Antragsthemen auch die antragstellende Organisation meist nicht bekannt ist

Die hohe Anzahl der auf dem Parteitag 1976 eingebrachten Anträge (insg. 641) ist auf die Bestrebungen Kreiskys zur Reform der Parteiorganisation zurückzuführen, welche parteiintern auf große Resonanz stieß (vgl. Blecha SPÖ PT 1976, 213). Dass nur 234 der 641 Anträge tatsächlich auf dem Parteitag behandelt wurden, weist unter anderem auf ein strukturelles Problem dieser Art der innerparteilichen Willensbildung hin: Die Behandlung einer derart hohen Anzahl an Anträgen ist schon im Vorfeld zeit- und ressourcenintensiv – immerhin sieht das parteiintern übliche Prozedere eine Sichtung und Diskussion der Anträge innerhalb der Antragsprüfungskommission vor – zudem beansprucht auch die Abstimmung auf den Parteitagen selbst viel Zeit und es ist anzunehmen, dass eine derart hohe Anzahl an Anträgen eine sinnvolle Diskussion aufgrund der damit einhergehenden Unübersichtlichkeit eher behindert, als fördert.²³

Dies gilt auch für die Anzahl von 1073 gestellten Anträgen und Resolutionen auf dem Parteitag 1958, sowie für die 1135 Anträge und Resolutionen des Parteitages 1978, und einen Teil der Anträge des Parteitages 1981 welche hier aus selbigem Grund leider unberücksichtigt bleiben müssen. Auf diesen Parteitagen wurden jeweils die Grundsatzprogramme der SPÖ (1958 und 1978) bzw. ein Wirtschaftsprogramm (1981) beschlossen. Laut Wortmeldungen auf den Parteitagen flossen diese Anträge teilweise in die Programme ein (vgl. Pittermann PT 1958, 28f.; Blecha PT 1978, 168; Blecha PT 1981, 160ff.). Die fertigen Parteiprogramme wurden den Delegierten schließlich zur Annahme vorgelegt, wobei einzelne Abänderungen, welche RednerInnen in Diskussionsbeiträgen während des

²³ Dass zwischen den antragstellenden Organisationen im Vorfeld anscheinend wenig Koordination hinsichtlich der gestellten Anträge stattfindet (s. viele ähnliche bis gleichlautende, aber auch sich widersprechende Anträge zu bestimmten Themen), liegt eventuell sogar im Sinne der Parteiführung: Einerseits lässt sich so über „Rekordzahlen“ innerparteilicher Beteiligung berichten, andererseits erleichtert es „divide et impera“-Vorgehensweisen.

Parteitag vorschlugen, zuvor abgestimmt und in den Endfassungen der Programme berücksichtigt wurden (vgl. Waldbrunner PT 1958, 109f.; Salcher PT 1978, 178ff.; Gratz 1981, 162).

4.4 Vorgehensweise bei der Codierung der Anträge

Die über 4000 Anträge wurden digitalisiert und per Hand codiert, wobei die einzelnen Anträge naheliegenderweise als natürliche Analyseeinheiten dienten. Zur Codierung wurde hierbei ein Teil des Codebuchs eines weitergehenden Projekts zu den Parteitag Österreichischer Parteien adaptiert (vgl. Müller/Kaltenegger 2017; adaptiertes Codebuch s. Anhang).

Neben Variablen wie der antragstellenden Organisation und der Behandlung der Anträge durch die Antragsprüfungskommission, erfolgte für die Hypothesen 4a und 4b eine Codierung der Themen der Anträge. Hierbei wurde auf das Codierschema von AUTNES zurückgegriffen (vgl. Müller et al. 2012), allerdings wurden anders als bei den AUTNES-Inhaltsanalysen nicht grammatikalische Halbsätze codiert, sondern schlicht ein Thema pro Forderung, wobei die Codierung mehrerer Themen pro Antrag somit möglich war. Dies schien der Struktur der Anträge besser zu entsprechen.

4.5 Analyseverfahren

Da die abhängige Variable nichtmetrisch ist, wurde das Verfahren der logistischen Regression gewählt (vgl. Kühnel/Krebs 2010, 855). Die entsprechende Gleichung lautet daher (vgl. Best/Wolf 2010, 830):

$$\text{Logit} = \ln P/1 - P = \beta_0 + \beta_1 x_1 + \beta_2 x_2 + \dots + \beta_k x_k$$

Neben den Koeffizienten und Signifikanzniveaus der Logit-Koeffizienten werden hierbei die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der abhängigen Variable analysiert (vgl. Best/Wolf 2010, 832):

$$P(y = 1) = e^{\beta_0 + \beta_1 x_1 + \beta_2 x_2 + \dots + \beta_k x_k} / 1 + e^{\beta_0 + \beta_1 x_1 + \beta_2 x_2 + \dots + \beta_k x_k} = e^{\text{Logit}} / 1 + e^{\text{Logit}},$$

wobei für binäre unabhängige Variablen bisweilen auf den Stata-Befehl *mchange* von Long und Freese (2014) zurückgegriffen wurde.

5. Ergebnisse

Im Folgenden wird zuerst eine deskriptive Darstellung der Daten vorgenommen. Hierbei stehen vor allem zwei Fragen im Vordergrund: 1. Wird das Instrument des Antrags von den AktivistInnen genutzt? 2. Wird das Stellen von Anträgen auf Bundesparteitagen innerhalb der Partei als Instrument zur innerparteilichen Willensbildung ernst genommen? – D.h., ist die hier gewählte Operationalisierung der abhängigen Variable ein valides Instrument, um die Forschungsfrage zu beantworten?

Während erstere Frage vor allem durch die Anzahl an eingebrachten *Anträgen* beantwortet werden sollte, eignet sich eine Betrachtung der Häufigkeiten der einzelnen *Behandlungsformen* der Anträge, um die Frage nach der Bedeutung des Antragstellens im innerparteilichen Willensbildungsprozess zu

untersuchen. Sollte das Stellen von Anträgen völlig bedeutungslos sein und Parteitagebeschlüsse parteiintern über keinerlei Bindungskraft verfügen, wäre der kostengünstigste Weg zur Behandlung der Anträge für die Parteiführung schließlich, alle Anträge zur Annahme zu empfehlen und die Forderungen nicht umzusetzen.

Der Test der in Kapitel 3 aufgestellten Hypothesen erfolgt danach anhand von vier Untergliederungen: 1. Hinsichtlich der Veränderungen bei der Behandlung der Anträge über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg – Hypothesen 1 und 2; 2. Hinsichtlich variierender Behandlungen der Anträge von einem Parteitag zum nächsten, beispielsweise aufgrund eines Regierungswechsels oder nach Stimmverlusten bei Wahlen – Hypothesen 3, 5a und 5b; 3. Hinsichtlich der unterschiedlichen Behandlung einzelner Anträge aufgrund ihres Themas – Hypothesen 4a und 4b; und schließlich 4. Unterschiede bei der Behandlung der Anträge aufgrund der innerparteilichen Position der antragstellenden Organisation – Hypothesen 6a, 6b und 7.

5.1 Die Anträge im Zeitverlauf – Deskriptive Darstellung der Daten

Insgesamt wurden rund 4500 Anträge codiert und in irgendeiner Form in der Analyse berücksichtigt. Den größten Teil der eingebrachten Anträge machen dabei policy-Anträge aus, gefolgt von den Organisationsanträgen, während sich nur eine verschwindend geringe Anzahl an Anträgen ausschließlich mit einer Regierungs- bzw. Koalitionsbeteiligung der Partei befasste²⁴ (s. Tabelle 5.1).

Tab. 5.1: Anzahl der analysierten Anträge nach Antragstypen, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 4462)

	Häufigkeit absolut	in Prozent
policy-Anträge	3099	69.45
Organisationsanträge	1345	30.14
Koalitionsanträge	18	0.40
insg.	4462	100.00

Die Frage, ob eine Analyse der auf den Parteitag gestellten Anträge ein sinnvolles Mittel zur Untersuchung der innerparteilichen Willensbildung der SPÖ ist, kann hinsichtlich der Anzahl an eingebrachten Anträgen positiv beantwortet werden. Immerhin wurden auf den bisher 51 Parteitag insgesamt zumindest 7186 Anträge gestellt, was eine Anzahl von durchschnittlich 140 Anträgen pro Parteitag ergibt. In die Analyse flossen durchschnittlich rund 110 Anträge pro Parteitag ein (4500 Anträge insgesamt bei 41 analysierten Parteitag). Eine derart hohe Anzahl an Anträgen legt nahe, dass zumindest ein Teil der AkteurInnen innerhalb der SPÖ diese Art der innerparteilichen Mitbestimmungsmöglichkeit ernst nimmt – insbesondere da die meisten Anträge nicht von der Parteiführung eingebracht wurden, sondern von Bezirksorganisationen, wie auch den

²⁴ Gelegentlich werden in Anträgen policy-Positionen des Koalitionspartners kritisiert, bzw. deren Nichtumsetzung durch die Regierung gefordert, oder bestimmte policy-Positionen als Koalitionsbedingungen festgeschrieben. In solchen Fällen wurden die Anträge allerdings als policy-Anträge codiert. Eine Definition dieser Anträge als Koalitionsanträge würde aufgrund ihrer relativ geringen Anzahl die obige Häufigkeitsverteilung allerdings auch nicht grundlegend verändern.

Teilorganisationen und Referaten der Partei (s. Tabelle 5.2).²⁵ Auch wenn der Entstehungsprozess der Anträge hier nicht weiter untersucht wird, ist zumindest anzunehmen, dass AktivistInnen auf Bezirksversammlungen, sowie in den Teilorganisationen und Referaten an der Formulierung von Anträgen mitwirken.

Tab. 5.2: Anzahl der analysierten Anträge nach innerparteilichem Organisationstyp, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 4379)

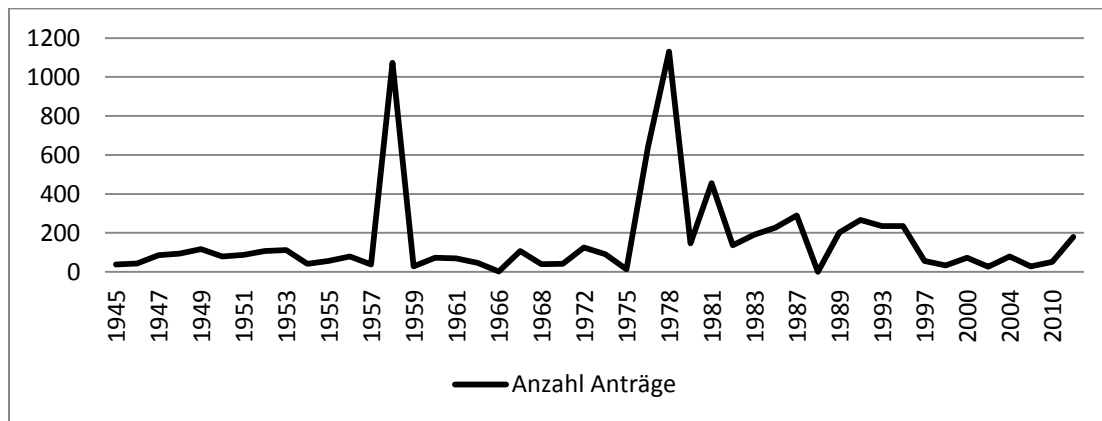
	Häufigkeit absolut	in Prozent
Parteivertretung	183	4.18
Landesorganisationen	417	9.52
Bezirksorganisationen	2187	49.94
Teilorganisationen und Referate	1464	33.43
Ausschüsse/Themeninitiativen	118	2.69
andere Gremien	10	0.23
insg.	4379	100.00

5.1.1 Die Anzahl der eingebrachten Anträge im Zeitverlauf

Betrachtet man die Anzahl der eingebrachten Anträge im zeitlichen Verlauf, so offenbart dies eine äußerst große Schwankungsbreite. Im extremsten Fall reicht sie von 0 Anträgen auf den Parteitag 1988 und 2016, welche ausschließlich der Wahl des neuen Vorsitzenden dienten, bis hin zu 1135 eingebrachten Anträgen auf dem Parteitag 1978. Die außerordentlich hohe Anzahl an Anträgen auf den Parteitagen der Jahre 1958, 1976, 1978 und 1981 (s. Abb. 5.1) ist dabei auf die Bemühungen der Parteiführung um die Erstellung neuer Grundsatzprogramme (1958 und 1978), eines Wirtschaftsprogrammes (1981) und einer Reform der Parteiorganisation (1976) zurückzuführen (vgl. SPÖ PT 1958, SPÖ PT 1976, SPÖ PT 1978, SPÖ PT 1981). Wie in Kapitel 4.3 schon erwähnt, müssen diese Anträge hier allerdings unberücksichtigt bleiben, da über ihre Behandlung auf den Parteitagen entweder keine Informationen vorliegen, oder keine Abstimmungen stattfanden.

²⁵ Die Anzahl der Anträge erscheint zwar durchaus imposant, allerdings hatte die Partei in ihren Spitzenzeiten auch über 700 000 Mitglieder. Eine Berechnung der Anzahl an Mitgliedern pro Antrag nach Parteitagen ergibt Werte zwischen 624,81 (1130 Anträge/706 039 Mitglieder) und 49 511,14 (14 Anträge/693 156 Mitglieder), bzw. durchschnittlich 8340,61 Mitglieder pro Antrag im Zeitraum von 1945 bis 2014 (s. auch Tab. 6.1 in Kap. 6) (Quelle Mitgliederzahlen: Müller (1995, 40f.) (1945-1990) und Zirnic (2014, o.S.) (1991-2013)).

Abb. 5.1 Anzahl aller bekannten Anträge im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2016 (N= 7186)



Abseits dieser Ausreißer wurden die meisten Anträge auf den Parteitag der 1980er Jahre und in den frühen 1990ern gestellt, ab 1997 sinkt die Anzahl an eingebrachten Anträgen mit Ausnahme des Parteitages 2014 dagegen merklich. Es liegt somit nahe, dass das Instrument des Antrags ab diesem Zeitpunkt an Bedeutung verliert, bzw. sich das innerparteiliche Organisationsverständnis in den späten 1990er Jahren wandelte. Diese Entwicklung steht durchaus in Einklang mit der vorhandenen Literatur und den aufgestellten Hypothesen, beispielsweise in Hinblick auf den Bedeutungsverlust von AktivistInnen als Ohr und Sprachrohr der Partei aufgrund eines veränderten Kommunikationssystems (s. Kap. 3 und 4).

Da die Anzahl an eingebrachten Anträgen zwischen 1995 und 1997 vergleichsweise abrupt abnahm (1995 wurden 236 Anträge eingebracht, 1997 waren es nur noch 56 und in beiden Fällen handelt es sich um keine Ausreißer, s. Abb. 5.1), erscheint es sinnvoll, die variierenden Antragszahlen abseits der Programm- bzw. Reformparteitage und außerordentlichen Parteitage näher ins Blickfeld zu nehmen.

Erklärungen für die variierenden Antragszahlen

Es erscheint plausibel, die Gründe für die variierenden Antragszahlen sowohl bei den Mitgliedern, als auch in strategischen Entscheidungen der Parteiführung zu suchen. Eine trennscharfe Unterscheidung zwischen diesen beiden Faktoren ist nicht möglich, da einerseits das Aktivitätsniveau der Mitglieder abseits der Antragszahlen nicht validiert werden kann und die Entscheidungen der Parteiführung andererseits schließlich auf den vorgefundenen Gegebenheiten fußen. Die Mitglieder können in diesem Zusammenhang aus Sicht der Parteiführung als „(...) the human material with which he [the leader; K.H.] must work“ (Cassinelli 1953, 780 zit. n. Müller et al. 1992, 119) verstanden werden.

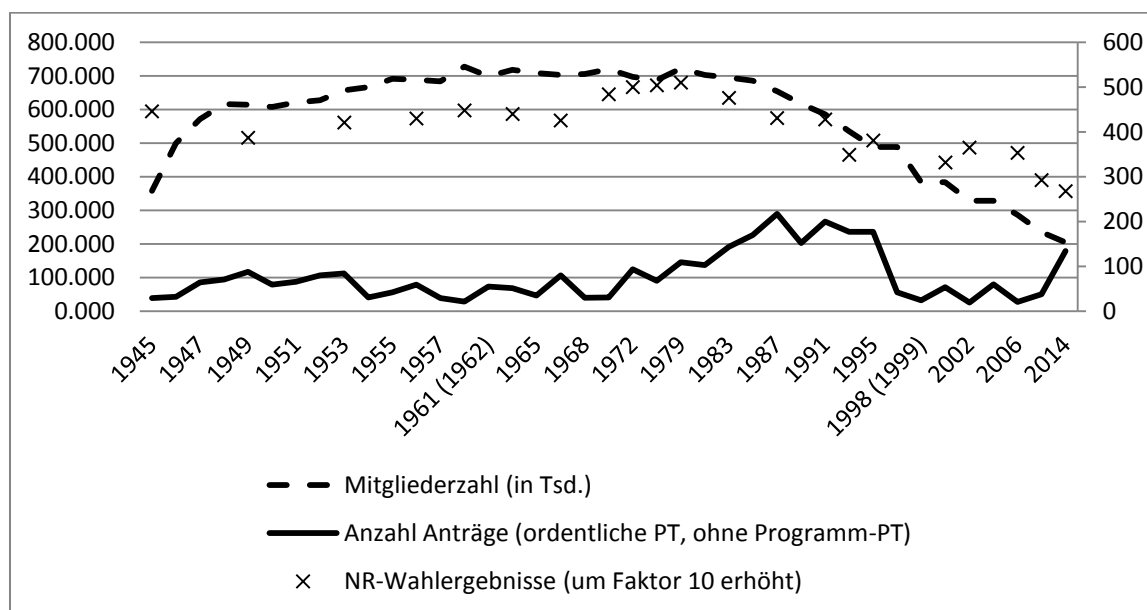
Dennoch sind die Rekordzahlen an eingebrachten Anträgen auf den Parteitag der Jahre 1958, 1976, 1978 und 1981, wie auch die meist niedrige Anzahl an eingebrachten Anträgen auf den außerordentlichen Parteitag (z.B. 1966, 1975, 1988 und 2016) relativ deutlich auf Initiativen der Parteiführung zurückzuführen. Immerhin wurden die außerordentlichen Parteitage 1988 und 2016 beispielsweise anlassbezogen zur Wahl eines neuen Parteivorsitzenden einberufen (vgl. SPÖ PT 1988;

SPÖ PT 2016), der Parteitag des Jahres 1966 dagegen zur Entscheidungsfindung über die Frage der Regierungsbeteiligung (vgl. Müller 1999, 174) und jener von 1975 diente der Inszenierung einer „Wahlplattform“ für die kurze Zeit später stattfindende Nationalratswahl (vgl. SPÖ PT 1975). Auf den ersten beiden Parteitagen wurden keine Anträge eingebracht, 1966 dagegen nur 2, 1975 waren es 14 Anträge. Hinsichtlich der Programmparteitage erfolgte beispielsweise 1957 ein Aufruf der Parteivertretung zum Einbringen von Anträgen (vgl. Kautsky SPÖ PT 1957, 133), welchem die SPÖ-Organisationen am kommenden Parteitag offensichtlich zahlreich folgten.

Den Mitgliedern, bzw. AktivistInnen steht es natürlich frei, diesen Aufforderungen nachzukommen. Dass derartige Wünsche der Parteiführung nicht automatisch zu einer breiten innerparteilichen Beteiligung führen müssen, beweist der Entstehungsprozess des Parteiprogramms von 1998: Ein Leitantrag zum Parteitag 1995 forderte die antragstellenden Organisationen explizit auf, „ihre Vorstellungen als Anträge an den [kommenden; K.H.] Bundesparteitag zu formulieren“ (Leitantrag 1, SPÖ PT 1995). Diesem Wunsch der Parteiführung kamen allerdings scheinbar nur wenige Organisationen nach, da der Bundesparteivorstand in einem Antrag an den darauffolgenden Parteitag 1997 selbst eingesteht, dass dieser Diskussionsprozess „(...) weniger intensiv verlaufen ist, als dies ursprünglich geplant war“ (Antrag 41, SPÖ PT 1997). Die Ursachen dafür lagen laut Antrag in der „(...) von der ÖVP vom Zaun gebrochenen Nationalratswahl 1995 (...)\", der Wahl zum Europäischen Parlament und nicht zuletzt in „(...) Veränderungen innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie (...)\", (ebd.). Mit dieser Begründung wurde die Frist für die Einbringung von Abänderungsvorschlägen zum vorliegenden Programmentwurf auf den Jahresbeginn 1998 verlängert. Dem außerordentlichen Parteitag im Herbst dieses Jahres berichtete die Antragskommission schließlich über eine „große Anzahl an Anträgen und Stellungnahmen“, welche in dieser letzten Phase der Programmerstellung noch eingebracht wurden und den Delegierten aufgrund der Fülle an Texten nicht zugesendet wurde (vgl. SPÖ PT 1998, 11). Genauere Zahlen wurden hierzu allerdings keine genannt.

Die Beurteilung der variierenden Einbringungsfreudigkeit der Mitglieder auf den ordentlichen Parteitagen ist weitaus schwieriger. Ein Vergleich der Mitgliederzahlen der SPÖ mit der Anzahl an eingebrachten Anträgen zeigt, dass diese nicht direkt miteinander korrelieren, d.h. die Zunahme an Anträgen ab den späten 1970er Jahren (abseits der Programm- und Statutenparteitage) ist auf ein gestiegenes Aktivitätsniveau der Mitglieder zurückzuführen und nicht auf eine Zunahme an Mitgliedern in diesem Zeitraum (s. Abb. 5.2). Tatsächlich wurden die meisten Anträge in einem Jahrzehnt (1985-1995) eingebracht, als die SPÖ beinahe 200.000 Mitglieder verlor.

Abb. 5.2 Anzahl aller bekannten Anträge, welche nicht zur Erstellung neuer Programme, der Statutenreform 1976 oder auf außerordentlichen Parteitage eingebracht wurden im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 3942), verglichen mit den Mitgliedszahlen der Partei²⁶ und den SPÖ-Wahlergebnissen bei Nationalratswahlen



Die steigende Anzahl an Anträgen ab den 1970er Jahren ist vermutlich im Kontext veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und der damit einhergehenden Entstehung zahlreicher Bürgerinitiativen und neuer sozialer Bewegungen zu sehen, welche die Partei mit einer Reihe von neuen Themen, wie auch Forderungen nach einer stärkeren Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse konfrontierte (vgl. Müller 1996b, 204). Zur Bewältigung der „Identitätskrise“ (Keller SPÖ PT 1987, 39) innerhalb der SPÖ, welche diesen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in den 1980er Jahren folgte, initiierte die Parteiführung einen Diskussionsprozess. Dieser startete 1984 mit einem Parteiratsbeschluss zur Erstellung eines „programmatischen Dokuments“ mit dem Titel „Perspektiven '90“ (vgl. Tieber SPÖ PT 1985, 168) und endete 1989 mit dem Beschluss des Manifests „Sozialdemokratie 2000“ (vgl. Leitantrag, SPÖ PT 1989).

Die vergleichsweise graduelle Zunahme an Anträgen zwischen 1970 und 1987 (abseits der Programm- und Reform- wie auch außerordentlichen Parteitage, s. Abb. 5.2) lädt dazu ein, diese Entwicklung eher auf Veränderungen in der „Parteibasis“ zurückzuführen, auch wenn die Parteiführung – wie schon erwähnt – durch die Organisationsreform und die Abhaltung der Programmparteitage sicherlich zum gestiegenen Aktivitätsniveau der Mitglieder beitrug (vgl. zur Organisationsreform 1976 Konecny 1980, 389f.). Eventuell etablierte sich in diesem Zeitraum schrittweise eine Organisationskultur

²⁶ Zur besseren Lesbarkeit der Grafik wurden die Mitgliederzahlen durch Tausend dividiert. Ein Wert von z.B. 600 entspricht also tatsächlich 600.000 Mitgliedern. Die Mitgliederzahlen für den Zeitraum von 1945-1990 wurden dem *Data Handbook* von Katz und Mair entnommen (vgl. Müller 1995, 40f.), 1991-1994 bei Müller (1996b, 333). Für die Zeit nach 1994 wurde auf Daten von neuwal.com zurückgegriffen (vgl. Zirinig 2014, o.S.). In Klammern befindet sich das Jahr, aus welchem die Mitgliederzahlen stammen, sofern für das Jahr des Parteitages keine Zahlen verfügbar waren. Die prozentuellen Stimmenanteile der SPÖ bei Nationalratswahlen wurden dagegen mit dem Faktor 10 multipliziert (Quelle Wahlergebnisse: BMI 1945-2013).

innerhalb der Bezirksorganisationen wie auch Teilorganisationen und Referate, welche auf einer aktiveren Beteiligung der Mitglieder am innerparteilichen Leben fußte.

Die Abnahme an eingebrachten Anträgen zwischen 1995 und 1997 erfolgte dagegen vergleichsweise abrupt: Während 1995 noch 236 Anträge eingebracht wurden, waren es 1997 nur noch 56 und bis 2014 verblieb die Anzahl an eingebrachten Anträgen auf dem bisher niedrigsten Niveau in der Geschichte der SPÖ seit 1945. Einerseits verlor die Partei zwischen 1995 und 2006 mehr als ein Drittel ihrer Mitglieder (1995 waren es noch 488.000 Mitglieder, 2006 rund 200.000 weniger), andererseits setzte diese „Phase des Niedergangs“ (Müller 1996b, 301) schon 1979 ein. Im Zeitraum der größten Aktivität der Mitglieder zwischen 1985 und 1995 verlor die Partei schließlich beinahe ebenso viele Mitglieder. Dies bestätigt, dass die Anzahl an Mitgliedern nicht unbedingt mit deren Aktivitätsniveau korreliert (vgl. u.a. Young 2013, 67) – zumindest nicht auf der hier untersuchten Aggregatebene.²⁷ Es ist möglich, dass in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere jene Organisationen Mitglieder verloren haben, welche im Zeitraum von 1970 bis 1995 äußerst aktiv waren. Die Entwicklung der Antragszahlen auf Länderebene, wie auch innerhalb der unterschiedlichen Teilorganisationen und Referate wird in Kapitel 5.1.3 noch näher ins Blickfeld genommen.²⁸

Gleichzeitig erscheint es wenig plausibel, hinter der deutlichen Abnahme an Anträgen zwischen 1995 und 1997 etwa eine akkordierte Aktion der ca.115 Bezirksorganisationen, wie auch rund 20 antragsberechtigten Teilorganisationen und Referate zu vermuten. Auch wurde die Partei zwischen 1995 und 1997 beispielsweise von keinem Skandal gebeutelt, welcher eine plötzliche kollektive „Arbeits“verweigerung der AktivistInnen in diesem Ausmaß vermuten lässt – tatsächlich lag die Motivation hinter zahlreichen zwischen 1985 und 1995 eingebrachte Anträgen vermutlich in zu diesem Zeitpunkt öffentlich werdenden Skandalen und (Wirtschafts-)Krisen. Zudem gewann die SPÖ bei der Nationalratswahl 1995 erstmals seit 1979 auf Bundesebene wieder an Stimmen²⁹ (vgl. Müller 1996a, 413f.).

Die sinnvollste Erklärung für den abrupten Rückgang an eingebrachten Anträgen auf dem Parteitag 1997 ist vermutlich jene, dass dieser Parteitag aufgrund des überraschenden Rücktritts des Bundesvorsitzenden Franz Vranitzky ein halbes Jahr früher stattfand, als eigentlich geplant. In den Worten des Bundesgeschäftsführers Andreas Rudas (SPÖ PT 1997, 4) war die Partei daher

²⁷ Sofern Überlegungen zur (abnehmenden) Repräsentativität der Mitglieder gegenüber den WählerInnen innerhalb der Parteiführung eine Rolle bei Entscheidungen über die Ausgestaltung von innerparteilichen Beteiligungsmöglichkeiten spielen, ist der deutliche Mitgliederverlust in diesem Zusammenhang indirekt natürlich schon von Bedeutung.

²⁸ Leider liegen für die Jahre nach 1990 allerdings keine Zahlen zur Mitgliederentwicklung nach Bundesländern vor.

²⁹ Gleichzeitig verlor sie bei der Gemeinderatswahl 1996 allerdings erstmals seit 1919 die absolute Mandatsmehrheit im „Roten Wien“ und kämpfte auf Bundesebene wie auch in Wien mit einer veritablen Koalitionskrise rund um die Privatisierung der Bank Austria (vgl. Tschirf 1998, 573ff.; vgl. Steininger 2007, 157). Es stellt sich allerdings die Frage, inwiefern dies größere Krisen gewesen sein sollten, als beispielsweise die Verstaatlichenkrise der Jahre 1985/86 oder die von der SPÖ 1986 erstmals in der Zweiten Republik verlorene Bundespräsidentenwahl (vgl. Gehmacher et al. 1988, 103f.).

gezwungen, einen „ordentlichen Wahlparteitag“ durchzuführen und inhaltliche Debatten – obwohl sie „notwendiger denn je“ wären – zurückzustellen. Damit tritt allerdings die Frage in den Vordergrund, warum die Antragszahlen auch auf den ordentlichen Parteitag der darauffolgenden Jahre nicht – wie in früheren Jahrzehnten – wieder deutlicher anstiegen.

Schon auf dem nächsten ordentlichen Parteitag im Jahr 2000 wurde wieder ein neuer Bundesparteivorsitzender – Alfred Gusenbauer – gewählt (vgl. SPÖ PT 2000). Unter dessen Führung wurden die Parteitage 2002 und 2006 entgegen der bisher üblichen Praxis kurz vor den jeweiligen Nationalratswahlen abgehalten, womit sie hauptsächlich als Präsentationsplattformen der Parteispitze dienten. Die Antragskommission empfahl für die Behandlung der Anträge dieser Parteitage unter Verweis auf die anstehenden Nationalratswahlen jeweils pauschal die Zuweisung an den Bundesparteivorstand (vgl. SPÖ PT 2002, 32; SPÖ PT 2006, 29). Hinsichtlich der Frage danach, ob nun die AktivistInnen oder die Parteiführung zu diesem Zeitpunkt treibende Kraft hinter der Anzahl an eingebrachten Anträgen war, erscheint folgende Aussage von Heinz Fischer (SPÖ PT 2002, 31) in seiner Funktion als Sprecher der Antragskommission zudem bemerkenswert: „Wir haben ja im Parteivorstand und im Präsidium darüber gesprochen, dass es nicht klug

wäre, diesen Parteitag mit Anträgen gewissermaßen zu überschwemmen, wo wir doch erstens ohnehin das Wahlprogramm haben und zweitens wo die Fristen für die Einbringung von Anträgen sehr knapp waren. Wir haben aber dennoch 23 Anträge und zwei Resolutionen erhalten.“

2008 fand der Parteitag ebenfalls rund ein Monat vor der Nationalratswahl statt, zudem wurde wieder ein neuer Parteivorsitzender – Werner Faymann – gewählt, doch liegen zu diesem Parteitag keine Daten über die Anzahl der Anträge vor (vgl. SPÖ PT 2008). Der Sprecher der Antragskommission, Josef Cap (SPÖ PT 2008, 32), sah hinsichtlich der Praxis der innerparteilichen Willensbildung mittels Anträgen allerdings offensichtlich Handlungsbedarf, da er die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vorschlug: „(...) die darüber nachdenkt, wie man die Diskussionskultur, die

Meinungsbildungsprozesse verbessern kann und wie man das Gefühl besser vermitteln kann, dass hier Partizipation und Teilhabe an den Entscheidungsprozessen erwünscht ist.“³⁰ Dass auf diesem Parteitag ebenfalls pauschal alle Anträge an die zu gründende Arbeitsgruppe zugewiesen wurden, entbehrt nicht einer gewissen Ironie, da diese Art des „Begräbnisses erster Klasse“ (Maurer/Moser 1988, 431) das von Cap angesprochene Gefühl der Unerwünschtheit einer Partizipation „einfacher“ Mitglieder an parteiinternen Entscheidungsprozessen in der Vergangenheit vermutlich wesentlich befeuert hatte (s. Kap. 4.1.2). „Die Lust am Teilnehmen“ (Cap SPÖ PT 2008, 32) konnte bis 2010 offensichtlich nicht gesteigert werden, auf diesem Parteitag wurden nämlich ebenfalls nur 51 Anträge eingebracht. 2014 stieg die Antragszahl dagegen wieder auf 179. Dies verdeutlicht, dass eine Beteiligung der AktivistInnen wie in früheren Jahren trotz merklich gesunkener Mitgliederzahlen noch möglich ist.

Da für diesen Parteitag, wie auch für den davorliegenden im Jahr 2012 kein Redeprotokoll vorliegt, kann nicht überprüft werden, inwiefern die gestiegenen Antragszahlen auf Initiativen der Parteiführung zurückzuführen sind. Allerdings wurde Karl Blecha, der Vorsitzende des Pensionistenverbandes, 2012 mit der Koordination für ein neues Parteiprogramm beauftragt (vgl. Völker 2012, o.S.). Dieses Programm sollte bis 2016 erarbeitet werden, wobei die Phase der breiten innerparteilichen Diskussion gemäß einem Antrag des Bundesparteivorstandes erst nach dem Parteitag 2014 beginnen sollte (vgl. Leitantrag 10, SPÖ PT 2014). Zum Beschluss des Programmes kam es 2016 aufgrund des Rücktritts von Faymann allerdings nicht mehr.

³⁰ Ein Antrag der Bezirksorganisation Graz-Stadt hatte dies schon auf dem Parteitag 1993 gefordert. Er wurde 1993 an den Bundesparteivorstand zugewiesen (vgl. SPÖ PT 1993, 97).

Warum die SPÖ die Teilnahme der Parteimitglieder an innerparteilichen Entscheidungsprozessen ab 1997 (zumindest bis 2010) scheinbar nicht mehr forcierte, ist vermutlich auch im Kontext der veränderten Parteienlandschaft seit 1986 zu sehen: Die Partei verfügte in den 1990er Jahren nicht mehr über komfortable Mehrheiten wie in den 1970er Jahren, sondern war auf Koalitionspartner angewiesen, bzw. wurde zwischen 2000 und 2006 trotz ihrer Rolle als stimmenstärkste Partei in die Opposition gedrängt (vgl. Ucakar 2006, 336ff.). Die Notwendigkeit, gegebenenfalls strategisch auf die Forderungen von Koalitionspartnern eingehen zu können, macht eine breitere Beteiligung der „Basis“ am innerparteilichen Willensbildungsprozess aus Sicht der Parteiführung zusätzlich kostspieliger. In diesem Sinne trug die Partei ab 1986 eine neoliberale Wirtschaftspolitik mit, die bei den policy-motivierten AktivistInnen vermutlich auf wenig Gegenliebe stieß (vgl. ebd., 336ff.). Die Phase von 1985 bis 1995 könnte daher als eine der erhöhten Aktivität der Mitglieder aus Protest gegen diese Politik verstanden werden, der Zeitraum danach dagegen als eine Phase des weitgehenden Verlusts an aktiven Mitgliedern, da der Protest eventuell größtenteils wirkungslos blieb.

Bemerkenswerterweise unternahm die Parteiführung auch in den Jahren der Opposition von 2000 bis 2006 scheinbar keine Versuche, die Mitglieder wieder stärker in den innerparteilichen Willensbildungsprozess (mittels Anträgen) einzubinden. Als Strategie zur alternativen Existenzlegitimation mittels „innerparteilicher Demokratie“ anstelle einer Legitimation durch Wahlerfolge wäre dies durchaus denkbar (vgl. Scarrow 2015, 25). Neben der kurzen Legislaturperiode von 2000 bis 2002, spricht allerdings insbesondere ein Umstand gegen eine solche Vorgehensweise: Die SPÖ verlor seit der Machtübernahme Haiders innerhalb der FPÖ im Jahr 1986 zunehmend frühere StammwählerInnen – d.h. ArbeiterInnen und Personen aus bildungsferneren Schichten – an die FPÖ (vgl. Steininger 2007, 155ff.). Dies gilt als ein Grund für den vergleichsweise überraschenden Rücktritt Vranitzkys als Bundesparteivorsitzender im Jahr 1997 (vgl. Steininger 2007, 155).

Gleichzeitig schließt ein Teil der SPÖ eine Koalition oder sonstige Zusammenarbeit mit der erstarkten FPÖ allerdings aufgrund des antifaschistischen Selbstverständnisses der Sozialdemokratie dezidiert aus. Der damit verbundene Richtungsstreit um die ideologische und politische Ausrichtung der Partei verläuft also mitten durch die (ehemalige) SPÖ-Anhängerschaft und wurde bislang nicht gelöst (auf Wiener Gemeindeebene vgl. z.B. Kroisleitner 2017, 8). Eine stärkere Einbindung der Mitglieder oder AktivistInnen könnte bestehende WählerInnen- und AnhängerInnenallianzen zwischen traditioneller Arbeiterschaft und neuer Mittelschicht (vgl. Micus 2011, 32) daher endgültig sprengen.³¹

³¹ Vgl. in diesem Zusammenhang den angenommenen Parteitagsbeschluss des Jahres 2014, keine Koalition mit der FPÖ zu bilden und das von Landeshauptmann Niessl im Burgenland unter den Parteimitgliedern durchgeführte Plebiszit, um eine solche Koalition auf Landesebene zu legitimieren (vgl. Weisgram 2015, o.S.). Inzwischen wird parteiintern an einem Kriterienkatalog gearbeitet, um Bedingungen für eine mögliche Koalition mit der FPÖ festzulegen (vgl. Müller 2017, o.S.), der Wiener Landesparteivorsitzende Michael Häupl wie auch sein steirischer Amtskollege fordern inzwischen eine bindende Urabstimmung unter allen Mitgliedern nach der kommenden Nationalratswahl (vgl. Encic 2017, o.S.).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Anzahl an eingebrachten Anträgen keineswegs eine autonome Entscheidung der „Basis“ ist. Die Antragszahlen stiegen immer dann, wenn die Parteiführung die Organisationen der Partei zum Stellen von Anträgen aufforderte. 1997 schien diese Aufforderung allerdings auch nicht mehr auszureichen. Im darauffolgenden Jahrzehnt wurden die Parteitage zunehmend als Präsentationsplattformen der Parteispitze inszeniert.

Wird dies im Kontext mit den vergleichsweise hohen Antragszahlen zwischen 1985 und 1995 gesehen, so deutet der abrupte Einbruch bei den Antragszahlen 1997 und der Wandel der Parteitagsinszenierung generell eventuell auf einen Strategiewechsel der Parteiführung hin, welcher mit der Wahl des neuen Parteivorsitzenden Viktor Klima einherging. Die Wiener Gemeinderatswahl des Jahres 1996, bei der die SPÖ die absolute Mandatsmehrheit abseits des Jahres 1949 erstmals seit 1919 insbesondere deshalb verlor, weil viele ehemalige StammwählerInnen zur FPÖ wechselten, wie auch das angespannte Verhältnis zum Koalitionspartner ÖVP auf Bundesebene bei gleichzeitigem (selbstaufgelegtem) Koalitionsverbot mit der FPÖ (vgl. Tschirf 1998, 573ff.; vgl. Steininger 2007, 157), können dabei als „external shocks“ (Harmel/Janda 1994, 267) verstanden werden, welche einen solchen Strategiewechsel möglich machten.

Tab. 5.3: Anzahl der eingebrachten Anträge nach Parteivorsitzenden absolut, sowie Anzahl an Anträgen nach Parteivorsitzenden durchschnittlich pro Parteitag, mit und ohne Programm- bzw. Reformparteitage, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 7327) ³²

Parteivorsitzender	Anträge insg.	Durchschnitt pro PT	Durchschnitt pro PT (ohne Programm-PT)
Adolf Schärf	934	71.85	71.85
Bruno Pittermann	1400	200	54.5
Bruno Kreisky	2819	281.90	99.00
Fred Sinowatz	707	235.67	235.67
Franz Vranitzky	998	199.6	199.6
Viktor Klima	105	52.5	52.5
Alfred Gusenbauer	134	44.67	44.67
Werner Faymann	230	115	115

5.1.2 Die Behandlung der Anträge

Zwar legt die Anzahl der Anträge nahe, dass das Instrument des Antrags parteiintern durchaus genutzt wird, doch sagt es noch nichts über die Bedeutung der Anträge im innerparteilichen Willensbildungsprozess aus. Wie schon im vorangegangenen Kapitel dargelegt, ist es nicht möglich, die tatsächliche Umsetzung der in den Anträgen formulierten Ziele zu untersuchen. Anstelle dessen wurde die Behandlung der Anträge auf den Parteitag, wie auch die Empfehlung der Antragsprüfungskommission zu deren Behandlung erhoben. Sollten nun beispielsweise alle gestellten

³² Hierbei wurden nur jene Parteitage berücksichtigt, zu denen auch Informationen über die Anträge vorliegen. Die folgenden Parteitage flossen daher nicht in die Berechnung ein: außerordentlicher Parteitag 1982, zwei außerordentliche Parteitage des Jahres 1983 sowie die Parteitage 2008 und 2012. Die Parteitage, auf welchen neue Bundesparteivorsitzende gewählt wurden, zählen noch zu den Parteitag des Vorgängers, da die Vorbereitungsphase in dessen Amtszeit fiel.

Anträge angenommen oder abgelehnt werden, so deutet dies auf eine geringe Bedeutung des Instruments des Antragstellens im innerparteilichen Willensbildungsprozess hin, da eine lebendige innerparteiliche Deliberation eine Varianz der unterschiedlichen Behandlungsformen voraussetzt.

Der Anteil an abgelehnten, bzw. von der Antragsprüfungskommission zur Ablehnung empfohlenen Anträgen ist mit rund fünf Prozent tatsächlich nicht sehr hoch. Wie schon im vorangegangenen Abschnitt dargelegt, ist dies allerdings vermutlich eher der vorherrschenden parteiinternen Kultur der „Konfliktscheue“ (Cap SPÖ PT 2006, 29) zuzuschreiben als einer grundsätzlichen Bedeutungslosigkeit der Anträge im innerparteilichen Willensbildungsprozess. Mit rund 40 Prozent ist der Anteil an zugewiesenen Anträgen immerhin recht hoch, hinzu kommt ein Anteil von 14 (im Falle der Empfehlungen) bis 11 Prozent (Entscheidungen) an Anträgen, welche als mit einem anderen Antrag miterledigt gelten – wobei die Anträge, durch welche diese Anträge als miterledigt gelten, oftmals (vermutlich entschärfte) Anträge der Parteiführung sind.

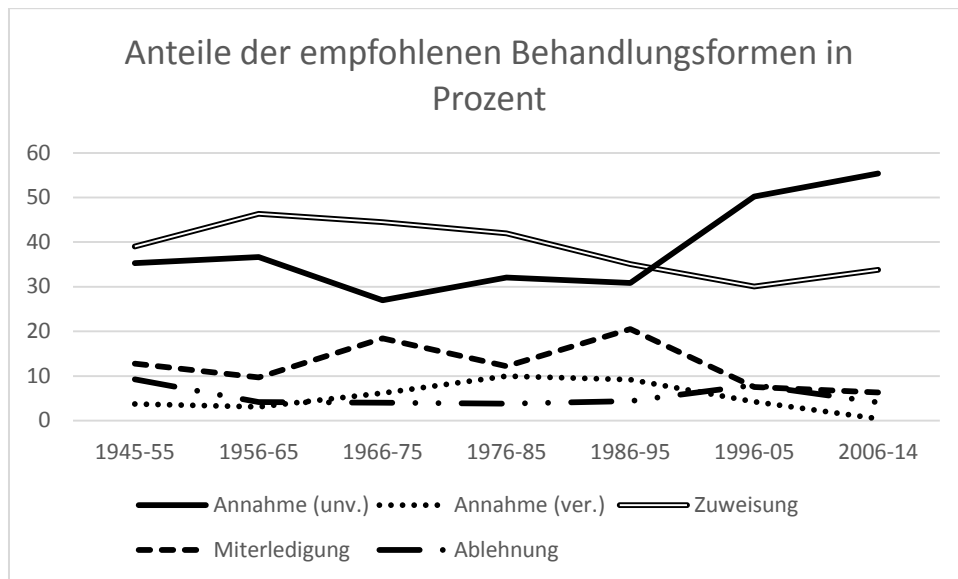
Tab. 5.4: Häufigkeit der Behandlungsformen der analysierten Anträge, Empfehlung der Antragsprüfungskommission und Entscheidung des Parteitages, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 3687 (Empfehlung)/3551 (Entscheidung))

Empfehlung der Antragsprüfungskommission			Entscheidung des Parteitages	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
unveränderte Annahme	1253	33.98	1177	33.15
Ablehnung	182	4.94	194	5.46
Zuweisung	1411	38.27	1456	41.00
Miterledigung	523	14.18	405	11.41
Kenntnisnahme	25	0.68	30	0.84
Antrag zurückgezogen	6	0.16	14	0.39
Annahme in veränderter Form	257	6.97	245	6.90
Vertagung der Entscheidung	30	0.81	30	0.84
Summe	3687	100	3551	100

In diesem Sinne steht ein Anteil von rund 40 Prozent an angenommenen Anträgen (veränderte und unveränderte Annahme) einem Anteil von rund 60 Prozent an nicht angenommenen Anträgen gegenüber und die Analyse der auf den SPÖ-Parteitag eingebrachten Anträge scheint somit ein probates Mittel zur Untersuchung der innerparteilichen Machtverhältnisse zu sein.

Vergleicht man allerdings die Anteile der empfohlenen Behandlungsformen der Antragsprüfungskommission im Zeitverlauf, so zeigt dies einen Anstieg des Anteils an zur vollinhaltlichen Annahme empfohlenen Anträgen seit 1997 (s. Abb. 5.3, durchgehende Linie) – also zu jenem Zeitpunkt, als die Anzahl an eingebrachten Anträgen drastisch abnahm. Es liegt also auch hinsichtlich der Behandlung der Anträge der Schluss nahe, dass das Stellen von Anträgen als Instrument zur Teilnahme an der parteiinternen Willensbildung in den 1990ern an Bedeutung verliert, bzw. einen Funktionswandel erlebt.

Abb. 5.3 Anteile der von der Antragsprüfungskommission empfohlenen Behandlungsformen nach Jahrzehnten in Prozent, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 3687)



Wie im Folgenden dargelegt wird, variieren die Anteile der unterschiedlichen Behandlungsformen zudem teilweise deutlich nach antragstellenden Organisationen. Zuvor sei allerdings noch auf ein interessantes Detail verwiesen: Zwar bestehen hinsichtlich der Anteile der einzelnen Behandlungsformen der Anträge im hier verwendeten Datensatz Unterschiede zwischen der Empfehlung der Antragsprüfungskommission und der Entscheidung des Parteitages, doch ist dies vor allem darauf zurückzuführen, dass für manche Anträge (beispielsweise jene des Parteitags 2014) nur die Empfehlung der Antragsprüfungskommission vorliegt, nicht aber die Entscheidung des Parteitages (und umgekehrt). Werden nur jene Anträge in Betracht gezogen, für welche Informationen zu beiden Variablen vorliegen, so lässt sich eine bemerkenswert hohe Übereinstimmung beobachten: Insgesamt entschied der Parteitag nur bei 15 von 3487 Anträgen anders, als die Antragsprüfungskommission dies vorschlug.

Tab. 5.5: Anträge samt Behandlungsform, bei denen der Parteitag nicht im Sinne der Empfehlung der Antragsprüfungskommission entschied, SPÖ-Parteitage 1945-2014

Jahr des Parteitags	Empfehlung	Entscheidung des Parteitages
1987	Annahme unverändert	Zuweisung
	Ablehnung	Annahme unverändert
	Annahme verändert	Annahme unverändert
	Ablehnung	Zuweisung
1989	Zuweisung	Annahme unverändert
	Annahme verändert	Miterledigung
	Zuweisung	Annahme unverändert
	Zuweisung	Annahme unverändert
1993	Miterledigung	Annahme unverändert
	Miterledigung	Annahme unverändert
	Zuweisung	Annahme verändert
	Zuweisung	Annahme unverändert
1995	Annahme verändert	Annahme unverändert
	Annahme verändert	Annahme unverändert
1998	Ablehnung	Zuweisung

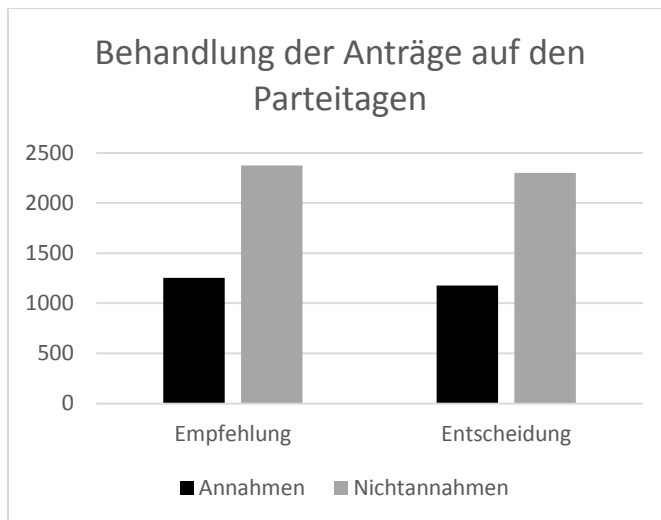
Die zeitliche Nähe der Abweichungen zwischen der Empfehlung der Antragsprüfungskommission und Entscheidung des Parteitages legt erstens nahe, dass das Selbstverständnis der Delegierten im Sinne Poguntkes (2000, 196) tatsächlich Auswirkungen auf die innerparteilichen Willensbildungsprozesse haben kann und dass sich dieses Selbstverständnis in den 1980er Jahren wandelte.

Nichtsdestotrotz verdeutlicht diese verschwindend geringe Anzahl an Abweichungen von der Empfehlung der Antragsprüfungskommission einmal mehr, dass Kampfabstimmungen nicht ins Repertoire der von Konsens geprägten Organisationskultur der SPÖ gehören (vgl. Müller 1996b, 295ff.). Dies bedeutet allerdings nicht, dass die innerparteiliche Willensbildung grundsätzlich konfliktfrei verläuft, oder unter Ausschluss der ParteiaktivistInnen geschieht; eventuell findet sie nur nicht im öffentlichen Raum, bzw. mittels Abstimmungen über Anträge statt.³³

Um eine sinnvolle Analyse der Behandlung der Anträge zu ermöglichen, erscheint es aufgrund der niedrigen Anzahl an Ablehnungen, wie auch der niedrigen Anzahl an eingebrachten Anträgen mancher Organisationen insgesamt notwendig, die abhängige Variable zu recodieren. Die ursprünglich vier Ausprägungen (Annahme verändert und unverändert, Zuweisung, Miterledigung und Ablehnung) werden daher zu zwei Kategorien zusammengefasst (unveränderte Annahme und keine unveränderte Annahme, d.h. Zuweisung, Miterledigung, veränderte Annahme oder Ablehnung).

³³ So wäre die Anzahl an Abweichungen zwischen der Empfehlung der Antragsprüfungskommission auf Behandlung eines Antrages und der Entscheidung des Parteitages über diese beispielsweise ein bisschen höher, wenn der Sprecher der Antragsprüfungskommission nicht manchmal auf Einwände von Delegierten eingegangen wäre und Kompromisslösungen bei der Behandlung getroffen wurden (z.B. auf dem Parteitag des Jahres 1993, bei dem 13 Anträge auf Vorschlag einer Delegierten anstelle zur Ablehnung zur Zuweisung empfohlen wurden (vgl. SPÖ PT 1993, 96f.).

Abb. 5.4 Empfehlungen der Antragsprüfungskommission, sowie die Entscheidungen der Parteitage, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 3626 (Empfehlung)/3477 (Entscheidung))

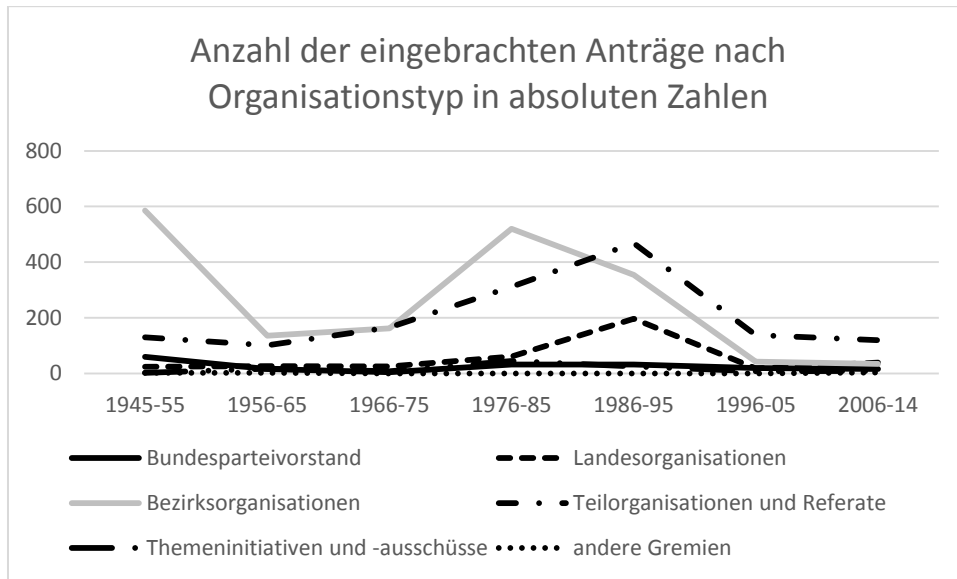


5.1.3 Die antragstellenden Organisationen

Das Statut der SPÖ schreibt vor, dass die auf den Bundesparteitagen eingebrachten Anträge von jenen Organisationen beschlossen werden müssen, welche auch die Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag vornehmen (vgl. SPÖ 2014, 16). Für die Anträge der Bezirksorganisationen sind dies je nach Landesparteistatut meist Bezirks- oder Regionalkonferenzen (z.B. in Tirol und der Steiermark), in Niederösterreich beschließt dagegen beispielsweise der Bezirksvorstand die einzubringenden Anträge (vgl. SPÖ Niederösterreich 2009, 20; SPÖ Steiermark 2014, 17; SPÖ Tirol 2014, 13). Der Entstehungsprozess der Anträge ist allerdings nicht formalisiert und dementsprechend können hierzu ohne weitere Erhebungen auch keine Aussagen getroffen werden. Ähnliches gilt für die Anträge der Teilorganisationen und Referate, wobei die Möglichkeiten der einzelnen AktivistInnen zur Mitgestaltung der Anträge vermutlich sowohl von der Anzahl an Mitgliedern, bzw. AktivistInnen innerhalb der betreffenden Organisation, als auch der dort vorherrschenden Organisationkultur abhängt. Alles in allem ist anzunehmen, dass der formale Kanal der Partei"basis" bei der Teilnahme am innerparteilichen Willensbildungsprozess auf Bundesebene jedenfalls über die Anträge der Bezirksorganisationen, wie auch der Teilorganisationen und Referate verläuft - und beispielsweise nicht über die Anträge der Landesparteioorganisationen.

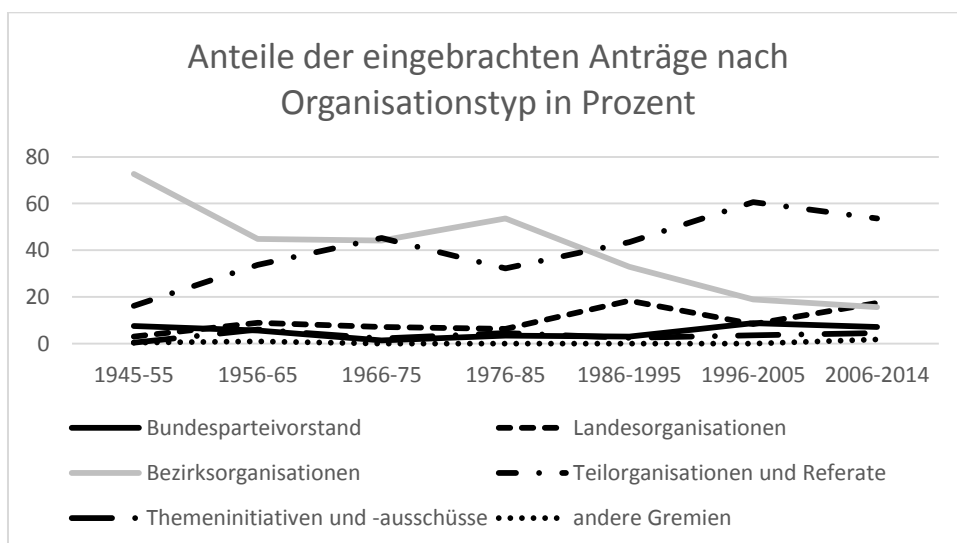
Wird die Anzahl an eingebrachten Anträgen als Indikator für die Intensität des innerparteilichen Lebens verwendet, so offenbart dies im Zeitverlauf große Unterschiede. Zudem verdeutlicht es auch, dass sich die Zentren innerparteilichen Lebens ab den 1980er Jahren von den Bezirksorganisationen zu den Teilorganisationen und Referaten verschoben haben. So stieg die Anzahl an eingebrachten Anträgen von 1945 bis in die 1980er (Bezirksorganisationen) bzw. 1990er Jahre (Teilorganisationen und Referate) an, um dann im letzten Jahrzehnt des Untersuchungszeitraums auf das niedrigste Niveau innerhalb der gesamten 2. Republik zu sinken (s. Abb. 5.5).

Abb. 5.5 Anzahl der eingebrachten Anträge nach Typus der antragstellenden Organisation in absoluten Zahlen, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 3973)



Während die Bezirksorganisationen bis in die 1980er Jahre zumeist mehr Anträge einbrachten, als alle anderen innerparteilichen Organisationen, scheinen sie spätestens seit den 2000er Jahren keine nennenswerte Rolle mehr im innerparteilichen Leben der SPÖ zu spielen – zumindest sank der Anteil an von ihnen eingebrachten Anträgen im vergangenen Jahrzehnt unter jenen der Anträge der Landesorganisationen. Die Anzahl an antragsberechtigten Bezirksorganisationen blieb über die Jahrzehnte allerdings bemerkenswert stabil und stieg zwischen 1946 und 2010 nur marginal von 108 auf 115.³⁴ Die Anträge der Teilorganisationen und Referate wurden zwar ebenfalls weniger, liegen allerdings seit den späten 1980er Jahren über der Anzahl an Anträgen der Bezirksorganisationen. Damit nehmen sie seitdem den größten Anteil an eingebrachten Anträgen ein (s. Abb. 5.6).

Abb. 5.6 Prozentuelle Anteile der einzelnen Organisationsarten an der Gesamtanzahl an eingebrachten Anträgen nach Jahrzehnten, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 3973)



³⁴ Diese Information stammt aus den Delegiertenlisten der Parteitageprotokolle.

Der Anteil an eingebrachten Anträgen des Bundesparteivorstands stieg dagegen auf niedrigem Niveau ab den 1990er Jahren leicht an, was allerdings auf die deutlich gesunkene Anzahl an Anträgen der übrigen Organisationstypen zurückzuführen ist (s. absolute Zahlen, Abb. 5.5). Gleichzeitig begann die Parteiführung allerdings auch ab diesem Zeitpunkt, ausführliche Leitanträge zu bestimmten Themengebieten auf den Parteitagen einzubringen. Dies kann unter anderem als Strategie zur „Unschädlichmachung“ von unliebsamen Forderungen der AktivistInnen verstanden werden, wenn die Parteiführung deren Themen aufgreift und die Forderungen modifiziert. Die Anzahl an Anträgen, welche zur Miterledigung mit einem anderen Antrag empfohlen wurden, stieg allerdings bemerkenswerterweise ab diesem Zeitpunkt nicht an (s. Abb. 5.3).

5.1.3.1 Die Anträge der „Basis“

Der Großteil des innerparteilichen Lebens, welcher die AktivistInnen, bzw. „einfachen“ Parteimitglieder einschließt, findet innerhalb der Bezirksorganisationen, sowie Teilorganisationen und Referate statt und veränderte sich offensichtlich über die Jahrzehnte. Betrachtet man diese Subeinheiten der Partei genauer, so offenbart dies allerdings nicht nur Unterschiede hinsichtlich des Aktivitätsniveaus zwischen den einzelnen Organisationsarten, sondern auch innerhalb dieser. Im Folgenden steht nun zuerst das Leben innerhalb der territorialen Organisationen im Zentrum der Aufmerksamkeit und später jenes in den Teilorganisationen und Referaten. Neben der Anzahl an eingebrachten Anträgen findet dabei für die Teilorganisationen und Referate auch die Behandlung der Anträge Beachtung, da dies hinsichtlich der Anzahl an Nichtannahmen – wie schon weiter oben erwähnt – eventuell Aussagen über das Selbst- wie auch Organisationsverständnis der Mitglieder der einzelnen Teilorganisationen und Referate erlaubt.

Territoriale Organisationen

Hinsichtlich der Anträge der Bezirksorganisationen ist auffällig – wenn auch nicht sehr überraschend – dass die Anzahl der eingebrachten Anträge aus jenen Bundesländern, welche gemäß ihrer Anteile an den Nationalratswahlergebnissen der SPÖ als „starke“ Bundesländer bezeichnet werden können, deutlich größer ist als jene aus den anderen Bundesländern. Es liegt nahe, dies auf die höhere Organisationsdichte in diesen Bundesländern zurückzuführen.

Tab. 5.6: Anzahl der analysierten Anträge der Bezirksorganisationen nach Bundesländern, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 2186)

	absolut	in Prozent
Wien	1003	45.88
Niederösterreich	374	17.11
Oberösterreich	197	9.01
Steiermark	410	18.76
Kärnten	35	1.60
Salzburg	68	3.11
Tirol	56	2.56
Vorarlberg	41	1.88
Burgenland	2	0.09
insg.	2186	100

Ein Vergleich der Anzahl an eingebrachten Anträgen der Bezirksorganisationen nach Bundesländern mit der Mitgliederanzahl der Bundesländer, scheint dies zu bestätigen – mit Ausnahme des Burgenlands, Kärntens und Vorarlbergs. Gemessen an ihrer Mitgliederzahl haben die Bezirksorganisationen der beiden erstgenannten Bundesländer deutlich weniger Anträge eingebracht, die Bezirksorganisationen Vorarlbergs waren dagegen äußerst aktiv: Während auf einen Antrag der burgenländischen Bezirksorganisationen über 12.000 Mitglieder kommen und auf den Antrag einer Kärntner Bezirksorganisation immerhin noch 1156 Mitglieder, sind es für den Antrag einer Vorarlberger Bezirksorganisation nur 106 Parteimitglieder. Die Anzahl der von den Landesorganisationen eingebrachten Anträge scheint dagegen weniger mit der Mitgliederstärke zu korrelieren – was allerdings in Hinblick auf ihre Entstehungsmechanismen den Erwartungen entspricht.

Ein Vergleich der Antragsanzahl pro Bundesland mit der Anzahl an Bezirksorganisationen in diesem Bundesland zeigt dagegen, dass die Wiener Bezirksorganisationen am aktivsten waren: Auf eine Wiener Bezirksorganisation kommen im Durchschnitt rund 42 Anträge, gefolgt von den steirischen Bezirksorganisationen mit rund 27 Anträgen und den ober- wie auch niederösterreichischen Bezirksorganisationen mit jeweils ca. 15 Anträgen. Schlusslicht ist auch hier das Burgenland mit seinen nur zwei Anträgen im gesamten Untersuchungszeitraum bei insgesamt sieben Bezirksorganisationen – womit immerhin zwei Bundesländer zwar über weniger Bezirksorganisationen als das Burgenland verfügen, allerdings deutlich mehr Anträge einbrachten.

Tab. 5.7: Vergleich der Anzahl an Parteimitgliedern und Bezirksorganisationen mit der Anzahl an Anträgen von territorialen Organisationen, SPÖ-Parteitage 1945-2014

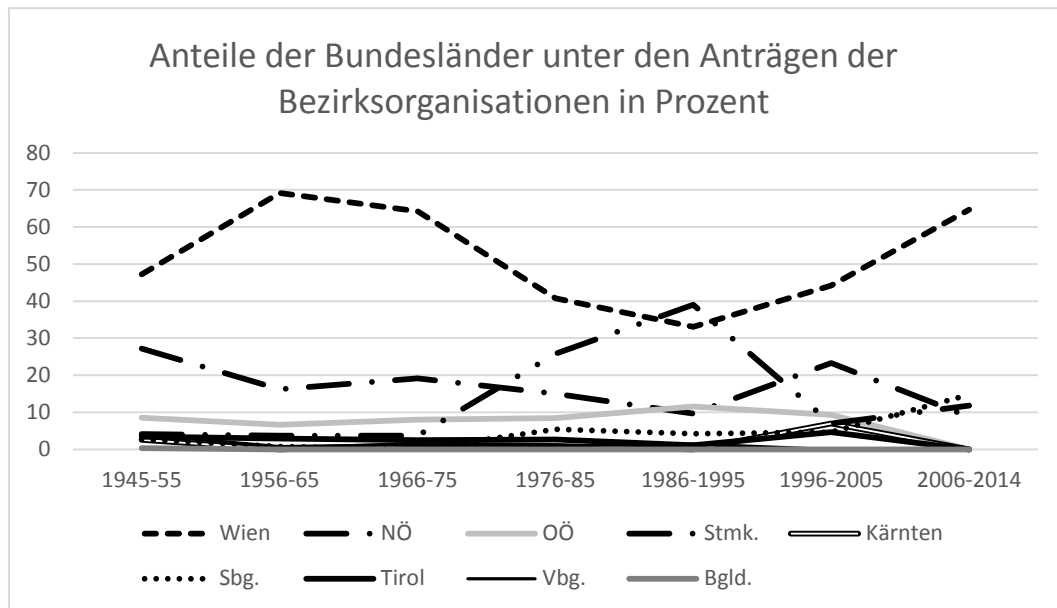
	Wien	NÖ	OÖ	Stmk.	Ktn.	Sbg.	Tirol	Vbg.	Bgld.
Anträge von Bezirksorg.	1003	374	197	410	35	68	56	41	2
Mitgliederanzahl (1)	231836	121239	76376	90801	40457	21029	11927	4357	24097
Mitglieder pro Antrag	231	324	388	221	1156	309	213	106	12048
Anzahl der Bezirksorg. (2)	24	25	13	15	9	6	9	4	7
Anträge pro Bezirksorg. (3)	41.79	14.96	15.15	27.33	3.89	11.33	6.22	10.25	0.29
Anträge von Landesorg.	144	30	41	58	65	26	32	11	10
Mitglieder pro Antrag	1610	4041	1863	1566	622	809	373	396	2410

(1) Errechnet wurde die durchschnittliche Mitgliederanzahl nach Bundesländern anhand von Daten für die Jahre 1945, 1955, 1965, 1975, 1985 und 1990 von Müller (1995, 41). (2) Anzahl der Bezirksorganisationen in den jeweiligen Bundesländern lt. Delegiertenliste des Protokolls zum Parteitag des Jahres 1985 (SPÖ PT 1985, 215ff.). Wie schon weiter oben erwähnt, veränderte sich die Anzahl an antragsberechtigten Bezirksorganisationen im Laufe der Jahrzehnte nur marginal, die Daten des Jahres 1985 sind also repräsentativ für den gesamten Untersuchungszeitraum. (3) Errechnet wurde ein hypothetischer Mittelwert aus der Anzahl der Anträge nach Bundesländern im gesamten Untersuchungszeitraum und der Anzahl an Bezirksorganisationen des Jahres 1985.

Sofern die in Kap. 4.2.6 dargestellten Anteile an WählerInnenstimmen der einzelnen Bundesländer am SPÖ-Gesamtergebnis in gewisser Weise auch das Aktivitätsniveau der Bezirksorganisationen innerhalb dieser Bundesländer widerspiegeln, ist anzunehmen dass der Anteil an Anträgen der Wiener Bezirksorganisationen seit Beginn der 1980er Jahre abgenommen hat und sich jenem der Anträge aus Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark anglich.

Während der Anteil an Anträgen aus Wiener Bezirksorganisationen von den späten 1960ern bis in die erste Hälfte der 1990er tatsächlich abnahm und im Zeitraum von 1986 bis 1995 kurzfristig sogar unter jenem der Anträge aus der Steiermark lag, stiegen allerdings nur die Anteile der Anträge aus der Steiermark, nicht aber jene aus den anderen Bundesländern, oder nur geringfügig (s. Abb. 5.7). Die SPÖ konnte also im Zeitverlauf zwar zunehmend WählerInnen in manchen Bundesländern abseits Wiens gewinnen – insbesondere in Nieder- und Oberösterreich –, das innerparteiliche Leben wuchs in diesen Bundesländern allerdings scheinbar nicht im gleichen Ausmaß mit. Für den Zeitraum nach 2005 muss allerdings kritisch angemerkt werden, dass die Anzahl an Anträgen insgesamt hierbei weit unter jenen der anderen Perioden liegt: Während zwischen 1986 und 1995 354 Anträge von Bezirksorganisationen eingebracht wurden, waren es in den beiden darauffolgenden Jahrzehnten nur noch 43 bzw. 34 Anträge (s. Tab. 5.8).

Abb. 5.7 Prozentuelle Anteile der Anträge von Bezirksorganisationen nach Bundesländern im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 1834)



Wie Tabelle 5.8 und Abb. 5.7 verdeutlichen, trugen die steirischen Bezirksorganisationen wesentlich zur allgemeinen Zunahme an Anträgen im Zeitraum von 1976 bis 1995 bei. Nach 1995 endete diese Phase der hohen innerparteilichen Aktivität in der Steiermark allerdings ebenso abrupt, wie sie in den 1970er Jahren begonnen hatte. Hinsichtlich der schnellen Abnahme an eingebrachten Anträgen gilt für Wien Ähnliches: Nach 1995 scheint das Leben in den Wiener Bezirksorganisationen wesentlich abgenommen zu haben, zumindest was das Stellen von Anträgen betrifft.

Tab. 5.8: Anzahl der Anträge von Bezirksorganisationen nach Bundesländern im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 1834)

	1945-55	1956-65	1966-75	1976-85	1986-1995	1996-2005	2006-2014	insg.
Wien	276	94	104	212	117	19	22	844
NÖ	159	22	31	78	34	10	3	337
OÖ	50	9	13	44	41	4	0	161
Stmk.	24	5	6	134	138	3	4	314
Kärnten	15	0	2	5	0	3	0	25
Sbg.	16	1	0	28	15	2	5	67
Tirol	20	4	4	14	4	2	0	48
Vbg.	23	1	2	5	5	0	0	36
Bgld.	2	0	0	0	0	0	0	2
insg.	585	136	162	520	354	43	34	1834

Teilorganisationen und Referate

Innerhalb der Teilorganisationen und Referate der SPÖ stammen die meisten Anträge von den Jugend- und Frauenorganisationen der Partei. Hinsichtlich ihrer Mitgliederdichte, wie auch ihres „WählerInnenstimmengewichts“ (s. Kap. 4.2.6) erscheint die hohe Anzahl an Anträgen des Bunds

sozialdemokratischer AkademikerInnen (BSA) gegenüber beispielsweise jenen der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG), oder auch des Pensionistenverbandes (PVÖ) zudem bemerkenswert. Dies deutet eventuell darauf hin, dass den organisierten AkademikerInnen in größerem Ausmaß an der Mitformulierung von allgemeinen policy-Zielen abseits ihres unmittelbaren Wirkungsbereichs gelegen ist, als beispielsweise dem Pensionistenverband.³⁵

Tab. 5.9: Anzahl der analysierten Anträge der Teilorganisationen und Referate, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 1436)

	absolut	in Prozent
Fraktion soz. GewerkschafterInnen (FSG)	106	7.38
Bund soz. AkademikerInnen (BSA)	114	7.94
SPÖ-Bauern	47	3.27
Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Österreichs (SWV)	53	3.69
SPÖ-Frauen (1)	262	18.25
Jugendorganisationen (2)	568	39.55
davon: Sozialistische Jugend (SJ)	234	16.30
Junge Generation (JG)	166	11.56
Aktion kritischer SchülerInnen (AKS)	39	2.72
VSSTÖ	105	7.31
Kinderfreunde	132	9.19
Pensionistenverband (PVÖ)	49	3.41
Konsumenten/Freizeit (3)	49	3.41
Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer	55	3.83
andere	25	1.74
insg.	1436	100.00

- (1) Hier wurden alle Anträge des Bundesfrauenvorstands wie auch der Landesfrauenvorstände zusammengefasst.
- (2) Hier wurden alle Anträge der Sozialistischen Jugend (SJ), Jungen Generation (JG), Aktion kritischer SchülerInnen (AKS), des Verbands sozialistischer StudentInnen (VSSTÖ) und der Kinderfreunde zusammengefasst.
- (3) Hierunter fallen alle Anträge, welche im vorangegangenen Abschnitt im Unterkapitel *Vertretung bestimmter KonsumentInneninteressen – klassische Vorfeldorganisationen* behandelt wurden.

Eine Betrachtung der Anzahl an Anträgen der Teilorganisationen und Referate im Zeitverlauf verdeutlicht, dass vor allem drei Organisationen, bzw. Organisationsarten – nämlich die Jugendorganisationen, die Frauenorganisationen und im geringeren Ausmaß die Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) – für die deutliche Zunahme an Anträgen zwischen 1976 und 1995 verantwortlich sind. Des Weiteren stieg auch die Anzahl der Anträge des sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands zu diesem Zeitpunkt, allerdings auf geringem Niveau. Der Anteil der Anträge der übrigen Teilorganisationen und Referate blieb dagegen konstant niedrig.

³⁵ So betrafen beispielsweise 27 der 31 policy-Anträge des Pensionistenverbandes Pensions- bzw. Sozialthemen, während die Streuung hinsichtlich der Themen bei den Anträgen des BSA mit 43 von 98 policy-Anträgen zum Thema Bildung, 22 Anträgen zum Thema Sozialpolitik, vier Anträgen zum Thema Antifaschismus und zwei Anträgen zum Thema Gleichberechtigung und Frauenrechte, sowie 27 Anträgen zu anderen (hier als für die SPÖ peripher definierten) Themen, zumindest ein bisschen breiter gestreut war.

Abb. 5.8 Anzahl der Anträge der Teilorganisationen und Referate im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 1438)

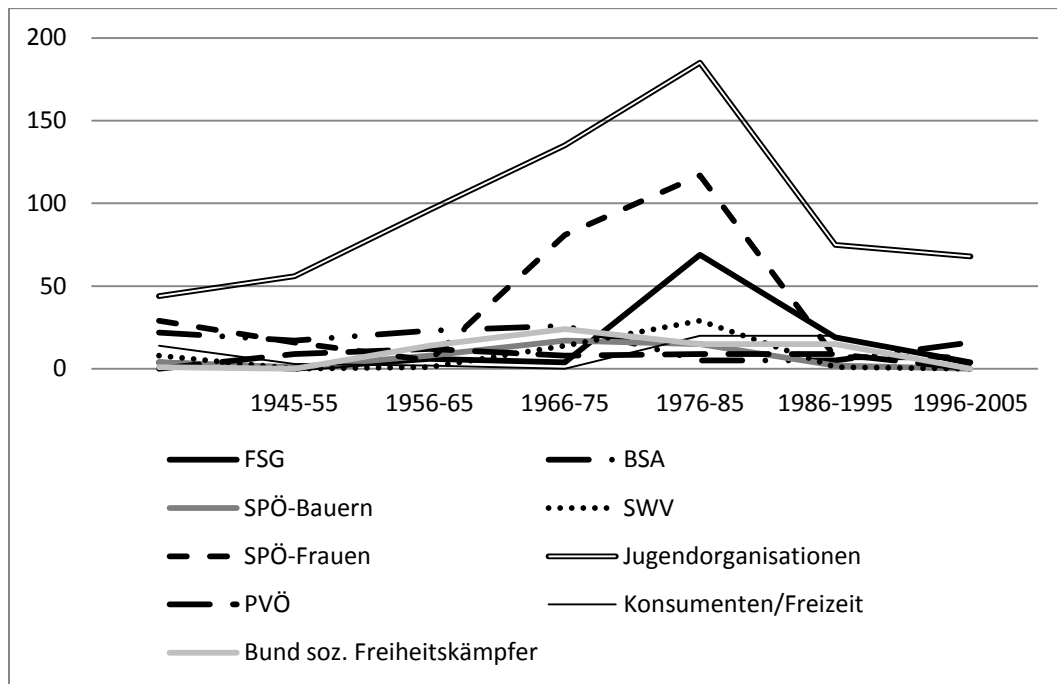
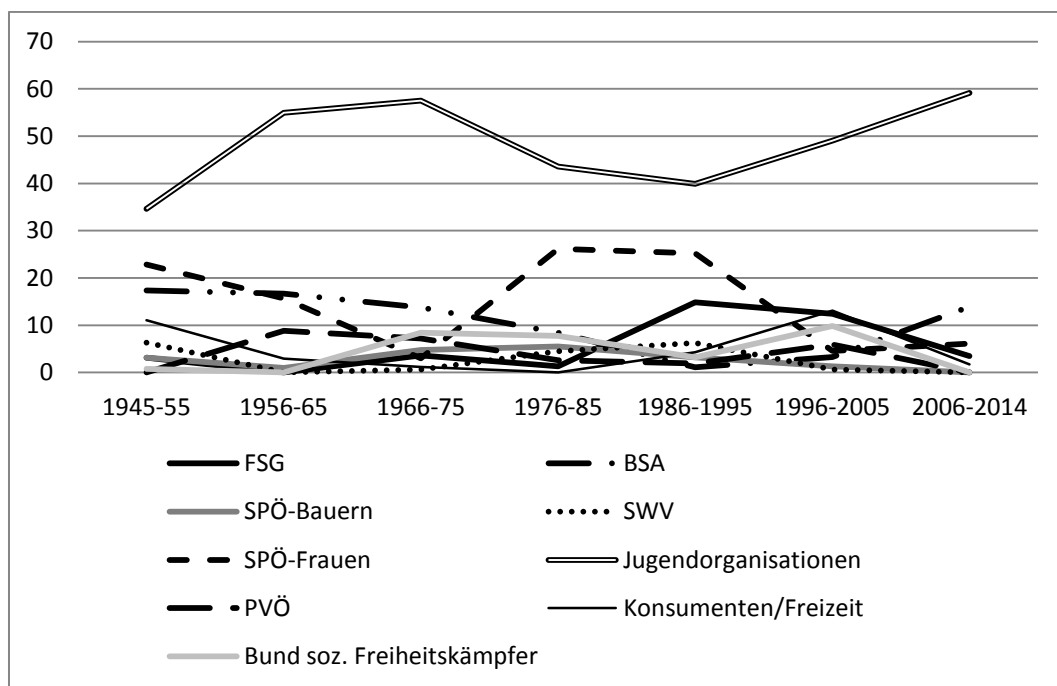


Abb. 5.9 Anteile der Anträge der Teilorganisationen und Referate im Zeitverlauf in Prozent, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 1438)



Eine Betrachtung der Häufigkeiten der einzelnen Behandlungsformen, welche die Antragsprüfungskommission auf den Parteitage vorschlug, offenbart ebenso deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Teilorganisationen und Referaten. Die Annahmeraten jener Teilorganisationen und Referate, welche die meisten Anträge einbrachten – die Frauen- und Jugendorganisationen –, liegen dabei (abseits der Anträge der Kinderfreunde) deutlich unter jenen der anderen Organisationen.

Gleichzeitig wurden die Anträge der Sozialistischen Jugend, Jungen Generation, der Aktion kritischer SchülerInnen (AKS) und des Verbands Sozialistischer Student_innen (VSSTÖ) auch häufiger abgelehnt – nicht aber die Anträge der SPÖ-Frauen. Auffällig ist hierbei zudem der hohe Anteil an Ablehnungen der Anträge des Pensionistenverbands bei gleichzeitig auch hohem Anteil an unveränderten Annahmen. Ein Blick auf die absoluten Zahlen offenbart allerdings, dass aufgrund der niedrigen Anzahl von nur 46 Anträgen des Pensionistenverbands, zu welchen Informationen über die Empfehlung der Antragsprüfungskommission vorliegen, insgesamt schon vier zur Ablehnung empfohlene Anträge ausreichten, um diesen prozentuellen Anteil zu erreichen.³⁶

Tab. 5.10: Anteile der einzelnen Behandlungsformen der Empfehlung der Antragsprüfungskommission für die Anträge der Teilorganisationen und Referate, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 1345)³⁷

	Annahme (unverändert)	Annahme (verändert)	Zu- weisung	Mit- erledigung	Ab- lehnung	insg.
FSG	60.58	8.65	17.31	13.46	0	100
BSA	43.81	5.71	39.05	7.62	3.81	100
SPÖ-Bauern	48.89	8.89	40	0	2.22	100
SWV	42	6	36	14.00	2	100
Frauenorg.	39.66	10.13	29.54	18.99	1.69	100
Jugendorg. insg.	28.57	8.03	45.10	11.08	7.22	100
davon: SJ	24.07	7.87	43.98	14.81	9.26	100
JG	18.52	10.49	51.85	11.73	7.41	100
AKS	33.33	0	48.72	10.26	7.69	100
VSSTÖ	29.29	8.08	47.47	7.07	8.08	100
Kinderfreunde	43.55	9.68	37.90	5.65	3.23	100
PVÖ	47.83	10.87	30.43	2.17	8.70	100
Konsum/Freizeit	50	7.50	30	10	2.50	100
Freiheitskämpfer	61.11	5.56	11.11	18.52	3.70	100

Der Anteil an Empfehlungen zur Annahme sinkt also scheinbar mit steigender Anzahl an eingebrachten Anträgen. Es ist also anzunehmen, dass das Instrument des Antragsstellens als Mittel zur innerparteilichen Deliberation und Willensbildung unter Einbindung weiter Teile der Mitglieder innerhalb der Organisationen mit niedrigen Annahmeraten und vielen eingebrachten Anträgen ernst genommen wird, während die Motivation für das Einbringen von Anträgen innerhalb der anderen Organisationen eventuell eine andere ist.

³⁶ Hierbei handelt es sich um vier Statutenänderungsanträge aus den Jahren 1968, 1993 und 1995, welche dem Pensionistenverband bzw. Parteimitgliedern über 65 parteiintern mehr Mitbestimmungsrechte zugesprochen hätten.

³⁷ Nicht dargestellt wurden aus Platzgründen jene Anträge, welche zur Kenntnisnahme, Vertagung der Entscheidung oder dem Rückzug empfohlen wurden (insg. 25 Anträge).

In diesem Sinne ist es eventuell sinnvoll, die unterschiedlichen Teilorganisationen und Referate hinsichtlich ihres Aktivitätsniveaus und ihrer parteiinternen Machtpositionen in potentiell vier Kategorien zu unterteilen:

1. Inaktive Organisationen mit geringem innerparteilichem Gewicht

Diese Organisationen stellen eher wenige Anträge, welche vergleichsweise häufig nicht vollinhaltlich angenommen werden, sofern eine Annahme bei Nichtumsetzung der Forderungen für die Parteiführung mit hohen Kosten verbunden ist. Entweder verfügen sie allgemein über eine geringe Mitgliederanzahl, oder die Motivation für eine Mitgliedschaft in diesen Organisationen sind nicht policies (bzw. nur ein bestimmtes Teilsegment und nicht die Formulierung von allgemeinen Politikzielen für die Partei). Die Anzahl an AktivistInnen innerhalb dieser Organisationen ist jedenfalls gering.

2. Inaktive Organisationen mit großem innerparteilichen Gewicht

Diese Organisationen stellen ebenfalls vergleichsweise wenige Anträge, welche allerdings mit größerer Wahrscheinlichkeit angenommen – und eventuell niemals abgelehnt – werden. Die Logik hinter der geringen Anzahl an eingebrachten Anträgen ist eine andere als in Kategorie 1, da diese Organisationen vermutlich schon über eine große Anzahl an Mitgliedern verfügen (daher das größere innerparteiliche Gewicht), welche sich eventuell auch durch policies „entlohnen“ lassen, doch verfügen diese Organisationen über effektivere Kanäle, um ihre Ziele parteiintern durchzusetzen.

3. Aktive Organisationen mit geringem innerparteilichen Gewicht

Diese Organisationen bringen viele Anträge ein, welche vergleichsweise häufig abgelehnt werden. Der Idealtypus des policy-motivierten Aktivsten/der policy-motivierten AktivistIn sollte vor allem in dieser Kategorie zu finden sein.

4. Aktive Organisationen mit großem innerparteilichen Gewicht

Aktive Organisationen mit großem innerparteilichem Gewicht sollten dagegen ebenso viele Anträge einbringen, welche aufgrund der Bedeutung der Organisationen im parteiinternen Machtgefüge noch dazu häufig angenommen werden. Die Existenz dieser Kategorie an Organisationen erscheint allerdings nur wahrscheinlich, wenn das Einbringen von Anträgen auf Parteitagen tatsächlich die effektivste oder einzige Möglichkeit ist, um Einfluss auf die innerparteiliche Willensbildung zu nehmen. Ansonsten ist es für Organisationen mit großem innerparteilichen Gewicht rationaler, andere Kanäle zur Parteiführung zu nützen, womit sie in Kategorie 2 anzusiedeln sind.

Werden die Teilorganisationen und Referate der SPÖ gemäß der Anzahl an von ihnen eingebrachten Anträgen und dem Anteil an Annahmen grafisch dargestellt, so ergibt dies folgendes Bild:

Abb. 5.10 Anzahl an eingebrachten Anträgen und Anteil der Antragsannahmen nach Teilorganisationen und Referaten, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 1146)

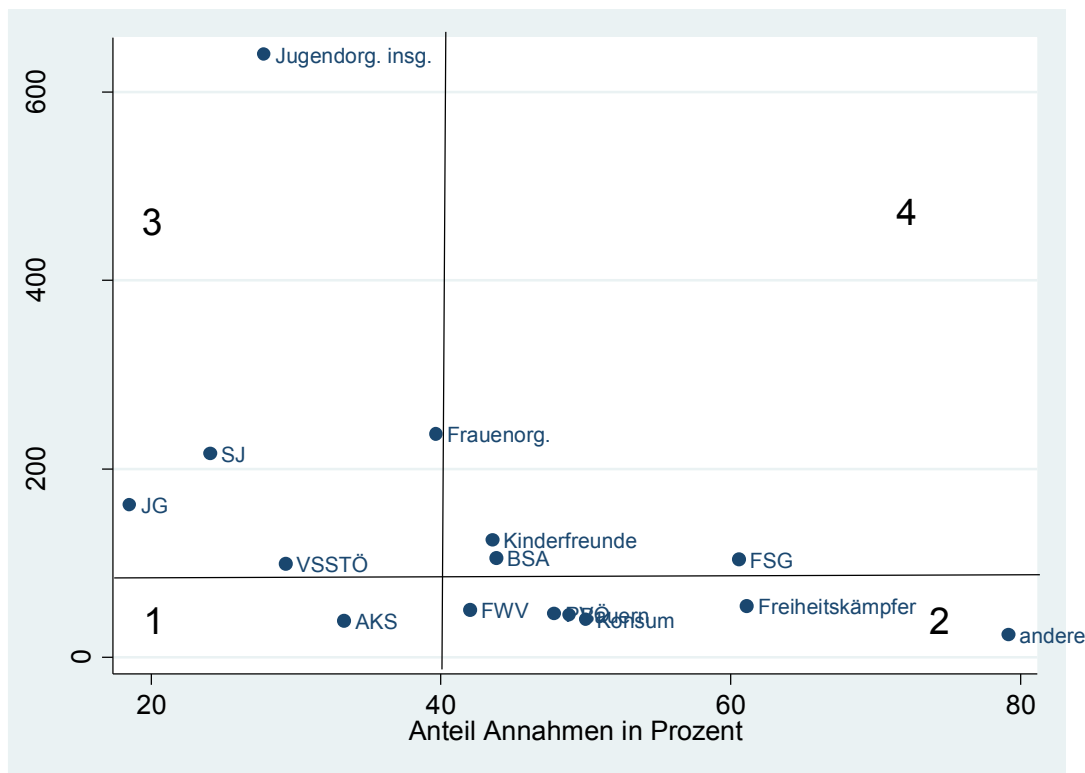


Abb. 5.10 macht deutlich, dass es sich bei den oben formulierten Einteilungen um Idealtypen handelt. Es scheint plausibel, die eher freien Flächen rechts oben und links unten – also in den Kategorien 4 und 1 – auf zwei Gründe zurückzuführen: Das Stellen von Anträgen ist erstens nicht die einzige Möglichkeit innerhalb der SPÖ, um am Willensbildungsprozess teilzunehmen. Mächtige Organisationen wählen daher vermutlich effektivere Kanäle, um ihre Forderungen durchzusetzen. Zweitens ist eine Annahme bei gleichzeitiger Nichtumsetzung der Ziele durch die Parteiführung nicht ausgeschlossen. Dies sollte insbesondere bei innerparteilich wenig gewichtigen Organisationen und wenig kontroversen Forderungen eine für die Parteiführung rationale Vorgehensweise sein, da eine Nichtumsetzung der Forderungen hierbei mit geringen Kosten verbunden ist.

Dies zeigt die Grenzen der Möglichkeiten einer Untersuchung des Antragstellens als Instrument der innerparteilichen Willensbildung oder Deliberation innerhalb der SPÖ auf. Wie in Kapitel 4.1.1 dargelegt, wird auf den Parteitag eher Symbolpolitik betrieben, während die eigentliche Entscheidungsfindung (und die damit verbundenen Faktionskämpfe) in anderen Gremien stattfinden. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die hier eher symbolisch betriebene „Willensbildung“ nicht auch reale Machtverhältnisse widerspiegelt.

5.1.4 Zwischenresümee

Beide zu Beginn des Kapitels formulierten Fragen können mit einem „ja, aber ...“ beantwortet werden. Ja, die AktivistInnen der SPÖ benützen das Instrument des Antragstellens. Eine Betrachtung

der Mitgliederzahlen der Partei relativiert die Anzahl von über 7000 Anträgen im Zeitraum von rund 70 Jahren allerdings auch wieder. Wie die (nicht-)Behandlung der über 1000 Anträge der Parteitage 1958 und 1978 zeigt, sind derart hohe Antragszahlen im Sinne eines inklusiven innerparteilichen Willensbildungsprozesses allerdings nicht unbedingt wünschenswert, da die Behandlung von Anträgen in derartiger Höhe offensichtlich die Grenzen der technischen Machbarkeit überschreiten.

Das zweite „aber“ hinsichtlich der Anzahl an Anträgen gilt dem Zeitraum zwischen 1997 und 2010: Während von 1985 bis 1995 (abseits der erwähnten Programmparteitage) deutlich mehr Anträge eingebracht wurden als in früheren Jahrzehnten, sank die Zahl ab 1997 maßgeblich und erreichte nur 2014 wieder ein Niveau, welches jenem vor diesem Zeitraum ähnelt. Die Gründe für den plötzlichen Einbruch der Antragszahlen sind schwierig zu ermitteln, da über das Aktivitätsniveau der Mitglieder abseits der Anträge keine Informationen vorliegen. Die abnehmende Mitgliederzahl der SPÖ in den vergangenen drei Jahrzehnten steht jedenfalls nicht direkt in Korrelation zur variierenden Anzahl an eingebrachten Anträgen.

Dass die Antragszahlen zwischen 1995 und 1997 derart rapide von über 200 auf rund 50 sanken und bis 2014 auf niedrigem Niveau verblieben, lässt einen Wandel im Organisationsverständnis der Parteiführung vermuten. So diente der Parteitag des Jahres 1997 beispielsweise vor allem der Wahl des neuen Parteivorsitzenden, 2002, 2006 und 2008 wurden die Parteitage entgegen bisheriger Gepflogenheiten kurz vor Wahlen abgehalten und dementsprechend als Plattformen zur Inszenierung der SpitzenkandidatInnen genutzt. Zudem initiierte die Parteiführung in den 2000er Jahren keine Aktionen wie zum Beispiel „Perspektiven '90“ oder „Sozialdemokratie 2000“ der späten 1980er Jahre mehr.

Hinsichtlich der zweiten Frage – jener nach den Anteilen der einzelnen Behandlungsformen der Anträge, welche die Antragsprüfungskommission zur Empfehlung vorschlug – lässt sich Ähnliches konstatieren. Grundsätzlich ist anzunehmen, dass das Stellen von Anträgen zumindest teilweise von der Parteiführung und den AktivistInnen tatsächlich als Instrument zur Teilnahme an der innerparteilichen Willensbildung ernst genommen wurde. Auch hierbei zeigen sich nach 1995 allerdings deutliche Unterschiede gegenüber früheren Jahrzehnten: während der Anteil an vollinhaltlichen Annahmen bis zu diesem Zeitpunkt relativ gleich blieb, nahm er danach merklich zu. In Kombination mit den niedrigen Fallzahlen der Anträge zwischen 1997 und 2010 ist daher zu hinterfragen, ob das Stellen von Anträgen in diesem Zeitraum tatsächlich als Instrument zur Teilnahme am innerparteilichen Willensbildungsprozess genutzt wurde.

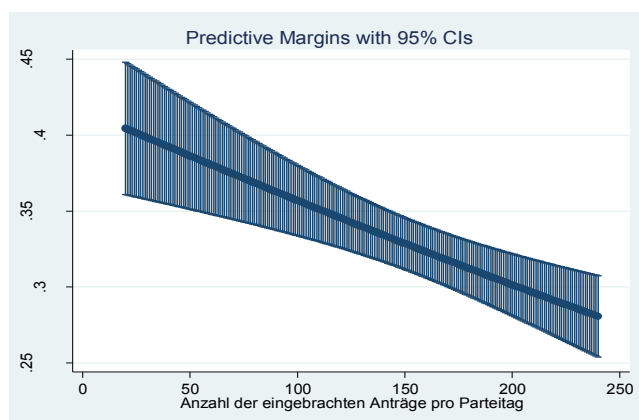
Hierbei trat die auf den ersten Blick paradox wirkende Situation ein, dass die Parteiführung zwar einerseits keine Versuche mehr unternahm, die „Basis“ stärker in den Willensbildungsprozess einzubinden und andererseits eventuell aufgrund eines rapide gesunkenen Aktivitätsniveaus in den Bezirks- und Teilorganisationen, wie auch zur Inszenierung einer konfliktfreien „innerparteilichen

Demokratie“ in der Außendarstellung der Parteitage die Anträge der verbliebenen AktivistInnen häufiger annahm. Dies ist vermutlich auch im Zusammenhang mit der Entwicklung zu sehen, dass die AktivistInnen der 1980er und 1990er Jahre deutlich emanzipierter von der Parteiführung auftraten, als in früheren Jahrzehnten (s. die Abweichungen von den Empfehlungen der Antragsprüfungskommission in diesem Zeitraum, Tab. 5.5), andererseits durch die zunehmende „Mediatisierung“ der politischen Kommunikation (Sarcinelli 1998, 678f.) allerdings auch die Außendarstellung der Parteitage für die Medienöffentlichkeit an Bedeutung gewann. Der Inszenierung parteiinterner Geschlossenheit wird dabei offensichtlich ein größerer Wert beigemessen, als der Inszenierung der Parteitage als Orte funktionierender innerparteilicher Willensbildung und Entscheidungsfindung durch die Delegierten.

Im Sinne einer Bestätigung der in Kapitel 3 formulierten Annahmen zum innerparteilichen Bedeutungsverlust der AktivistInnen in den vergangenen Jahrzehnten erscheint dies zwar erfreulich, nicht aber hinsichtlich der hier gewählten Operationalisierung der abhängigen Variable, welche erfordert, dass das Stellen von Anträgen zumindest teilweise von der Parteiführung wie auch den AktivistInnen als Instrument zur Teilnahme an der innerparteilichen Willensbildung ernst genommen wird.

Um den Effekt der nachlassenden „Ernsthaftigkeit“ des Antragstellens als Instrument zur Teilnahme an der innerparteilichen Willensbildung ab 1997 zu kontrollieren, wird eine Variable gebildet, welche als Proxy für das Aktivitätsniveau der AktivistInnen die Fallzahlen der eingebrachten Anträge auf einem bestimmten Parteitag beinhaltet. Tatsächlich zeigt eine derartige Variable eine signifikante negative Korrelation zwischen der Anzahl an eingebrachten Anträgen auf einem Parteitag und der Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Annahme eines Antrages durch die Antragsprüfungskommission (s. Abb. 5.11).

Abb. 5.11 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme eines Antrages durch die Antragsprüfungskommission bei steigender Anzahl an eingebrachten Anträgen auf den Parteitag, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 2789)³⁸



³⁸ Hier, wie auch in den folgenden Modellen – sofern nicht anders gekennzeichnet – wurden alle Anträge, welche nicht von der Parteiführung stammen, berücksichtigt.

5.2 Die Behandlung der Anträge als strategische Entscheidung der Parteiführung? – Test der Hypothesen

5.2.1 Veränderungen bei der Behandlung der Anträge im Zeitverlauf 1945-2014 – Hypothesen 1 und 2

Hypothese 1 setzt einen linearen Zusammenhang zwischen dem Anteil an von der Antragsprüfungskommission zur Annahme empfohlenen Anträgen und dem Anteil der Mitglieder an der Parteienfinanzierung voraus, Hypothese 2 dagegen einen Zusammenhang zwischen dem Anteil an zur Annahme empfohlenen Anträgen und der Bedeutung der Parteimitglieder in der Kommunikation mit den WählerInnen. Gemäß den Häufigkeitsverteilungen der unabhängigen Variablen (s. Kap. 4.2.2 und 4.2.3) sollte der Anteil an zur Annahme empfohlenen Anträgen somit ab den 1960er Jahren kontinuierlich abnehmen.

Dies konnte allerdings nicht bestätigt werden. Der Koeffizient der Variable „Finanzierungsanteil Mitglieder“ ist äußerst niedrig und zudem negativ, d.h. die Hypothese, dass die Annahmeraten mit dem Finanzierungsanteil der Mitglieder steigen, trifft nicht zu (s. Modell 1 in Tab. 5.11). In gleicher Weise zeigt das Vorzeichen des Koeffizienten zum Anteil der FernsehteilnehmerInnen an der österreichischen Gesamtbevölkerung in die falsche Richtung (s. Modell 2 in Tab. 5.11). Der Wert von 0.014 ist zwar ein bisschen größer als jener des Koeffizienten zur Parteienfinanzierung, allerdings kann auch hier kaum von einem Effekt auf die abhängige Variable gesprochen werden. Die Ergebnisse sind auf 99%-Niveau signifikant.

Ebenso einen signifikanten positiven Zusammenhang zeigt der Koeffizient jener Variable, welche misst ob ein Parteitag öffentlich, oder unter Ausschluss von JournalistInnen stattfand³⁹ (s. Modell 5 in Tab. 5.11). Die Anträge auf öffentlichen Parteitagen werden also scheinbar häufiger zur Annahme empfohlen, als die Anträge auf nichtöffentlichen Parteitagen. Wird zwischen unmittelbaren Gründen für Veränderungen in der Parteiorganisation und den dahinterliegenden Ursachen unterschieden (vgl. Müller 1997a, 294), so ist diese Variable den unmittelbaren Gründen zuzuordnen, d.h. die Ursache für die öffentlich stattfindenden Parteitage ist in der gestiegenen Bedeutung von parteiunabhängigen Medien bei der Kommunikation mit den WählerInnen im Sinne von Hypothese 2 zu suchen.

³⁹ Hierbei wurde codiert, ob JournalistInnen offiziell am Parteitag vertreten waren. Dies geschah einerseits anhand von Literatur (vgl. Müller 1996b, 296), andererseits anhand der Frage, ob innerhalb der Redeprotokolle der Parteitage auf die MedienvertreterInnen im Saal Bezug genommen wurde, z.B. in Form einer offiziellen Begrüßung. Dies war in den Jahren 1957-1963, sowie seit 1972 mit Ausnahme der Jahre 1998 und 2000 der Fall. Es erscheint allerdings unwahrscheinlich, dass die Parteitage der Jahre 1998 und 2000 unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden, weswegen sie ebenfalls als „Medienparteitage“ codiert wurden.

Tab. 5.11: Logit-Koeffizienten zur Erklärung von Langzeiteffekten auf die Behandlung von Anträgen auf SPÖ-Parteitag, 1945-2014 (N= 2789; besprochene Variablen hervorgehoben)

VARIABLES	(1) Modell 1 (H1)	(2) Modell 2 (H2)	(3) Modell 3	(4) Modell 4	(5) Modell 5
Finanzierungs- anteil Mitglieder TV- Teilnehmer effective N of parties Stimmenanteil Grüne (NRW) Öffentlicher Parteitag	-0.00895*** (0.00199)	0.0140*** (0.00437)	0.533*** (0.0750)	0.0809*** (0.0131)	0.521*** (0.142)
Koalitions- beteiligung	0.132 (0.102)	0.138 (0.106)	-0.0978 (0.101)	-0.0381 (0.0999)	0.202* (0.110)
Kernthemen	0.220*** (0.0832)	0.215*** (0.0832)	0.226*** (0.0837)	0.238*** (0.0837)	0.211** (0.0830)
neue Themen	0.222 (0.215)	0.217 (0.215)	0.198 (0.217)	0.200 (0.216)	0.227 (0.215)
Stimmverlust	0.833*** (0.112)	0.777*** (0.113)	0.402*** (0.127)	0.500*** (0.124)	0.774*** (0.113)
Amtsverlust	-0.177 (0.161)	-0.111 (0.160)	0.340* (0.175)	0.180 (0.168)	-0.0740 (0.160)
Anzahl Anträge pro Parteitag	-0.00527*** (0.000807)	-0.00457*** (0.000791)	-0.00265*** (0.000669)	-0.00332*** (0.000663)	-0.00481*** (0.000795)
Constant	0.0490 (0.190)	-0.845*** (0.140)	-1.983*** (0.227)	-0.771*** (0.123)	-0.927*** (0.147)
Observations	2,789	2,789	2,789	2,789	2,789

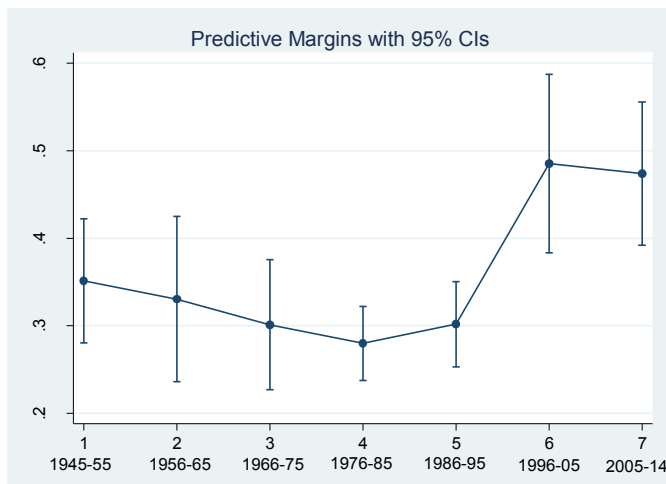
Standard errors in parentheses

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Eine Darstellung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme nach Jahrzehnten zeigt, dass der Anteil an angenommenen Anträgen bis in die 1970er Jahre tatsächlich sank, ab 1997 aber stark anstieg.⁴⁰

⁴⁰ Das entsprechende Logit-Modell ist tabellarisch nicht dargestellt, beinhaltet bis auf die Variable „Jahrzehnte“ allerdings die gleichen Variablen wie die Modelle in Tab 5.11.

Abb. 5.12 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme eines Antrages im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 2789)



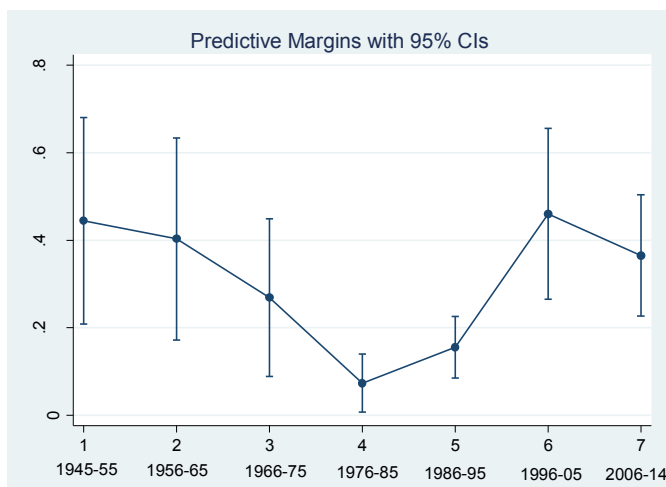
Eventuell trifft die Annahme einer geringeren Responsivität gegenüber den Anträgen der „Basis“ bei sinkender Bedeutung der AktivistInnen zur Stimmenmaximierung somit bis in die 1970er oder 1980er tatsächlich zu. Da der Nutzen der AktivistInnen im Parteienwettbewerb in den darauffolgenden Jahren allerdings eindeutig nicht gestiegen ist, muss nach alternativen Erklärungen für diese Jahrzehnte gesucht werden.

In Hinblick auf die deutlich gesunkenen Antragszahlen ab 1997 liegt die Annahme nahe, dass sich der Bedeutungsverlust der AktivistInnen vor allem in den Antragszahlen und weniger in der Behandlung der Anträge manifestiert. Wie in Kapitel 5.1.1 dargelegt, sind diese Zahlen teils auf Entscheidungen der Parteiführung zurückzuführen. Die Parteitage erfuhren in den 1990er Jahren teilweise einen Funktionswandel – 2002, 2006 und 2008 fanden sie beispielsweise vor Nationalratswahlen statt und zumindest für 2002 liegt eine Wortmeldung des Sprechers der Antragskommission vor, welche nahe legt, dass das Einbringen von Anträgen nicht erwünscht war (vgl. Fischer SPÖ PT 2002, 31). Dies dürfte im Kontext einer Außenorientierung der Parteitagskommunikation gesehen werden – es galt eventuell weniger die (verbliebenen) Mitglieder mittels Mitspracherechten zu mobilisieren, als vielmehr die WählerInnen zu erreichen.

Auch wenn eine Betrachtung der Behandlung der Anträge auf den Parteitagen für den Zeitraum nach 1995 somit kein valides Mittel mehr im Sinne der hier gewählten Operationalisierung des Verhältnisses von AktivistInnen und Parteiführung ist, stellt sich allerdings dennoch die Frage, warum die Annahmeraten ab diesem Zeitpunkt derart hoch sind. Hierbei wäre es einerseits möglich, die Ursachen bei den AktivistInnen selbst zu suchen und das innerparteiliche Leben der SPÖ an einem derartigen Tiefpunkt zu vermuten, dass keine kontroversen Anträge mehr gestellt werden. Während dies teilweise eventuell tatsächlich zutrifft – immerhin ist die Anzahl der eingebrachten Anträge deutlich gesunken – scheinen jedoch zumindest die Jugendorganisationen noch aktiv zu sein und eine (allerdings unsystematische) Durchsicht der Anträge erweckt nicht den Eindruck, dass diese

Organisationen inzwischen weniger kontroverse Anträge stellen, als in früheren Jahrzehnten. Werden nur die Anträge der Jugendorganisationen berücksichtigt – also jene Anträge, von denen am ehesten zu erwarten ist, dass sie von policy-motivierten AktivistInnen eingebracht wurden und für welche die hier operationalisierte abhängige Variable somit auch nach 1995 noch am ehesten valide sein sollte – so zeigt dies allerdings auch hier gestiegene Wahrscheinlichkeiten auf Annahmempfehlung in den 1990er und 2000er Jahren, nachdem die Annahmeraten im Zeitraum von 1976 bis 1985 einen Tiefpunkt erreicht hatten (s. Abb. 5.13).

Abb. 5.13 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme eines Antrages einer Jugendorganisation im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 464)



Eine weitere Erklärung wäre, dass die Entschlüsse über die Behandlung der Anträge aufgrund der innerparteilichen Bedeutungslosigkeit der AktivistInnen über keinerlei Bindungskraft mehr verfügen und somit ohne Umsetzung der Forderungen für die Parteiführung konsequenzenlos angenommen werden können. RednerInnen klagten allerdings schon in früheren Jahrzehnten auf Parteitagungen immer wieder über eine derartige „Behandlung“ der Anträge. Hinzu kommt, dass eine solche Vorgehensweise aufgrund der gestiegenen Bedeutung der Medien im Parteienwettbewerb in den vergangenen Jahren eventuell kostspieliger wurde⁴¹ – insbesondere wenn (zumindest für die Parteitage 2010 und 2014) die Möglichkeiten von Social Media zur Herstellung von Öffentlichkeit abseits der Parteiliten berücksichtigt wird.

Die bisher dargelegten Erklärungen liefern somit höchstens teilweise befriedigende Antworten auf die Frage, warum die Anträge bei einer gesunkener Bedeutung der AktivistInnen nicht – wie auch schon bisher – hauptsächlich an ein Gremium zugewiesen werden, anstelle sie anzunehmen. Hierbei scheint ein Blick auf die veränderte Wettbewerbsposition der SPÖ in den vergangenen Jahrzehnten sinnvoll: Mit den Wahlerfolgen der Grünen – Grüne Alternative bekam die SPÖ nicht nur auf dem WählerInnenmarkt erstmals seit den 1950er Jahren Konkurrenz im linken Meinungsspektrum, sondern

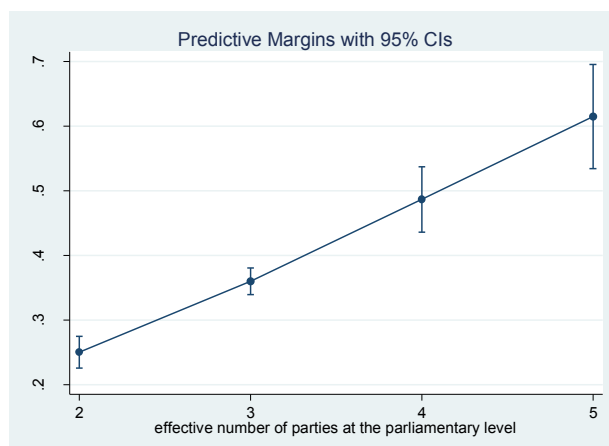
⁴¹ Siehe das schon erwähnte, von den Medien breit aufgegriffene Hinwegsetzen des burgenländischen Landeshauptmanns über einen Parteitagsbeschluss des Jahres 2014 (vgl. u.a. Weisgram 2015, o.S.).

aufgrund der prononciert „basisdemokratischen“ Organisationsstruktur der neuen Mitbewerberin eventuell auch um AktivistInnen.⁴² Selbst wenn AktivistInnen nicht mehr die gleiche Bedeutung im Wettbewerb um WählerInnenstimmen haben wie in früheren Jahrzehnten, ist davon auszugehen, dass ein Abwandern zur Konkurrenz aus rein symbolischen Gründen von der Parteiführung nicht als wünschenswert erachtet wird. Im selben Ausmaß, in dem „innerparteiliche Demokratie“ zum Wert an sich und Distinktionsmerkmal gegenüber anderen Parteien wird, gewinnt die öffentliche Inszenierung (schein-)demokratischer Rituale, wie das Abhalten von Parteitage und die Abstimmung über Anträge, somit zusätzlich an Bedeutung (vgl. Faucher 2015, 410).

Ebenso könnte die Zunahme der auf dem WählerInnenmarkt erfolgreichen Parteien insgesamt ab 1986 zu höheren Annahmeraten von Anträgen auf SPÖ-Parteitage geführt haben. Auch wenn es zwischen SPÖ und FPÖ, BZÖ oder NEOS vermutlich nur eine geringe Fluktuation von AktivistInnen gibt, ist der Erfolg dieser neuen oder neu ausgerichteten Parteien dennoch mit einem Verlust an Deutungshoheit für die SPÖ verbunden – insbesondere da zumindest ein Teil des Erfolgs dieser Parteien auf die Kritik an schwerfälligen Entscheidungsstrukturen innerhalb und zwischen den ehemaligen Großparteien SPÖ und ÖVP zurückzuführen ist. Neben dem Einfluss der grünen Wahlerfolge wurde daher getestet, wie sich die Anzahl an erfolgreichen Parteien im politischen Wettbewerb auf die Annahmewahrscheinlichkeit von Anträgen auf SPÖ-Parteitage auswirkt. Dabei wurde auf eine Berechnung der *effective number of parties at the parliamentary or legislative level* (Laakso/Taagepera, 1979; Gallagher 2017, 5f.) zurückgegriffen.

Die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit einer Antragsannahme steigt hierbei tatsächlich kontinuierlich und signifikant mit der *effective number of parties* an (s. Modell 3 in Tab. 5.11 und Abb. 5.14).

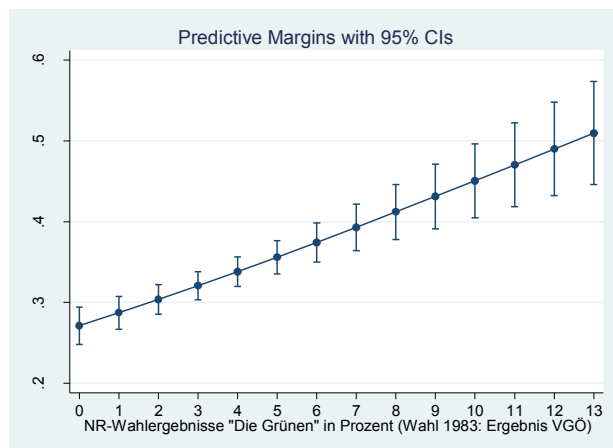
Abb. 5.14 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme bei steigender *effective number of parties* im Nationalrat, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 2789)



⁴² Hierbei lässt sich die Hypothese aufstellen – wenn auch nicht testen, da die Anträge auf SPÖ-Parteitage von Kollektiven und nicht Personen eingebracht werden –, dass manche der späteren Grünen durch ihre Anträge zu den niedrigeren Annahmeraten auf den SPÖ-Parteitage im Zeitraum von 1976 bis 1985 beitrugen, bevor sie schließlich aufgrund der Erfolglosigkeit bei der SPÖ-internen Durchsetzung ihrer Ziele eine eigene Partei gründeten, bzw. zu dieser neuen Partei wechselten.

Ebenso wie die *effective number of parties* besteht – wenig verwunderlich aufgrund der Kollinearität zwischen diesen Variablen – auch ein signifikanter positiver Zusammenhang zwischen der Annahmewahrscheinlichkeit von Anträgen auf SPÖ-Parteitage und dem steigenden Stimmenanteil der Grünen bei Nationalratswahlen, wobei dieser Effekt kleiner ausfällt, als jener der *effective number of parties* (s. Modell 4 in Tab. 5.11 und Abb. 5.15).

Abb. 5.15 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme bei steigendem Stimmenanteil der Grünen-Grüne Alternative bei Nationalratswahlen, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 2789)⁴³



Zu guter Letzt bleibt hinsichtlich der Langzeiteffekte auf die Behandlung der Anträge noch eine Variable zu testen, welche allerdings ebenso wie die Frage, ob Parteitage öffentlich stattfinden, auf Ursachen zurückzuführen sind, welche vermutlich in der Umwelt der Parteien liegen (vgl. Katz/Mair 1995b, 9; Müller 1997a, 294) – nämlich der Parteivorsitzende, unter welchem die Anträge eingebracht und behandelt wurden. Dies ergibt teilweise einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Parteiführung und der Behandlung der Anträge (s. Modell 6 in Tab. 5.12).

⁴³ Für die Nationalratswahl des Jahres 1983 wurde hierbei das Ergebnis der Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ) miteinbezogen.

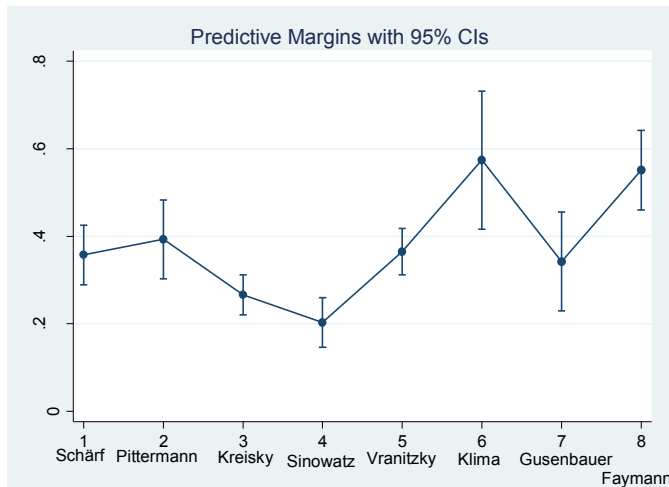
Tab. 5.12: Logit-Koeffizienten zur Wahrscheinlichkeit auf Annahmeermpfehlung von Anträgen unter den verschiedenen Parteivorsitzenden der SPÖ (SPÖ-Parteitage 1945-2014; N= 2789) ⁴⁴

VARIABLES	(6) Modell 6
Pittermann	0.155 (0.213)
Kreisky	-0.436** (0.219)
Sinowatz	-0.793*** (0.260)
Vranitzky	0.0334 (0.198)
Klima	0.903** (0.357)
Gusenbauer	-0.0673 (0.295)
Faymann	0.808*** (0.233)
<i>(Ergebnisse der übrigen Var. wurden ausgelassen, gleiche Var. wie in Tab. 1.11)</i>	
Constant	-0.749*** (0.239)
Observations	2,789

Unter Kreisky und Sinowatz wurden deutlich weniger Anträge zur vollinhaltlichen Annahme empfohlen als unter Schärf. Gleichzeitig wurden in diesem Zeitraum auch die meisten Anträge eingebracht. Ebenfalls etwas weniger Anträge wurden unter dem Vorsitzenden Gusenbauer zur Annahme empfohlen – wobei die Ursache hierzu in den als „Wahlparteitage“ inszenierten Parteitage der Jahre 2002 und 2006 liegt. Auf diesen Parteitage wurden alle Anträge pauschal an den Bundesparteivorstand zugewiesen. Die größte Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Annahme eines Antrags bestand unter Viktor Klima. Während seiner Zeit als Vorsitzender wurden allerdings auch nur zwei Parteitage mit vergleichsweise wenigen Anträgen (33 und 72) organisiert.

⁴⁴ Referenzkategorie sind jene Anträge, welche unter dem ersten Parteivorsitzenden der SPÖ, Adolf Schärf, behandelt wurden. Die Behandlung der Anträge jenes Parteitags, auf dem ein neuer Parteivorsitzender gewählt wurde, wird dem Vorgänger zugerechnet, da die Vorbereitungen zu den Anträgen unter seinen Parteivorsitz fielen.

Abb. 5.16 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme unter den jeweiligen Parteivorsitzenden, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 2789)



5.2.2 Die Behandlung der Anträge während Koalitionsregierungen und nach Wahniederlagen – Hypothesen 3, 5a und 5b

In diesem Unterkapitel werden jene Variablen getestet, welche zwar auf alle Anträge eines Parteitages einwirken, deren Effekte allerdings zwischen den einzelnen Parteitag bzw. Legislaturperioden variieren. Dies ist einerseits eine Koalitionsbeteiligung der untersuchten Partei, welche sich negativ auf die Annahmewahrscheinlichkeiten der Anträge auswirken sollte, und andererseits sind dies ihre Stimm- und Amtsverluste, die im Sinne der aufgestellten Hypothesen für Veränderungen im Verhalten der Parteien sorgen sollten.

Koalitionsbeteiligung

Tab. 5.13: Wahrscheinlichkeit zur Annahmempfehlung von Anträgen bei SPÖ-Koalitionsbeteiligung, Logit-Koeffizienten (SPÖ-Parteitage 1945-2014; besprochene Variable hervorgehoben)

VARIABLES	(1) Modell 1	(2) Modell 2	(3) Modell 3	(4) Modell 4
Eff. N parties	0.533*** (0.0750)	0.675*** (0.247)	0.517*** (0.160)	0.478*** (0.111)
Koalitions- beteiligung	-0.0978 (0.101)	-1.122*** (0.433)	-0.120 (0.163)	-0.0708 (0.161)
Kernthemen	0.226*** (0.0837)	0.0240 (0.253)	0.204 (0.141)	0.141 (0.127)
neue Themen	0.198 (0.217)	-0.594 (0.856)	-0.134 (0.388)	0.696** (0.313)
Stimmenverlust	0.402*** (0.127)	0.324 (0.341)	0.0284 (0.233)	0.531*** (0.193)
Amtsverlust	0.340* (0.175)	0.619 (0.642)	0.486* (0.293)	0.482* (0.277)
Anzahl Anträge pro Parteitag	-0.00265*** (0.000669)	0.00508* (0.00289)	-0.00467*** (0.00114)	-0.00253** (0.00106)
Constant	-1.983*** (0.227)	-2.966*** (0.893)	-1.819*** (0.416)	-1.711*** (0.357)

AIC	3402.008	387.938	1270.248	1468.790
Observations	2,789	307	1,151	1,145

Standard errors in parentheses
*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

- (1) Modell 1 beinhaltet alle Anträge, welche nicht von der Parteiführung eingebracht wurden.
(2) Modell 2 beinhaltet alle Anträge, welche von Landesparteiorganisationen gestellt wurden.
(3) Modell 3 beinhaltet alle Anträge, welche von Bezirksorganisationen gestellt wurden.
(4) Modell 4 beinhaltet alle Anträge, welche von Teilorganisationen oder Referaten gestellt wurden.

Eine Betrachtung der Vorzeichen der in Tabelle 5.13 dargestellten Koeffizienten offenbart, dass die Beteiligung an einer Koalition anstelle einer Alleinregierung, oder auch Nichtteilnahme an einer Regierung, unabhängig von der Art der antragstellenden Organisation zu niedrigeren Annahmeraten der Anträge führt – allerdings sind diese Ergebnisse nur für das Modell mit den Anträgen der Landesorganisationen signifikant.

Den größten Teil der Zweiten Republik bestritt die SPÖ bislang als stimmenstärkste Partei im österreichischen Parlament. Dennoch stehen den 23 Jahren, die sie bislang als stärkere Partei in einer Koalition regierte 19 Jahre als Juniorpartnerin in einer Koalition mit der ÖVP gegenüber. Es wäre denkbar, dass diese unterschiedlichen Positionen innerhalb der Regierung Auswirkungen auf das Verhalten der Partei hatten.

Tab. 5.14: Wahrscheinlichkeit zur Annahmempfehlung von Anträgen bei Regierungsbeteiligung der SPÖ als kleinere und größere Koalitionspartnerin, Logit-Koeffizienten (SPÖ-Parteitage 1945-2014; besprochene Variablen hervorgehoben)

VARIABLES	(1) Modell 1	(2) Modell 2	(3) Modell 3	(4) Modell 4
Eff. N parties	0.714*** (0.0960)	0.950*** (0.321)	0.623*** (0.183)	0.750*** (0.142)
Koalitionsbet. (kleinere Partei)	0.240* (0.143)	-0.113 (0.825)	0.101 (0.228)	0.528** (0.243)
Koalitionsbet. (größere Partei)	-0.405*** (0.141)	-1.601*** (0.567)	-0.315 (0.234)	-0.524** (0.209)
Kernthemen	0.210** (0.0840)	0.0381 (0.254)	0.175 (0.143)	0.136 (0.128)
neue Themen	0.195 (0.217)	-0.593 (0.865)	-0.139 (0.388)	0.679** (0.312)
Stimmenverlust	0.277** (0.133)	0.146 (0.362)	-0.0302 (0.237)	0.303 (0.206)
Amtsverlust	0.602*** (0.195)	1.027 (0.718)	0.663** (0.326)	0.833*** (0.303)
Anzahl Anträge pro Parteitag	-9.01e-05 (0.00107)	0.00916** (0.00426)	-0.00278 (0.00192)	0.00107 (0.00155)
Constant	-2.748*** (0.339)	-4.196*** (1.293)	-2.338*** (0.595)	-2.786*** (0.502)
AIC	3394.398	388.150	1270.820	1460.831
Observations	2,789	307	1,151	1,145

Standard errors in parentheses
*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

- (1) Modell 1 beinhaltet alle Anträge, welche nicht von der Parteiführung eingebracht wurden.
- (2) Modell 2 beinhaltet alle Anträge, welche von Landesparteiorganisationen gestellt wurden.
- (3) Modell 3 beinhaltet alle Anträge, welche von Bezirksorganisationen gestellt wurden.
- (4) Modell 4 beinhaltet alle Anträge, welche von Teilorganisationen oder Referaten gestellt wurden.

Die Unterscheidung in eine Koalitionsbeteiligung als Juniorpartnerin und als stärkere Partei verbessert einerseits die Modellgüte teilweise (vgl. AIC der Tabellen 5.13 und 5.14), andererseits zeigt es, dass die aufgestellte Hypothese nur für jene Koalitionsbeteiligungen zutrifft, bei denen die SPÖ stimmenstärkere Partei war. Die Koalitionsbeteiligung als kleinere Partei in den Jahren von 1947 bis 1966 wirkte sich dem Anschein nach für alle Modelle außer jenem mit den Anträgen der Landesparteiorganisationen positiv auf den Anteil der Empfehlungen zur Antragsannahme aus. In den Koalitionsjahren der SPÖ ab 1983 sinkt die Wahrscheinlichkeit zur Annahme eines Antrages dagegen. Zudem kann die Hypothese, dass diese Ergebnisse zufällig gefunden wurden, für die Modelle mit den Anträgen aller Organisationen abseits der Parteiführung und jenes mit den Anträgen der Landesorganisationen zu 99% abgelehnt werden, für das Modell mit den Anträgen der Teilorganisationen und Referate dagegen auf 95%-Niveau.

Des Weiteren erscheint es plausibel, dass nicht nur eine Koalitionsbeteiligung Effekte auf die Annahmeraten der Parteitagsanträge hat, sondern auch die Verhandlungen, welche einer Regierungsbildung vorausgehen. Nur ein Parteitag der untersuchten 41 Parteitage fiel dabei in die Zeit der Verhandlungen, nämlich jener des Jahres 1945. Ein weiterer Parteitag – jener des Jahres 1949 – fand dagegen kurz nach erfolgter Regierungsbildung statt, so dass angenommen werden kann, dass die Vorbereitungen der Antragsprüfungskommission unter anderem in die Zeit der Koalitionsverhandlungen fielen. Die Fallzahlen für die Eintrittswahrscheinlichkeit einer in diesem Sinne gebildeten Variable sind daher dementsprechend niedrig. Hier nicht dargestellte Regressionsmodelle ergaben daher nur für ein errechnetes Modell – jenes mit den Anträgen der Bezirksorganisationen – einen signifikanten, und interessanterweise positiven Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit einer Empfehlung auf Annahme eines Antrages. Da sich die SPÖ 1945 und 1949, also kurz nach Kriegsende, noch in einer gänzlich anderen Lage befand als in späteren Jahren – unter anderem, da ihre Parteiorganisation noch im Wiederaufbau begriffen war, Österreich unter der Verwaltung der Alliierten stand, etc. – erscheint die Erklärungskraft dieser Variable allerdings nicht allzu groß.⁴⁵

Stimm- und Amtsverluste

Die Hypothesen 5a und 5b gehen davon aus, dass die Partei nach empfindlichen Stimmenverlusten oder einem Amtsverlust offener gegenüber den Forderungen der AktivistInnen ist. Gleichzeitig

⁴⁵ Modelle, welche nur die Parteitage der 1940er beinhalteten, ergaben dabei ebenso, dass die Wahrscheinlichkeit auf Annahmeerempfehlung eines Antrages während bzw. kurz nach Koalitionsverhandlungen höher lag als auf den anderen Parteitagen – allerdings mit Fallzahlen von nur 14 bis 130 Beobachtungen, ohne weitere unabhängige Variablen und zudem ohne signifikant zu sein.

könnten derartige „external shocks“ (Harmel/Janda 1994, 267) allerdings auch zu einer höheren oder niedrigeren Aktivität der Parteimitglieder führen, also zu mehr oder weniger Anträgen.

Alles in allem sollten sich die Amts- und Stimmverluste der Partei somit durch variierende vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Empfehlung auf Antragsannahme vor und nach diesen Verlusten bemerkbar machen. Um die Hypothesen zu testen, wurden also Modelle berechnet, welche insgesamt jeweils fünf Parteitage pro Stimm- oder Amtsverlust beinhalten, nämlich den „Verlustparteitag“, sowie je zwei Parteitage vor und nach diesem als Referenzparteitage.

Tab. 5.15: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten zur Annahmeermpfehlung der Anträge auf Parteitag, welche als empfindliche Stimmenverluste definiert wurden im Vergleich zu den zwei davor- und danachliegenden Parteitagen (SPÖ-Parteitage 1953-1970, 1980-2014)

Alle Anträge, außer jenen der Parteiführung						
	margins	95%-Conf. Interval		change	p	N
Stimmenverlust	0.3694368	0.3327118	0.4061618	0.061	0.021	2177
kein Stimmenverlust	0.3088403	0.2806764	0.3370043			
Anträge der Landesorganisationen						
	margins	95%-Conf. Interval		change	p	N
Stimmenverlust	0.4034598	0.3087026	0.4982171	0.109	0.127	268
kein Stimmenverlust	0.2947471	0.2104486	0.3790457			
Anträge der Bezirksorganisationen						
	margins	95%-Conf. Interval		change	p	N
Stimmenverlust	0.2268234	0.1723956	0.2812513	-0.004	0.928	808
kein Stimmenverlust	0.230436	0.1873293	0.2735426			
Anträge der Teilorganisationen und Referate						
	margins	95%-Conf. Interval		change	p	N
Stimmenverlust	0.4461824	0.3914285	0.5009362	0.088	0.029	943
kein Stimmenverlust	0.3582406	0.3130977	0.4033834			

Ein Vergleich der Veränderungen der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten einer Empfehlung auf Antragsannahme für „Stimmverlust-Parteitage“ im Vergleich zu den beiden davor und danach stattfindenden Parteitagen zeigt abseits des Modells mit den Anträgen der Bezirksorganisationen positive Effekte: Bei einer empfindlichen Wahniederlage steigt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Annahme eines Antrags – allerdings nicht sehr stark. Gleichzeitig sind diese Ergebnisse nur für das Modell mit allen Anträgen abseits der Anträge der Parteiführung und für das Modell mit den Anträgen der Teilorganisationen und Referate signifikant. In diesem Sinne ist die Evidenz für Hypothese 5a nur sehr schwach.⁴⁶

⁴⁶ Es wäre auch möglich, dass der dargestellte Effekt nicht nur bei „Verlustparteitagen“ eintritt, sondern bei allen Parteitagen, welche vergleichsweise kurz nach einer Wahl stattfanden. Dies ist allerdings nicht der Fall. Entsprechende (hier nicht dargestellte) Modelle ergaben teilweise einen Zusammenhang in die andere Richtung, d.h. dass die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Antragsannahme bei Parteitagen nach einer Wahl geringer ist als in den restlichen Fällen. Zudem sind diese Ergebnisse nicht signifikant. Deutliche Auswirkungen auf die Behandlung der Anträge hatte allerdings – wie an anderer Stelle schon erwähnt – die

Tab. 5.16: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten zur Annahmeempfehlung von Anträgen, welche nach dem Wechsel der Partei in die Opposition oder von der Alleinregierung zur Koalition eingebracht wurden im Vergleich zu den zwei davor- und danachliegenden Parteitag (SPÖ-Parteitage 1963-1970, 1981-1987, 1997-2004)

Alle Anträge, außer jenen der Parteiführung						
	margins	95%-Conf.Interval		change	p	N
Amtsverlust	0.4337252	0.3570456	0.5104048	0.159	0	1107
kein Amtsverlust	0.2742484	0.2436452	0.3048515			
Anträge der Landesorganisationen						
	margins	95%-Conf.Interval		change	p	N
Amtsverlust	0.2826648	0.0341778	0.5311517	-0.086	0.542	87
kein Amtsverlust	0.3685239	0.2656764	0.4713715			
Anträge der Bezirksorganisationen						
	margins	95%-Conf.Interval		change	p	N
Amtsverlust	0.3482408	0.1265179	0.2131022	0.178	0.009	434
kein Amtsverlust	0.1698101	0.2337618	0.4627199			
Anträge der Teilorganisationen und Referate						
	margins	95%-Conf.Interval		change	p	N
Amtsverlust	0.5534986	0.4309871	0.67601	0.224	0.002	474
kein Amtsverlust	0.329749	0.2815417	0.3779564			

Mit einer Veränderung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten einer Empfehlung zur Antragsannahme von 0.16 bis 0.22 von einem „Amtsverlust-Parteitag“ zu den beiden davor und danach stattfindenden Parteitagen sind die Effekte eines Amtsverlustes dagegen für alle Modelle außer jenem der Anträge der Landesparteiorganisationen deutlich größer und zudem auf 99%-Niveau signifikant (s. Tab. 5.16). Hypothese 5b kann daher weitgehend bestätigt werden, allerdings mit Verweis auf die niedrigere Fallzahl dieser Modelle.

Den gemessenen Effekt auf erhöhte Annahmeraten der Anträge in den Oppositionsjahren zurückzuführen (vgl. Hypothese 3), greift hierbei zu kurz. Um eine derartige Kollinearität zu verhindern, wurden schließlich neben den zwei vor einem Amtsverlust liegenden Parteitagen auch zwei Parteitage als Referenzgruppen miteinbezogen, welche nach dem Amtsverlust liegen – während welchen die SPÖ somit ebenso entweder Koalitions- oder Oppositionspartei war. Hier nicht dargestellte separat errechnete Modelle für die Parteitage der Oppositions-, bzw. Koalitionsjahre ergeben zudem für beide Kategorien positive Zusammenhänge zwischen den Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme und dem Amtsverlust.

5.2.3 Die Behandlung der Anträge in Hinblick auf ihre Themen – Hypothesen 4a und 4b

Die Hypothesen 4a und 4b gehen von einer geringeren Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Annahme eines Antrages aus, wenn ein Antrag ein Kernthema oder ein neues Thema behandelt.

Inszenierung der Parteitage 2002 und 2006 rund ein Monat vor der Wahl: Auf diesen Parteitagen wurden pauschal alle Anträge an den Bundesparteivorstand zugewiesen.

Hierbei wurden die Kernthemen der SPÖ einerseits anhand von Umfrageergebnissen operationalisiert und andererseits anhand von vier Themengruppen, welche intuitiv als sozialdemokratische Kernthemen definiert wurden. Diese sind: Wohlfahrtsstaat und Wirtschaft, Antifaschismus, Bildung und Frauenrechte bzw. Gleichberechtigung der Geschlechter (s. Kap. 4.2.4).

Die Operationalisierung der Kernthemen nach Umfrageergebnissen bestätigt zunächst die aufgestellte Hypothese. Anträge, welche sich mit Themen befassen, bei denen die SPÖ gemäß Umfragen über eine hohe Problemlösungskompetenz verfügt, werden seltener zur Annahme empfohlen (s. Tab. 5.17). Allerdings ist dieses Ergebnis nur für drei der sechs errechneten Modelle auf konventionellem Niveau signifikant – nämlich für jenes Modell, welches alle Anträge außer denen der Parteiführung für den gesamten Zeitraum beinhaltet, jenes mit den Anträgen der Teilorganisationen und Referate für den gesamten Zeitraum und jenes, welches nur Anträge berücksichtigt, welche nach 1986 eingebracht wurden.

Für die intuitiv definierten Kernthemen besteht dagegen eine größere Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Antragsannahme, unabhängig von der Art der antragstellenden Organisation, oder ob der Antrag vor oder nach 1986 eingebracht wurde. Dieses Ergebnis ist allerdings nur für ein Modell auf 99%-Niveau signifikant, nämlich jenes mit der größten Fallzahl, welches alle Anträge abseits der Anträge der Parteiführung für den gesamten Untersuchungszeitraum von 1945 bis 2014 beinhaltet.

Hypothese 4b scheint dagegen nur auf die Anträge der territorialen Organisationen zuzutreffen. Gleichzeitig kann allerdings nur in einem Modell (welches die Hypothese nicht bestätigt) davon ausgegangen werden, dass dieses Ergebnis mit 95%-iger Wahrscheinlichkeit nicht zufällig gefunden wurde. Da die Anzahl der Anträge zu neuen Themen mit rund 130 gegenüber mehr als 3000 Anträgen mit „alten“ Themen äußerst klein ist, erscheint es kaum möglich, die Hypothese hiermit zu bestätigen oder zu widerlegen.⁴⁷

⁴⁷ Hier wurde eine Variable getestet, welche „neue“ Themen anhand ihrer Häufigkeitsverteilung im Zeitverlauf innerhalb der vorgenommenen Themencodierung definiert. Die Fallzahl der ursprünglichen Definition von „neuen“ Themen mittels Literatur liegt noch weit unter derjenigen in dieser Operationalisierung. Modelle, welche mit dieser Variable berechnet wurden, sind nicht signifikant. Es kann somit nicht in genuin neue Themen und Weiterentwicklungen von alten Themen im Sinne von Carmines und Stimson (1993, 154) unterschieden werden.

Tab. 5.17 Wahrscheinlichkeit zur Annahmeermpfehlung von Anträgen mit Kernthemen und neuen Themen, Logit-Koeffizienten (SPÖ-Parteitage 1945-2014, bzw. 1945-1986 (Modell 5) und 1986-2014 (Modell 6); besprochene Variablen hervorgehoben)

VARIABLES	(1) Modell 1	(2) Modell 2	(3) Modell 3	(4) Modell 4	(5) Modell 5	(6) Modell 6
effective N of parties	0.750*** (0.0980)	0.965*** (0.332)	0.639*** (0.186)	0.822*** (0.145)	0.609 (0.574)	0.962*** (0.160)
Koalitionsbet. (kleinere Partei)	0.223 (0.143)	-0.107 (0.825)	0.0920 (0.228)	0.504** (0.243)	0.139 (0.211)	
Koalitionsbet. (größere Partei)	-0.394*** (0.141)	-1.600*** (0.567)	-0.303 (0.235)	-0.511** (0.209)	-0.155 (0.189)	-0.556 (0.342)
Kernthemen (Umfragen)	-0.266* (0.140)	-0.0671 (0.355)	-0.156 (0.291)	-0.494** (0.200)	0.143 (0.401)	-0.361** (0.160)
Kernthemen (intuitiv)	0.263*** (0.0885)	0.0536 (0.267)	0.194 (0.147)	0.257* (0.137)	0.218* (0.117)	0.314** (0.138)
neue Themen	0.184 (0.217)	-0.602 (0.868)	-0.143 (0.389)	0.671** (0.313)	-0.0157 (0.311)	0.399 (0.311)
Stimmenverluste	0.273** (0.133)	0.139 (0.365)	-0.0273 (0.238)	0.293 (0.207)	0.669** (0.266)	0.0184 (0.185)
Amtsverluste	0.599*** (0.195)	1.035 (0.719)	0.654** (0.327)	0.843*** (0.303)	-0.135 (0.338)	1.529*** (0.424)
Anzahl Anträge pro Parteitag	1.23e-05 (0.00107)	0.00921** (0.00427)	-0.00276 (0.00192)	0.00138 (0.00156)	-0.000296 (0.00178)	0.00263 (0.00189)
Constant	-2.856*** (0.344)	-4.243*** (1.317)	-2.381*** (0.600)	-3.027*** (0.513)	-2.459** (1.229)	-3.818*** (0.599)
Observations	2,789	307	1,151	1,145	1,525	1,264

Standard errors in parentheses

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

- (1) Modell beinhaltet alle Anträge, welche nicht von der Parteiführung eingebracht wurden, Zeitraum 1945-2014
- (2) Modell beinhaltet alle Anträge, welche von Landesparteiorganisationen gestellt wurden, Zeitraum 1945-2014
- (3) Modell beinhaltet alle Anträge, welche von Bezirksorganisationen gestellt wurden, Zeitraum 1945-2014
- (4) Modell beinhaltet alle Anträge, welche von Teilorganisationen oder Referaten gestellt wurden, Zeitraum 1945-2014
- (5) Modell beinhaltet alle Anträge, welche nicht von der Parteiführung eingebracht wurden, Zeitraum 1945-1986
- (6) Modell beinhaltet alle Anträge, welche nicht von der Parteiführung eingebracht wurden, Zeitraum 1986-2014

Eine differenziertere Betrachtung der Kernthemen offenbart, dass die Themen Wirtschaft und Wohlfahrtsstaat (mit rund 850 Anträgen bei weitem die am häufigsten vorkommende Kernthemenkategorie) kaum einen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit zur Annahmeermpfehlung haben. Anträge zu den Themen Frauenrechte oder Antifaschismus werden dagegen zumindest teilweise auf

signifikantem Niveau mit höherer Wahrscheinlichkeit zur Annahme empfohlen, für die Anträge zum Thema „Bildung“ trifft dies dagegen nur in Modell 1 zu.

Tab. 5.18: Wahrscheinlichkeit zur Annahmempfehlung von Anträgen mit den Themen Wirtschaft/Wohlfahrtsstaat, Frauenrechte/Gleichberechtigung, Bildung und Antifaschismus, Logit-Koeffizienten (SPÖ-Parteitage 1945-2014; besprochene Variablen hervorgehoben)

VARIABLES	(1) Modell 1	(2) Modell 2	(3) Modell 3	(4) Modell 4	(5) Modell 5	(6) Modell 6
effective N of parties	0.711*** (0.0965)	0.982*** (0.326)	0.628*** (0.185)	0.749*** (0.142)	0.734 (0.580)	0.893*** (0.159)
Koalitionsbet. (kleinere Partei)	0.266* (0.144)	-0.0702 (0.829)	0.119 (0.229)	0.541** (0.244)	0.138 (0.214)	
Koalitionsbet. (größere Partei)	-0.403*** (0.142)	-1.657*** (0.573)	-0.339 (0.235)	-0.525** (0.210)	-0.149 (0.187)	-0.457 (0.339)
Wirtschaft und Wohlfahrtsstaat	0.0697 (0.0952)	0.00290 (0.284)	0.0486 (0.152)	0.154 (0.149)	0.0790 (0.130)	0.0840 (0.142)
Frauenrechte	0.429** (0.187)	0.996* (0.509)	0.360 (0.488)	0.212 (0.234)	0.405 (0.292)	0.384 (0.249)
Bildung	0.214* (0.118)	0.125 (0.387)	-0.233 (0.270)	0.00992 (0.165)	0.221 (0.155)	0.196 (0.182)
Antifaschismus	0.602*** (0.179)	0.0714 (0.744)	0.739*** (0.277)	0.683** (0.286)	0.428* (0.228)	0.962*** (0.308)
neue Themen	0.177 (0.217)	-0.643 (0.869)	-0.223 (0.392)	0.679** (0.313)	-0.0205 (0.312)	0.404 (0.311)
Stimmenverluste	0.272** (0.134)	0.0577 (0.369)	-0.0437 (0.239)	0.318 (0.207)	0.700*** (0.268)	0.0395 (0.186)
Amtsverluste	0.619*** (0.196)	1.169 (0.726)	0.648** (0.329)	0.852*** (0.304)	-0.161 (0.339)	1.568*** (0.424)
Anzahl Anträge pro Parteitag	2.30e-05 (0.00108)	0.00917** (0.00429)	-0.00243 (0.00195)	0.000926 (0.00156)	-0.000309 (0.00180)	0.00211 (0.00188)
Constant	-2.768*** (0.341)	-4.294*** (1.302)	-2.358*** (0.602)	-2.792*** (0.502)	-2.728** (1.243)	- 3.657*** (0.601)
Observations	2,789	307	1,151	1,145	1,525	1,264

Standard errors in parentheses

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

- (1) Modell beinhaltet alle Anträge, welche nicht von der Parteiführung eingebracht wurden, Zeitraum 1945-2014
- (2) Modell beinhaltet alle Anträge, welche von Landesparteiorganisationen gestellt wurden, Zeitraum 1945-2014
- (3) Modell beinhaltet alle Anträge, welche von Bezirksorganisationen gestellt wurden, Zeitraum 1945-2014
- (4) Modell beinhaltet alle Anträge, welche von Teilorganisationen oder Referaten gestellt wurden, Zeitraum 1945-2014

Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme, sind dabei mit einem Wert von rund 0.62 für Anträge der Teilorganisationen und Referate, bzw. 0.59 für die Anträge der Bezirksorganisationen zum Themengebiet Antifaschismus nach 1986 gegenüber allen anderen Themengebieten am höchsten (Ergebnisse tabellarisch nicht dargestellt). Vor 1986 liegt die Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Annahme dagegen nur bei 0.37 (Anträge der Bezirksorganisationen) bzw. 0.42 (Anträge der Teilorganisationen).

Dies könnte darauf hindeuten, dass die formulierten Politikziele zu diesem Thema in den Jahren direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges für die Parteiführung potentiell kostspieliger waren, als in späteren Jahrzehnten. Insbesondere Forderungen auf Entfernung von Personen mit nationalsozialistischer oder austrofaschistischer Vergangenheit aus öffentlichen Ämtern hätten hierbei negative Auswirkungen auf die *office*-Ziele der Partei haben können – immerhin waren die angesprochenen Personen zumeist Mitglieder der (damals stimmenstärkeren) Koalitionspartnerin ÖVP (vgl. u.a. den Antrag „Scharf und Genossen“, welcher auf dem Parteitag 1947 abgelehnt wurde (PT SPÖ 1947, 250ff.)). Zwar dienten Anträge zum Thema „Antifaschismus“ auch nach 1986 oftmals der ideologischen Abgrenzung zu politischen Gegnern und beschäftigten sich mit der Frage nach deren Koalitions(un)fähigkeit (vgl. u.a. den auf dem Parteitag 2014 angenommenen Antrag, welcher sich gegen eine Koalition mit der FPÖ auf allen Ebenen ausspricht (SPÖ PT 2014, 360)), doch befindet sich die SPÖ als stimmenstärkste Partei im Nationalrat und mit vorhandenen Alternativen zur Koalitionsbildung (bislang noch) in einer anderen Position als in den ersten Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs.

Ein weiterer Grund für die höheren Annahmeraten der Anträge mit antifaschistischen Forderungen nach 1986 könnte zudem die inzwischen gestiegene Akzeptanz dieser Forderungen innerhalb, und vor allem außerhalb der SPÖ sein. Die Salienz dieses Themengebietes stieg innerparteilich allerdings scheinbar nicht, zumindest beträgt der Anteil an Anträgen hierzu unter allen policy-Anträgen vor 1986 6,11%, nach 1986 dagegen 4,23%.

Die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Annahme von Anträgen zum Thema Gleichberechtigung der Geschlechter bzw. Frauenrechten ist nach 1986 ebenso höher als vor diesem Zeitpunkt – allerdings stieg sie auf etwas niedrigerem Niveau als jene der Anträge mit antifaschistischen Themen: Während die Wahrscheinlichkeit hierzu für den Zeitraum vor 1986 für alle Anträge außer jenen der Parteiführung bei 0.38 liegt (Anträge der Bezirksorganisationen: 0.24, Anträge der Teilorganisationen und Referate: 0.41), steigt sie für den Zeitraum nach 1986 auf 0.44 (alle Anträge außer jenen der Parteiführung), bzw. 0.38 (A. der Bezirksorganisationen) und 0.43 (A. der Teilorganisationen und Referate). Gleichzeitig verdoppelte sich der Anteil an zu diesem Thema gestellten Anträgen von 3,5% vor 1986 auf 6,61% nach 1986 beinahe.

Des Weiteren verbreiterte sich das Themenspektrum der Anträge über die Jahrzehnte ein bisschen: Während der Anteil der Kernthemen an allen gestellten policy-Anträgen zwischen 1945 und 1955 noch 58% betrug und 1956-1965 sogar beinahe 70%, sank er danach bis 2014 auf rund 44%.

5.2.4 Die Behandlung der Anträge in Hinblick auf die antragstellenden Organisationen – Hypothesen 6a, 6b und 7

Territoriale Organisationen

Gemäß Hypothese 6a sollten die Anträge von Organisationen aus Bezirken und Bundesländern mit hohem Stimmenanteil am SPÖ-Gesamtergebnis bei Nationalratswahlen mit größerer Wahrscheinlichkeit angenommen werden als Anträge aus Bezirken und Bundesländern, in welchen die SPÖ nur wenige WählerInnenstimmen erhält.

Ein Blick auf die Koeffizienten und vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der entsprechenden Modelle scheint dies zu bestätigen: Je größer der Stimmenanteil eines Bezirkes, desto größer die Wahrscheinlichkeit auf Antragsannahme. Während dieses Ergebnis für die Anträge der Bezirksorganisationen hinsichtlich der Stimmenanteile der politischen Bezirke auf 0.99%-Niveau signifikant ist (Modell 1 in Tab. 5.19), scheint die „Stimmenstärke“ eines Bundeslandes dagegen für den Erfolg eines Antrages weniger von Bedeutung zu sein. Zwar besteht auch hier ein positiver Zusammenhang, doch sind die entsprechenden Koeffizienten eher klein und zudem sowohl für das Modell mit den Anträgen der Bezirksorganisationen (Modell 1 in Tab. 5.19), als auch für jenes mit den Anträgen der Landesorganisationen (Modell 2 in Tab. 5.19) nicht signifikant.

Tab. 5.19: Wahrscheinlichkeit auf Annahmempfehlung eines Antrags nach „WählerInnenanteilen“ der antragstellenden Bezirks- und Landesorganisation, Logit-Koeffizienten (SPÖ-Parteitage 1945-2014; besprochene Variablen hervorgehoben)

VARIABLES	(1) Modell 1	(2) Modell 2
effective N of parties	0.733*** (0.191)	0.913*** (0.330)
Koalitionsbet. (kleinere Partei)	0.161 (0.231)	-0.104 (0.843)
Koalitionsbet. (größere Partei)	-0.399* (0.237)	-1.680*** (0.588)
Kernthemen	0.164 (0.144)	0.0311 (0.255)
neue Themen	-0.156 (0.391)	-0.630 (0.872)
Stimmenverluste	-0.0958 (0.242)	0.431 (0.406)
Amtsverluste	0.705** (0.331)	0.818 (0.739)
Anzahl Anträge pro Parteitag	-0.00172 (0.00199)	0.00885** (0.00441)
Stimmenanteile Bezirke	0.237*** (0.0884)	
Stimmenanteile Länder	0.00980 (0.0100)	0.0346 (0.0229)

Constant	-3.215*** (0.708)	-4.602*** (1.376)
Observations	1,138	307

Standard errors in parentheses
*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

- (1) Modell beinhaltet alle Anträge, welche von Bezirksorganisationen eingebracht wurden
- (2) Modell beinhaltet alle Anträge, welche von Landesorganisationen eingebracht wurden

Die Herkunft eines Antrages aus einer stimmenstarken Bezirksorganisation ist für die Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Antragsannahme somit von größerer Bedeutung, als die Herkunft aus einem stimmenstarken Bundesland: Während die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für das Modell mit den Stimmenanteilen nach politischen Bezirken von 0.20 für Anträge aus den „schwächsten“ Bezirken auf 0.44 für die Anträge der „stärksten“ Bezirke steigt, verändert sich die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit für die Anträge der Bezirksorganisationen gemäß ihrer Stimmenanteile nach Bundesländerergebnissen nur von 0.21 zu 0.27. Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der Anträge der Landesorganisationen steigen dagegen ebenso von 0.24 auf 0.44 – allerdings ist dieses Ergebnis, wie schon erwähnt, nicht signifikant.

Abb. 5.17 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten zur Annahmeempfehlung von Anträgen der SPÖ-Bezirksorganisationen gemäß den Stimmenanteilen der Bezirke am SPÖ-Gesamtergebnis bei Nationalratswahlen (links) und gemäß den Stimmenanteilen ihrer Bundesländer am SPÖ-Gesamtergebnis bei Nationalratswahlen (rechts) (SPÖ-Parteitage 1945-2014 (Modell 1; N= 1138))

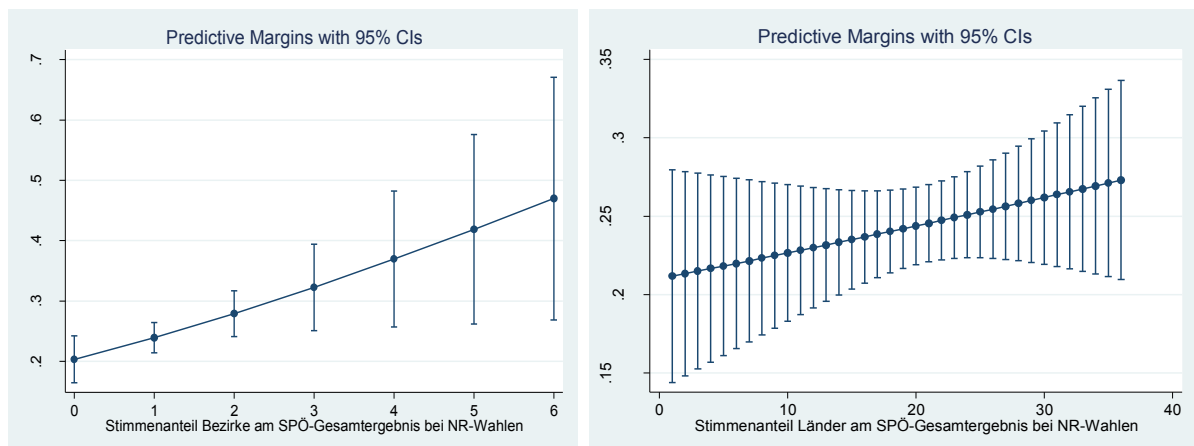
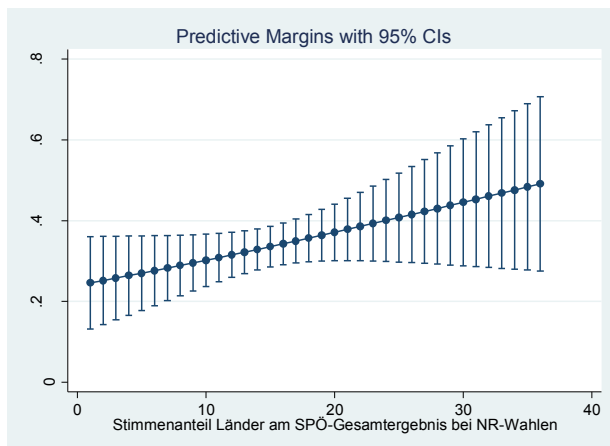


Abb. 5.18 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten zur Annahmeempfehlung von Anträgen der SPÖ-Landesorganisationen gemäß den Stimmenanteilen der Bundesländer am SPÖ-Gesamtergebnis bei Nationalratswahlen (SPÖ-Parteitage 1945-2014 (Modell 2; N= 307))



Eine Betrachtung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten in 20-Jahres-Schritten offenbart dagegen, dass die Stärke des Zusammenhangs zwischen Stimmenanteilen und Wahrscheinlichkeit zur Annahmeempfehlung im Zeitverlauf variiert: Vor 1966 wurden die Anträge der stimmenstärksten Bezirksorganisationen mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.41 zur Annahme empfohlen. Zwischen 1966 und 1985 stieg dieser Wert sogar auf 0.72, um dann auf 0.47 zu sinken. Die Logit-Koeffizienten sind allerdings nur für den Zeitraum von 1966-1985 signifikant.

Tab. 5.20: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten und Logit-Koeffizienten für die Empfehlung von Anträgen der Bezirksorganisationen zur Annahme gemäß der Stimmenanteile der Bezirke am SPÖ-Gesamtergebnis bei Nationalratswahlen im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (Modell 1)

1945-1965

	margins	95%-Conf.Interval (margins)		Koef.	p (Koef.)	N
schwächster Bezirk	0.2675586	0.1838408	0.3512764	0.110	0.544	328
stärkster Bezirk	0.411662	-0.0109896	0.8343137			

1966-1985

	margins	95%-Conf.Interval (margins)		Koef.	p (Koef.)	N
schwächster Bezirk	0.1233924	0.0778657	0.1689191	0.530	0	470
stärkster Bezirk	0.7194544	0.4931521	0.9457568			

1986-2014

	margins	95%-Conf.Interval (margins)		Koef.	p (Koef.)	N
schwächster Bezirk	0.2059699	0.1359144	0.2760255	0.228	0.227	340
stärkster Bezirk	0.4705914	0.0590952	0.8820875			

Die nichtsignifikanten und niedrigen Koeffizienten der Bundesländer-Variablen legen nahe, dass das Herkunftsbundesland eines Antrages entweder tatsächlich nicht von Bedeutung ist, oder aber das innerparteiliche Gewicht eines Bundeslandes durch die gewählte Operationalisierung nur unzureichend abgebildet wird. Daher wurde auch getestet, ob die Anträge aus Bundesländern, welche von Landeshauptleuten der SPÖ regiert werden, häufiger zur Annahme empfohlen werden. Dies lässt sich bestätigen, allerdings ist der betreffende Koeffizient auch hier nur für das Modell mit den Anträgen der Bezirksorganisationen auf 90%-Niveau signifikant (Modell 2 in Tab. 5.21), nicht aber

für jenes mit den Anträgen der Landesorganisationen (Modell 1 in Tab. 5.21). Modelle, die jene Bundesländer als Parteihochburgen definierten, welche 10 Jahre oder länger von der SPÖ regiert wurden, führten zu ähnlichen Ergebnissen (s. Modell 3 (Anträge der Landesorganisationen) und Modell 4 (Anträge der Bezirksorganisationen) in Tab. 5.21).

Tab. 5.21: Wahrscheinlichkeit zur Annahmeempfehlung von Anträgen aus SPÖ-geführten Bundesländern, Logit-Koeffizienten (SPÖ-Parteitage 1945-2014; besprochene Variablen hervorgehoben)

VARIABLES	(1) Modell 1	(2) Modell 2	(3) Modell 3	(4) Modell 4
eff. N of parties	0.488** (0.233)	0.675*** (0.176)	0.499** (0.248)	0.680*** (0.178)
Koalitionsbeteiligung (kleinere Partei)	-1.425* (0.826)	0.310* (0.179)	-1.441* (0.829)	0.357** (0.180)
Koalitionsbeteiligung (größere Partei)	-0.888** (0.406)	-0.437** (0.198)	-0.938** (0.417)	-0.420** (0.198)
Kernthemen	0.0315 (0.256)	0.174 (0.143)	0.0217 (0.264)	0.140 (0.144)
neue Themen	-0.603 (0.856)	-0.140 (0.390)	-0.457 (0.888)	-0.103 (0.392)
Stimmenverluste	0.618* (0.334)	-0.176 (0.229)	0.664* (0.341)	-0.204 (0.229)
Amtsverluste	0.371 (0.629)	0.855*** (0.300)	0.366 (0.638)	0.851*** (0.303)
SPÖ-Landeshauptleute	0.368 (0.290)	0.270* (0.142)		
SPÖ-Landeshauptleute (mehr als 10 Jahre)			0.406 (0.310)	0.332** (0.142)
Constant	-1.941*** (0.639)	-2.999*** (0.446)	-1.977*** (0.676)	-3.027*** (0.450)
Observations	301	1,149	288	1,140

Standard errors in parentheses

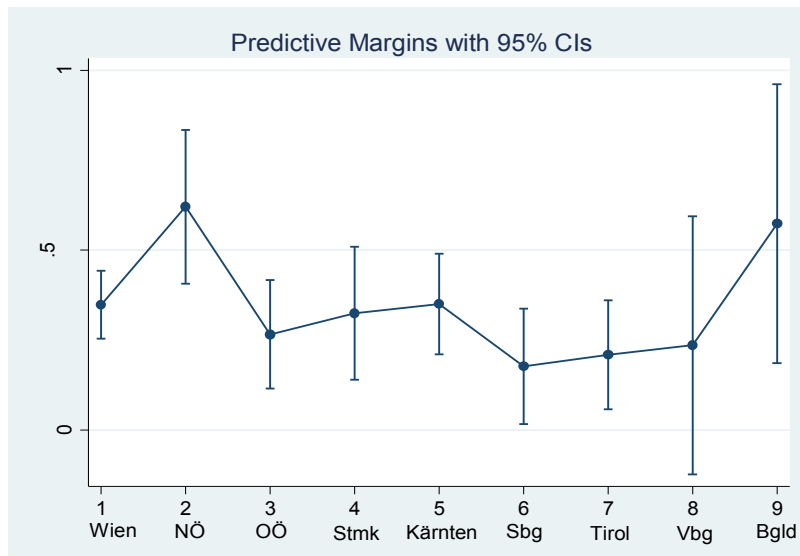
*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

(1) und (3) beinhalten alle Anträge, welche von Landesorganisationen eingebracht wurden

(2) und (4) beinhalten alle Anträge, welche von Bezirksorganisationen eingebracht wurden

Eine genauere Betrachtung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme der einzelnen Bundesländer offenbart zudem, dass die weit verbreitete These von der Dominanz der Wiener Landesorganisation gegenüber der „Provinz“ zumindest hinsichtlich der Behandlung der Anträge auf den Parteitagen nicht oder nur eingeschränkt zutrifft (s. Abb. 5.19).

Abb. 5.19 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme von Anträgen der Landesorganisationen (SPÖ-Parteitage 1945-2014; N= 307)



Mit der Organisationsreform des Jahres 1967 verlor die Wiener Landesorganisation, welche bis dahin unbestritten die dominante Faktion innerhalb der Partei darstellte, an Einfluss (vgl. Müller 1997a, 298).

Aufgrund niedriger Fallzahlen ist es leider nicht möglich, die Auswirkungen dieser Statutenänderungen auf die Annahmeraten der Anträge der Landesorganisationen zu untersuchen.⁴⁸ Ein Vergleich der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für die Anträge der Bezirksorganisationen der einzelnen Bundesländer vor und nach 1967 zeigt allerdings, dass der Anteil an Empfehlungen zur Antragsannahme für Wiener Anträge vor 1967 gegenüber den anderen Bundesländern sogar niedriger war, nach 1967 dagegen über jenen der anderen Bundesländer lag (s. Abb. 5.20 und Abb. 5.21). Da mit der Analyse der Behandlung der Anträge auf den Parteitage das Verhältnis der AktivistInnen zur Parteiführung gemessen wird und nicht jenes zwischen den Faktionen innerhalb der Parteiführung – Machtkämpfe dieser Art werden SPÖ-intern schließlich nicht öffentlich auf Parteitage mittels Anträgen ausgetragen –, widerlegt oder bestätigt dieses Ergebnis allerdings nichts.

⁴⁸ Dass vor 1967 faktisch nur von der Wiener Landesorganisation Anträge eingebracht wurden (allerdings auch sehr wenige), ist allerdings an sich schon ein Indiz für die innerparteiliche Bedeutung dieser Landesorganisation, wie auch für die vergleichsweise geringe Bedeutung der Landesorganisationen vor 1967 verglichen mit der Bundesebene und den Bezirksorganisationen innerhalb der SPÖ.

Abb. 5.20 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme von Anträgen der Bezirksorganisationen nach Bundesländern (SPÖ-Parteitage 1945-1965; N= 322)

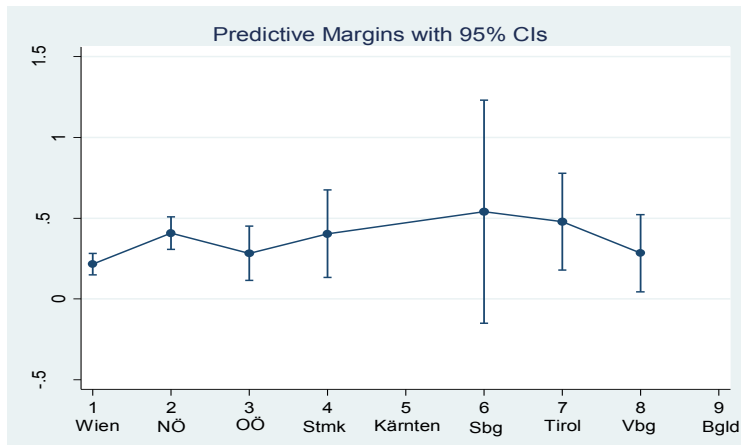
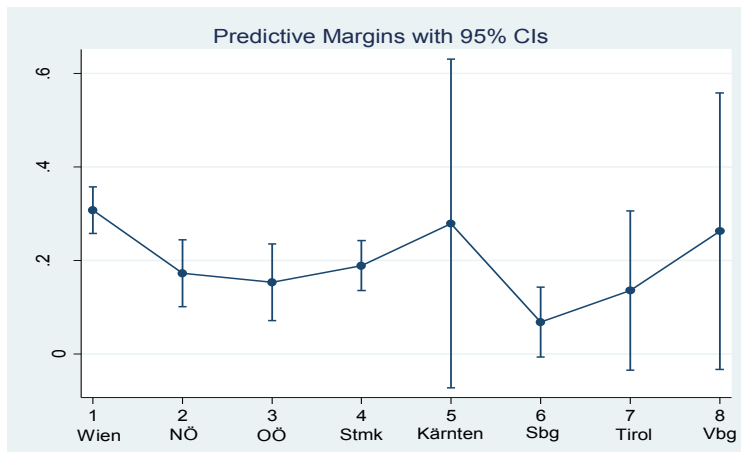


Abb. 5.21 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme von Anträgen der Bezirksorganisationen nach Bundesländern (SPÖ-Parteitage 1967-2014; N= 819)



Teilorganisationen und Referate

Wie schon in Kapitel 4.2.6 dargelegt, ist die Festlegung des „Stimmengewichts“ der Teilorganisationen und Referate etwas schwieriger als für die territorialen Organisationen. Aus den dort dargelegten Gründen, wie auch aufgrund der Datenlage wurden somit nur die Anträge von vier Organisationen – nämlich jene von FSG, SPÖ-Bauern, Sozialdemokratischem Wirtschaftsverband und des Pensionistenverbands – gemäß der Anteile der sozioökonomischen Gruppen unter den SPÖ-WählerInnen, die sie vertreten, „gewichtet“. Die Analyse der Behandlung der Anträge der übrigen Teilorganisationen und Referate kann dagegen nur anhand von Dummy-Variablen und ex post-Interpretationen erfolgen.

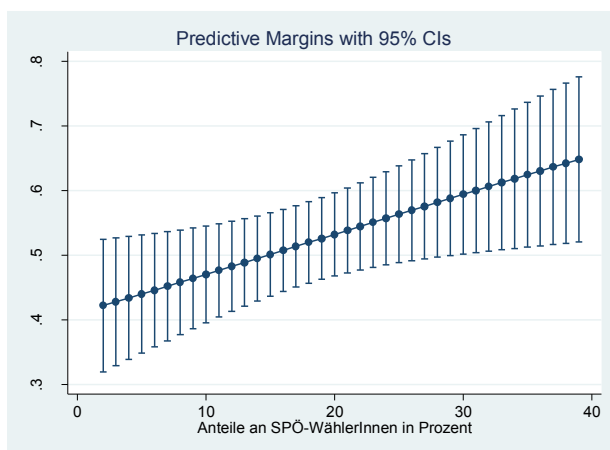
1. Behandlung der Anträge von Organisationen, welche ihre Mitglieder aufgrund von sozioökonomischen Gesichtspunkten vertreten

Hierbei wurden die folgenden Organisationen zusammengefasst: Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter/Innen (FSG), Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband, SPÖ-Bauern, Bund

sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA), Verband sozialistischer Student_innen Österreichs (VSSTÖ) und Pensionistenverband Österreichs (PVÖ).

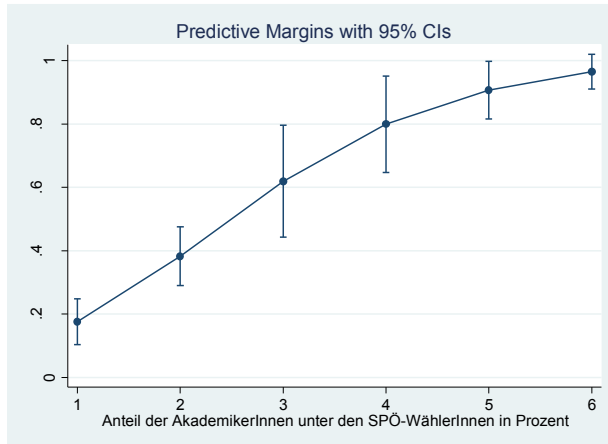
Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten zur oben angesprochenen Variable, welche die Anteile jener Gruppen unter allen SPÖ-WählerInnen berücksichtigt, die sich aufgrund ihrer sozioökonomischen Merkmale durch FSG, SPÖ-Bauern, Wirtschaftsverband und Pensionistenverband vertreten fühlen sollten, scheinen die Hypothese 6b zu bestätigen: Mit den Stimmenanteilen steigt die Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Annahme eines Antrages. Zudem ist der entsprechende Logit-Koeffizient auf 0,95%-Niveau signifikant.

Abb. 5.22 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme für die Anträge von FSG, SPÖ-Bauern, Sozialdemokratischem Wirtschaftsverband und Pensionistenverband gemäß ihrer „Stimmenanteile“ unter den SPÖ-WählerInnen nach sozioökonomischen Merkmalen, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 211)



Gleiches gilt auch für den steigenden Anteil an AkademikerInnen unter den SPÖ-WählerInnen und den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme der Anträge des BSA und des VSSTÖ. Da der Anteil an AkademikerInnen unter den SPÖ-WählerInnen seit den 1970er Jahren allerdings kontinuierlich anstieg und die Annahmeraten in den vergangenen beiden Jahrzehnten für alle Anträge höher lag als in früheren Jahrzehnten, ist dieses Ergebnis allerdings nicht allzu aussagekräftig.

Abb. 5.23 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme für die Anträge des BSA und VSSTÖ gemäß dem AkademikerInnenanteil unter den SPÖ-WählerInnen, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 177)



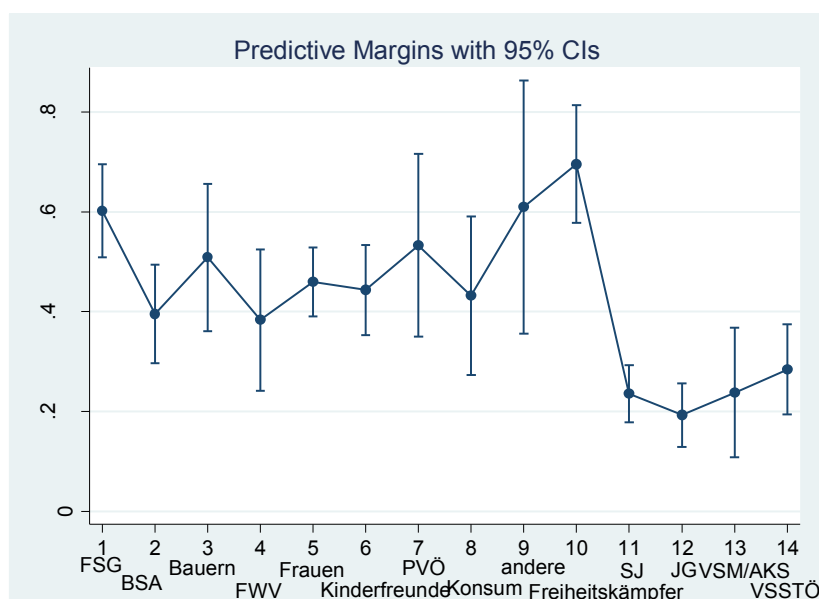
Eine Betrachtung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten zur Empfehlung auf Antragsannahme für die einzelnen Teilorganisationen und Referate unabhängig von ihren potentiellen Stimmenanteilen zeigt unter anderem einen erstaunlich hohen (allerdings nicht signifikanten) Wert für die Annahmempfehlung der Anträge der SPÖ-Bauern, welcher mit 0.51 vergleichsweise knapp unter jenem der FSG (0.60) liegt. Dies kann unmöglich auf den Anteil der rund 1-5% an LandwirtInnen unter den SPÖ-WählerInnen zurückgeführt werden.

Da diese Organisation mit nur 41 Anträgen im gesamten Untersuchungszeitraum eher wenige Anträge stellte, ist anzunehmen, dass die Anzahl an AktivistInnen, welche sich durch policy-Ziele „entlohnen“ lässt, innerhalb dieser Organisation nicht allzu groß ist, was wiederum ein Indiz dafür sein könnte, dass die gestellten Anträge eher wenig kontroverse Themen behandelten – oder aber eine Annahme bei gleichzeitiger Nichtumsetzung der formulierten Ziele aufgrund der innerparteilichen Bedeutungslosigkeit der Organisation mit keinen nennenswerten Kosten verbunden ist.

Tab. 5.22: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten samt 95%-Konfidenzintervall, Signifikanzniveau des Logit-Koeffizienten und Anzahl der berücksichtigten Anträge (SPÖ-Parteitage 1945-2014)

	margins	95%-Conf.Interval (margins)		p (Koeff.)	N	N (Teilorg.)
FSG	0.6018892	0.5085123	0.6952661		1146	104
BSA	0.3953773	0.2970876	0.4936671	0.004		105
SPÖ-Bauern	0.5085086	0.3612636	0.6557536	0.294		45
Freie Wirtschaft	0.3832355	0.2419164	0.5245547	0.014		50
Frauenorg.	0.45973	0.3902929	0.5291671	0.019		237
Kinderfreunde	0.4434214	0.353333	0.5335099	0.020		124
SJ	0.2356302	0.1780043	0.2932561	0.000		216
JG	0.1930925	0.1294591	0.2567258	0.000		162
AKS	0.2380802	0.1079758	0.3681845	0.000		39
VSSTÖ	0.2845176	0.1944512	0.374584	0.000		99
PVÖ	0.5331596	0.3497802	0.716539	0.512		46
Freiheitskämpfer	0.6957566	0.5780176	0.8134955	0.233		54
Konsum	0.4322649	0.2735362	0.5909936	0.076		40
andere	0.6096806	0.3564255	0.8629356	0.955		24

Abb. 5.24 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme der Anträge nach Teilorganisationen und Referaten mit 95 %-Konfidenzintervall (SPÖ-Parteitage 1945-2014; N= 1146)



2. *Behandlung der Anträge von Organisationen, welche ihre Mitglieder aufgrund von demographischen Gesichtspunkten vertreten*

Unter dieser Kategorie werden hier die Anträge der Frauenorganisationen (Bundes- und Landesfrauenvorstände/SPÖ-Frauen), der Jugendorganisationen (Kinderfreunde, Sozialistische Jugend (SJ), Junge Generation (JG)) und des Pensionistenverbands (PVÖ) untersucht. Des weiteren wurden zu den schon genannten Jugendorganisationen auch die Aktion Kritischer SchülerInnen (AKS) und der

Verband Sozialistischer Student_innen (VSSTÖ) hinzugezählt, da sie für die Partei ebenso eine Funktion als Nachwuchsorganisationen haben.

Wie in Kapitel 4.2.6 näher ausgeführt, wurden zum „Stimmengewicht“ der Frauenorganisationen keine Erwartungen formuliert. Der Anteil an Annahmeerempfehlungen für die Anträge der Jugendorganisationen sollte gemäß der alternden SPÖ-WählerInnenstruktur dagegen ab den 1980 Jahren abnehmen, jener für die Anträge des Pensionistenverbands steigen.

Während die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit für die Empfehlung auf Annahme der Anträge des Pensionistenverbandes nach 1980 mit 0.66 fast doppelt so hoch ist, wie für den Zeitraum vor 1980 (hier beträgt er 0.37), änderten sie sich für die Anträge der Jugendorganisationen nur auf niedrigem Niveau (Werte von 0.20 bis 0.29). Die Logit-Koeffizienten für die Anträge des Pensionistenverbandes sind allerdings auf keinem konventionellen Niveau signifikant. Für die Anträge der Frauenorganisationen sank die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit auf Annahmeerempfehlung, und zwar von 0.58 vor 1980 auf 0.43 nach diesem Zeitpunkt.

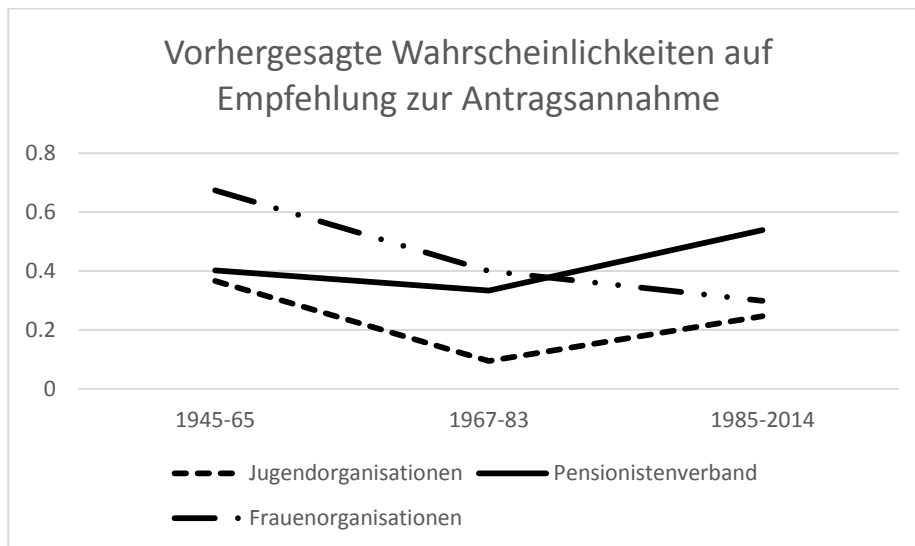
Aufgrund der niedrigen Fallzahlen an Anträgen mancher Organisationen ist eine sinnvolle Analyse der Wahrscheinlichkeiten aller Teilorganisationen auf Annahmeerempfehlung unterteilt in Jahrzehnte leider nicht möglich. Es wurden daher verkürzte Modelle nach drei Phasen errechnet, welche nur die Anträge der Frauenorganisationen, des Pensionistenverbands und aller Jugendorganisationen zusammengefasst enthalten.

Hierbei wird einerseits ersichtlich, dass der Tiefpunkt für die Annahmeraten der Anträge der Jugendorganisationen schon im Zeitraum von 1967 bis 1983 lag – also bevor Alter zu einer signifikanten Determinante zur Erklärung des Wahlverhaltens der ÖsterreicherInnen wurde. Das niedrige „WählerInnenstimmengewicht“ der Jugendorganisationen aufgrund von demographischen Merkmalen ist also keine hinreichende Erklärung für die vergleichsweise niedrigen Wahrscheinlichkeiten auf Annahmeerempfehlung für die Anträge dieser Organisationen. In Kapitel 4.6 wurden allerdings noch weitere Gründe für eine geringe Responsivität gegenüber den Forderungen der Nachwuchsorganisationen dargelegt, welche die hier präsentierten Ergebnisse bestätigen. Hypothese 7 kann damit verifiziert werden, Hypothese 6b für die Jugendorganisationen allerdings eher nicht.

Ebenso erscheint es plausibler, die gesunkenen Wahrscheinlichkeiten auf Annahmeerempfehlung der Anträge der Frauenorganisationen über die Jahrzehnte eher dem Inhalt der Anträge zuzuschreiben, als einem rückläufigen „Stimmengewicht“ der Frauen – insbesondere vor dem Hintergrund einer gestiegenen Salienz von „Frauen“-themen ab den 1970er Jahren. Hinsichtlich der Aussagen von Dohnal und Karlsson (1988, 140) zur geringen innerparteilichen Durchsetzungskraft des Frauenzentalkomitees in den 1940er und 1950er Jahren kann zudem auch die These wiederholt werden, welche schon in Hinblick auf die Annahmeraten der Anträge der SPÖ-Bauern formuliert wurde: Neben der eventuell geringen Umstrittenheit der Ziele, oder eher unspezifischen Forderungen

in den Anträgen könnte eine Annahme bei gleichzeitiger Nichtumsetzung aufgrund des fehlenden innerparteilichen Gewichts der SPÖ-Frauen in den 1940ern und 1950ern möglicherweise mit geringen Kosten für die Parteiführung verbunden gewesen sein.

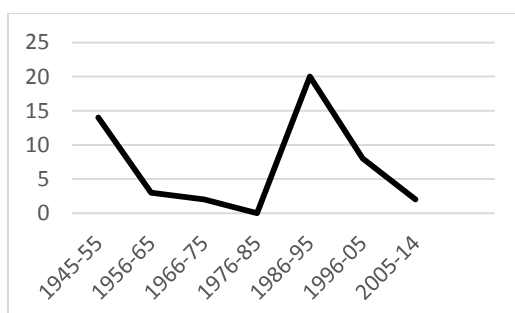
Abb. 5.25 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme von Anträgen der SPÖ-Jugendorganisationen, Frauenorganisationen und des Pensionistenverbands in drei Phasen (SPÖ-Parteitage 1945-2014; N= 119-705)



3. Die Anträge „klassischer“ Vorfeldorganisationen

Mit 49 Anträgen ist die Anzahl der Anträge von „klassischen“ Vorfeldorganisationen genauso hoch wie jene des Pensionistenverbandes. Hier wurden mehrere Organisationen mit teilweise beträchtlichen Mitgliederzahlen zu einer Kategorie zusammengefasst. Die erhobenen Daten bestätigen also die nahe liegende Vermutung, dass policies nicht unbedingt der Hauptmotivationsgrund für eine Mitgliedschaft in diesen Organisationen sind. Aufgrund der niedrigen Fallzahlen ist es nicht möglich, die Anträge der „klassischen“ Vorfeldorganisationen mittels logistischer Regression im Zeitverlauf zu analysieren. Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg beträgt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit auf Antragsannahme 0.43, was ungefähr den Werten der Kinderfreunde oder der Frauenorganisationen entspricht. Gleichzeitig ist der entsprechende Logit-Koeffizient allerdings auf keinem konventionellen Niveau signifikant.

Abb. 5.26 Anzahl der Anträge „klassischer“ Vorfeldorganisationen im Zeitverlauf (SPÖ-Parteitage 1945-2014; N= 49)



Die Annahme, dass die Anzahl der Anträge dieser Organisationen im Zeitverlauf stetig abnahm, lässt sich nicht bestätigen. Zwar brachten diese Organisationen im ersten Jahrzehnt des Untersuchungszeitraums in regelmäßigeren Abständen auf Parteitag Anträge ein – was eventuell darauf hindeutet, dass sie zu diesem Zeitpunkt noch enger an die Partei gebunden waren –, die höchste Anzahl an Anträgen wurde allerdings im Zeitraum von 1986-1995 gestellt. Den Höhepunkt stellte in dieser Hinsicht der Parteitag des Jahres 1995 dar, auf welchem die Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur (ASKÖ) und die Mietervereinigung insgesamt 11 Anträge einbrachten, während die „klassischen“ Vorfeldorganisationen auf den restlichen Parteitagen meist nur ein bis zwei Anträge einbrachten.

5.2.5 Zwischenresümee

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die aufgestellten Hypothesen durch die gesammelten Daten häufiger falsifiziert als bestätigt werden konnten. Im Sinne eines positivistischen Wissenschaftsverständnisses sollte dies allerdings nicht als Problem betrachtet werden (vgl. Albert 1992, 29).

Eine Analyse der Behandlung der Anträge im Zeitverlauf offenbart, dass die Annahmeraten nach 1995 gegenüber den früheren Jahrzehnten deutlich gestiegen sind. Die Hypothesen 1 und 2, welche voraussagten, dass aufgrund des Bedeutungsverlusts der AktivistInnen für die Parteiorganisation weniger Anträge angenommen werden, sind somit widerlegt. Eine Betrachtung der Häufigkeitsverteilungen der eingebrachten Anträge über die Jahrzehnte hinweg lädt allerdings dazu ein, nicht nur die Behandlung der Anträge auf den Parteitagen als strategische Entscheidung der Parteiführung zu verstehen, sondern auch die Anzahl der eingebrachten Anträge. Der sinkende Stellenwert der AktivistInnen für die Parteiorganisation manifestiert sich somit augenscheinlich in den niedrigeren Antragszahlen nach 1995.

Dass im Jahrzehnt vor 1995 abseits der „Programmparteitage“ 1958, 1978 und 1981, sowie den Bemühungen um die Organisationsreform 1976, die meisten Anträge pro Parteitag eingebracht wurden, ist eventuell dem Versuch geschuldet, das beginnende Wegbrechen der Mitgliederstöcke ab diesem Zeitpunkt mittels einer stärkeren Einbindung der AktivistInnen auf der policy-Ebene zu stoppen. So wurde auf dem Parteitag 1979 beispielsweise ein „Jahr der Parteiarbeit“ für 1980 beschlossen (vgl. Urban/Zeidner 1983, 171) und die Bemühungen um die Mitglieder scheinbar bis 1995 fortgesetzt. Wie Walter Urban und Eva Zeidner (1983, 166) schon Anfang der 1980er Jahre anmerkten, sind den Möglichkeiten der Parteiführung zur Einbindung breiter Mitgliederschichten mittels policies allerdings einerseits aus technischen Gründen Grenzen gesetzt – siehe die Rekordzahlen an eingebrachten Anträgen, welche den Aufrufen der Parteiführung zur Mitarbeit an einem neuen Partei- oder Teilprogramm (1958, 1978 und 1981) bzw. Statut (1976) folgten und welche auf den Parteitagen nicht abgestimmt wurden. Andererseits bedeutet eine stärkere Partizipation der

Mitglieder im Willensbildungsprozess bei einer derart umfangreichen Parteiorganisation wie jener der SPÖ auch, dass eine Reihe von nicht mehrheitsfähigen policy-Positionen abgelehnt werden müssten, was laut Urban und Zeidner (1983, 166) eine Austrittswelle nach sich ziehen würde und sich im hier analysierten Datenkorpus scheinbar in den niedrigeren Annahmeraten der Anträge im Zeitraum von 1976 bis 1995 manifestiert.

Hinzu kommt, dass die Handlungsfähigkeit der SPÖ ab Mitte der 1980er Jahre einerseits durch die Notwendigkeit zur Koalition mit der ÖVP eingeschränkt war und die Politik der Regierung andererseits wesentlich von der angespannten Budgetsituation und Wirtschaftslage bestimmt wurde (vgl. Müller et al. 2004, 171). Nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Umbrüche und schlechten Arbeitsmarktsituation wurden in diesem Zeitraum beispielsweise von steirischen Bezirksorganisationen zahlreiche Anträge eingebracht.

Obwohl eine stärkere Einbindung der Mitglieder mittels policies für eine Massenorganisation wie jene der SPÖ offensichtlich wenig zielführend ist und AktivistInnen für die Parteiorganisation zur Stimmenmaximierung über die Jahrzehnte hinweg auch an Bedeutung verloren haben, änderte die Partei allerdings auch nach 1995 zumindest formal wenig an der Praxis der (symbolischen) Teilnahme der „Basis“ am parteiinternen Willensbildungsprozess mittels Anträgen. Poguntke et al. (2016, 670) und Scarrow (2015, 19) legen nahe, neben der Funktionalität von Organisationsmodellen auch deren wahrgenommene Legitimität als Ursache für die Beibehaltung von derartigen Ritualen in Betracht zu ziehen.

In diesem Zusammenhang sind die hohen Annahmeraten der Anträge bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust der AktivistInnen nach 1995 vermutlich einem eingeschränkten Handlungsspielraum der Parteiführung zuzuschreiben, welcher zumindest eine symbolische Einbindung der „Basis“ in dem Maße notwendig machte, als neue Parteien auf dem Stimmen- und AktivistInnenmarkt „innerparteiliche Demokratie“ zum Wettbewerbsthema erhoben (Faucher 2015, 410). In diesem Sinne ergab die statistische Analyse einen signifikanten positiven Zusammenhang zwischen den Wahlerfolgen der Grünen, wie auch der steigenden *effective number of parties* und der Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Antragsannahme.

Eine Analyse der Bedeutung von kurzfristigeren Veränderungen auf die Behandlung der Anträge – beispielsweise von einem Parteitag zum nächsten, oder auch zwischen Legislaturperioden – führte zu gemischten Ergebnissen. Ob die SPÖ in einer Koalition regierte, alleine die Regierung stellte oder sich in Opposition befand, hatte Auswirkungen auf die Behandlung der Anträge: Während Koalitionsregierungen unter SPÖ-Führung sank die Wahrscheinlichkeit auf Antragsannahme merklich, allerdings ist dieses Ergebnis nicht für die Anträge aller Organisationstypen signifikant.

Der Effekt von Stimmenverlusten, welche nach Harmel und Janda (1994, 267) als *external shocks* definiert wurden, ist dagegen schwach bis nicht vorhanden. Amtsverluste – also der Gang in die

Opposition, wie auch ein Wechsel von der Alleinregierung zur Koalition – hat dagegen einen signifikanten positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit zur Empfehlung eines Antrages zur Annahme. Bemerkenswerterweise wurden somit nach einem derartigen *external shock* mehr Anträge zur Annahme empfohlen als sonst.

Die Hypothese von der geringeren Annahmewahrscheinlichkeit von Anträgen, welche sich mit Kernthemen der Partei beschäftigen, trifft auf jene Kernthemen zu, welche anhand vom Umfrageergebnissen definiert wurden, nicht aber auf die „intuitiven“ sozialdemokratischen Themen. Anträge, welche sich mit den Themen Wohlfahrtsstaat und Wirtschaft, Bildung, Gleichberechtigung bzw. Frauenrechten oder Antifaschismus befassten, wurden deutlich häufiger zur vollinhaltlichen Annahme empfohlen, als andere Anträge. Die größte Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Annahme hatten dabei Anträge, welche sich mit dem Thema Antifaschismus bzw. der Bekämpfung von Rechtsextremismus befassten, insbesondere nach 1980.

Anträge, welche neue Themen behandelten, wurden dagegen im Sinne der Hypothese 4b seltener angenommen, wenn sie von den territorialen Organisationen – also den Bezirks- und Landesorganisationen – eingebracht wurden, doch ist dieses Ergebnis nicht signifikant. Hinzu kommt, dass aufgrund der zu niedrigen Fallzahl von genuin neuen Themen – also von Themen die gemäß Literatur als neue Themen definiert wurden und keine Weiterentwicklungen von vorhandenen Themen sind – eine andere Operationalisierung vorgenommen wurde, als ursprünglich geplant. Der Begriff „neues Thema“ musste hier somit weiter gefasst werden. Alles in allem bestätigte sich Hypothese 4b nicht.

Die Hypothese, dass die Anträge von Organisationen, welche vermutlich im größeren Ausmaß zur Stimmenmaximierung beitragen, auch häufiger zur Annahme empfohlen werden, kann dagegen weitgehend bestätigt werden. Je größer der Stimmenanteil eines Bezirkes am Ergebnis der SPÖ bei einer Nationalratswahl, desto größer die Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Annahme. Ob sich ein Bezirk in einem stimmenstarken Bundesland befindet, ist dagegen weniger von Bedeutung. Anträge von stimmenstarken Landesorganisationen werden ebenfalls häufiger zur Annahme empfohlen, doch ist dieses Ergebnis nicht signifikant.

Die Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Annahme der Anträge jener Teilorganisationen und Referate, welche ihre Mitglieder aufgrund von sozioökonomischen Gesichtspunkten vertreten (also von FSG, SPÖ-Bauern, Sozialdemokratischem Wirtschaftsverband, Pensionistenverband, BSA und VSSTÖ) steigen ebenso mit dem potentiellen Stimmenanteil, welchen die entsprechenden Gruppen unter den SPÖ-WählerInnen laut Umfragen haben. Hinsichtlich des BSA und VSSTÖ ist dieses Ergebnis allerdings wenig belastbar, da der Anteil an AkademikerInnen unter den SPÖ-WählerInnen erst ab den späten 1980ern merkbar anstieg und somit erst in jenem Zeitraum mehr als zwei Prozent erreichte, als die Annahmeraten generell deutlich anstiegen.

Hinsichtlich der Vertretung der Mitglieder aufgrund von demographischen Merkmalen zeigte sich, dass die Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Annahme von Anträgen des Pensionistenverbands mit einer alternden WählerInnenschaft der Partei tatsächlich zunahm. Dieses Ergebnis ist allerdings nicht signifikant, was vermutlich auf die niedrige Anzahl an Anträgen des Pensionistenverbands zurückzuführen ist. Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Annahme der Anträge der Jugendorganisationen lagen dagegen im gesamten Untersuchungszeitraum deutlich unter jenen der anderen Teilorganisationen und Referate – womit Hypothese 7 bestätigt ist. Der Tiefpunkt wurde hierbei allerdings schon im Zeitraum zwischen 1967 und 1983 erreicht. Der Anteil an angenommenen Anträgen der Jugendorganisationen stieg somit zu jenem Zeitpunkt wieder, als (steigendes) Alter zur signifikanten Determinante für eine SPÖ-Präferenz bei Wahlen wurde. Die Abnahme an Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter den SPÖ-WählerInnen ist somit keine hinreichende Erklärung für die variierenden Wahrscheinlichkeiten auf Annahmeerempfehlung für die Anträge der Jugendorganisationen. Hinsichtlich der Anträge der Frauenorganisationen – für welche allerdings bewusst keine Erwartungen formuliert wurden – lässt sich beobachten, dass die Empfehlungen zur Annahme im Zeitverlauf abnahmen. Es liegt allerdings nahe, dies eher auf die in diesen Anträgen formulierten Forderungen zurückzuführen, als auf eine sinkende innerparteiliche Bedeutung der Frauen oder von „Frauen“themen innerhalb der SPÖ.

Wie nicht anders zu erwarten, ist die Bedeutung der „klassischen“ Vorfeldorganisationen bei der innerparteilichen Willensbildung mittels Anträgen dagegen überschaubar. Diese Art der Organisationen, welche teilweise immerhin äußerst hohe Mitgliederzahlen aufweisen, brachten im gesamten Zeitverlauf nur 49 Anträge ein, welche (allerdings ohne signifikant zu sein) vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Empfehlung zur Antragsannahme aufweisen, wie sie beispielsweise jenen der Kinderfreunde oder der Frauenorganisationen entsprechen.

Tab. 5.23: Zusammenfassung der Ergebnisse, SPÖ-Parteitage 1945-2014

	Alle Anträge		Landesorganisationen		Bezirksorganisationen		Teilorg. und Referate	
Hypothese	bestätigt	signifikant	bestätigt	signifikant	bestätigt	signifikant	bestätigt	signifikant
H1	x	✓	x	✓	x	x	x	✓
H2	x	✓	x	✓	x	x	x	x
H3 (1)	✓	x	✓	✓	✓	x	✓	x
H3 (2)	x	✓	✓	x	x	x	x	✓
H3 (3)	✓	✓	✓	✓	✓	x	✓	✓
H4a (1)	✓	✓	✓	x	✓	x	✓	✓
H4a (2)	x	✓	x	x	x	x	x	x
H4b	x	x	✓	x	✓	x	x	✓
H5a	x	✓	✓	x	x	x	x	✓
H5b	✓	✓	x	x	✓	✓	✓	✓
H6a	-	-	✓	x	✓	✓	-	-
H6b	-	-	-	-	-	-	✓ x	✓ x
H7	-	-	-	-	-	-	✓	✓

6. Conclusio

Die Frage, ob die Parteiführung die Behandlung der Anträge strategisch einsetzt, kann zumindest teilweise bejaht werden. Die Anträge von „stimmenstarken“ Organisationen werden häufiger zur vollinhaltlichen Annahme empfohlen, Koalitionsbeteiligungen und die Behandlung von Kernthemen der Partei führen zu weniger Annahmeempfehlungen, nach Amtsverlusten ist die Partei responsiver gegenüber den Forderungen ihrer Mitglieder. Gleichzeitig lässt sich allerdings nicht bestätigen, dass die Parteiführung mit weniger Empfehlungen zur Antragsannahme auf den zunehmenden Bedeutungsverlust der Mitglieder bei der Parteifinanzierung und Kommunikation mit den WählerInnen reagiert. Tatsächlich stieg der Anteil an zur Annahme empfohlenen Anträgen ab 1997 deutlich an, während die Anzahl an eingebrachten Anträgen zu diesem Zeitpunkt rapide abnahm.

Dies lässt zwei Schlüsse zu: a) Die Forschungsfrage muss verneint werden – die Parteiführung „entlohnt“ die AktivistInnen nicht mittels policies, oder b) die zu Beginn angestellte Kalkulation vom wahrgenommenen Nutzen der AktivistInnen stimmt nicht. Da bei der Behandlung der Anträge, wie auch hinsichtlich der Möglichkeiten zur Einbringung von Anträgen im Zeitverlauf deutliche Muster erkennbar sind, scheint eher b) zuzutreffen.

Im vorangegangenen Kapitel wurden mögliche Gründe für die variierende Wahrscheinlichkeit auf Empfehlung zur Antragsannahme bei variierenden Antragszahlen diskutiert. Es spricht manches dafür, sowohl die Anzahl an eingebrachten Anträgen, als auch die Behandlung der Anträge auf den Parteitag bis zu einem gewissen Grad als Entscheidungen der Parteiführung wahrzunehmen. Gleichzeitig kann die Parteiführung hierbei allerdings nur auf Entwicklungen in ihrer Umwelt reagieren (vgl. u.a. Harmel/Janda 1994). Der Handlungsspielraum der Partei im politischen Wettbewerbsraum scheint dabei seit den 1980er Jahren zunehmend kleiner zu werden.

Dass die Parteiführung auf die veränderten Bedingungen – namentlich wegbrechende Mitgliederstöcke, eine geringere Bedeutung der Mitglieder bei der Stimmenmaximierung, eine größere Volatilität der WählerInnen und gestiegene Kosten einer policy-Responsivität gegenüber den AktivistInnen aufgrund von Koalitionswängen – insofern reagierte, als die wenigen verbliebenen Anträge ab 1997 häufiger zur Annahme empfohlen wurden, lenkt die Aufmerksamkeit auf ein Gut, welches von den Mitgliedern bereitgestellt werden kann und bislang offensichtlich zu wenig berücksichtigt wurde: Die Legitimität, welche sie ihren Parteien unter Umständen verschaffen.

„Norms matter, not least because parties’ perceptions about the benefits provided by members may reflect more widely held views about the appropriate sources of party mandates. In fact, political legitimacy and confidence in a party’s chosen policy alternatives may be the most important benefits that party members can provide.” (Scarrow 2015, 19)

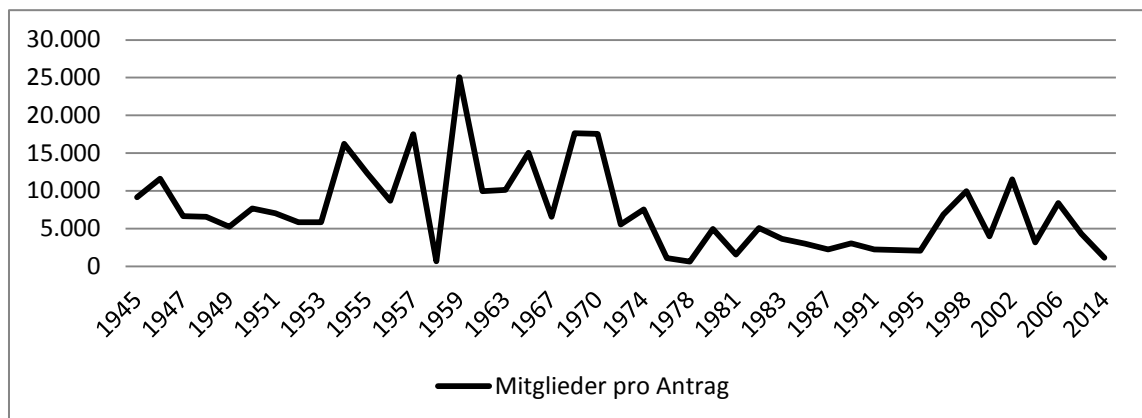
Die Bedeutung von innerparteilicher „Demokratie“ bei der Existenzlegitimation von Parteien in demokratischen Systemen betont auch schon Duverger (1954, 133), wobei er abseits der Feststellung, dass die demokratischen Ansprüche hierbei organisatorischen Notwendigkeiten entgegenstehen, bemerkenswert unspezifisch bleibt. Den Mitgliedern spricht er unter Verweis auf Michels (1989) vor allem eine Tendenz zur „Heldenverehrung“ und den bereitwilligen Verzicht auf Mitspracherechte zu (Duverger 1954, 134; Übers. K.H.). Die Parteien würden den Widerspruch aus demokratischen Ansprüchen und autokratischen Notwendigkeiten lösen durch „(...) the setting up of autocratic power behind the formulae and façades of democracy“ (ebd., 134). Die Feststellung, dass die Normen innerparteilicher Demokratie mit der Organisationswirklichkeit der SPÖ kollidieren, ist also keineswegs neu. Dennoch scheint sich der damit verbundene Legitimationsdiskurs und auch das Selbstverständnis der Mitglieder bzw. AktivistInnen innerhalb der Partei seit der Veröffentlichung von Duvergers vergleichsweise oberflächlichem Befund deutlich gewandelt zu haben.

In den 1950er und 1960er Jahren reichte die Existenz möglichst vieler loyaler Mitglieder abseits von policy-motivierten AktivistInnen zur Legitimation scheinbar aus. Abgesehen vom Parteiparteitag des Jahres 1958 war die Anzahl der eingebrachten Anträge vergleichsweise niedrig, Abweichungen von der Empfehlung der Antragsprüfungskommission kommen nicht vor und selbst Wortmeldungen unter dem Tagesordnungspunkt „Anträge“ sind in den Redeprotokollen dieser Jahre nur selten zu finden.

Dies änderte sich in den 1970er Jahren schrittweise, wobei das Aktivitätsniveau der Mitglieder in den 1980er Jahren und der ersten Hälfte der 1990er einen Höhepunkt erreichte. Die Ratio zwischen der Anzahl an Mitgliedern und der Anzahl an eingebrachten Anträgen weist für diesen Zeitraum daher die niedrigsten Werte auf (s. Tab. 6.1). Zudem gingen in den 1980ern und 1990ern einige (wenige) Abstimmungen gegen die Empfehlung der Antragsprüfungskommission aus und der Parteitagsvorsitz musste teilweise eine hohe Kunstfertigkeit beweisen, um die für die Parteiführung genehmen Ergebnisse bei den Abstimmungen zu erzielen.⁴⁹

⁴⁹ Auf dem Parteitag 1987 verweigerte der Parteitagsvorsitzende beispielsweise bei einem Antrag aus „Zeitgründen“ die Auszählung der Delegiertenstimmen und berief sich auf eine Schätzung der Stimmen zu Gunsten der Empfehlung der Antragsprüfungskommission (vgl. SPÖ PT 1987, 194). Die heftigen Proteste mancher Delegierter über diese Vorgehensweise ermöglichte allerdings im weiteren Verlauf der Abstimmungen vermutlich die Annahme eines anderen Antrags entgegen der Empfehlung der Antragsprüfungskommission.

Abb. 6.1 Ratio Mitglieder pro eingebrachtem Antrag im Zeitverlauf, SPÖ-Parteitage 1945-2014 (N= 7360)⁵⁰



Nicht zuletzt aufgrund der Wahlerfolge grünalternativer Bewegungen scheint die Darstellung einer florierenden – und paradoxerweise zunehmend konfliktfreien – innerparteilichen Demokratie auch ab den späten 1990er Jahren im politischen Diskurs vorerst nicht an Bedeutung verloren zu haben (vgl. Faucher 2015, 410). Gleichzeitig sollte die Betonung hierbei allerdings auf *Darstellung* gelegt werden, da zwar deutlich mehr Anträge zur Annahme empfohlen werden, gleichzeitig aber kaum die Bedingungen für eine lebendige innerparteiliche Deliberation geschaffen wurden.

Die Parteitage scheinen ab 1997 in größerem Ausmaß als zuvor vor allem als Inszenierungsplattformen der SpitzenkandidatInnen zu dienen, organisatorische Fragen treten dem gegenüber in den Hintergrund.⁵¹ Diese Entwicklung einer stärkeren (rhetorischen) Betonung von „innerparteilicher Demokratie“ bei gleichzeitig fortschreitender Delegitimierung der Parteiorganisation und dem damit verbundenen repräsentativdemokratischen innerparteilichen Modell kann in dem Kontext gesehen werden, dass die SPÖ inzwischen einerseits einen Großteil ihrer ehemaligen Mitgliederstärke verloren hat und andererseits in zunehmendem Ausmaß auf volatilere WählerInnenmärkte und knappere Mehrheiten im Parlament reagieren muss.

Damit scheint die SPÖ seit Mitte der 1990er Jahre in dieser Hinsicht weitgehend den Befunden der *cartel party*-These zu entsprechen (vgl. Katz/Mair 1995a). Anders als von Katz und Mair (1995a, 21) beschrieben, spielen plebiszitäre Elemente bislang allerdings kaum eine Rolle bei der (symbolischen) Einbindung der Mitglieder in die parteiinternen Willensbildungsprozesse und auch die Grenze zwischen Mitgliedern und AnhängerInnen wurde in der Praxis kaum aufgeweicht – hierbei behielt die Partei bislang zumindest aus formaler Sicht die Instrumente der *mass parties* bei.

⁵⁰ Nicht berücksichtigt wurden die außerordentlichen Parteitage der Jahre 1966, 1975, 1983 und 1988.

⁵¹ Neben der abnehmenden Antragsanzahl manifestiert sich dies beispielsweise in den Tagesordnungen der Parteitage: Bis 1993 waren die Organisations- und Finanzberichte zentraler Bestandteil der Parteitage, danach verschwinden sie von der Tagesordnung.

Eine Möglichkeit zur Mitgliederbefragung wurde allerdings beispielsweise schon 1993 in den Statuten festgeschrieben, ebenso wie die Öffnung der neu geschaffenen Themen- und Projektinitiativen für Nichtmitglieder (vgl. Cap/Konecny 1996, 369ff.). In der Praxis wurden diese Instrumente bislang allerdings kaum angewendet. Eventuell scheiterte der Reformversuch der Parteiorganisation hierbei am Widerstand der FunktionärInnen der bestehenden Strukturen – zumindest deuten Josef Cap und Albrecht K. Konecny (1996, 359) dies schon Mitte der 1990er Jahre an.

In jüngster Vergangenheit scheint sich innerhalb der SPÖ allerdings dennoch etwas zu verändern: Der burgenländische Landesparteivorsitzende Hans Niessl ließ 2015 die Mitglieder seiner Landespartei befragen, um eine Koalition mit der FPÖ entgegen einem anderslautenden Bundesparteitagsbeschluss zu legitimieren (vgl. Weisgram 2015, o.S.). Im Mai 2017 forderten zuerst der Wiener Landesparteivorsitzende Michael Häupl und dann sein steirischer Amtskollege Michael Schickhofer die Durchführung einer bindenden bundesweiten Befragung aller SPÖ-Mitglieder über mögliche Koalitionsabkommen nach der kommenden Nationalratswahl (vgl. Encic 2017, o.S.). Ganz im Sinne der *cartel party*-These werden die plebiszitären Möglichkeiten zur innerparteilichen Willensbildung also vorwiegend von der Parteiführung zu Legitimationszwecken der eigenen Position instrumentalisiert. Im derzeitigen Richtungsstreit der Partei um die Frage nach dem Umgang mit der FPÖ dient dies allerdings scheinbar vor allem der Positionsfindung innerhalb der Partei.

Mit Blick auf die Abkehr vom repräsentativdemokratischen Modell der innerparteilichen Willensbildung mittels Parteitagsanträgen und den bislang kaum genutzten anderen Instrumenten zur Partizipation der (schwindenden) Mitglieder könnte aus normativer Sicht vereinfachend gefragt werden: War es früher besser? Die Antwort wäre ebenso kurz: Nein. Bis in die 1970er Jahre stellten nur sehr wenige Organisationen Anträge, zudem blieb die Abstimmung über ihre Behandlung weitgehend eine Farce. Die Delegierten folgten bis in die 1980er Jahre immer der Empfehlung der Antragsprüfungskommission. Im Zeitraum zwischen 1985 und 1995, als die Delegierten deutlich aktiver waren als in den früheren Jahren, wurden dagegen deutlich mehr Anträge zugewiesen. Da manche Forderungen immer wieder eingebracht wurden und Delegierte dies auch immer wieder kritisierten (vgl. z. B. SPÖ PT 1993), ist anzunehmen, dass vielen dieser Anträge ein „Begräbnis erster Klasse“ zuteilwurde und es niemals zu ihrer Umsetzung kam.

Katz (2013, 50) geht davon aus, dass Parteien in Zukunft nicht mehr eine derartig zentrale Rolle in der *linkage* zwischen BürgerInnen und Parteiführung spielen werden, wie sie dies in den vergangenen hundert Jahren getan haben. Sofern andere, effektivere Kanäle zur Partizipation der BürgerInnen an Willensbildungsprozessen bestehen, sollte dies nicht als Problem wahrgenommen werden (vgl. Katz 2013, 62). Für Katz scheinen diese „anderen Kanäle“ lose Interessenvertretungen mit klar begrenzten Themengebieten zu sein. Es besteht allerdings kein Grund zur Annahme, dass folgende Aussage von Sidney Verba et al. (1978, 15 zit. n. Whiteley/Seyd 2002, 38) inzwischen nicht mehr zutrifft:

„organization – and we might add ideology – is the weapon of the weak“. Insofern muss der Bedeutungsverlust der Parteiorganisationen als *linkage* zwischen BürgerInnen und Regierung schon als Problem angesehen werden – zumindest aus Sicht der SPÖ, welche sich in ihrem Verständnis als sozialdemokratische Partei immerhin auf die Grundwerte der „Gleichheit“ und „Solidarität“ mit den Schwachen stützt (vgl. SPÖ 1998, 3).

Auch abseits der schwindenden Mitgliederzahlen, der gestiegenen Emanzipation der AktivistInnen und der Notwendigkeit für die Parteiführung, strategisch agieren zu können, scheint es allein schon aufgrund der Mediatisierung der Parteitage unwahrscheinlich, dass diese Art des Parteigremiums in Zukunft in innerparteilichen Willensbildungsprozessen noch eine Rolle spielen wird – es sei denn, Medien und Politik würden sich vom paradoxen Imperativ einer konfliktfreien innerparteilichen Demokratie verabschieden. Gleichzeitig bieten neue Kommunikationskanäle – Stichwort Web 2.0 – bislang nicht vorhandene Möglichkeiten zur Partizipation an und Ausgestaltung von Entscheidungsprozessen (vgl. z.B. Hanel/Marschall 2011). Innerparteiliche Willensbildungsprozesse und die Partizipation von AktivistInnen an diesen bleiben also mit Sicherheit auch weiterhin ein spannendes Forschungsfeld, ebenso wie die Fragen, warum und wie Parteiorganisationen nicht ihren jeweiligen normativen Ansprüchen von innerparteilicher Demokratie gerecht werden, vermutlich nicht so schnell von der politischen bzw. politikwissenschaftlichen Tagesordnung verschwinden werden.

Anhang

Codebuch Anträge⁵²

- **Dokument (Antrag) (v27)**

Name des Word Dokuments – siehe v16.

- **Nummer (v28a)**

Bsp.: 15

Die Nummerierung der Anträge wird, genauso wie bei der Benennung der entsprechenden Textdateien, einfach aus dem Protokoll übernommen. Ist keine Nummerierung vorhanden wird eine solche entsprechend der Reihenfolge der Anträge im Protokoll generiert. Der erste im Protokoll angeführte Antrag erhält also die Nummer „1“, der zweite „2“ usw.

- **Nummerierung (v28b)**

Ausprägungen: 1 „Nummerierung im Original“; 2 „Nummerierung generisch“

⁵² Das Codebuch basiert auf einem Codebuch von Müller und Kaltenecker (2017). Ergänzungen zu Müller/Kaltenecker (2017) sind mit Pfeilen gekennzeichnet.

Diese dichotome Variable enthält lediglich die Information ob die Nummerierung der Anträge bereits im Original vorhanden war oder ob sie im Rahmen der „Zerlegung“ des Protokolls generiert wurde.

- **Antragsteller: Name 1-3 (v29_1 – v29_3), Vorname 1-3 (v30_1 – v30_3), Kollektiv 1-3 (v31_1 – v31_3)**

Bsp.: Bezirksorganisation Wien-Ottakring

Antragsteller können sowohl kollektive (wie im obigen Beispiel) als auch individuelle Akteure (also einzelne Delegierte) sein. Letztere werden analog zu den Reden mit „Name“ und „Vorname“ erfasst. Bei kollektiven Akteuren bleiben die beiden Namensvariablen leer. Hier wird in der Spalte „Kollektiv“ der Name der antragstellenden Subeinheit eingetragen.

Da manche Anträge von mehreren individuellen oder kollektiven Akteuren eingebracht werden gibt es jeweils 3 separate Namens-, Vornamens- und Kollektivvariablen. Hier werden jeweils die drei erstgenannten Akteure erfasst.

➔ **v29_a: Name der antragstellenden Organisation**

Bezeichnung lt. Antrag

➔ **v29_b Innerparteilicher Status der antragstellenden Organisation**

1 = Bundesparteileitung, 2 = Landesorganisation, 3 = Bezirksorganisation, 4 = Teilorganisation oder Referat, 5 = Ausschuss zu einem bestimmten Thema/Themeninitiative, 6 = anderes Gremium

➔ **v29_c Bundesland (wenn v29_b = 2 oder 3)**

1 = Wien, 2 = Niederösterreich, 3 = Oberösterreich, 4 = Steiermark, 5 = Kärnten, 6 = Salzburg, 7 = Tirol, 8 = Vorarlberg, 9 = Burgenland;

➔ **v29_d Bezirk (wenn v29_b = 3)**

Liste führen

➔ **v29_e Vertretung (wenn v29_b = 4)**

Von der Organisation vertreten werden 1 = ArbeiterInnen/Angestellte, 2 = AkademikerInnen (einschließl. StudentInnen), 3 = LandwirtInnen, 4 = UnternehmerInnen/freie Wirtschaftstreibende, 5 = Frauen, 6 = Kinder und Jugendliche, 7 = PensionistInnen, 8 = spezifische KonsumentInneninteressen/eine bestimmte Freizeitbeschäftigung ausübende Personen, 9 = Andere, 10= Bund soz. Freiheitskämpfer

- **Typ (v32)**

Ausprägungen: 1 „Organisation“, 2 „Policy“, 3 „Koalition“

Mittels dieser Variable wird grob unterschieden zwischen:

1. Anträgen die sich auf innerparteiliche Regeln oder Abläufe (meistens deren Veränderung, Verbesserung) beziehen. Typische Beispiele wären Anträge auf eine Senkung der

Mitgliedsbeiträge, auf Demokratisierung bestimmter Entscheidungsprozesse, auf Statutenänderungen etc.

2. Anträgen mit dem Zweck Einfluss auf die Policy-Positionen der Partei zu nehmen. Ein Beispiel hierfür wäre Antrag 37 der Bezirksorganisation Wien-Penzing am SPÖ Parteitag 1947. Sie verlangte mit Hilfe dieses Antrags einen stärkeren Verstaatlichungsschwerpunkt in der Wirtschaftspolitik der SPÖ.
3. Anträge über die Zusammenarbeit mit anderen Parteien. In diese Kategorie fallen somit alle Anträge die für oder gegen eine Regierungskoalition oder eine anderweitige Kooperation mit anderen Parteien eintreten.

- **Empfehlung der Antragskommission (v33)**

Ausprägungen: 1 „angenommen“, 2 „abgelehnt“, 3 „zugewiesen“ (wenn der Parteitag beschließt die Erledigung des Antrages einem anderen Parteiorgan zuzuweisen), 4 „erledigt durch“ (wenn der Parteitag beschließt, dass der Antrag bereits durch andere Anträge oder sonstige Aktivitäten der Partei erledigt wurde), 5 „Kenntnisnahme“, 6 „vom Antragsteller zurückgezogen“, 7 „in veränderter Form angenommen“, 8 „zurückgestellt“/„Entscheidung zu einem späteren Zeitpunkt“

➔ **v33_a Gremium, an das der Antrag zugewiesen werden soll (wenn v33 = 3)**

wie im Protokoll vermerkt

➔ **v33_b Antrag durch welchen dieser Antrag miterledigt werden soll (wenn v33 = 4)**

Bezeichnung wie bei v27; wenn der Antrag lt. Antragskommission schon erledigt wurde und deshalb keiner weiteren Behandlung bedarf, bei v33 ebenfalls 4 codieren und v33_b frei lassen.

- **Entscheidung (v34)**

Ausprägungen: 1 „angenommen“, 2 „abgelehnt“, 3 „zugewiesen“ (wenn der Parteitag beschließt die Erledigung des Antrages einem anderen Parteiorgan zuzuweisen), 4 „erledigt durch“ (wenn der Parteitag beschließt, dass der Antrag bereits durch andere Anträge oder sonstige Aktivitäten der Partei erledigt wurde), 5 „Kenntnisnahme“, 6 „Antrag zurückgezogen“, 7 „in veränderter Form angenommen“, 8 „zurückgestellt“/„Entscheidung zu einem späteren Zeitpunkt“

➔ **v34_a Gremium, an das der Antrag zugewiesen wurde (wenn v34 = 3)**

analog zu v33_a

➔ **v34_b Antrag durch welchen dieser Antrag miterledigt wurde (wenn v34 = 4)**

analog zu v33_b

➔ **v35_a-z Thema**

Gemäß AUTNES-Codierschema codieren (vgl. Müller et al. 2012).

➔ Es werden nur Forderungen codiert, nicht aber die Beschreibung von ist-Zuständen etc.

- ➔ Pro Antrag können so viele Forderungen bzw. Themen codiert werden, wie sich im Antrag befinden.
- ➔ v35 wird nur codiert wenn v32 = 2 oder 3, d.h. keine Anträge auf Abänderung der Statuten etc.
- ➔ Zur AUTNES-Themenliste wurden noch die folgenden Codes hinzugefügt:
30600...Verstaatlichte Unternehmen (beinhaltet nicht Forderungen zur Privatisierung/Verstaatlichung) und 30700...ArbeitnehmerInnen von verstaatlichten Unternehmen

Teilorganisationen und Referate

Kurzbezeichnung	Aktuelle Bezeichnung	Frühere Bezeichnungen	Delegationsberechtigt von-bis
ASKÖ	Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur (1972)	Arbeitervereinigung für Sport und Körperkultur (1945)	1945-2014
		Betriebsreferat	1949-1951
BSA	Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen Intellektueller & KünstlerInnen (2014)	Bund Sozialistischer Akademiker, Intellektueller und Künstler (1947)	1947-2014
BSF	Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten (2014)	Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer (1951)	1951-2014
		Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus (1972)	
FSG	Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB (2004)	Gewerkschaftsbund (1946)	1946-2014
		Sozialistische Gewerkschaftsfraktion (1947)	
		Sozialistische Fraktion des österr. Gewerkschaftsbundes (1952)	
		Sozialistische Fraktion im ÖGB (1965)	
		Fraktion Sozialistischer	

		Gewerkschafter im ÖGB (1976)	
	Landesfrauenvorstand	Frauen- Landeskomitees (1946) (ff. wie Bundesorganisation unten)	1946
	Bundesfrauenvorstand (2004)	Frauen-Zentralkomitee (1946) Bundesfrauenkomitee (1970)	1946
	Österreichische Kinderfreunde (1963)	Freie Schule – Kinderfreunde (1946)	1946
FWV/ WVÖ/SWV	Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Österreichs (2004)	Freier Wirtschaftsverband (1946) Freier Wirtschaftsverband Österreichs (1959)	1946
	Fraktion sozialistischer Genossenschafter im Konsum (1982)	Konsumverband (1946)	1946
		Zentralverband österr. Konsumvereine (1953) Sozialistische Fraktion des österreichischen Konsumverbandes (1961) Sozialistische Fraktion der österreichischen Konsumvereine (1965)	
JG	Junge Generation (1972)	Arbeitsgemeinschaft „junge generation“ (1965) „junge generation“ (1970)	1965
ÖABB	SPÖ-Bauern (1981)	Österreichischer Arbeitsbauernbund (1946)	1946
ÖASB	Österreichischer Arbeitsängerbund (1995)		1995
	Naturfreunde (1991)		1991
PVÖ	Pensionistenverband Österreichs (1978)	Verband der Arbeiterrentner (1957) Verband der österreichischen	1957

		Rentner und Pensionisten (1959)	
SJ	Sozialistische Jugend (1946)		1946
SLÖ	Sozialdemokratischer LehrerInnenverein Österreichs (2014?)	Sozialistischer Lehrerverein (1949) Sozialistischer Lehrerverein Österreichs (1959) Sozialistische Lehrer Österreichs (1987)	1949
	Mietervereinigung (1989)	Sozialistische Fraktion der Mietervereinigung (1987)	1987
	Volkshilfe (1989)	Sozialistische Fraktion in der Volkshilfe (1987)	
SoHo	Sozialdemokratie und Homosexualität, Arbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen in der österreichischen Sozialdemokratie (2000)		2000
VSM		Verband Sozialistischer Mittelschüler (1954)	1956
AKS	Aktion Kritischer Schüler_innen (2014)	Aktion Kritischer Schüler (1976) Aktion Kritischer Schülerinnen und Schüler (1991)	
VÖAFV	Verband der österreichischen Arbeiter-Fischerei-Vereine (1998)		1998
VSSTÖ	Verband sozialistischer Student_innen in Österreich (2014)	Sozialistische Studenten (1948) Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (1957)	1948

In Klammern steht das Jahr des Parteitages, auf welchem die betreffende Organisation unter diesem Namen erstmals im Protokoll vorkam. Namen und Jahreszahlen wurden den Delegiertenlisten der Parteitagsprotokolle, wie auch den Organisationsanträgen entnommen, d.h. es werden nur die delegations- bzw. antragsberechtigten Organisationen aufgezählt und es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.

Literaturverzeichnis und Quellenangaben

ACUS (o.J.): Die ACUS in der 2. Republik. Abgerufen am 18.6.2016 unter:

<http://www.acus.at/historisches.html>.

Adams, James/Clark, Michael/Ezrow, Lawrence/Glasgow, Garrett (2004): Understanding Change and Stability in Party Ideologies: Do Parties Respond to Public Opinion or to Past Election Results? In: British Journal of Political Science, Nr. 34. S. 589-610.

Albert, Max (1992): Die Falsifikation statistischer Hypothesen. In: Journal for General Philosophy of Science. Nr. 23. S. 1-32.

Bäck, Hanna (2008): Intra-Party Politics and Coalition Formation. Evidence from Swedish Local Government. In: Party Politics, Jg. 14, Nr. 1. S. 71-89.

Berge, Benjamin von dem/Poguntke, Thomas/Obert, Peter/Tipei, Diana (2013): Measuring Intra-Party Democracy. A Guide for Content Analysis of Party Statutes with Examples from Hungary, Slovakia and Romania. Heidelberg (u.a.): Springer.

Best, Henning/Wolf, Christof (2010): Logistische Regression. In: Wolf, Christof/Best, Henning (Hg.): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 827-854.

Beyer, Jürgen (2015): Pfeffer, Jeffrey/Salancik, Gerald R. (1978): The External Control of Organizations. A Resource Dependence Perspective. New York: Harper & Row. In: Kühl, Stefan (Hg.): Schlüsselwerke der Organisationsforschung. Wiesbaden: Springer. S. 553-557.

Beyme, Klaus von (2000): Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Bruter, Michael/Harrison, Sarah (2009): The Future of Our Democracies. Young Party Members in Europe. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Budge, Ian/Ezrow, Lawrence/McDonald, Michael D. (2010): Ideology, Party Factionalism and Policy Change: An Integrated Dynamic Theory. In: British Journal of Political Science, Jg. 40, Nr. 4. S. 781-804.

Budge, Ian/Farlie, Dennis (1983a): Party Competition – Selective Emphasis or Direct Confrontation? An Alternative View with Data. In: Daalder, Hans/Mair, Peter (Hg.): Western European Party Systems. Continuity and Change. London: Sage. S. 267-305.

Budge, Ian/Farlie, Dennis (1983b): Explaining and Predicting Elections. London: Allen and Unwin.

Budge, Ian (1994): A New Spatial Theory of Party Competition: Uncertainty, Ideology and Policy Equilibria Viewed Comparatively and Temporally. In: British Journal of Political Science, Jg. 24, Nr. 4, S. 443-467.

Budge, Ian (2015): Issue Emphases, Saliency Theory and Issue Ownership: A Historical and Conceptual Analysis. In: West European Politics, Jg. 38, Nr. 4, S. 761-777.

Bukow, Sebastian (2013): Die professionalisierte Mitgliederpartei. Politische Parteien zwischen institutionellen Erwartungen und organisationaler Wirklichkeit. Wiesbaden: Springer.

Bundeskanzleramt Österreich (2016): Kanzler und Regierungen seit 1945. Abgerufen am 11.07.2016 unter: <https://www.bka.gv.at/site/3355/default.aspx>.

Cap, Josef/Konecny, Albrecht K. (1996): Die offene Partei in der offenen Gesellschaft. In: Maderthaner, Wolfgang/Müller, Wolfgang C. (Hg.): Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889-1995. Wien: Löcker Verlag. S. 357-375.

Carmines, Edward G./Stimson, James A. (1993): On the Evolution of Political Issues. In: Riker, William H. (Hg.): Agenda Formation. Ann Arbor: The University of Michigan Press. S. 151-168.

Carty, R. Kenneth (2013): Are Political Parties Meant to be Internally Democratic? In: Cross, William/Katz, Richard S. (Hg.): The Challenges of Intra-Party Democracy. Oxford: Oxford University Press. S. 11-26.

Cassinelli, C. W. (1953): The Law of Oligarchy. In: The American Political Science Review, Jg. 47, Nr. 3, S. 773-784.

Cross, William/Katz, Richard S. (2013): The Challenges of Intra-Party Democracy. In: Cross, William/Katz, Richard S. (Hg.): The Challenges of Intra-Party Democracy. Oxford: Oxford University Press. S. 1-10.

De Vries, Catherine E./Hobolt, Sara B. (2012): When Dimensions Collide: The Electoral Success of Issue Entrepreneurs. In: European Union Politics, Jg. 13, Nr. 2, S. 246-268.

Dittberner, Jürgen (1969): Die Bundesparteitage der Christlich Demokratischen Union und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1946-1968. Eine Untersuchung der Funktion von Parteitag. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Wirtschafts- und

Sozialwissenschaften bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin. Augsburg.

Dohnal, Johanna/Karlsson, Irmtraut (1988): Die Unzufriedenen. Die sozialistische Frauenbewegung 1945-1955. In: Pelinka, Peter/Steger, Gerhard (Hg.): Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik. S. 139-152.

Dolezal, Martin/Ennsner-Jedenastik, Laurenz/Müller, Wolfgang C./Winkler, Anna Katharina (2012): The Life Cycle of Party Manifestos: The Austrian Case. In: West European Politics, Jg. 35, H. 4. S. 869-895.

Dolezal, Martin/Ennsner-Jedenastik, Laurenz/Müller, Wolfgang C./Winkler, Anna Katharina (2014): How Parties Compete for Votes: A Test of Saliency Theory. In: Journal of Political Research, Nr. 53. S. 57-76.

Downs, Anthony (1957): An Economic Theory of Democracy. New York: Harper and Row.

Duverger, Maurice (1954): Political Parties. Their Organization and Activity in the Modern State. London: Methuen.

Encic, Günter (2017): Schickhofer für Mitgliederbefragung zu Koalitionen. Ö1-Mittagsjournal vom 24.05.2017, 12:31-12:33.

Epstein, Leon (1982): Political Parties in Western Democracies. New Brunswick: Transaction Books.

Ezrow, Lawrence/De Vries, Catherine/Steenbergen, Marco/Edwards, Erica (2010): Mean Voter Representation and Partisan Constituency Representation: Do Parties Respond to the Mean Voter Position or to Their Supporters? In: Party Politics, Jg. 17, Nr. 3. S. 275-301.

Faucher-King, Florence (2005): Changing Parties. An Anthropology of British Political Party Conferences. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Faucher, Florence (2015): New Forms of Political Participation. Changing Demands or Changing Opportunities to Participate in Political Parties? In: Comparative European Politics, Jg. 13, Nr. 4. S. 405-429.

Fessel-GfK (1986): Daten aus der Meinungsforschung. In: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986. Wien: Verlag für Geschichte und Politik/München: Oldenbourg. S. 885-909.

Gallagher, Michael (2017): Election Indices. Abgerufen am 25.02.2017 unter:
http://www.tcd.ie/Political_Science/staff/michael_gallagher/ElSystems/index.php.

Gehmacher, Ernst/Birk, Franz/Ogris, Günther (1988): 1986: Das Wahljahr der Überraschungen – Aus dem Blickpunkt der Wahlverhaltenstheorie. In: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien (u.a.): Böhlau. S. 103-126.

Gehmacher, Ernst/Haerpfer, Christian (1989): Voting Behavior and the Party System: The Internal Structure of the SPÖ, ÖVP and FPÖ Electorates. In: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.): The Austrian Party System. Boulder (u.a.): Westview Press. S. 145-172.

Green-Pedersen, Christoffer (2007): The Growing Importance of Issue Competition: The Changing Nature of Party Competition in Western Europe. In: Political Studies, Nr. 55. S. 607-628.

Hanel, Katharina/Marschall, Stefan (2011): The Usage of Online Collaboration Platforms by Parties. Strengthening the “Party on the Ground” or the “Party in Central Office”? In: German Politics and Society, Jg. 31, Nr. 3. S. 27-42.

Harmel, Robert/Janda, Kenneth (1994): An Integrated Theory of Party Goals and Party Change. In: Journal of Theoretical Politics, Jg. 6, Nr. 3. S. 259-287.

Haerpfer, Christian/Gehmacher, Ernst (1984): Social Structure and Voting in the Austrian Party System. In: Electoral Studies, Jg. 3, Nr. 1. S. 25-46.

Heidar, Knut (1994): The Polymorphic Nature of Party Membership. In: European Journal of Political Research, Nr. 25. S. 61-86.

Heinrich, Roberto/Lübker, Malte/Biehl, Heiko (2002): Parteimitglieder im Vergleich: Partizipation und Repräsentation. Kurzfassung des Abschlussberichts zum gleichnamigen DFG-Projekt. Potsdam: Universität Potsdam.

Helboe Pedersen, Helene (2010): How Intra-Party Power Relations Affect the Coalition Behaviour of Political Parties. In: Party Politics, Jg. 16, Nr. 6. S. 737-754.

Hofinger, Christoph/Ogris, Günther (1996): Achtung *gender gap*! Geschlecht und Wahlverhalten 1979-1995. In: Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A./Ogris, Günther (Hg.): Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995. Wien: Signum Verlag. S. 211-232.

Houska, Joseph J. (1985): Influencing Mass Political Behavior. Elites and Political Subcultures in the Netherlands and Austria. Berkeley: University of California, Institute of International Studies.

Janda, Kenneth/Harmel, Robert/Edens, Christine/Goff, Patricia (1995): Changes in Party Identity. Evidence from Party Manifestos. In: Party Politics, Jg. 1, Nr. 2. S. 171-196.

John, Gerald (2017): ÖVP akzeptiert Bedingungen: Kurz neuer Parteiboss. In: derstandard.at vom 14.05.2017. Abgerufen am 27.05.2017 unter: <http://derstandard.at/2000057558454/Vorstand-designierte-Sebastian-Kurz-zum-neuen-Parteiboss>.

Kaack, Heino (1971): Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Karlsson, Irmtraud (1998): Wir gehen weiter. Die SPÖ-Frauen nach 1945. In: Karlsson, Irmtraud (Hg.): Frauen in Bewegung – Frauen in der SPÖ. Wien: Löcker Verlag. S. 11-46.

Katz, Richard S./Mair, Peter (1993): The Evolution of Party Organizations in Europe. Three Faces of Party Organization. In: American Review of Politics, Nr. 14. S. 593-617.

Katz, Richard S./Mair, Peter (1995a): Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party. In: Party Politics, Jg. 1, Nr. 1. S. 5-28.

Katz, Richard S./Mair, Peter (1995b): Introduction: The Cross-National Study of Party Organizations. In: Katz, Richard S./Mair, Peter (Hg.): Party Organizations. A Data Handbook. London u.a.: Sage. S. 1-20.

Katz, Richard S./Mair, Peter (2009): The Cartel Party Thesis: A Restatement. In: Perspectives on Politics, Jg. 7, Nr. 4. S. 753-766.

Katz, Richard S. (1990): Party As Linkage: A Vestigial Function? In: European Journal of Political Research, Nr. 18. S. 143-161.

Katz, Richard S. (2013): Should We Believe That Improved Intra-Party Democracy Would Arrest Party Decline? In: Cross, William P./Katz, Richard S. (Hg.): The Challenges of Intra-Party Democracy. Oxford: Oxford University Press. S. 49-64.

Kirchheimer, Otto (1966): The Transformation of Western European Party Systems. In: LaPalombara, Joseph/Weiner, Myron (Hg.): Political Parties and Political Development. New Jersey: Princeton University Press. S. 177-200.

Kitschelt, Herbert (1994): The Transformation of European Social Democracy. Cambridge, u.a.: Cambridge University Press.

Konecny, Albrecht K. (1980): Innerparteiliche Demokratie in der SPÖ. In: Khol, Andreas/Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1979. Wien: Verlag für Geschichte und Politik (u.a.). S. 377-390.

Krippendorff, Klaus (2013): Content Analysis. An Introduction to Its Methodology. Thousand Oaks, u.a.: Sage.

Kritzinger, Sylvia/Müller, Wolfgang C./Schönbach, Klaus (2014a): Lektionen, Konsequenzen, Ausblicke. In: Kritzinger, Sylvia/Müller, Wolfgang C./Schönbach, Klaus (Hg.): Die Nationalratswahl 2013. Köln/Wien: Böhlau Verlag. S. 231-240.

Kritzinger, Sylvia/Zeglovits, Eva/Aichholzer, Julian/Glantschnigg, Christian/Glinitzer, Konstantin/Johann, David/Thomas, Kathrin/Wagner, Markus (2014b): AUTNES Pre- and Post-Election Survey on the Austrian National Parliamentary Election 2013. Bereitgestellt von David Johann im Rahmen der Lehrveranstaltung UE M2 Politikwissenschaftliche Methoden quantitativ im Sommersemester 2014.

Kritzinger, Sylvia/Zeglovits, Eva/Lewis-Beck, Michael S./Nadeau, Richard (2013): The Austrian Voter. Wien: Vienna University Press/unipress.

Kroisleitner, Oona (2017): Kritik an SPÖ-Parteiführung bei Kaffee und Kuchen. In: Der Standard vom 15.05.2017, S. 8. Printausgabe.

Kühnel, Steffen/Krebs, Dagmar (2010): Multinomiale und ordinale Regression. In: Wolf, Christof/Best, Henning (Hg.): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 855-886.

Laakso, Markku/Taagepera, Rein (1979): „Effective” Number of Parties: a Measure with Application to West Europe. In: Comparative Political Studies, Jg. 12, Nr. 1. S. 3-27.

Lawson, Kay (1980): Political Parties and Linkage. In: Lawson, Kay (Hg.): Political Parties and Linkage. A Comparative Perspective. New Haven: Yale University Press. S. 3-24.

Lehrer, Ron (2012): Intra-Party Democracy and Party Responsiveness. In: West European Politics, Jg. 35, Nr. 6. S. 1295-1319.

Lohmar, Ulrich (1963): Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Enke.

Long, J. Scott/Freese, Jeremy (2014): Regression Models für Categorical Dependent Variables Using Stata. College Station: Stata Press.

Loxbo, Karl (2011): The Fate of Intra-Party Democracy: Leadership Autonomy and Activist Influence in the Mass Party and the Cartel Party. In: Party Politics, Jg. 19, Nr. 4. S. 537-554.

- Mair, Peter (1994): Party Organizations: From Civil Society to the State. In: Katz, Richard S./Mair, Peter (Hg.): How Parties Organize. Change and Adaptation in Party Organizations in Western Democracies. London: Sage. S. 1-22.
- Maurer, Anton/Moser, Ulrike (1988): Der verwaltete Klassenkampf. Gewerkschaftspolitik in Österreich. In: Pelinka, Peter/Steger, Gerhard (Hg.): Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik. S. 429-445.
- May, John D. (1973): Opinion Structure of Political Parties: The Special Law of Curvilinear Disparity. In: Political Studies, Nr. 21. S. 135-151.
- McKenzie, Robert (1982): Power in the Labour Party: the Issue of Intra-Party Democracy. In: Kavanagh, Dennis (Hg.): The Politics of the Labour Party. London, u.a.: George Allen and Unwin. S. 191-201.
- Meguid, Bonnie M. (2005): Competition Between Unequals: The Role of Mainstream Party Strategy in Niche Party Success. In: American Political Science Review, Jg. 99, Nr. 3. S. 347-359.
- Meguid, Bonnie M. (2008): Party Competition Between Unequals. Strategies and Electoral Fortunes in Western Europe. Cambridge (u.a.): Cambridge University Press.
- Merten, Klaus (1995): Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Meyer, Thomas M./Müller, Wolfgang C. (2013): The Issue Agenda, Party Competence and Popularity: An Empirical Analysis of Austria 1989-2004. In: Journal of Elections, Public Opinion and Parties, Jg. 23, Nr. 4. S. 484-500.
- Meyer, Thomas (2010): Party Competition over Time: How Voters and Intra-Party Structure Constrain Party Policy Shifts. Dissertation: Universität Mannheim.
- Michels, Robert (1989): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Stuttgart: Kröner.
- Micus, Matthias (2011): Die Macht der Autosuggestion. Reale Krise und gefühlte Stärke bei der österreichischen Sozialdemokratie. In: Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz (Hg.): Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. S. 31-48.
- Miller, Gary/Schofield, Norman (2003): Activist and Partisan Realignment in the United States. In: American Political Science Review, Jg. 97, Nr. 3. S. 245-260.

- Minkin, Lewis (1980): *The Labour Party Conference. A Study in the Politics of Intra-Party Democracy*. Manchester: Manchester University Press.
- Müller, Marion G. (2002): Parteitage in der Mediendemokratie. In: Alemann, Ulrich von/Marschall, Stefan (Hg.): *Parteien in der Mediendemokratie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 147-172.
- Müller, Walter (2017): Kaiser über SPÖ-„Kriterienkatalog“: „Das Fundament steht“. In: *derstandard.at* vom 09.05.2017. Abgerufen am 31.05.2017 unter: <http://derstandard.at/2000057275733/Kaiser-ueber-den-Kriterienkatalog-der-SPOe-Das-Fundament-steht>.
- Müller, Wolfgang C./Dolezal, Martin/Ennsner-Jedenastik, Laurenz/Winkler, Anna Katharina (2012): *AUTNES Manifesto Coding Dataset, Public Use Version 1.0. Codebook*. Wien: Universität Wien.
- Müller, Wolfgang C./Kaltenegger, Matthias (2017): *Codebuch Parteitage*. Institut für Staatswissenschaft: Manuskript.
- Müller, Wolfgang C./Philipp, Wilfried/Jenny, Marcelo (1995): Ideologie und Strategie der österreichischen Parteien: Eine Analyse der Wahlprogramme 1949-1994. In: Müller, Wolfgang C./Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. (Hg.): *Wahlverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994*. Wien: Signum Verlag. S. 119-166.
- Müller, Wolfgang C./Philipp, Wilfried/Steininger, Barbara (1992): Wie oligarchisch sind Österreichs Parteien? Eine empirische Analyse, 1945-1992. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Nr. 21. S. 117-146.
- Müller, Wolfgang C./Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. (2004): Party Responses to the Erosion of Voter Loyalties in Austria: Weakness as an Advantage and Strength as a Handicap. In: Mair, Peter/Müller, Wolfgang C./Plasser, Fritz (Hg.): *Political Parties and Electoral Change. Party Responses to Electoral Markets*. London: Sage. S. 145-178.
- Müller, Wolfgang C. (1989): Party Patronage in Austria. Theoretical Considerations and Empirical Findings. In: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.): *The Austrian Party System*. Boulder (u.a.): Westview Press. S. 327-356.
- Müller, Wolfgang C. (1992): The Catch-All Party Thesis and the Austrian Social Democrats. In: *German Politics*, Jg. 1, Nr. 2. S. 181-199.
- Müller, Wolfgang C. (1994): The Development of Austrian Party Organizations in the Post-War Period. In: Katz, Richard S./Mair, Peter (Hg.): *How Parties Organize. Change and Adaptation in Party Organizations in Western Democracies*. London (u.a.): Sage Publications. S. 51-79.

- Müller, Wolfgang C. (1995): Austria (1945-1990). In: Katz, Richard S./Mair, Peter (Hg.): Party Organizations. A Data Handbook. London u.a.: Sage. S. 21-120.
- Müller, Wolfgang C. (1996a): A Note for Stability: The Austrian Parliamentary Elections of 1995. In: Electoral Studies, Jg. 15, Nr. 3. S. 410-414.
- Müller, Wolfgang C. (1996b): Die Organisation der SPÖ, 1945-1995. In: Maderthaner, Wolfgang/Müller Wolfgang C. (Hg.): Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie, 1889-1995. Wien: Löcker Verlag. S. 195-356.
- Müller, Wolfgang C. (1997a): Inside the Black Box. A Confrontation of Party Executive Behaviour and Theories of Party Organizational Change. In: Party Politics, Jg. 3, Nr. 3. S. 293-313.
- Müller, Wolfgang C. (1997b): Costs and Benefits of Party Membership Reconsidered. In: European Journal of Political Research, Nr. 31. S. 169-178.
- Müller, Wolfgang C. (1999): Decision for Opposition: The Austrian Socialist Party's Abandonment of Government Participation in 1966. In: Müller, Wolfgang C./ Strøm, Kaare (Hg.): Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions. Cambridge: Cambridge University Press. S. 172-191.
- Müller, Wolfgang C. (2000a): Political Parties in Parliamentary Democracies: Making Delegation and Accountability Work. In: European Journal of Political Research, Nr. 37. S. 309-333.
- Müller, Wolfgang C. (2000b): Wahlen und Dynamik des österreichischen Parteiensystems seit 1986. In: Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A./Sommer, Franz (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten. Wien: Signum Verlag. S. 13-54.
- Narud, Hanne Marthe/Skare, Audun (1999): Are Party Activists the Party Extremists? The Structure of Opinion in Political Parties. In: Scandinavian Political Studies, Jg. 22, Nr. 1. S. 45-65.
- Ostrogorski, Moisei (1970): Democracy and the Organization of Political Parties. New York: Haskell House.
- Palme, Imma (2000): Issue Voting: Themen und thematische Positionen als Determinanten der Wahlentscheidung. In: Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A./Sommer, Franz (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten. Wien: Signum Verlag. S. 243-259.
- Panbianco, Angelo (1988): Political Parties: Organization and Power. Cambridge: Cambridge University Press.
- Petrocik, John R. (1996): Issue Ownership in Presidential Elections, with a 1980 Case Study. In: American Journal of Political Science, Jg. 40, Nr. 3. S. 825-850.

Pfeffer, Jeffrey/Salancik, Gerald R. (1978): The External Control of Organizations. A Resource Dependence Perspective. New York: Harper & Row.

Plasser, Fritz/Ulam, Peter A./Seeber, Gilg (1996): (Dis-)Kontinuitäten und neue Spannungslinien im Wählerverhalten: Trendanalysen 1986-1995. In: Plasser, Fritz/Ulam, Peter A./Ogris, Günther (Hg.): Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995. Wien: Signum Verlag. S. 155-209.

Plasser, Fritz/Ulam, Peter A./Seeber, Gilg (2003): Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten. In: Plasser, Fritz/Ulam, Peter A. (Hg.): Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002. Wien: Facultas. S. 97-157.

Plasser, Fritz/Ulam, Peter A./Seeber, Gilg (2007): Was Wähler(innen) bewegt: Parteien-, Themen- und Kandidatenorientierungen 2006. In: Plasser, Fritz/Ulam, Peter A. (Hg.): Wechselwahlen. Analyse zur Nationalratswahl 2006. Wien: Facultas. S. 155-194.

Plasser, Fritz/Ulam, Peter A. (1984): Wahlkampf und Wählerverhalten – Analyse der Nationalratswahl 1983. In: Khol, Andreas/Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983. München: R. Oldenbourg Verlag/Wien: Verlag für Geschichte und Politik. S. 19-43.

Plasser, Fritz/Ulam, Peter A. (1988): Großparteien in der Defensive. Die österreichische Parteien- und Wählerlandschaft nach der Nationalratswahl 1986. In: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.): Das österreichische Parteiensystem (Hg.). Wien, u.a.: Böhlau Verlag. S. 79-102.

Plasser, Fritz/Ulam Peter A. (2002): Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur? Wien: WUV-Univ.-Verl.

Plasser, Fritz/Ulam, Peter A. (2004a): Öffentliche Aufmerksamkeit in der Mediendemokratie. In: Plasser, Fritz (Hg.): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Wien: Facultas. S. 37-99.

Plasser, Fritz/Ulam, Peter A. (2004b): Parteienwettbewerb in der Mediendemokratie. In: Plasser, Fritz (Hg.): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Wien: Facultas. S. 377-428.

Plasser, Fritz/Ulam, Peter A. (2008): Electoral Change in Austria. In: Bischof, Günter/Plasser, Fritz (Hg.): The Changing Austrian Voter. Contemporary Austrian Studies, Volume 16. New Brunswick: Transaction Publishers. S. 54-78.

Plasser, Fritz (1988): Das österreichische Parteiensystem zwischen Erosion und Innovation. Eine empirische Langzeitanalyse. In: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.): Das österreichische Parteiensystem (Hg.). Wien, u.a.: Böhlau Verlag. S. 53-78.

- Poguntke, Thomas (2000): Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Poguntke, Thomas/Scarrow, Susan E./Webb, Paul D. (2016): Party Rules, Party Resources and the Politics of Parliamentary Democracies: How Parties Organize in the 21st Century. In: Party Politics, Jg. 22, Nr. 6. S. 661-678.
- Ponce, Aldo F./Scarrow, Susan E. (2016): Which Members? Using Cross-National Surveys to Study Party Membership. In: Party Politics, Jg. 22, Nr. 6. S. 679-690.
- Rabinowitz, George/MacDonald, Stuart Elaine (1989): A Directional Theory of Issue Voting. In: American Political Science Review, Jg. 83, Nr. 1. S. 93-121.
- Rest, Franz (1988): Die Explosion der Bilder. Entwicklung der Programmstrukturen im österreichischen Fernsehen. In: Fabris, Hans Heinz/Luger, Kurt (Hg.): Medienkultur in Österreich. Wien: Böhlau. S. 265-315.
- Rohlfing, Ingo (2015): Asset or Liability? An Analysis of the Effect of Changes in Party Membership on Partisan Ideological Change. In: Party Politics, Jg. 21, Nr. 1. S. 17-27.
- Sarcinelli, Ulrich/Tenscher, Jens (2003): Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Eine Einführung. In: Sarcinelli, Ulrich/Tenscher, Jens (Hg.): Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Beiträge zu Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 9-22.
- Sarcinelli, Ulrich (1998): Mediatisierung. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 678.
- Scarrow, Susan E./Gezgor, Burcu (2010): Declining Memberships, Changing Members? European Political Party Members in a New Era. In: Party Politics, Jg. 16, Nr. 6. S. 823-843.
- Scarrow, Susan E./Webb, Paul/Farrell, David M. (2000): From Social Integration to Electoral Contestation. The Changing Distribution of Power within Political Parties. In: Dalton, Russell/Wattenberg, Martin P. (Hg.): Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies. Oxford, u.a.: Oxford University Press. 129-153.
- Scarrow, Susan E. (1994): The 'Paradox of Enrollment': Assessing the Costs and Benefits of Party Memberships. In: European Journal of Political Research, Nr. 25. S. 41-60.
- Scarrow, Susan E. (2015): Beyond Party Members. Changing Approaches to Partisan Mobilization. Oxford: Oxford University Press.

- Schuster, Hans (1957): Die Heerschau der Parteien. Theorie und Praxis der Parteitage. In: Politische Studien, Jg. 8, H.88/89. S. 57-72.
- Seyd, Patrick/Whiteley Paul (1992): Labour's Grass Roots. The Politics of Party Membership. Oxford: Clarendon Press.
- Seyd, Patrick/Whiteley, Paul (2002): New Labour's Grassroots. The Transformation of the Labour Party Membership. Basingstoke: Palgrave.
- Sickinger, Hubert (2009): Politikfinanzierung in Österreich. Wien: Czernin Verlag.
- Spoon, Jae-Jae (2011): Political Survival of Small Parties in Europe. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Spoon, Jae-Jae/Klüver, Heike (2014): Do Parties Respond? How Electoral Context Influences Party Responsiveness. In: Electoral Studies, Nr. 35. S. 48-60.
- Steininger, Gerhard (2007): Das Dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall? Wien: Steinbauer.
- Stockinger, Sieglinde/Schestak, Sandra (2015): Frauen und Männer in Österreich. Gender Index 2015. Wien: Bundesministerium für Bildung und Frauen. Abgerufen am 18.6.2016 unter: https://www.bmbf.gv.at/frauen/gender/gender_index_2015.pdf?555bei.
- Stokes, Donald E. (1963): Spatial Models of Party Competition. In: The American Political Science Review, Jg. 57, Nr. 2. S. 368-377.
- Strøm, Kaare/Müller, Wolfgang C. (1999): Political Parties and Hard Choices. In: Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions. Cambridge, u.a.: Cambridge University Press. S. 1-35.
- Strøm, Kaare (1990): A Behavioral Theory of Competitive Political Parties. In: American Journal of Political Science, Jg. 34, Nr. 2. S. 565-598.
- Treib, Oliver (2012): Party Patronage in Austria. From Reward to Control. In: Kopecký, Petr/Mair, Peter/Spirova, Maria (Hg.): Party Patronage and Party Government in European Democracies. Oxford: Oxford University Press. S. 31-53.
- Tschirf, Matthias (1998): Wien nach dem Verlust der absoluten SP-Mehrheit. Was hat sich geändert? In: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1997. Wien: Verlag für Geschichte und Politik (u.a.). S. 573-589.
- Ucakar, Karl (2006): Sozialdemokratische Partei Österreichs. In: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Tálos, Emmerich

(Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. S. 322-340.

Urban, Walter/Zeidner, Eva (1983): Vom Umfang und Nutzen der Parteimitgliedschaft. In: Gerlich, Peter/Müller, Wolfgang C. (Hg.): Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945. Wien: Braumüller. S. 151-171.

Van Biezen, Ingrid/Piccio, Daniela Romée (2013): Shaping Intra-Party Democracy: On the Legal Regulation of Internal Party Organizations. In: Cross, William P./Katz, Richard S. (Hg.): The Challenges of Intra-Party Democracy. Oxford: Oxford University Press. S. 27-48.

Van Haute, Emilie/Gauja, Anika (2015): Introduction. Party Membership and Activism. In: Van Haute, Emilie/Gauja, Anika (Hg.): Party Members and Activists. London/New York: Routledge. S. 1-16.

Verba, Sidney/Nie, Norman/Kim, Jae-On (1978): Participation and Political Equality: A Seven Nation Comparison. Cambridge: Cambridge University Press.

Völker, Michael (2012): Blecha will SPÖ-Parteiprogramm mit mehr Ecken und Kanten. In: [derstandard.at](http://derstandard.at/1348285987253/Blecha-will-SPOe-Parteiprogramm-mit-mehr-Ecken-und-Kanten) vom 15.10.2012. Abgerufen am 10.05.2017 unter: <http://derstandard.at/1348285987253/Blecha-will-SPOe-Parteiprogramm-mit-mehr-Ecken-und-Kanten>.

Wagner, Markus/Meyer, Thomas M. (2015): Negative Issue Ownership. In: West European Politics, Jg. 38, Nr. 4. S. 797-816.

Wagner, Markus/Zeglovits, Eva (2014): Survey Questions about Party Competence: Insights from Cognitive Interviews. In: Electoral Studies, Nr. 34. S. 280-290.

Walgrave, Stefaan/Tresch, Anke/Lefevere, Jonas (2015): The Conceptualisation and Measurement of Issue Ownership. In: West European Politics, Jg. 38, Nr. 4. S. 778-796.

Wauters, Bram (2010): Explaining Participation in Intra-Party Elections. Evidence from Belgian Political Parties. In: Party Politics, Jg. 16, Nr. 2. S. 237-259.

Weber, Max (1968): Politik als Beruf. Berlin: Duncker & Humblot.

Weidenholzer, Josef (1988): Das Endziel ist verschwunden. Zur Bedeutung des politischen Vorfelds der SPÖ nach 1945. In: Pelinka, Peter/Steger, Gerhard (Hg.): Auf dem Weg zur Staatspartei? Zur Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik. S. 127-137.

Weisgram, Wolfgang (2015): Hans Niessl: „Dann wäre die Sozialdemokratie tot gewesen“. In: [derstandard.at](http://derstandard.at/2000019380568/Hans-Niessl-Dann-waere-die-Sozialdemokratie-tot-gewesen) vom 20.7.2015, o.S. Abgerufen am 16.9.2015 unter: <http://derstandard.at/2000019380568/Hans-Niessl-Dann-waere-die-Sozialdemokratie-tot-gewesen>.

Whiteley, Paul F./Seyd, Patrick (2002): High-Intensity Participation. The Dynamics of Party Activism in Britain. Ann Arbor: The University of Michigan Press.

Wiesendahl, Elmar (2013): Restlaufzeiten der Parteiendemokratie. In: Niedermayer, Oskar/Höhne, Benjamin/Jun, Uwe (Hg.): Abkehr von den Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest. Wiesbaden: Springer. S. 9-42.

Young, Lisa (2013): Party Members and Intra-Party Democracy. In: Cross, William P./Katz, Richard S. (Hg.): The Challenges of Intra-Party Democracy. Oxford: Oxford University Press. S. 65-80.

Zirnig, Dieter (2014): Entwicklung und Überblick: Parteimitglieder in Österreich. Abgerufen am 08.05.2017 unter: <https://neuwat.com/2014/11/23/entwicklung-und-ueberblick-partemitglieder-in-oesterreich/>.

Wahlergebnisse

BMI (1946): Die Nationalratswahlen vom 25.11.1945. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1950): Die Nationalratswahlen vom 9. Oktober 1949. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1953): Die Nationalratswahlen vom 22. Februar 1953. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1956): Die Nationalratswahlen vom 13. Mai 1956. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1959): Die Nationalratswahlen vom 10. Mai 1959. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1962): Die Nationalratswahlen vom 18. November 1962. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1966): Die Nationalratswahlen vom 6. März 1966. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1970): Die Nationalratswahlen vom 1. März 1970. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1971): Die Nationalratswahlen vom 10. Oktober 1971. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1975): Die Nationalratswahlen vom 5. Oktober 1975. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1979): Die Nationalratswahlen vom 6. Mai 1979. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1984): Die Nationalratswahl vom 24. April 1983. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1987): Die Nationalratswahl vom 23. November 1986. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1991): Die Nationalratswahl vom 7. Oktober 1990. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1995): Die Nationalratswahl vom 9. Oktober 1994. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Druck und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

BMI (1996): Die Nationalratswahl vom 17. Dezember 1995. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien: Bundesministerium für Inneres.

BMI (2002): Die Nationalratswahl vom 3. Oktober 1999. Wien: Bundesministerium für Inneres.

BMI (2003): Die Nationalratswahl vom 24. November 2002. Wien: Bundesministerium für Inneres.

BMI (2006): Die Nationalratswahl vom 1. Oktober 2006. Wien: Bundesministerium für Inneres.

BM.I (2008): Nationalratswahlen 2008. Österreich, Endergebnis inklusive aller Wahlkartenergebnisse. Abgerufen am 31.05.2017 unter: <http://wahl08.bmi.gv.at/>.

BM.I (2013): Österreich, Endergebnis inklusive aller Wahlkartenergebnisse. Abgerufen am 14.7.2015 unter: <http://wahl13.bmi.gv.at/>.

Im Text zitierte parteiinterne Dokumente

Die Grünen (2001): Grundsatzprogramm der Grünen. Beschlossen beim 20. Bundeskongress der Grünen am 7. und 8. Juli 2001 in Linz. Abgerufen am 16.4.2015 unter: <https://www.gruene.at/themen/demokratie-verfassung>.

Die Grünen (2012): Satzungen der Partei. Beschlossen vom 33. Bundeskongress der Grünen – der Grünen Alternative am 1./2. Dezember 2012. Abgerufen am 9.4.2015 unter: <https://www.gruene.at/partei/organisation/bundespartei>.

Die Grünen (2017): Gratulation Ulrike und Ingrid. Die Redaktion – Ulrike Lunacek wird Spitzenkandidatin, Ingrid Felipe Bundessprecherin. Abgerufen am 27.5. 2017 unter: <https://www.gruene.at/themen/demokratie-verfassung/gratulation-ulrike-und-ingrid>.

Die Grünen BUKO (2012): Protokoll des 33. Grünen Bundeskongress am 1. und 2. Dezember 2012 in Linz.

Die Grünen BUKO (2015): Videoaufzeichnung des 36. Grünen Bundeskongress am 21. und 22. November 2015 in Villach.

SPÖ (1998): Das Grundsatzprogramm. Wien: SPÖ-Bundesgeschäftsstelle. Abgerufen am 6.4.2016 unter: https://spoe.at/sites/default/files/das_spoe_parteiprogramm.pdf.

SPÖ (2014): Das Organisationsstatut. Abgerufen am 3.12.2016 unter: https://spoe.at/sites/default/files/spoe_statut_2014_monitor.pdf.

SPÖ GO 1955, 1963-1974: Geschäftsordnungen der Parteitage der Jahre 1955, 1963-1974. Wien: Sozialistische Partei Österreichs.

SPÖ Niederösterreich (2009): Das neue Organisationsstatut der SPÖ Niederösterreich. Abgerufen am 31.05.2017 unter: <http://noe.spoe.at/sites/test.noe.spoe.at/files/mediaarchiv/Organisationsstatut.pdf>.

SPÖ PT (1958): Protokoll des außerordentlichen Parteitags der SPÖ. Wien, 13. bis 14. Mai 1958. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

SPÖ PT (1968): Protokoll des 19. Ordentlichen Bundesparteitags der SPÖ. Wien, 2. bis 4. Oktober 1968. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

SPÖ PT (1975): Stenographisches Protokoll außerordentlicher Bundesparteitag 1975 der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien, 5. Mai 1975.

SPÖ PT (1976): Protokoll des 23. Ordentlichen Parteitags der SPÖ. Wien, 11. bis 13. März 1976. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

SPÖ PT (1978): Protokoll des 24. Ordentlichen Parteitags der SPÖ. Wien, 18. bis 20. Mai 1978. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

SPÖ PT (1981): Protokoll des 26. Ordentlichen Parteitags der SPÖ. Graz, 22. bis 24. Mai 1981. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

SPÖ PT (1985): Protokoll des 29. Ordentlichen Bundesparteitags der SPÖ, Wien 11. bis 13. November 1985. Wien: Sozialistische Partei Österreichs, Zentralsekretariat.

SPÖ PT (1987): Protokoll des 30. Ordentlichen Bundesparteitags der SPÖ. Wien, 27. bis 29. Oktober 1987. Wien: SPÖ-Zentrale.

SPÖ PT (1988): Protokoll des außerordentlichen Parteitags der SPÖ. Wien, 11. Mai 1988. Wien: Sozialistische Partei Österreichs.

SPÖ PT (1989): Zukunft Österreichs. Anträge und Resolutionen, Tagesordnung und Organe. 31. Ordentlicher Bundesparteitag der SPÖ. Graz, 19. bis 21. Oktober 1989. Wien: Sozialistische Partei Österreichs.

SPÖ PT (1993): Protokoll vom 33. Ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ. Wien, 3. bis 4. Juni 1993. Wien: Sozialdemokratische Partei Österreichs.

SPÖ PT (1995): Ideen für eine bessere Zukunft. Anträge und Resolutionen. Der Parteitag hat beschlossen. 34. Ordentlicher Bundesparteitag 1995 in Wien. Wien: SPÖ-Bundesgeschäftsstelle.

SPÖ PT (1997): Aufbruch ins neue Jahrtausend. 35. Ordentlicher Bundesparteitag 1997 in Linz. Anträge und Resolutionen. Wien: SPÖ-Bundesgeschäftsstelle.

SPÖ PT (1998): Außerordentlicher Bundesparteitag 1998 in Wien. Anträge und Resolutionen. Wien: SPÖ-Bundesgeschäftsstelle.

SPÖ PT (2000): Protokoll des 36. Ordentlichen Bundesparteitags der SPÖ. Wien, 28. bis 29. April 2000. Wien: Sozialdemokratische Partei Österreichs.

SPÖ PT (2002): Protokoll des 37. Ordentlichen Bundesparteitags der SPÖ. Wien, 27. Oktober 2002. Wien: Sozialdemokratische Partei Österreichs.

SPÖ PT (2006): Protokoll des 39. Ordentlichen Bundesparteitags der SPÖ. Linz, 8. September 2006. Wien: Sozialdemokratische Partei Österreichs.

SPÖ PT (2008): Protokoll des 40. Ordentlichen Bundesparteitags der SPÖ. Linz, 8. August 2008. Wien: SPÖ.

SPÖ PT (2014): Sozial denken. Lohnsteuer senken. Anträge und Resolutionen. 43. Ordentlicher Bundesparteitag. Wien, 28. bis 29. November 2014. Wien: SPÖ.

SPÖ PT (2016): Tagesordnung des außerordentlichen Bundesparteitags der SPÖ. Wien, 25. Juni 2016. Wien: SPÖ.

SPÖ Steiermark (2014): Landesorganisationsstatut der SPÖ Steiermark. Beschlossen am Reformparteitag der SPÖ Steiermark – 15. November 2014. Abgerufen am 31.05.2017 unter: <http://www.stmk.spoe.at/Standpunkte/Reformstatut>.

SPÖ Tirol (2014): Statut der Landesorganisation SPÖ Tirol. Beschluss des Landesparteitages vom 28.06.2014. Abgerufen am 31.05.2017 unter:
http://tirol.spoe.at/sites/tirol.spoe.at/files/statut_2014_endfassung.pdf.

Im Text zitierte Wortmeldungen auf Parteitag

Altmann, Karl (1948): Rede am 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs.

Blecha, Karl SPÖ PT (1976): Rede am 23. Ordentlichen Parteitag der SPÖ. Wien, 11. bis 13. März 1976. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

Blecha, Karl SPÖ PT (1978): Rede am 24. Ordentlichen Parteitag der SPÖ. Wien, 18. bis 20. Mai 1978. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

Blecha, Karl SPÖ PT (1981): Rede am 26. Ordentlichen Parteitag der SPÖ. Graz, 22. bis 24. Mai 1981. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

Cap Josef SPÖ PT (2006): Rede am 39. Ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ. Linz, 8. September 2006.

Cap Josef SPÖ PT (2008): Rede am 40. Ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ. Linz, 8. August 2008.

Fischer, Heinz SPÖ PT (1976): Rede am 23. Ordentlichen Parteitag der SPÖ. Wien, 11. bis 13. März 1976. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

Fischer, Heinz (2002): Rede am 37. Ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ. Wien, 27. Oktober 2002. Wien: Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Fischer, Heinz SPÖ PT (2000): Rede auf dem 36. Ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ. Wien, 28.4.2000.

Gratz, Leopold SPÖ PT (1981): Rede am 26. Ordentlichen Parteitag der SPÖ. Graz, 22. bis 24. Mai 1981. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

Kautsky, Benedikt SPÖ PT (1957): Rede am 13. Ordentlichen Parteitag der SPÖ. Salzburg, 21. bis 23. November 1957. Wien: Sozialistische Partei Österreichs.

Keller, Heinrich SPÖ PT (1987): Rede am 30. Ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ. Wien, 27. bis 29. Oktober 1987. Wien: SPÖ-Zentrale.

Kreisky, Bruno SPÖ PT (1968): Rede am 19. Ordentlichen Parteitag der SPÖ. Wien, 2. bis 4. Oktober 1968. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

Lehmann, Silvio SPÖ PT (1968): Rede am 19. Ordentlichen Parteitag der SPÖ. Wien, 2. bis 4. Oktober 1968. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

Pittermann, Bruno SPÖ PT (1958): Rede am außerordentlichen Parteitag der SPÖ. Wien, 13. bis 14. Mai 1958. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

Rudas, Andreas SPÖ PT (1997): Rede am 35. Ordentlichen Bundesparteitag. Linz, 9. April 1997. Wien: SPÖ-Bundesgeschäftsstelle.

Salcher, Herbert SPÖ PT (1978): Rede am 24. Ordentlichen Parteitag der SPÖ. Wien, 18. bis 20. Mai 1978. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

Tieber, Herbert SPÖ PT (1985): Rede am 29. Ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ, Wien 11. bis 13. November 1985. Wien: Sozialistische Partei Österreichs, Zentralsekretariat.

Waldbrunner, Karl SPÖ PT (1958): Rede am außerordentlichen Parteitag der SPÖ. Wien, 13. bis 14. Mai 1958. Wien: Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs.

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, ob die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) insbesondere dann gegenüber ihren AktivistInnen responsiv ist, wenn sie AktivistInnen zur Stimmenmaximierung auch als nützlich erachtet. „Responsivität“ wurde dabei anhand der Empfehlungen der Antragskommission zur Behandlung der Anträge auf SPÖ-Parteitag im Zeitraum von 1945 bis 2014 operationalisiert. Eine Analyse von über 3000 Anträgen legt nahe, dass die SPÖ-Parteiführung die Behandlung der Anträge auf den Parteitagen teilweise tatsächlich strategisch einsetzte. Nicht bestätigt werden konnte allerdings, dass der Anteil an Empfehlungen der Antragskommission zur Annahme von Anträgen im Zeitverlauf aufgrund des zunehmenden Bedeutungsverlusts von Mitgliedern bei der Parteienfinanzierung und Kommunikation mit den WählerInnen sank. Ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurden deutlich mehr Anträge zur Annahme empfohlen, als zuvor. Der zunehmende Bedeutungsverlust der AktivistInnen manifestiert sich hierbei scheinbar in der merklich gesunkenen Anzahl an eingebrachten Anträgen nach 1995. Die Kombination aus niedrigen Antragszahlen und hohen Annahmeraten legt nahe, neben Kapital und Arbeitskräften auch Legitimität mittels „innerparteilicher (Schein-)Demokratie“ als ein wichtiges Gut zu betrachten, welches von den Mitgliedern der SPÖ bereitgestellt werden kann.

Abstract

This thesis examines, whether the Austrian Social Democratic Party (SPÖ) is more responsive towards its activists when the perceived benefits provided by the activists seem high. “Party responsiveness” is operationalized as the party’s treatment of party conference motions. More than 3000 motions and resolutions submitted at party conferences between 1945 and 2014 were analyzed. The findings suggest that the SPÖ’s party leaders partially used this instrument in a strategic way. Contrary to the proposed hypotheses, the share of fully adopted motions did however not decrease when the members’ contributions for party financing or campaigning became less important. From the 1990s onwards, motions were adopted significantly more often than before. At the same time, the number of submitted motions declined markedly after 1995. The combination of these two occurrences suggests considering not only capital and labor as important goods potentially provided by SPÖ party members, but also legitimacy via (feigned) “intraparty democracy”.